



very <sup>scarce</sup>  
very 5/5

Ph. Moore







# G E S C H I C H T E

DER

## PRESBYTERIAL-

UND

## S Y N O D A L V E R F A S S U N G

### SEIT DER REFORMATION,

von

*Otthard* G. V. LECHLER,

Phil. Dr. und Dekan zu Knittlingen.

Gekrönt von der Haager Gesellschaft zur Vertheidigung des Christenthums.



LEIDEN,

DRUCK UND VERLAG VON D. NOOTHOVEN VAN GOOR,

1854.

RPR

Digitized by the Internet Archive  
in 2007 with funding from  
Microsoft Corporation

## VORREDE.

---

Die Haager Gesellschaft zur Vertheidigung des Christenthums hat in ihrer Herbstversammlung 1851 folgende Aufgabe auf's Neue ausgeschrieben:

„Eine historische Untersuchung über den Charakter und den Ursprung des Presbyterialsystems in der reformirten Kirche; „über die Ausbreitung, Beschränkung oder Veränderung, die „es in den verschiedenen Ländern erlitten hat; wie auch über „den Einfluss, den es zu unserer Zeit in der protestantischen „Kirche übt.“

Indem hiemit eine der reformirten Kirche angehörige gelehrte Gesellschaft die Aufmerksamkeit auf die Presbyterialverfassung hinlenkte, fasste sie eine Angelegenheit des eigenen Hauses in's Auge; denn dass die presbyteriale Verfassung ursprünglich und stetig der reformirten Kirche eignet, ist, als unbestrittene That-sache in den Worten der Aufgabe selbst angedeutet. Und einer niederländischen Gesellschaft lag dieser Gegenstand in doppelter Hinsicht um so näher, einmal sofern die reformirte Kirche der Niederlande namentlich auch auf dem Gebiet des Kirchenrechts von jeher durch viele Kämpfe bewegt gewesen ist, zum andern

sofern dort in der Gegenwart Reformfragen in Betreff der Kirchenverfassung an der Tagesordnung sind.

Wenn nun der Verfasser, ein deutscher lutherischer Theologe, die gestellte Aufgabe zu lösen versucht hat, und seine Arbeit, nachdem ihr der Preiss zuerkannt worden, herausgibt, so glaubt er weder sein Bekenntniss hiemit zu verleugnen, noch eine seiner Kirche schlechthin fremde Angelegenheit zu behandeln, noch auch etwas in seinem Kreise unpraktisches mit einseitig gelehrtm Interesse zu erörtern. Dass wenigstens in der Gegenwart die Presbyterialverfassung nicht mehr ausschliesslich der reformirten Kirche angehört, sondern auch in der lutherischen Kirche weit und breit Boden gefasst hat, liegt vor Augen, und ist in dem letzten Theil der oben mitgetheilten Frage von der Gesellschaft selbst mit Recht berührt. Hält aber Iemand diese notorische Thatsache für eine bedauerliche Abirrung von dem wahren Wesen und dem ächten Charakter des lutherischen Protestantismus, für eine unzulässige Aneignung einer wesentlich und ausschliesslich reformirten Verfassungsform, so übersieht er zweierlei: erstlich dass es namhafte reformirte Kirchen gibt, welche von Anfang an bis auf die neueste Zeit presbyteriale Einrichtungen nicht zugelassen haben, dass also diese nicht der reformirten Kirche an sich wesentlich zugehören und auf dem specifisch reformirten Dogma ruhen können; zum anderen, dass die lutherische Kirche nicht aus Grundsatz und um des Bekenntnisses willen, auch nicht überall und immer bis auf die neuere Zeit, die Presbyterialverfassung abgewiesen und ausgeschlossen hat. Das sind nun eben Dinge, welche die *Geschichte* der Presbyterialverfassung in's Licht stellt. Was die engere Heimath des Verfassers betrifft, so hat der lutherische Reformator Württemberg's, JOHANNES BRENZ, als Pfarrer zu schwäbisch Hall im J. 1526 den ersten Entwurf einer presbyterialen Gemeindebehörde zum Behuf der Kirchenzucht, den man kennt, für Hall selbst verfasst, und später war der edle reformatorische Fürst,

Herzog CHRISTOPH von Würtemberg, den Bestrebungen derjenigen persönlich zugethan, welche in seinem lutherischen Land presbyteriale Einrichtungen im Interesse einer eigentlichen *Kirchenzucht* anzubahnen suchten. Im XVII. Jahrhundert hat der geistvolle JOHANN VALENTIN ANDREAE die presbyteriale Kirchenordnung von Genf, die er als junger Mann an Ort und Stelle kennen gelernt hatte, unbeschadet seines lutherischen Bekenntnisses sein Leben lang bewundert und sich, nicht ohne Erfolg, bemüht, in der Kirche seiner Heimath wenigstens eine ähnliche Einrichtung einzuführen. Nachdem aber diese Gemeindebehörde, welche wir ANDREAE verdanken, nämlich der Kircheneconvent, im Laufe der Zeit ungenügend geworden war, so arbeitete die württembergische Oberkirchenbehörde auf eine Umgestaltung dieser Institution in presbyterialem Sinne hin, und zwar noch vor der Zeit, wo die Presbyterialverfassung und das Synodalwesen in mehreren deutschen Landen, theils durch das Unionswerk, theils durch politische Bewegungen, in Anregung gekommen und beliebt geworden ist.

Abgeschen von diesen provinziellen Verhältnissen wird die Behauptung wohl auf keinen Widerspruch der Sachkundigen stossen, dass eine umfassendere Geschichte der Presbyterialverfassung, die doch gerade für unsere Zeit ein Bedürfniss ist, noch nicht existire. Als Dr. EBRARD die Entstehung und erste Entwicklung der Presbyterialverfassung in Frankreich vor 5 Jahren beschrieb (in NIEDNER's *Zeitschrift für histor. Theologie* 1849 S. 280 ff), schikte er die Erklärung voraus: „die Entstehung und erste Entwicklung der Presbyterialverfassung ist an sich schon ein interessantes Thema „und der Bearbeitung um so würdiger, je mehr eine solche, eine „einlässliche und umfassende wenigstens, bis jetzt noch vermisst „wird. Doppelt interessant zu jetziger Zeit, wo man unter dem „Namen Presbyterialverfassung eine demokratische Verfassung, „ein Volksregiment in der Kirche, verlangt.“

In meiner Ausführung wird wohl mancher Leser dieses oder jenes vermissen, vorzüglich in Hinsicht der Wirkungen und des Segens der presbyterianen Gemeindeordnung in verschiedenen Landen und Zeiten; allein die Quellen fliessen gerade in diesem Betracht weniger reichlich als man sich wünschen möchte. Uebrigens war es das ernste Bestreben des Verfassers, seinen Gegenstand umfassend und gründlich nach den Quellen zu behandeln. In dieser Richtung haben die Herren Directoren der Haager Gesellschaft, und unter ihnen namentlich der Mitdirector und Schriftführer der Gesellschaft, Professor W. A. VAN HENGEL, durch Mittheilung von Bemerkungen, wesentlich mitgewirkt, wofür ich an diesem Orte den gebührenden Dank öffentlich auszusprechen mich gedrungen fühle.

Möge der Herr diese Arbeit segnen, dass sie etwas nütze sei zum Besten seiner Kirche!

Knittlingen im Oct. 1854.

DER VERFASSER.



# INHALT.

Einleitung. . . . .	Seite 1.
---------------------	----------

## ERSTES BUCH.

### DIE ANFAENGE DER PRESBYTERIALEN GEMEINDEORDNUNG. Von 1517—1541.

#### ERSTES CAPITEL.

##### *Die ersten Gedanken und Versuche einer Presbyterialordnung. (1517—1535).*

Die Presbyterialverfassung hat sich nicht von den Waldensern auf die Reformation vererbt. . . . .	3.
Verhältniss der deutschen und schweizerischen Reformation zur Presbyterialverfassung. . . . .	5.
Grundsätze LUTHER's und der übrigen sächsischen Reformatoren. . . . .	6.
JOH. BRENZ und die Kirchenordnung für schwäbisch Hall 1526. . . . .	9.
FRANZ LAMBERT und die Homberger Reformationsordnung für Hessen 1526. . . . .	14.
ULRICH ZWINGLI und der Zürcherische Typus. . . . .	21.
JOH. OECOLAMPADIUS und die kirchliche Ordnung in Basel 1530. . . . .	24.
Einrichtungen in Strassburg. . . . .	28.
FABR. CAPITO's Gutachten für Frankfurt. . . . .	29.
Zusammenfassung. . . . .	30.

## ZWEITES CAPITEL.

*Calvin und die Genfer Kirchenordnung.*  
(1535—1541).

	Seite
CALVIN'S Lehre über Kirche, Aemter, Zucht und Aelteste der Kirche. . . . .	32.
Einführung der Aeltestenordnung in Genf durch CALVIN . . . . .	39.
Verhältniss dieser Kirchenverfassung zu CALVIN'S Lehre. . . . .	44.
Geschichtliche Bedeutung der Genfer Presbyterialordnung. . . . .	46.
Charakter der Presbyterialverfassung im ersten Zeitraum überhaupt. . . . .	47.

## ZWEITES BUCH.

ENTWICKLUNG UND AUSBILDUNG DER PRESBYTERIALORDNUNG; FORTSCHRITT ZUR SYNDALVERFASSUNG; VERBREITUNG DER PRESBYTERIAL- UND SYNDALVERFASSUNG INNERHALB DER REFORMIRTEN KIRCHE.

Von 1541—1600.

## ERSTES CAPITEL.

*Fernere Geschichte der Presbyterialordnung in Genf; Misserfolge der gleichartigen Bemühungen FAREL'S und VIRET'S in Neuenburg und Waadtland.*

Aufrechterhaltung und Fortbildung der presbyterianen Gemeindeordnung in Genf. . . . .	50.
Früchte dieser Einrichtung. . . . .	52.
Vergebliches Bemühen FAREL'S für Kirchenzucht und presbyteriale Gemeindeordnung in Neuenburg. . . . .	53.
Fehlschlagen ähnlicher Bestrebungen VIRET'S im Waadtland. 54.	

## ZWEITES CAPITEL.

*Die presbyteriale Kirchenordnung JOHAN LASKY'S in Emden, London und Frankfurt.*

JOH. LASKY'S Leben, seine Thätigkeit in Ostfriesland. . . . .	56.
Er führt in der Fremdengemeinde zu London eine presbyteriale Kirchenordnung ein. . . . .	58.

Eigenthümlicher Charakter dieser Presbyterialordnung. . . . .	Seit 61.
Auflösung der Fremdengemeinde in London und Verpflanzung derselben nach Frankfurt a. M. . . . .	62.

## DRITTES CAPITEL.

*Presbyterialordnung und Synodalverband der Kirchen unter dem Kreuz in Frankreich.*

Anfänge der Reformation in Frankreich. . . . .	64.
Gründung presbyterial verfasster Gemeinden. . . . .	66.
Fortschritt zu einem Synodalverband. . . . .	68.
Erste (constituirende) Nationalsynode zu Paris 1559. . . . .	69.
Charakter der durch dieselbe aufgestellten französischen Kirchenverfassung. . . . .	73.
Nachherige weitere Ausbildung dieser kirchlichen Verfassung: namentlich in Hinsicht 1. der Gemeindeordnung. . . . .	76.
2. des Synodalwesens. . . . .	81.
3. des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. . . . .	84.

## VIERTES CAPITEL.

*Die presbyterianische Kirche Schottland's.  
(1560—1600).*

Die schottische Reformation. . . . .	87.
Grundlagen der schottischen Kirchenverfassung im ersten Disciplinbuch. . . . .	88.
Entwicklung und Kämpfe der presbyterianischen Kirchenordnung. . . . .	95.
Verhältniss der schottischen Kirchenverfassung zu der calvinischen und französischen. . . . .	100.

## FÜNFTES CAPITEL.

*Die Puritaner in England und ihr presbyterianischer Charakter.*

Erste Begründung der englischen Reformation. . . . .	102.
Aufreten der Puritaner, presbyterianische Grundsätze derselben. . . . .	103.

Verbreitung presbyterianischer Neigungen, auch innerhalb der bischöflichen Kirche. . . . .	107.
--	------

## SECHSTES CAPITEL.

*Die Presbyterialordnung in den deutschen Rheinlanden.*

Die Rheinpfalz und deren Reformation. . . . .	110.
Kurfürst FRIEDRICH III. führt das reformirte Bekenntniss statt des lutherischen ein. . . . .	111.
Anordnungen in Betreff der Kirchenverfassung. . . . .	112.
Presbyterialverfassung und Synodalverband am Niederrhein, durch Flüchtlinge, besonders aus den Niederlanden, begründet.	115.
Organisatorische Beschlüsse der Synoden zu Wesel und Emden.	116.
Fortdauer der presbyterialen und synodalen Verfassung in Cleve, Berg und Jülich. . . . .	122.
Aehnliche Einrichtungen in andern Landschaften, Grafschaft Teklenburg und Nassau. . . . .	125.
Bestrebungen in presbyterialem Sinne von ERASMUS SARCIERIUS, und Verhandlungen derselben Art in Württemberg. . . .	126.

## SIEBENTES CAPITEL.

*Kämpfe für und wider die Presbyterial- und Synodalverfassung in den vereinigten Staaten der Niederlande.*

Wie calvinische Lehre und Kirchenordnung in die Niederlande eindrang. . . . .	129.
Synodale Organisation der reformirten Kirche daselbst. . . .	130.
Conflicte des Calvinismus und Zwinglianismus, Kämpfe für und wider kirchliche Autonomie. . . . .	132.

## ACHTES CAPITEL.

*Presbyteriale und synodale Einrichtungen und Bestrebungen in Polen und Lithauen, Böhmen und Mähren, Ungarn und Siebenbürgen.*

Vereinigung der verschiedenen evangelischen Parteien in Polen unter einander auf Synoden. . . . .	139.
Einrichtungen in Hinsicht der Kirchenverfassung. . . .	141.

	Seite
Kirchenordnung der böhmischen Brüder. . . . .	144.
Synodale, aber nicht presbyteriale, Einrichtungen in Ungarn und Siebenbürgen. . . . .	147.
Rückblick auf den zweiten Zeitraum. . . . .	150.

### DRITTES BUCH.

#### SCHICKSALE DER PRESBYTERIAL- UND SYNODALVERFASSUNG IM XVII. UND XVIII. JAHRHUNDERT, BIS GEGEN DAS ENDE DES LETZTEREN.

##### ERSTES CAPITEL.

###### *Genf und die reformirte Kirche Frankreichs.*

Erfolgreiches Fortbestehen der Presbyterialverfassung in <i>Genf</i> , bis sie durch Erkaltung des religiösen Lebens in Abgang kam. . . . .	155.
Aeussere Schicksale der Reformirten in <i>Frankreich</i> bis 1660. . . . .	156.
Innere Verfassungsgeschichte derselben, betreffend	
1. die Gemeindeordnung . . . . .	157.
2. die Synodalverfassung . . . . .	159.
3. das Verhältniss zwischen Kirche und Staat. . . . .	160.
Beinträchtigung der Kirchenverfassung und Bedrückung der reformirten Kirche durch den Staat. . . . .	160.
Wiederaufbau der gewaltsam zertrümmerten presbyterianen und synodalen Kirchenordnung von 1715 an. . . . .	164.

##### ZWEITES CAPITEL.

###### *Gross-Brittannien im XVII. Jahrhundert.*

Kirchliche Zustände in England von 1603—1640. . . . .	174.
Kämpfe in Schottland für die Presbyterial-verfassung. 1600-1640. . . . .	177.
Einwirkung des schottischen Presbyterianismus auf England. 1640 ff. . . . .	181.
Die Westminsterversammlung 1643 ff. . . . .	183.
Kirchenverfassung und Schicksale der presbyterianischen Partei in England von 1649—1689. . . . .	188.
Schicksale der Presbyterialverfassung in Schottland während desselben Zeitraums. . . . .	191.

## DRITTES CAPITEL.

*Die presbyteriale Kirche Schottlands und die Presbyterianer Englands, Irlands und Nordamerica's, vom Ende des XVII. bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts.*

	Seite
Die schottische Kirche von 1689 an. . . . .	197.
Die englischen Presbyterianer . . . . .	200.
Presbyterianer in Irland. . . . .	201.
Verpfanzung presbyterianer Kirchenordnung nach Nordamerica	203.

## VIERTES CAPITEL.

*Feststellung der NIEDERLÄNDISCHEN Kirchenverfassung, oder die Dordrechter Synode, mit dem was ihr voranging und nachfolgte, in kirchenrechtlicher Hinsicht.*

Der arminianische Streit in kirchenrechtlicher Beziehung. .	207.
Die Nationalsynode zu Dordrecht 1618 in Hinsicht der Kirchenverfassung. . . . .	211.
Kirchliche Verfassung der Niederlande von da an bis an's Ende des 18. Jahrhunderts. . . . .	212.

## FUNFTES CAPITEL.

*Die Presbyterialverfassung in Deutschland während des XVII. und XVIII. Jahrhunderts.*

Presbyteriale Gemeindeordnung und synodale Gliederung in den Rheinlanden, namentlich in Jülich, Berg und Cleve und in der Grafschaft Mark. . . . .	214.
Presbyterialordnung in einzelnen Städten und Herrschaften am Niederrhein und in Westphalen, in Nassau und Kurpfalz.	220.
Stellung der lutherischen Kirche zur Presbyterial- und Synodalverfassung. . . . .	223.

## SECHSTES CAPITEL.

*Die Synodalverfassung in Polen und bei den Waldensern.*

In Polen verliert die Synodalverfassung, mit der evangelischen Kirche zugleich, allmählich an Boden . . . . .	229.
---	------

	Seite
Die böhmischen Brüder und ihre Kirchenordnung, zumal in Gross-Polen. . . . .	231.
Eigenthümliche presbyteriale und synodale Verfassung der Waldenser seit Ende des XVII. Jahrhunderts. . . . .	234.
Rückblick auf die Geschichte der Presbyterial- und Synodalverfassung während des dritten Zeitraums. . . . .	235.

## VIERTES BUCH.

### DIE PRESBYTERIAL- UND SYNODALVERFASSUNG INNERHALB DER PROTESTANTISCHEN KIRCHE ÜBERHAUPT, VOM ENDE DES XVIII. JAHRHUNDERTS AN.

#### ERSTES CAPITEL.

##### *Frankreich.*

Wirkungen der Revolution in kirchlicher Hinsicht. . . . .	237.
Das organische Gesetz vom 18. Germinal X. . . . .	238.
Charakter und Wirkungen desselben. . . . .	239.
Stand der Dinge unter der Restauration. . . . .	242.
Bestrebungen nach der Julirevolution. . . . .	243.
Zustände seit der Februarrevolution 1848. . . . .	244.

#### ZWEITES CAPITEL.

##### *Grossbrittanien und Irland.*

Wiedererwachen des altpresbyterianischen Geistes in Schottland, Wirkungen desselben. . . . .	248.
Gründung der „freien Kirche“ 1843. . . . .	252.
Neubelebung der Presbyterianer in England. . . . .	254.
Kirchliche Bewegungen in der anglikanischen Kirche. . . . .	255.
Stand des Presbyterianismus in Irland. . . . .	256.

#### DRITTES CAPITEL.

##### *Nord-America.*

Neue Organisation der Presbyterianer und Verbindung mit den Congregationalisten. . . . .	258.
--	------

	Seite
Verhältnisse der verschiedenen presbyterian verfassten Kirchengemeinschaften in den vereinigten Staaten. . . . .	259.

#### VIERTES CAPITEL,

##### *Die Niederlande.*

Auflösung der Kirchenverfassung und Reorganisation derselben 1816. . . . .	262.
Revision des Grundgesetzes über Kirchenverfassung 1851-52. 264.	

#### FÜNTES CAPITEL.

##### *Deutschland.*

Schicksale der rheinischen Presbyterialverfassung. . . . .	267.
Wiederherstellung einer presbyterianen und synodalen Kirchenverfassung in Rheinland und Westphalen 1835. . . . .	270.
Revision dieser Verfassung 1851 . . . . .	272.
Einfluss des Presbyterialsystems auf das übrige evangelische Deutschland. . . . .	273.
1. Epoche der Freiheitskriege und der Union 1813-1821. 273.	
2. Epoche des Constitutionalismus und der „Kirchenvertretung“ 1830 ff. . . . .	277.
3. Epoche der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat 1848 ff. . . . .	279.

---

Die Schweiz . . . . .	281.
Kanton Bern . . . . .	281.
Genf . . . . .	284.
Neufchatel . . . . .	285.

SCHLUSS . . . . .	286.
-------------------	------



## DRUCKFEHLER.

---

Seite 17.	Zeile 10. von unten lies ist	statt is.
» 24	1. » oben » ausserhalb	» ansserhälb.
» 47.	12. » » » hatte	» halte.
» —	15. » unten » dieser	» diesen.
» 58. Anm.	7. » » » Superintendenz	» Syperint.
» 61.	15. » oben » Aeltesten	» Aesteten.
» 72.	9. » » » einem	» einen.
» 75.	5. » » » streiche „Luth.”	
» 85.	8. » » » lies bekämpft	» bekampft.
» 89.	19. » » » den	» dem.
» 91. Anm.	1. » » » streiche : der	
» 95.	1. » unten » Einfall	» Einfalt.
» 129.	3. » » » Reformirte	» Reformirten.
» 140.	8. » oben » demselben	» denselben.
» 142.	1. » » » Synode	» Synoden.
» —	10. » » » dem	» den.
» 144.	8. » unten » bedeutende	» bedeutente.
» 148.	6. » oben » der	» den.
» 151.	3. » unten » den	» der.
» 162.	2. » » » unentdeckt	» unentdeckte.
» 166. Anm. 1	2. » » » choisis	» chosis.
» 168.	2. » » » einem Coll.	» eine.
» 172.	3. » » » Ereignisse	» Erreig.
» 187.	6. » oben » worden	» werden.
» 200.	10. » » » bürgerlichen	» bürcherl.

Seite 201. Zeile 8. von oben lies kirchliche statt kirl.  
· 203. · 9. · unten · Vor · Vo.  
· 204. · 12. 13. · · · anderthalb · andenth.  
· 225. · 1. · oben · statt · stand.  
· 240. · 15. · · · verschiedenen · verschieden.  
· 264. · 6. · unten · Reglements · Reglementen.  
· 265. · 21. · oben · auf zwei Prediger · auf zwei.  
· 268. · 16. · unten · Organe · Organen.

---

## EINLEITUNG.

Verfassung und Ordnung der Kirche sind Gegenstände, welche nächst dem Glauben, der Lehre und dem Bekenntniss, unsere Zeit auf religiösem Gebiet vielseitig und stark bewegen. Während die Bestrebungen der römisch-katholischen Hierarchie, ihre kirchen-  
regimentlichen Befugnisse auszudehnen, mehreren Staaten zu schaffen machen, ist auch in verschiedenen protestantischen Ländern die Kirchenordnung Gegenstand lebhafter Erörterungen und Bemühungen geworden. Und zwar ist es in der Regel die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Kirche, welche man zu sichern trachtet. In Schottland haben im Jahr 1843 kirchen-rechtliche Streitfragen und Verhältnisse zu einem Bruch innerhalb der Nationalkirche und zur Bildung der freien Kirche geführt, und in England arbeiten seit 1833, und namentlich seit dem Gorhamstreit 1850, Viele auf Wiederbelebung der Convocation, mit andern Worten auf anglikanische Synoden und auf eine gewisse Emancipation der bischöflichen Kirche von dem allzu wenig beschränkten Regiment des Staates hin. In der Schweiz, wo die Dictatur des Staats in kirchlichen Dingen im Jahr 1845 die waadt-ländische Spaltung herbeigeführt hat, ist neuerdings auf der andern Seite das Presbyterial-system in Cantone eingedrungen, wo seit der Reformation die bürgerliche Regierung, mit reinen Geistlichkeits-synoden an der Seite, das Kirchenregiment inne gehabt hatte. Und in Deutschland haben theils politische Ereignisse, theils sociale und sittliche Notstände, nebst der inneren

Mission, auch Reformen der evangelischen Kirchenverfassung im Sinn der Presbyterial- und Synodalordnung herbeigeführt oder wenigstens nahe gelegt; während in anderen Kreisen viele denkende Geister mit Fragen, wie die über Predigtamt und Gemeinde, über das Verhältniss der Verfassung zum kirchlichen Bekenntniss, kurz über die letzten Gründe der Kirchenregiments, sich beschäftigen.

Je mannigfaltiger nun sowohl die praktischen Bedürfnisse und Verhältnisse als die Begriffe und Ansichten sich durchkreuzen, desto dringender wird das Bedürfniss einer umfassenden und klaren Beleuchtung der Sachen durch die Geschichte. Denn nächst Gottes Wort, das auf diesem Gebiet, wie im sittlichen Handeln überhaupt, „unseres Fusses Leuchte und ein Licht auf unserem Wege“ sein muss, ist das Lehrreichste und Entscheidendste, was wir zu Rathe ziehen können, die Geschichte, wogegen nichts schädlicher und verwirrender wirkt als abstracte ungeschichtliche Theorien und Versuche. Und da es sich in der That nicht blos um die Formen, sondern auch um die letzten Gründe der Kirchenverfassung handelt, so ist unumgänglich nöthig, auch auf die Prinzipien und Begriffe einzugehen, welche der Kirchenverfassung geschichtlich zu Grunde liegen. Die folgende Untersuchung beschränkt sich einerseits auf die Presbyterial- und Synodalverfassung, sucht aber andererseits, so viel möglich, Alles zusammenzufassen, was von der Reformation an bis auf den heutigen Tag auf protestantischem Gebiet dahin einschlägt. Ueberblicken wir nun die Gesamtgeschichte der Presbyterial- und Synodal-Verfassung seit der Reformation, so zerfällt dieselbe vor unsren Augen in vier Zeiträume, wornach sich unsere Geschichte in ebenso viele Bücher theilt, nämlich:

I. Die Anfänge der presbyterialen Gemeindeordnung, von 1517—1541.

II. Die Entwicklung und Ausbildung der Presbyterialordnung, ihr Fortschritt zur Synodalverfassung, und die Ausbreitung der Presbyterial- und Synodal-verfassung innerhalb der reformirten Kirche, von 1541—1600.

III. Fortschritte und Rückschritte der Presbyterial- und Synodal-verfassung in verschiedenen Ländern; von 1600—1790.

IV. Die Presbyterial- und Synodal-verfassung in der evangelischen Kirche überhaupt; von 1790—1853.

# ERSTES BUCH.

DIE ANFÄNGE DER PRESBYTERIALEN GEMEINDEORDNUNG.  
VON 1517—1541.

---

## ERSTES CAPITEL.

**Die ersten Gedanken und Versuche einer Presbyterialordnung  
(1517—1535).**

---

Bei der Aufgabe, die wir uns hier gestellt haben, die Presbyterialverfassung von ihren ersten Anfängen an, seit der Reformation, geschichtlich zu verfolgen, tritt uns vorerst die Frage in den Weg, ob die Reformatoren diese Kirchenordnung selbstständig gebildet oder anderswoher entlehnt und überkommen haben. Das letztere wird von denjenigen behauptet, welche der Ansicht sind, der Hauptgedanke und die Grundform dieser Kirchenverfassung sei schon vor der Reformation bei den *Waldensern* zu Hause gewesen und von ihren Kreisen aus in die evangelische Kirche verpflanzt worden. Namentlich will man vermuthen, dass **FRANZ LAMBERT** oder **WILHELM FAREL** in ihrer südfranzösischen Heimath (jener war aus der Provence, dieser aus dem Dauphiné gebürtig), die kirchlichen Einrichtungen der Waldenser kennen gelernt und angenommen haben <sup>1)</sup>). Allein diese Behauptungen

<sup>1)</sup> In Betreff FAREL'S vergleiche MAX. GÖBEL, *Gesch. des christl. Lebens in der rheinisch-westphäl. ev. Kirche.* I. 303. MOLL, *System der prakt. Theologie.* 1853. S. 214.

ermangeln der Begründung. Denn **LAMBERT** beruft sich für seine kirchlichen Ideen, die er in Hessen zu verwirklichen versucht hat, so wenig auf die Waldenser, dass er sie in seinen Schriften überhaupt nicht einmal erwähnt; und eben so wenig bezieht sich **FAREL** in Betreff der Kirchenverfassung auf dieselben. Sodann ist die Frage, ob denn wirklich die Waldenser vor der Reformation eine presbyteriale Gemeindeordnung gehabt haben, geschichtlich mehr als zweifelhaft. Das Schreiben des waldensischen Barben **GEORG MOREL** an **ÖCOLAMPADIUS** vom Jahr 1530, worin das ganze kirchliche Wesen und Leben seiner Gemeinschaft geschildert ist, spricht zwar vom Priester-oder Predigtamt (*presbyterii et prædicationis officium*) und von einer jährlichen Synode aller Geistlichen der Gemeinschaft <sup>1)</sup>, aber nicht mit *einem* Worte berührt er Kirchenälteste oder etwas dieser Art. Daraus schliesst nun **RICUTER**<sup>2)</sup>: „dass von einem solchen Institut damals *nicht mehr* die Rede gewesen, und dass dasselbe erst später in die Verfassung der Waldenser aus der schweizerischen Verfassung *wieder* aufgenommen worden sei.“ Dieser Gelehrte hat nämlich die Aechtheit und Glaubwürdigkeit gewisser waldensischer Urkunden, welche von uralten presbyterialen Einrichtungen der Sekte zu reden wissen, vorausgesetzt: Urkunden, deren Alter und Glaubwürdigkeit durch die neuesten kritischen Untersuchungen höchst zweifelhaft geworden ist. Andererseits ist durch zuverlässigere Geschichtsquellen positiv wahrscheinlich geworden, dass die Waldenser ursprünglich ein eigentliches Aeltestenamt im Unterschied vom Predigtamt nicht gekannt, sondern dasselbe erst von der calvinisch reformirten Kirche entlehnt haben <sup>3)</sup>. Wie es eine völlige

<sup>1)</sup> *Omnes ministri acervamur in unum, ut in generali concilio agenda nostra contractemus.* Das Schreiben **MOREL**'s, zuerst bekannt gemacht in **ABR. SCULPTETUS**, *Annalium Evangelii passim per Europam renovati Decades*, II. 295 ff., hat **DIECKHOFF** in seinem Werk: *Die Waldenser im Mittelalter*, 1851. S. 363 ff. vollständig wiederabdrucken lassen.

<sup>2)</sup> *Geschichte der evang. Kirchenverfassung in Deutschland*. 1851. S. 40.

<sup>3)</sup> Nachdem **DIECKHOFF** bei seiner Prüfung der waldensischen Manuscripten-Literatur, unter Benützung jenes Morelschen Berichts als Operationsbasis, die Mehrzahl der angeblich vorreformatorischen waldensischen Urkunden in Zweifel gezogen hatte, hat nachher Prof. **HERZOG**, auf Grund umfassenden Studiums der Urkunden und Handschriften, sein Werk: *die romanischen Waldenser*, 1853, in mehr positiver Richtung verfasst. Aber auch hier bleibt dasselbe Ergebniss in Betreff unserer Frage stehen. Denn wenn auch z. B. in der Anslegung des Hohenlieds

Umkehrung der Geschichte ist, wenn man meint, „die Reformatoren des 16 Jahrhunderts haben ihr Licht an der alten Lampe der waldensischen Kirche angezündet“: <sup>1)</sup>), so ist es eine Verkehrung des wirklichen Verhältnisses, wenn man die reformirte Kirche ihre Presbyterialverfassung von den Waldensern entlehnen lässt.

Wir sind also an die Zeit und das Werk der Reformation als den selbständigen Quellpunkt der Presbyterialverfassung gewiesen. Da aber die Reformation sich bald anfangs in zwei Hauptströmungen getheilt hat, in die deutsche oder lutherische und in die schweizerische oder reformirte, so fragt sich, welcher von beiden die presbyteriale Verfassung ursprünglich angehört. Nicht selten hört man die Ansicht aussprechen, dem lutherischen Bekenntniss eigne *nur* die Consistorialverfassung, der reformirten Kirche *nur* die Presbyterialverfassung <sup>2)</sup>). Allein die Thatsachen sprechen entschieden dagegen. Denn einmal hat ein namhafter Theil der reformirten Kirche, welcher ZWINGLI und dem Zürcherischen Typus folgte, die Presbyterialordnung nicht angenommen; und zum andern hat auch den sächsischen Reformatoren und ihren Freunden in Deutschland der Sinn für presbyteriale Gemeindeordnung nicht gemangelt <sup>3)</sup>). Das letztere ist vorerst genauer nachzuweisen.

„Prediger und Aelteste“ (li velh) neben einander genannt sind, S. 265, so zeigt doch der Zusammenhang, dass der letztere Name dem ersteren gleichbedeutend sein mass. Unter den in romanischer Sprache erhaltenen 47 Fragen G. MORELS lautet die vierte, bei HERZOG, S. 351: „ob Einige Priester sein können, die nicht arbeiten weder im Wort noch in der Lehre, sondern nur durch das Beispiel eines guten Lcbens lehren?“ eine Frage, welche beweist, dass die Waldenser von Aeltesten, welche nicht Prediger waren, nichts wussten. Und obgleich wahrscheinlich ist, dass schon im Mittelalter hic und da eine Art waldensischer Synoden, an denen mitunter auch Gemeindeglieder Anteil nahmen, gehalten worden sind, z. B. im J. 1332 (HERZOG, S. 273; 344 Anm; 379.), so folgt daraus noch keineswegs, dass sie eine eigentliche Synodalverfassung gehabt haben.

<sup>1)</sup> LEGER, *Histoire générale des Églises Vaudoises*. Leyd. 1669. I. 132.

<sup>2)</sup> GUERIKE, *allgem. christl. Symbolik*, 1839, S. 571 f. Anm. 100, behauptet wenigstens, die kirchlich lutherische Praxis, wo sie unabhängig von calvinischen Einflüssen sich entwickelt hat, wisse nichts von Laienältesten, wie sie die reformirte Kirche hat.

<sup>3)</sup> Auf lehrreiche Weise, und ohne die Differenz der Confessionen zu verwischen, ist die Uebereinstimmung der Reformatoren und der evangelischen Bekenntnisserschrif-

LUTHER fasste die Kirche so, dass sie sei eine Gemeinde der Heiligen, eine geistliche Versammlung der Seelen in *einem* Glauben; als Glaubige haben sie unmittelbaren Zugang zu Gott in Christo; dieses Verhältniss macht LUTHER, dem hierarchischen System Roms entgegen, als *allgemeines Priesterthum* geltend: es sei eine Erfindung, dass Pabst, Bischöfe, Priester und Mönche der geistliche Stand genannt werden, hingegen Fürsten, Herren, Handwerk- und Ackerleute der weltliche Stand; alle Christen sind wahrhaftig geistlichen Standes, durch die Taufe zu Priestern geweiht, so dass in Nothfällen jeder taufen und absolviren kann. Siehe die herrliche Schrift: *An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung* 1520. In dem Vorwort an AMSDORF bekennt er, mit dieser Schrift versuchen zu wollen, „ob Gott wollte doch durch den *Laienstand* seiner Kirche helfen“<sup>1)</sup>). Indem aber LUTHER jedem Christen priesterlichen Stand und Uebung priesterlicher Werke beilegt, will er die eigenthümliche Würde des Amtes nicht aufheben, sondern nur Stand und Amt scharf unterscheiden: nur Amts halber, nicht Standes halber sind Priester, Bischöfe u. s. w. von anderen Christen unterschieden, sofern jene das Wort Gottes und die Sacramente verwalten<sup>2)</sup>). In Gemässheit dieser Ansichten hat sich LUTHER auch über die *Schlüsselgewalt* dahin ausgesprochen, dass die Schlüssel der *Gemeinde* gegeben seien, und dass in dieser Sache die Gemeinde auch ein Wort mitzusprechen, auch zu richten habe<sup>3)</sup>). Zwar ist von Organisation der Gemeinde, von einem Gemeindeamt neben dem Predigamt, zu Ausübung dieses Rechts, bei LUTHER keine Rede; er erkennt ausser dem geistlichen Hirtenamt nur noch das Amt der Armenpfleger als apostolisch an. Allein es finden sich doch auch Aeusserungen LUTHERS vor, in denen er, wenn auch nicht ein geordnetes Aeltestenamt setzt, so doch das Bedürfniss von etwas dem ähnlichen in freierer Form kund gibt. Im Jahr

ten in den Grundbegriffen der Kirchenverfassung dargelegt von JACOBSON: *über die Grundlagen der Verfassung der ev. Kirche, in Deutsche Zeitschrift für christl. Wissenschaft u. chr. Leben.* 1853. Nr. 10 ff.

<sup>1)</sup> Werke. Jena 1590. S. 288.

<sup>2)</sup> a. a. O. 290.

<sup>3)</sup> In der Schrift: *von den Schlüsseln* 1530, sagt er ausdrücklich: „Aber hie, da es die Seele betrifft, soll die *Gemeinde* auch mit Richter und Frau sein“. Werke. Waleh. XIX. 1184.

1538 hatte die vorgekommene Ausschliessung einer Person vom H. Abendmahl in der wittenberger Gemeinde Unruhe erregt; da hielt es LUTHER für nöthig, nach der Predigt an *Invocavit* eine Vermahnung in Betreff der Excommunication an die Gemeinde zu richten. Dieser Bann, sagte er, solle nicht von einem Kaplan oder Prediger allein geübt werden, sondern die ganze Gemeinde müsse dazu helfen. Wenn Iemand ein öffentlicher Sünder sei, den weder der Fürst noch der Rath strafe, dem solle man, ehe er sich versöhne, das Sacrament nicht reichen. Er selbst, LUTHER, wolle es so machen: erst wolle er den Sünder vermahnen, sodann zwei Kaplane oder Andere an ihn schicken, dann ihn vor sich etwa in die Sacristei nehmen in Gegenwart zweier Kaplane, zweier vom Rath und Kastenherren, und zweier ehrlicher Männer von der Gemeinde. Helfe das alles nicht, so erfolge der Bann <sup>1)</sup>.

Ursprünglich schwebte LUTHERN, wie man schon aus einigen Stellen der Schrift *An den deutschen Adel* sieht, das Ideal einer ernsten ächten Christengemeinde vor, in welcher sowohl Gottesdienst als Kirchenzucht und Armenpflege *Gemeindesache* sein würde. Allein er war nüchtern genug um zu erkennen, dass es an den Leuten dazu fehle, und weise genug, um, in Ermanglung des rechten Geistes, auf Ordnungen, welche jenen voraussetzen, nicht zu dringen <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> LUTHER's Werke. Walch. XXII. 958. *Tischreden*, herausgeg. v. FÖRSTEMANN. II. 352 ff. Vergl. ENGELHARDT, *Erasmus Sarcerius u. s. w.* in NIEDNERS. *Zeitschr. für hist. Theol.* 1850 70 ff. bes. 96 ff.

<sup>2)</sup> *Vorrede zu der „deutschen Messe und Ordnung Gottesdiensts“* 1526 in der nachher oft anzuführenden werthvollen Urkundensammlung von RICHTER, *die evangelischen Kirchenordnungen der XVI Jahrhunderts* 1846. I. 36: „Aber die dritte weyse, die rechte Art der Evangelischen ordnunge haben sollte, muste nicht so öffentlich auff dem platz geschehen unter allerley volck, sonder diejenigen, so mit ernst Christen wollen seyn, vnd das Evangelion mit hand vnd munde bekennen, musten mit namen sich eyn zeychen, vnd etwo yn eym hause, alleyne sich versamlen, zum gebet, zu lesen, zu teuffen, das sacrament zu empfahen, vnd andere Christliche werk zu vben. Inn dieser ordnunge kund man die, so sich nicht Christlich hielten, kennen, straffen, bessern, ausstossen, odder ynn den bann thun, nach der Regel Christi. MATT. 18. — Kurtzlich wenn man die leute vnd personen hette, die mit ernst Christen zu seyn begerten, die ordnunge vnd weysen weren balde gemacht. Aber ich kan vnd mag noch nicht eyne solche gemeyne odder versamlunge ordden odder anrichten, denn ich habe noch nicht leute vnd personen dazu, so sehe ich auch nicht viel, die dazn dringen.“

Als in Sachsen die äusseren Umstände dazu führten, dass die Landesfürsten Consistorien einsetzen, wodurch es kam, dass in lutherischen Ländern die Kirchengewalt nach und nach in die Hände der Landesherren überging: da wurde diese neue Einrichtung zwar nicht ohne LUTHER's Zustimmung und Mitwirkung getroffen, aber immerhin ohne dass er sich mit besonderer Thätigkeit dabei betheiligt hätte und ins besondere ohne dass er diese Verfassung grundsätzlich für nothwendig gehalten hätte, weil er überhaupt weit davon entfernt war, irgend eine bestimmte äussere Form für die einzige mögliche und schlechthin gebotene zu erklären. So geneigt er vermöge seines hohen Begriffs vom göttlichen Amt der Obrigkeit war, der Regierung auch in kirchlichen Dingen eine entscheidende Auctorität zuzuerkennen, so nachdrücklich wahrte er andererseits ein unabhängiges kirchliches Gebiet und hielt auch noch in späteren Jahren darauf, dass die Obrigkeit in *geistliche Sachen* sich nicht mischen solle <sup>1)</sup>.

MELANCHTHON hat sich ausdrücklich dagegen erklärt, dass ein Pfarrer für sich allein ohne ein Collegium von Richtern und ohne Beziehung würdiger Gemeindemitglieder den Bann ausspreche <sup>2)</sup>. Und die vier sächsischen Reformatoren BUGENHAGEN, JONAS,

<sup>1)</sup> *Gutachten an L. BEIER in LUTHER's Briefen, herausg. von DE WETTE.* IV. 8: „nachdem unser Evangelium aufs höchste dahin dringet, dass man die zwei Regiment, weltlich und geistlich, wohl unterscheide und ja nicht unter einander menge, wo nicht die hohe Noth oder Mangel der Personen soleches zwinget, das ist wo Personen da sind, die das Rathaus und Stadtregiment, und wiederum wo Personen da sind, die das Pfarramt und Kirchen versorgen, soll keines dem andern in sein Amt greifen,— wie denn die Erfahrung allzuviel zeuget, dass kein Friede sein kann, wo der Rath oder Stadt in der Kirche regieren will, und uns des Papstthums Exempel wohl lehret.“ Ferner vergl. LUTHER's *Schreiben an hessische Theologen* (1536) bei DE WETTE IV. 462: nec vellem politicum magistratum in id officii misceri, sed omnibus modis separari, ut staret vera et certa distinctio utriusque magistratus. Und im J. 1543 sagt LUTHER in einem *Schreiben an PFARRER GRESSER*, bei DE WETTE V, 596, unter anderem: Satan pergit esse Satan; sub Papa miscuit ecclesiam politiae, sub nostro tempore vult miscere politiam ecclesiae. Man sieht, er fürchtete das unbeschränkte fürstliche Regiment in einer Staatskirche ebenso sehr, als die unbeschränkte Hierarchie eines Kirchenstaats. — Vergleiche überhaupt die Schrift von JULIUS KÖSTLIN: LUTHERS Lehre von der Kirche. 1853. bes. S. 46 ff. 31, 148, 159 f. 206—214, vergl. 153.

<sup>2)</sup> In seiner Schrift: *De abusibus emendandis*, 1541 im *corpus Reformatorum* ed. BRETSCHNEIDER IV 542: Nec licet soli pastori ferre sententiam excommu-

LUTHER und MELANCHTHON fordern in einem gemeinschaftlichen Sendschreiben an die Nürnberger Geistlichen vom J. 1540 Wiederherstellung des Banns unter der ausdrücklichen Bestimmung, dass in jeder Gemeinde Aelteste hiezu beigezogen werden müssten <sup>1)</sup>). Diese Gedanken und Projecte, welche die wesentlichen Elemente einer presbyterianischen Gemeindeordnung in sich begreifen, sind zwar bei der im Jahr 1542 erfolgten Feststellung und bei der späteren Ausbildung der Consistorialverfassung nicht zur Entwicklung gelangt, aber sie gereichen doch zu einem unumstösslichen Beweis, dass die sächsischen Reformatoren der Presbyterianverfassung keineswegs aus Grundsatz entgegen getreten sind, vielmehr sich derselben mitunter sehr genähert haben. Treffen wir doch die erste Spur einer presbyterianischen Gemeindeordnung eben auf einem der lutherischen Reformation angehörigen Gebiete.

JOHANNES BRENZ, der Reformator der freien Reichstadt Hall in Schwaben, und später des Herzogthums Württemberg, ein Mann, der sich von Anfang an so völlig an LUTHER anschloss, dass er schon im J. 1525 an der Spitze mehrerer schwäbischen und fränkischen Theologen der Abendmahlslehre ZWINGLI's entgegentrat und die Lutherische Lehre vom Abendmahl in dem „*Syngamma*“ gegen ÖCOLAMPADIUS vertheidigte, übergab vor Ostern 1526 dem Rath zu Hall den Entwurf einer *Kirchenordnung*, welche nicht nur über Gottesdienst, Ehesachen, Armen- und Schulwesen, sondern auch über Kirchenzucht Anordnungen enthält <sup>2)</sup>). In dem letzteren Abschnitt ist es auf Einführung und Erhaltung „eines ehr samen züchtigen christlichen Wandels“ ab-

minationis sine ulla decuria judicum aut nemine adhibito ex honestioribus viris suaec ecclesiae. Ut enim vocantur haec judicia ecclesiae, ita sunt plures adhibendi, ut PAULUS voluit. Tyranus est inimica ecclesiae. — Sed addendi sunt aliqui honesti, graves et docti viri laici. — Vergleiche RICHTER, die *Grundlagen der Kirchenverfassung nach den Ansichten der sächsischen Reformatoren*, in der Zeitschrift für deutsches Recht, von REYSCHER und WILDA. 1840; IV. 1. ff. bes. 16. 29 f.

<sup>1)</sup> *Corpus Ref.* III. 965 und LUTHER's *Briefe von DE WETTE* V. 266: Restitutio et excommunicatio — adhibitis in hoc judicium senioribus in qualibet ecclesia.

<sup>2)</sup> Den vollständigen und diplomatisch genauen Text dieser „*Reformation der Kirchen in dem Hallischen Land*“ siehe bei RICHTER, ev. Kirchenordnungen. I. 40 ff.

gesehen; weil aber der bischöfliche Bann, anstatt diesen zu befördern, die Sünden mehr erlaubt als gestraft habe, so ist nach BRENZ nöthig, für den unnützen bischöflichen Synodus den nützlichen christlichen aufzurichten. Bei seiner positiven Erörterung nun geht der Reformator von der Pflicht jeder bürgerlichen Obrigkeit aus, gemeinen Frieden und Ehrbarkeit aufrecht zu erhalten und die Uebelthäter zu strafen, wozu sie ja das Schwerdt führe. Wie Gott der himmlische Vater in der ganzen Welt, unter Juden, Heiden und Türken, ein ehrsam friedsam Leben haben will, so will CHRISTUS, dass seine Kirche, durch sein Wort und Sacrament an einem sonderlichen Ort versammelt, einen ehrsa-  
men züchtigen christlichen Wandel führe, damit die Ungläubigen und Bösen zum Glauben und Frömmigkeit gereizt, die Gläubigen und Frommen gebessert werden, und dass weder der christliche Name durch das Leben böser Christen geschändet und gelästert, noch der gute Christ durch des Bösen Leben geärgert werde. Aber in der ersten Kirche haben die Christen das weltliche Schwerdt nicht gehabt, welches damals in der Heiden und Juden Hand war; weil desshalb viele ärgerliche Sünden ungestraft blieben und ihnen doch nicht gebührte, einen Bösen nach dem weltlichen oder mosaischen Gesetz zu strafen, auch das weltliche Schwerdt eine blos äusserliche Ordnung ist, deren die rechten Christen für sich selbst nicht bedürfen, so hat CHRISTUS für die bösen Christen folgende Ordnung aufgerichtet, MATTH. XVIII: „So dein Bruder wider dich sündiget u. s. w.“ Solche Weise das Uebel zu strafen hat PAULUS geübt und den Corinthern befohlen I COR. V. vergl. TIT. III. Nachdem BRENZ das Wesen der urchristlichen Zuchtordnung aus den Worten CHRISTI und der Apostel erhoben hat, bemerkt er über die Art der Vollziehung derselben in der apostolischen Kirche: „Es wäre unordentlich, wenn jeder willkührlich sich understünde die Ordnung zu vollstrecken und wenn Jeder nach Belieben in der Versammlung der Gemeinde aufstehen und anzeigen wollte, dass Dieser oder Jener ihm nicht folgen und sich nicht bessern wolle. Darum haben es die Heiligen der ersten Kirche für gut angesehen, folgende Ordnung in der evangelischen Strafe zu beobachten: aus der Versammlung des ganzen christlichen Volks an einem Ort (Pfarrgemeinde) sind erwählt worden *etliche alte gestandene, tapfere, redliche Männer*, denen befohlen ward, auf die Gemeinde fleissig Acht zu haben, ihren Nutzen zu fördern und ihren Ge-

brechen abzuhelfen, wenn Mangel am Wort oder Sacrament wäre; ins besondere diejenigen zu ermahnen, welche durch unchristlichen Wandel Aerger und Gaben, und, wenn Ermahnungen nichts fruchteten, sie in den Bann zuthun. Unter diesen Erwählten wurde derjenige, welcher Befehl hatte das Wort zu verkündigen, und kirchlicher Geschäfte halber die anderen zusammenzuberufen be Vollmächtigt war, *BISCHOF*, d. h. Wächter oder Hirte genannt; die übrigen hießen Alters halber *Presbyter*, d. i. Rathsmänner. Waren die erwählten Presbyter samt dem *Bischof* versammelt, so hieß man das *Synodus*, d. i. eine Versammlung; kamen aber die Erwählten von vielen Pfarrkirchen zusammen, so nannte man das *Concilium*<sup>1</sup>). Mit der Ermahnung und Excommunication wurde es, wie BRENZ weiter berichtet, so gehalten: wenn einer unchristlich lebte, so wurde einem der Erwählten besonders befohlen den Unchristen zu ermahnen, dass er von seiner Misserthat abstehe. Folgte er, so verzieh man ihm nach abgelegtem öffentlichem Bekentniss; folgte er nicht, so erwählte man 2 oder 3 zu dem vorigen, um denselben abermals zu ermahnen; wollte er noch nicht folgen, so wurde er vor der ganzen Versammlung öffentlich ermahnt von dem unchristlichen Leben abzustehen; wollte auch das nicht helfen, so wurde er öffentlich in den Bann erkannt, so dass er nicht zum Sacrament zugelassen werden und jederman seinen Umgang meiden sollte, doch mit täglicher Bitte zu Gott um Gnade zur Erkenniss seiner Sünden und Besserung, damit er wieder aufgenommen werden könnte.

Was nun aber die in der Gegenwart anwendbaren Mittel und Wege christlicher Zucht und Ordnung betrifft, so erkennt BRENZ, der im bisherigen nur geschichtlichen Bericht über urchristliche Einrichtungen erstattet hat, vor allem entschieden an, dass durch das Bestehen einer *christlichen Obrigkeit* die Sachlage wesentlich geändert sei, sofern ein grosser Theil von demjenigen, was zur Zeit einer heidnischen Obrigkeit lediglich durch die christliche Gemeinde und die Beauftragten derselben geschehen

<sup>1</sup>) „Die andern sein gehaissen von alters wegen *presbiteri* das ist Ratzmenner, die man sunst in weltlichen Sachen zu latein neunet *Senatores a senio*, zu deutsch *Ratzherren*.“ So vergleicht BRENZ der Verdeutlichung wegen das Kirchliche mit bürgerlichen Institutionen, und parallelisiert den *Synodus* (Ortskirchenrat) mit einem Rathstag, das *Consilium* oder die Kirchenversammlung mit einem Städte- oder Reichstag.

musste, jetzt durch die christliche Obrigkeit vollzogen werde; desshalb sei es viel leichter christliche Ehrbarkeit unter einem christlichen Volk zu erhalten, denn eine solche Obrigkeit sorge nicht blos für *weltliche Ehrbarkeit* der Unterthanen, sondern auch für *christliche Ehrbarkeit*.<sup>1)</sup> Dessenungeachtet ist BRENZ unbefangen genug zuzustehen, dass die „weltliche“ Obrigkeit doch nicht alle Sünden, welche ein Aergerniss sind, zu strafen den Willen oder die Kraft habe, z. B. Unzucht, Gotteslästerung, Trunkenheit, Spiel, Wucher: Dinge, welche zwar der Ehrbarkeit zuwiderlaufen, aber, weil der gemeine Friede nicht dadurch verletzt zu werden scheint, meist ungestraft ausgehen. Daher das Bedürfniss einer *Kirchlichen Zucht* durch die Prediger nebst einigen dazu verordneten Gemeindegliedern: um diesen Sünden, die sonst unbestraft, wenigstens ungebessert bleiben, zu wehren, wird es für gut angesehen, dass eine *Obrigkeit*, gemäss der Anordnung Christi und dem Gebrauch der ersten Kirche, zu dem Pfarrer und Prediger *etliche redliche Personen aus der Bürgerschaft*, wie bisher in Ehesachen geschehen, *bestimmte und verordnete*, die sodann einen Synodus hielten und den Unchristen ermahneten<sup>2)</sup>. Es würde darum aus der Stadt kein Kloster, sondern eine züchtige Bürgerschaft. Es glaubt kein Mensch, was Guts und Ehrbarkeit aus dieser Ordnung entstehen würde; haben doch die Christen nie ein heiliger und redlicher Leben geführt, als da noch eine solche Weise den Sünden, die sonst ungestraft blieben, zu begegnen gehalten wurde. Denn dieweil die weltliche Gewalt etliche Sünden nicht zu strafen pflegt, so muss doch irgendwie gewehrt werden, damit nicht die h. Sacramente vor die Hunde geworfen und die frommen

<sup>1)</sup> Diess wird noch deutlicher durch den im Eingang dieser *Kirchenordnung*, a. a. O. S. 40, vorangestellten Begriff der christlichen Obrigkeit: „So ist die „Oberkait als Cristenliche glider und mitgenossen der Kindtschaft Gottes bey ir sel „scligkeit und ampts halben zu furdern schuldig anzurichten zu ordiniren Irm vn „derthonen (weltlichem gewalt nach) vnd Irm mitbrudern Cristo nach — zu gut „vnd fromen alles was Cristus in einer Cristenlichen versammlung öffentlich zu thon „beuollen.“

<sup>2)</sup> „Wurt es fur gut angeschen das ein Oberkait der ordnung von Cristo angezaigt vnd der ersten Kirchen gebrauch nach zu dem Pfarrer vnd predigern *etlich redlich person auss der Burgerschaft* wie bisshieher in ectsachen geschehen *bestimte und verordnete*.“

ehrbaren Christen geärgert werden. Und ob etwas anderes in der Kirche ausserhalb der gemeinen Ordnung zu thun wäre, so sollte es zuerst an *die von der Obrigkeit Verordneten* gelangen und von denselben der Obrigkeit vorgetragen werden, welche, so es für die Kirche nützlich angesehen wird, genehmigt, oder so es für untauglich geachtet wird, verwirft.<sup>1)</sup>

Ueber diesen Entwurf von BRENZ bemerken wir, zu näherer Würdigung desselben, Folgendes:

1. Der Zweck ist, eine ächt christliche *Kirchenzucht* (im Unterschied von blos bürgerlicher Ordnung und Sittenpolizei) zu Verhütung der Aergernisse und zur Beförderung christlicher Sittlichkeit und Gottesfurcht!]

2. Als *Mittel* dazu wird, bei der Unzulänglichkeit des bürgerlichen Regiments, das *Zusammenwirken einiger würdigen Gemeindeglieder mit dem Pfarrer* zum Ermahnen, Warnen, endlich zum Bann wider Unchristen empfohlen. Diesen Männern wird der Titel „Kirchenälteste“ nicht beigelegt, sie heissen „die Bestimmten von der Oberkeit“; denn

3. Sie sollten (nicht von der Gemeinde gewählt, sondern) *von der Obrigkeit bestellt* und zu ihrem Beruf verordnet werden, wie denn in Beziehung auf anderweitige kirchliche Anträge dieses Collegiums, das in Kirchensachen zwischen Gemeinde und Obrigkeit in der Mitte stehen sollte, die Obrigkeit das Recht endgütiger Entscheidung hat.

4. *Grundlage* dieses Vorschlags ist die in Gottes Wort enthaltene Anordnung Christi und der Apostel in Betreff der Kirchenzucht, nebst dem Vorgang der Urkirche.

Die Frage, ob dieser Entwurf auch verwirklicht worden sei, bejahen wir, gestützt auf die Thatsache, dass später die Aufsicht über die sittliche und kirchliche Ordnung in den Landgemeinden des hallischen Gebietes in die Hände städtischer „Sendherren“ gelegt wurde, die in den Gemeinden jährlich den Send (Synodus, Visitation) zu halten und je 3—4 glaubwürdige Personen als Zeugen über den Stand ihrer Gemeinde zu vernehmen hatten<sup>2)</sup>. Von einer Synodalvertretung zusammengehöriger Gemeinden ist also nicht die Rede, wohl aber wurde eine Art Presbyterium für die Reichs-

<sup>1)</sup> Vergleiche HARTMANN und JÄGER: JOHANN BRENZ 1840. I, 106 ff.

<sup>2)</sup> HARTMANN und JÄGER a. a. o. 336 f.

stadt selbst durch die Obrigkeit bestellt, was immerhin als Anfang einer presbyterianen Gemeindeordnung anzusehen ist. Als jedoch BRENZ später berufen wurde, für Württemberg unter Herzog ULRICH und CHRISTOPH eine Reformationsordnung festzustellen, hat er daselbst die Consistorialverfassung eingeführt und, wie wir später sehen werden, Bemühungen für eine Presbyterianerordnung zurückgewiesen.

---

Eine zweite Kirchenordnung, von dem gleichen Jahr wie die hallische, hat einen ganz anderen Character, muss aber doch hier berücksichtigt werden: es ist die *hessische*, auf der Homberger Synode im Oct. 1526 verfasste und unter dem Schutz des Landgrafen PHILIPP des Grossmüthigen im Namen der Synode bekannt gemachte Reformationsordnung. Freilich ist der geistige Urheber derselben, die Hauptperson auf jener Synode, FRANZ LAMBERT von Avignon (geb. 1487 † 1530), von einer anderen Richtung gewesen als BRENZ und die sächsischen Reformatoren, indem er seiner Glaubensansicht nach sich zu den Schweizern neigte, wenigstens den Strassburgern, BUCER und Anderen nahe stand. Seine Ideen von Kirchenordnung sprach er 1525 in einigen Schriften und sodann in 1528 Paradoxen aus, die er der Synode zu Homberg vorlegte, einer Art Notabelnversammlung, welche die Reformation der gesamten Landgrafschaft Hessen beschloss. Die von der Synode angenommene Reformationsordnung<sup>1)</sup> trägt einen ganz eigenthümlichen Stempel.

Bei der in derselben enthaltenen *Gemeindeordnung* (c. 15—25) ist es darauf abgesehen, eine reine Gemeinde von wahrhaft Gläubigen zu bilden, welche das Recht kirchlicher Selbstregierung unmittelbar in Gemeindeversammlungen (nicht mittelbar durch Vertreter und Beauftragte) ausüben würde. Weil es nach CHRISTI Befehl MATTH. XVIII der Gemeinde gesagt werden soll,

<sup>1)</sup> *Reformatio ecclesiarum Hassiae juxta certissimam sermonum Dei regulam ordinata etc.* bei RICHTER, *ev. Kirchenordnungen*. I. 58 ff. Vergl. BAUM, *Fr. Lambert v. Avignon* 1840. s. 134 ff. RICHTER, *Gesch. der evang. Kirchenverfassung in Deutschland*. 1851, S. 37 ff.

wenn ein Bruder die Vermahnung nicht annehmen will, die Gemeinde Gottes aber nichts anderes ist als die Versammlung der Gläubigen, so müssen die Gläubigen dann und wann versammelt werden, damit ihnen die Wiederspenstigkeit eines sündigenden Bruders angesagt werden könne. Da ferner nach dem Wort PAULI 1 cor. V zur öffentlichen Bestrafung und Ausschliessung der Lasterhaften die Gläubigen versammelt werden müssen, was auch zu anderen Zwecken nöthig ist, nämlich um über die Stimme ihres Hirten zu urtheilen, um Bischöfe und Diaconen (d. h. Pfarrer und Pfarrgehülfen), auch Armenpfleger zu erwählen, nöthigenfalls abzusetzen, und was sonst die ganze Gemeinde angeht, zu entscheiden: so verordnen wir, dass in jeder Pfarrei, nachdem das Wort Gottes eine Zeit lang in ihr gepredigt worden ist, eine Zusammenkunft der Gläubigen gehalten werden soll (sat conventus fidelium), wobei alle Männer, welche CHRISTO zuge-  
than sind und zu den Heiligen zählen <sup>1)</sup> zusammentreten, um mit dem „Bischof“ über alle Gemeindeangelegenheiten nach Gottes Wort zn beschliessen. Gläubige Frauen mögen ohne Stimmrecht der Versammlung beiwohnen. Da aber die der Weise des Glaubens Zuwiderhandelnden zur Versammlung der Gläubigen nicht zuzulassen sind, so wollen wir, dass eine Scheidung zwischen wahren und falschen Brüdern in folgender Weise vorgenommen werde. Nachdem das Wort Gottes eine Zeit lang gepredigt ist, soll der Pfarrer alle Gläubigen auf den nächsten Sonntag zu einer Versammlung einladen, in welcher jedoch nur diejenigen sich einfinden dürfen, welche dem Wort Gottes und namentlich *der Regel* sich unterwerfen wollen, dass, wer durch Sünden Aergerniss gibt, von der Gemeinde ausgestossen werden soll. Nachdem diess wiederholt verkündigt ist, auch die Einzelnen zur Busse und Besserung ermahnt worden sind, soll die Versammlung statt finden. Diejenigen, welche sich zu einem frommen christlichen Leben nicht hergeben wollen, sollen hinausgehen und nicht für Brüder, sondern für Heiden und solche die draussen sind, gehalten werden; indessen soll auch für sie, wie für die Brüder, Fürbitte geschehen. Bann und Absolution steht keineswegs dem Bischof (Pfarrer) allein zu, sondern nur

<sup>1)</sup> Quotquot ex viris negotio Christi favent et in *sanctorum* numero habentur.

in Verbindung mit der Gemeinde <sup>1)</sup>). Diejenigen aber, welche unter die Heiligen gezählt sein wollen und den christlichen Gesetzen sich unterwerfen, werden eingeschrieben, und sollen nicht darüber erschrecken, wenn es ihrer auch wenige sind; sie dürfen dessen gewiss sein, dass durch die Wirkung des Wortes Gottes ihre Zahl bald zulegen wird, wenn es auch im Anfang nur 20—30 sind. In den durch diese vorbereitenden Schritte möglich gemachten Versammlungen der Brüder oder Heiligen (*sanctus conventus, sancta congregatio*) werden nun alle Gemeindeangelegenheiten behandelt: Wahl der Geistlichen, Bann und Wiederaufnahme; der „Bischof“, welcher den Vorsitz führt, lässt nur zu, was mit Gottes Wort übereinstimmt, übrigens soll jeder geduldig angehört werden.

Wie das örtliche Kirchenregiment der Gemeindeversammlung zusteht, so soll die kirchliche Verwaltung einer ganzen Landschaft den *Provinzialsynoden* (*majores et provinciales Synodi*) zukommen, und für ganz Hessen soll jährlich eine *Landessynode* statt finden, besichtigt durch sämtliche Pfarrer und durch je einen Abgeordneten der Gemeinden, welcher unmittelbar vorher in der Gemeindeversammlung gewählt wird (*commissi ecclesiarum*). Diese Synode soll am 3<sup>ten</sup> Sontag nach Ostern in Marburg gehalten werden, aber höchstens 3 Tage währen. Die Vorbereitung und Leitung der Verhandlungen wird durch einen gewählten Ausschuss von 43 Männern „voll Glaubens und heiligen Geistes“ besorgt; bei der Wahl dieser Männer hat der Landesfürst nebst den Edelleuten, wenn sie der Versammlung beiwohnen, ebenfalls Stimmrecht. Unter den dreizehn hat der Erstgewählte den Vorsitz; ihren Berathungen darf der Landesherr mit einigen Männern, die er beiziehen will, so wie auch die dem Evangelium günstigen Grafen des Landes, beiwohnen. Der Geschäftskreis der Synode umfasst die Prüfung der Pfarrwahlen und der Absetzungen von Seiten der Gemeinden, die Überwachung der Visitatoren, endlich die Entscheidung über vorgelegte Fragen und Zweifel einzelner Gemeinden. Uebrigens ist ausdrücklich gefordert, dass Gottes Wort mehr gelten müsse als Stimmenmehr-

<sup>1)</sup> Non enim solius est Episcopi, sed totius Ecclesiae, excommunicare et absolvere quemquam; ideo nulla ratione id solis Episcopis permittimus, sed simul ipsis cum Ecclesia. S. 62 bei RICHTER.

heit<sup>1</sup>), und dass die Entscheidungen der Synode einerseits nur auf Grund gediegener Schriftstellen, zur Erbauung aller Gemeinden, andererseits nicht als Satzungen (statutorum nomine), sondern einfach als „Antwort der und der hessischen Synode“ bekannt gemacht werden sollen. Die laufenden Geschäfte von einer Synode bis zur andern besorgen theils die 13 Mitglieder der Synodalausschusses, theils die drei, erstmals vom Landgrafen, später je auf ein Jahr von der Synode zu ernennenden Visitatoren, theils die Gemeinde der „Synodalstadt“ Marburg, welche gewissermassen zum Vorort erhoben ist (Ecclesia civitatis Synodal. c. 22 cf. 19).

In Beziehung auf die Kirchendiener sind die Bestimmungen bemerkenswerth, dass jeder Pfarrer und Pfarrgehülfe nur auf so lang angestellt werden soll, als er Gottes Wort lauter und rein lehrt und einen würdigen Wandel führt; ferner dass auch Bürger und Handwerker, ihr Gewerbe sei welches es wolle, wenn sie nur fromm, unbescholten und unterrichtet sind, zu Pfarrern gewählt werden können; endlich dass auch Männern ohne Amt, wenn sie fromm und bibelfest sind, das Predigen nicht verwehrt werden soll, denn es gebe eine *innerliche* Berufung Gottes (a Deo enim interne mittitur. c. 23).

Diese Kirchenordnung hat streng genommen keinen presbyterianischen, sondern nur synodalen Charakter. Es sind darin Kirchenversammlungen angeordnet auf den drei Stufen: der Ortsgemeinde, der Provinz und der Landeskirche; und diesen Versammlungen ist alle kirchliche Vollmacht in die Hände gelegt, namentlich ist von der Landes-Synode, als der Spitze des Kirchenregiments, zuletzt alles abhängig gemacht. Was das presbyterianische Element betrifft, so sind allerdings an mehreren Stellen *Aelteste* erwähnt. Es ist vorgeschrieben, dass der Pfarrer in Begleitung etlicher Aeltesten (seniores) Krankenbesuche machen solle, vergl. JAC. v: 14: es wird verordnet, dass, wenn Iemand den Gemeindeconvent durch ungöttliche Reden stört, Pfarrer und *Aelteste* dies nachdrücklich rügen sollen; dass bei Verhandlungen, welche den Pfarrer persönlich betreffen, einer von den

<sup>1</sup>) *major est enim Dei sermo omni hominum multitudine, et melius est adhaerere uni habenti verbum Domini, quam multis proprium judicium sequentibus*  
a. a. O. 64.

Aeltesten den Vorsitz führen solle; dass die Wahl eines Abgeordneten zur Landessynode vom Pfarrer nebst zwei Aeltesten geleitet werden solle; endlich dass die Pfarrgehülfen und die Gemeindediaconen, wo nur *ein* Pfarrer ist, von zwei Aeltesten nebst dem Pfarrer durch Handauslegung eingesegnet werden sollen (c. 15. 20. 21). Auf der anderen Seite ist es auffallend, dass das Altestenamt in mehreren bedeutungsvollen Beziehungen gar nicht berührt ist, z. B. in Betreff der Kirchenzucht, welche dem Pfarrer in Verbindung mit dem vollständigen Gemeindeconvent anheimgegeben ist (c. 16. 17). Sodann lesen wir zwar Vorschriften für die Wahl der Pfarrer und Pfarrgehülfen, der Synodalabgeordneten, selbst der Gemeindediaconen; aber über die Art wie die Aeltesten zu ihrem Berufe kommen, suchen wir vergebens einen Aufschluss; sie werden eben vorausgesetzt, ohne dass wir erfahren, woher sie kommen. Daraus glauben wir schliessen zu müssen, dass den Verfassern dieser Kirchenordnung das apostolische Aeltestenamt zwar vorgeschwebt habe, aber ohne klaren Begriff seiner Bedeutung und ohne dass ein specifisches Gewicht darauf gelegt worden wäre. Diess lässt sich um so leichter erklären, als bei einer durch freiwilligen Beitritt der Einzelnen constituirten und durch strenge Kirchenzucht bewahrten „Gemeinde der Heiligen“, welche natürlich im unveräußerlichen Besitz der Vollgewalt kirchlicher Rechte steht, ein gewichtiges Aeltestenamt in der That ziemlich entbehrlich sein würde; tritt doch dieser reinen und souveränen Gemeinde gegenüber selbst das Predigtamt in merkliche Abhängigkeit zurück. Diess ist wenigstens bei den später aufgetretenen *Independenten* der Fall gewesen, mit deren Grundsätzen über Constituirung und Rechte der Einzelgemeinde und über das Verhältniss des geistlichen Amtes zur Gemeinde, die Homberger Reformationssordnung eine überraschende Analogie darbietet.

Die von Einigen geäusserte Vermuthung, dass FRANZ LAMBERT beim Entwurf dieser Kirchenordnung die uralten Einrichtungen der Waldenser vor Augen gehabt haben dürfte, haben wir schon im Anfang dieses Capitels erwähnt und widerlegt. Der Entwurf ist vielmehr, wie RICHTER<sup>1)</sup> tressend urtheilt, als selbständiger und eigenthümlicher Versuch einer schriftmässigen Kirchenver-

<sup>1)</sup> *Gesch. der ev. Kirchenverfassung.* S. 40.

fassung anzusehen, der übrigens nach einer Seite hin an den von LUTHER ausgesprochenen Gedanken einer zur Selbstregierung reifen, ausgewählten Gemeinde von ernsten Christen (s. oben) sich anlehnt. Nur walte der Unterschied ob, dass LAMBERT mit wahrhaft jugendlicher Begeisterung das Ideal unmittelbar ins Leben einzuführen gedachte, LUTHER dagegen mit reiferer Besonnenheit erkannte, dass das nicht angehe, weil man die Leute dazu nicht habe.

Diese Ueberzeugung leitete LUTHERN auch bei dem Gutachten, das er auf eine Anfrage des Landgrafen von Hessen, PHILIPP des Grossmüthigen, im Anfang des Jahrs 1527 über den Homberger Reformationsentwurf abgab. Er rieth dem Fürsten, den Entwurf vorjetzt nicht zu veröffentlichen, sondern zuerst Pfarreien und Schulen mit tüchtigen Männern zu besetzen; und wenn eine Anzahl derselben praktisch über eine einträgliche Weise überein kommen und Andere ihnen folgen würden, dieselbe durch Verordnung einzuführen, so dass erst wenn ein gewisses Herkommen sich bereits festgestellt habe, dasselbe zum Gesetz erhoben würde; denn: „Fürschreiben und Nachthun ist weit von einander.“ LUTHER fürchtet: „die Leute sind nicht dazu geschickt, wie die meinen, so da sitzen bei sich selbs, und malens mit Worten und Gedanken ab, wie es gehen sollte“. <sup>1)</sup> Diesen weisen praktischen Rath befolgte der Landgraf, und führte die vorgeschlagene Verfassung nicht ein, sondern statt derselben den von MELANCHTHON verfassten Unterricht der Visitatoren von 1528, in welchem weder Aelteste noch Synoden, wohl aber Pfarrherren und Superattendenten vorkommen. Daher schrieb LAMBERT in seinem Todesjahr 1530, bekümmert über getäuschte Erwartungen und unerfüllte Wünsche: „wann wird uns das Glück zu Theil werden, unsere Kirchen recht nach CHRISTI Befehl eingerichtet zu sehen? Wo ist der allen Kirchen höchst nöthige Bann, den so Viele dem offensbaren Zeugniss der Schrift zuwider verwerfen?“ <sup>2)</sup> Im J. 1531 ernannte der Landgraf Superintendenten auf Lebenszeit, und beseitigte dadurch die Idee eines von den Gemeinden ausgehenden synodalen

<sup>1)</sup> LUTHER's Gutachten vollständig und authentisch bei RICHTER, *Gesch. der ev. K.-Zeit*, S. 40 ff.

<sup>2)</sup> BAUM, *Franz Lambert*. S. 163.

Kirchenregiments; und im J. 1532 erging von einer andern *Synode* zu *Homberg* eine Kirchenordnung, worin **LAMBERTS** Ideal vollends verschwunden ist, indem Ermahnung, Warnung und Ausschliessung unwürdiger Glieder ausschliesslich den Pfarrern zugewiesen ist. Dagegen hat die nach den Beschlüssen einer *Synode* zu *Ziegenhain* im J. 1539 verfasste und von **PHILIPP** dem Grossmütthigen genehmigte „*Ordnung christlicher Kirchenzucht*“<sup>1)</sup>, das *Aeltestenamt* in die hessische Kirche eingeführt; und zwar in einer Weise bei der dasselbe sehr hoch gestellt wird. Es ist in diesem Kirchengesetz ausgesprochen, die hohe Nothdurft erfordere es, dass wir die alte Ordnung des h. Geistes, wie wir sie in den apostolischen Schriften haben, wieder aufrichten, und zu den Dienern des Worts in jeder Kirche etliche *Presbyteros* d. i. *Aeltesten* verordnen, die verständigsten, bescheidensten, eifrigsten und frömmsten im Herrn, die auch in der Gemeinde die meiste Achtung geniessen. Das *Aeltestenamt* ist der nothwendigste und heilsamste Dienst, der nach dem Lehramt in der Kirche sein mag. Die *Aeltesten* sollen in jeder Gemeinde, neben und mit den Dienern des Worts, Seelsorge und Hirtendienst üben; beide, Prediger und *Aelteste*, sind Seelsorger. Die *Aeltesten* sollen 1. ein besonder fleissiges Aufsehen auf die Prediger haben: 2. in Beziehung auf Lehre und Leben, mit Rath und That dahin wirken, dass Jung und Alt in der Gemeinde gefördert werde: insbesondere ist ihnen 3. Fürsorge für christliche Unterweisung der Kinder befohlen: 4. ist ihnen wie auch den Predigern zur Pflicht gemacht, christliche *Zucht* fleissig zu üben mit lieblichem Ermahnem und Warnen, endlich mit Ausschliessung. Dieser letzte Punkt ist in der Urkunde am ausführlichsten, aber auch auf höchst erweckliche Weise behandelt, und erscheint offenbar als die Hauptseite des *Aeltestenamtes*. — In Betreff der *Wahl* ist nur so viel angedeutet, dass die Hälfte der *Aeltesten* durch die Herren vom Rath und Gericht, die andere Hälfte von der Gemeinde gewählt werden solle.

Diese „*Ordnung der Kirchenzucht*“ is nun aber auf den Reformationsentwurf der ersten Homberger *Synode*, in welchem ja das *Aeltestenamt* sehr zurücksteht, keineswegs zurückzuführen,

<sup>1)</sup> Die Kirchenordnung der *Synode* zu Homberg 1532 bei **RICHTER**, *ev.-K. Ordnungen*. I. 162 ff.; die *Ordnung der Kirchenzucht*. 1539. eben das. S. 290 ff.

vielmehr auf Vorgänge von evangelischen Kirchen in der Schweiz und in Strassburg, mit welchen die hessische Landeskirche in lebhafter Verbindung stand. Der idealistische Plan LAMBERTS dagegen ist dahingeschwunden, ohne eine bleibende Frucht zu hinterlassen.

---

Nachdem wir, was die letzte hessische Kirchenordnung betrifft, des Zusammenhangs wegen, um einige Jahre über den Zeitraum dieses Capitels hinausgeschritten waren, gehen wir, die *Schweiz* ins Auge fassend, wieder um eine geraume Zeit zurück.

ULRICH ZWINGLI hatte von Anfang an nicht nur die Lehre sondern auch das Leben zu reformiren im Sinn. Er war von jeher ein braver Eidgenosse und warmer Vaterlandsfreund gewesen, und als er ein Reformator wurde, so fasste er ebensosehr das Politische und Sittliche als das Religiöse an; ja er war vielleicht als republikanischer Staatsmann grösser denn als Theologe. Er ging, was kirchliche Verfassung und Regierung betrifft, von dem Grundsatz aus, dass alle Hiérarchie schlechterdings verwerflich sei, denn die Herrschaft und Hoffart der Geistlichen habe in der Lehre CHRISTI keinen Grund, die Geistlichen sollen keine von dem bürgerlichen Regiment abgesonderte Macht haben<sup>1)</sup>). Hiemit war nicht nur 1. die bisherige päpstliche und bischöfliche Hierarchie verworfen, sondern auch 2. jede neue, neben dem Staat auftretende und von ihm unterschiedene geistliche oder Kirchengewalt missbilligt. Positiv lag in seinen Grundsätzen sofort 3. die Ueberlassung der Vollmacht in Kirchensachen an die Obrigkeit, wodurch die Kirche mit dem Staat in die engste Verbindung gebracht wurde; jedoch lag dabei 4. die bestimmte Voraussetzung und Forderung zu Grunde, dass die *Obrigkeit* eine *christliche*, von dem Glauben der Kirche erfüllte sei und der evangelischen Lehre bestimmenden

<sup>1)</sup> ZWINGLI's Werke, herausgegeben von SCHULER und SCHULTHEISS, „*Uslegen und Grund der Schlussreden oder Artikel*“ (1523). I. 346: „Man sollte aus Grund der Schrift nicht gestatten, dass die Geistlichen *einigerlei Oberkeit* habind, die der weltlichen wider ist oder von *gemeinem regiment abgesundert*: den sölchis bringt Zwietracht.“

Einfluss auf ihre Verwaltung gestatte <sup>1)</sup>). ZWINGLI hat also das Kirchenregiment nicht unbedingt in die Hände des Staats gelegt, sondern nur unter der wesentlichen Bedingung, dass die Regierung eine christlich gesinnte, dem Evangelium getreue sei. Diese Bedingung schloss in der Anwendung zweierlei in sich: 1. den Einfluss der evangelischen *Geistlichkeit* auf die Beschlüsse und Acte der Staatsgewalt in Religionssachen, und 2. die, wenn auch nur stillschweigende, Einstimmung der christlichen *Gemeinde*. Denn ZWINGLI betrachtete der Idee nach die Gemeinde, d. h. die Gesamtheit der Gläubigen als Inhaberin der kirchlichen Gewalt, und erklärte ausdrücklich, der grosse Rath der Zweihundert in Zürich handle, was kirchliche Dinge betrifft, nicht in seinem eigenen Namen d. h. nicht als reine Staatsbehörde, sondern im Namen der Kirche <sup>2)</sup>). In Zürich erliess nämlich von 1520 an der Rath kirchliche Verordnungen, jedoch nicht als blosse Staatsgewalt, sondern als christliche Landesobrigkeit, und zwar nachdem durch die Predigt des lauteren Wortes Gottes in der Gemeinde eine evangelische Ueberzeugung bereits durchgedrungen war. Namentlich ergingen von der Obrigkeit Sittenmandate, und dieselbe stellte insbesondere eine vollziehende Behörde für die Sittenpolizei auf. Diess war ganz in Sinne ZWINGLI's. Er erklärte einerseits, dass die christliche Zucht und der Bann unmittelbar der „Kilch“ d. h. der Gemeinde, in Verbindung mit ihrem Pfarrer, zustiche<sup>2)</sup>), andererseits hielt er praktisch das Strafamt der christlichen Obrigkeit

<sup>1)</sup> Vergl. BLUNTSCHLI, *zur Geschichte der reformirten Kirchen-verfassung*, in REYSCHER's und WILDA's *Zeitschrift für deutsches Recht*. 1841. VI. 166 ff. und ZELLER, *das theol. System ZWINGLI's in seinen Grundzügen dargestellt. Theol. Jahrbücher* 1853. XII. 495 ff.

<sup>2)</sup> Subsidium de eucharistia (1525) *Werke* III. 339: Quod autem diacosii in his rebus ecclesiae, non suo nomine agant, hinc apparet, quod quidquid apud nos statuitur, — id eis ecclesiis, quae in oppido et agris sunt, liberum relinquitur. — Denique senatum Diacosiorum adivimus, ut ecclesiae totius nomine, quod usus postularet, fieri juberent. — — Sic utimur Tiguri Diacosiorum senatu, quae summa est potestas, ecclesiae vice. — Etwas zuvor sagt ZWINGLI hinsichtlich der Zustimmung der Gemeinde: olim jam libere monuimus Diacosios, — quod ipsi non sint aliter ecclesiae vice, quam quod ipsa ecclesia tacito consensu hactenus benigne receperit eorum senatusconsulta vel decreta.

<sup>2)</sup> *Auslegung der Schlussreden. Werke* I. 339: „dass das endlich urteil der Kirchen, d. i. gemcind, sye, sust niemands.“

keit für einen vollständigen und genügenden Ersatz der eigentlich kirchlichen Zucht. Im Jahr 1526 wurde im Zusammenhang mit einer neuer Eheordnung das Institut des „*Stillstands*“<sup>1)</sup> eingeführt, dessen Mitglieder, weil sie vorzugsweise Unzucht und Ehebruch zu rügen hatten, „*Ehegaumer*“ (Ehewächter) genannt wurden. Das Collegium war ein von den Gemeindegliedern gewählter Ausschuss von 3—4 redlichen frommen Männern, welche in Verbindung mit dem Pfarrer Ermahnung und Warnung gegen Uebertreter übten, auch auf kleine Geld- und Freiheitsstrafen erkennen konnten, hingegen bei schwereren Vergehen oder im Fall hartnäckigen Beharrens in der Sünde dem Obervogt, d. h. dem bürgerlichen Richter Anzeige machen mussten, ohne zum Kirchenbann befugt zu sein. Diese Behörde, die übrigens im Lauf der Zeit ziemlich verkümmerte, war also schon ursprünglich keine rein kirchliche, und nicht presbyterianer Art, sondern ein gemischtes Organ kirchlich-bürgerlicher Sittenpolizei. Und so hatte denn die Kirche ausser den „*Prädikanten*,“ welche die Regierung beriethen und anfangs, was kirchliche Angelegenheiten betrifft, völlig leiteten, durchaus kein rein ihr selbst angehöriges Amt, kein Organ der Kirchengemeinden. Wetliches und geistliches Regiment, Staat und Kirche wurden zwar im Begriff unterschieden, waren aber in der Wirklichkeit völlig vermischt und verwachsen: die Kirchengemeinde ging in der bürgerlichen Gemeinde, die Kirche in dem Staat geradezu auf, und es kam somit auch in der Schweiz eine *Staatskirche* zu Stande, welche hier auch durch die im J. 1528 in Zürich eingeführten Synoden der Geistlichkeit im Beisein mehrerer Mitglieder des Raths nur ein schwaches Gegen gewicht im Sinn kirchlicher Autonomie erhielt. Diese Form des Kirchenregiments unterschied sich, der republikanischen Staats form ungeachtet, nicht wesentlich von dem der lutherischen Staats kirchen in Deutschland; denn der kirchenrechtliche Standpunkt war wesentlich der gleiche, und nur die politische Verfassung machte einen Unterschied.

Diese kirchliche Einrichtung, worin Zürich voranging, verbreitete sich, mit dem zwinglischen Typus der Lehre und des Kul

<sup>1)</sup> So genannt, weil die Mitglieder in der Kirche beisammen blieben, um Sitzung zu halten, nachdem die übrige Gemeinde sie verlassen hatte.

tus, in und anserhälb der Schweiz, z. B. in den Cantonen Bern, St. Gallen, Schaffhausen, in den deutschen Städten Constanz, Memmingen, Augsburg. In diesen Landschaften und Städten wurde eine evangelische Staatskirche mit bürgerlicher Sittenzucht eingeführt, ohne dass neben dem Predigtamt ein rein-kirchliches Gemeindeamt, eine Organisation der Gemeinde und christliche Kirchenzucht Raum fand. Namentlich in dem mächtigen Canton *Bern*, welcher ein Bollwerk des schweizerischen Protestantismus wurde, handhabten seit der entscheidenden Disputation vom Jan. 1528, worauf das Reformationsmandat erlassen wurde, Schuldheiss, kleiner und grosser Rath, d. h. die bürgerliche Obrigkeit, das Kirchenregiment, jedoch unter dem Beirath der von Zeit zu Zeit auf Synoden versammelten Geistlichkeit; auch hier wurde, entsprechend dem Züricher „*Stillstand*“ eine Behörde für Sittenpolizei eingeführt, das „*Chorgericht*“, so genannt, weil die Richter im Chor der Kirche nicht nur ihren Versammlungsort, sondern auch regelmässig ihren Ehrenplatz hatten.

---

Nur *Basel* machte einigermassen eine Ausnahme. Die im J. 1529 vom Bürgermeister, kleinen und grossen Rath, d. h. von der Staatsgewalt ausgegangene Reformationsordnung<sup>1)</sup>, hatte die Functionen der Kirchenzucht bis zum Bann den Geistlichen allein, „*Lütpriestern und Diacon*“ (Pfarrgeistlichen und Helfern) anheimgegeben; aber die Basler Geistlichkeit, *JOH. OECOLAMPADIUS* an der Spitze, arbeitete auf ein Gemeindeorgan hin, das in Verbindung mit den Geistlichen die Kirchenzucht üben sollte. Nachdem sie sich desshalb an die Regierung gewendet hatten, erhielten sie den Auftrag, ihre Ansichten und Wünsche dem versammelten Rathe mündlich vorzutragen. Diess geschah im J. 1530, *OECOLAMPADIUS* führte im Namen von 50 Geistlichen das Wort und erörterte die Sache in einer ausführlichen und kirchenrecht-

<sup>1)</sup> RICHTER, *ev. K. Ordn.* I. 120 ff. HERZOG, *das Leben J. Oecolampadi's.* 1843. II. 154 ff.

lich in hohem Grade lehrreichen Rede <sup>1)</sup>). Er legte die Nothwendigkeit einer geordneten Kirchenzucht dar und erörterte hierauf die Möglichkeit und Zeitgemässheit derselben, unter der Voraussetzung, dass der tyrannische Missbrauch des Banns im Papstthum, welcher durch Abweichung von der Richtschnur der h. Schrift herbeigeführt war, gemieden werde. Er findet nämlich eine Tyrannei namentlich darin, dass die Geistlichkeit eine Vollmacht, die sie mit Andern theilen sollte, sich allein angemessen habe. Wir, fährt er fort, massen uns dergleichen nicht an. Zwar ist in der Reformationsordnung dieses ganze Geschäft uns und den Diaconen übertragen worden; weil aber die Gemeinde, aus Furcht vor der Wiederkehr der früheren Gewaltherrschaft, der Sache abgeneigt ist, so wollen wir selbst den *Schein* der Tyrannei meiden, und von der uns übertragenen Vollmacht keinen Gebrauch machen. Wir sind *Diener* der Kirche und das wollen wir auch bleiben, wir sind nicht auf unser sondern auf der Kirche Ansehen bedacht; wir wollen lieber auf die uns übertragene und erlaubte Gewalt verzichten, als der Tyrannei Thüre und Thor öffnen. Mögen Uebelwollende uns verläumden, als suchten wir die ehemalige Tyrannei durch eine Hinterthüre wieder einzuführen! Wir möchten lieber jener Bürde ganz entledigt sein, wäre sie nur nicht unzertrennlich mit unserem Amt verknüpft; da wir demnach die Last, der Ordnung unserer Gemeinden unbeschadet, nicht abschütteln können, so ist nur Vorsorge zu treffen, dass die ehemalige Willkürherrschaft nicht wiederkehre. Es gibt aber einen Weg, auf welchem die Würde des geistlichen Amtes aufrecht erhalten wird und doch die Gemeinde vor Tyrannei gesichert ist: wenn die Geistlichen *mit der Gemeinde* in Gemeindeangelegenheiten richten und bannen <sup>2)</sup>). Nicht als ob darum die Stimmen aller in der Gemeinde gesammelt werden sollten, denn das Volk lässt sich grossenteils durch Leidenschaft leiten und ermangelt der Urtheilsfähigkeit; auch würde eine

<sup>1)</sup> Die Rede ist vollständig zu finden in D.D. JO. OECOLAMPADII ET HULDR. ZWINGLII *Epistolarum libri 4.* Basil. 1536 fol. 42 ff.; im Auszng bei HERZOG. a. a. O. 194 ff.

<sup>2)</sup> OECOLAMPADII ET ZWINGLII Epp. f. 44<sup>a</sup>: *nempe si sacerdotes cum ecclesia in his, quae ecclesiae sunt, simul judicent et excommunieent.*

grosse Verwirrung herauskommen, wenn man auf die Meinung aller Weiber und Kinder und der Masse, welche oft noch unverständiger ist als jene, hören müsste. Sondern es mögen, wie zur Zeit der Apostel, einige zu *Aeltesten* ernannt werden, verständige, unbescholtene und geachtete Männer, deren Stimme dann als der Sinn der ganzen Gemeinde anerkannt werde<sup>1)</sup>. Es scheint uns demnach räthlich, dass, so oft in kirchlichen Angelegenheiten etwas gemeinsam zu beschliessen ist, *etliche vom Rath* mit den Pfarrern zusammentreten damit alle Handlungen mehr Ansehen erlangen; und dass *etliche von der Gemeinde* hinzugefügt werden, damit diese sich nicht über Hintansetzung beklage und un gehalten darüber werde, dass das Meiste entschieden werde ohne die Gemeinde zu befragen.<sup>2)</sup> Näher geht der Vorschlag dahin, dass den vier Stadtpfarrern aus den 4 Parochiën 4 Rathsherren und 4 von der Gemeinde beigegeben werden sollten; dieses Collegium von 12 Sittenrichtern (*12 censorum consessus*) könnte den kirchlichen Angelegenheiten mit Würde vorstehen, wodurch sowohl das Recht der Gemeinde als die Würde des geistlichen Amtes gewahrt würde und der Tyrannie vorgebeugt wäre. Im weiteren begegnet OECOLAMPAD der vom zwinglischen Standpunkt ausgehenden Einwendung, man könne ja auch ohne Bann unter dem Schutz der Staatsgesetze ein ruhiges und gottseliges Leben führen. Er erwidert, die Obrigkeit sei wegen Geschäftsüberbürdung ausser Stand, den Kirchensachen die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen; auch werde von der Obrigkeit, die zumal in grossen Städten vieles hingehen lassen müsse, Manches weniger bestraft, als die Würde der Kirche erfordere, während andererseits auch reuige Sünder bestraft werden, denen doch die Kirche verzeihe. So seien eben die Handlungen, welche vor das weltliche Gericht kommen, und die, welche vor das Gericht der Kirche kommen, verschieden, und die beiden Gerichtsbarkeiten selbst auch ganz verschiedener Art. Schliesslich bat der Redner

<sup>1)</sup> a. a. O. 44<sup>b</sup>: designentur — *seniores quidam, — quorum sententia, utpote prudentiorum, totius quoque ecclesiae mens esse constet.*

<sup>2)</sup> a. a. O. f. 44<sup>b</sup>: adsint parochis aliquot a senatorio ordine, quo cuncta majore eum autoritate gerantur: et addantur aliquot *ex plebe*, ne illa se contentam conqueratur, et *praeter sententiam ecclesiae* pleraque definiri aegre ferat.

den Rath, seinem Reformationswerk dadurch die Krone aufzusetzen, dass er zur Herstellung der Kirche in ihrer ursprünglichen Reinheit die Hand biete <sup>1)</sup>.

Die Anträge der Geistlichkeit, reiflich erwogen und weise durchgearbeitet, wie man sieht, fanden bei dem Rath keine sehr geneigte Aufnahme. Denn es war dabei auf eine dem Staat gegenüber unabhängigere Stellung der Kirche abgesehen, sofern in die Hände der Censorenbehörde das Kirchenregiment überhaupt gelegt werden sollte; und der Rath war nicht gesonnen, seine neugewonnene kirchenregimentliche Vollmacht so schnell wieder aufzugeben. Die Antwort bestand in der nach einigem Zögern erlassenen Verordnung vom 14. Dec. 1530, welche die Reformationsordnung (1529) dahin modifizierte, dass zum Behuf der Kirchenzucht in jeder Parochie der Stadt dem Pfarrer und den Helfern drei ehrbare Männer, *zwei vom Rath, einer von der Gemeinde* beigegeben wurden <sup>2)</sup>. Diese Verordnung wich von dem Antrag der Geistlichen darin ab, dass nicht *ein* Collegium für die Stadt, sondern vier parochiale Collegiën bewilligt wurden, denn die Regierung wollte eine durch Vereinigung stärkere kirchliche Macht sich zur Seite nicht aufkommen lassen. Ueberdiess sollte der Bann, in geradem Gegensatz gegen die Ansicht OECOLAMPAD's, in gewissen Fällen noch harte bürgerliche Strafen nach sich ziehen. Auch in den Landgemeinden wurden die Bänne organisiert, bestehend aus dem Pfarrer, dem Obervogt, und zwei von dem letzteren gewählten Männern, die übrigens je die dritte Warnung dem Bann am Basler Münster überlassen mussten. Schon im J. 1531 wurde für die Stadt vorgeschrieben, dass der dreimal vergebens Gewarnte den „Herrn Häuptern“ angezeigt

<sup>1)</sup> Seine von der Ansicht ZWINGLI's und der Zürcherischen Uebung abweichende Denkungsart spricht OECOLAMPAD noch deutlicher aus in einem Brief an ZWINGLI vom Sept. 1530: „Unerträglicher als der Antichrist wird die Obrigkeit, wenn sie die Kirche ihres Ansebens beraubt. Die Obrigkeit führt das Schwerdt mit Recht, allein CHRISTUS hat uns zur Heilung der gefallenen Brüder Arzneien dargeboten. Müssen aber die Schuldigen vor die Obrigkeit gestellt werden, dann wird sie entweder ihr Schwerdt durch Schonung abstumpfen, oder das Evangelium durch Härte verhasst machen; überdiess bessern wir die Gefallenen nicht, wenn wir sie der Obrigkeit anzeigen, sondern verrathen sie. CHRISTUS hat nicht gesagt: *sage es der Obrigkeit*, sondern: *der Kirche*. HERZOG. a. a. O. II. 200.

<sup>2)</sup> HERZOG. a. a. O. II. 205.

werden solle, um vor den Rath gestellt zu werden; der Rath wolle die Bannherren schützen. Der Kern der Sache war aber, dass ihnen das Recht der Excommunication entzogen, und Urtheil nebst Vollziehung der Obrigkeit vorbehalten wurde, d. h. dass im Grunde die Zwinglische Einrichtung siegte. Auch auswärts, in andern Cantonen, bemühte sich öCOLAMPAD ohne Erfolg, den Bann einzuführen und ein Gemeindeorgan zur Uebung desselben einzusetzen <sup>1)</sup>).

In einigen oberdeutschen Städten dagegen fand die Einrichtung der Kirchenzucht nach öCOLAMPAD's Ideen Eingang. In *Ulm* wurden, laut der von BUCER verfassten Kirchenordnung vom J. 1531<sup>2)</sup>, „zu Wiederaufrichtung des von Christo befohlenen Banns vier aus dem Rathe, zwei von den Predigern und zwei aus der Gemeinde als Diener christlicher Zucht verordnet,” sie hiessen nur „die acht *Verordneten*.“ Diese mussten jedoch die Sache zuletzt an den Rath berichten, so dass öffentliche Ausschliessung vom Befehl des Raths abhing, den Verordneten aber die Wiederaufnahme des Bussfertigen zustand. Als aber die Stadt im J. 1535 und dem folgenden von der schweizerischen Seite auf die lutherische übertrat<sup>3)</sup>, so fand jene Einrichtung auch ein Ende.

Von längerer Dauer und zugleich von Einfluss nach aussen war die ähnliche Einrichtung in *Strassburg*. Seit dem Anfang der Reformation daselbst pflegten die Prediger zu bestimmten Zeiten sich zu versammeln. Am 30 Oct. 1531 setzte aber der Rath den *Kirchenconvent* ein, bestehend aus den Pfarrern der sieben Parochial-Kirchen der Stadt nebst drei, erstmals vom Rath ernannten Kirchspielpflegern aus jeder Pfarrgemeinde, verständigen Männern von unbescholtenem Ruf, und zwar in der Weise, dass je der erste ein Rathsherr, der zweite ein Schöffe, der dritte einer aus der Gemeinde sein musste. Das Amt war lebenslänglich und hatte die Aufgabe, bei wichtigen Anlässen mit den Geistlichen zu berathen und zur Aufrechthaltung eines christlichen Wesens treulich mitzuhelfen. BUCER wurde vom Rath zum Präsidenten des Kirchenconvents ernannt. Diesem Convent stand aber

<sup>1)</sup> HERZOG. a. a. O. II. 200 ff.

<sup>2)</sup> RICHTER, ev. K. O. I. 157 ff.

<sup>3)</sup> Vergl. KEIM, die *Reformation der Reichstadt Ulm*. 1851. S. 311 ff.

die Kirchenzucht nicht zu, welche die Obrigkeit sich vorbehielte.

Diese Einrichtung wurde durch die Kirchenordnung von 1534 dahin modifiziert, dass, während die letzte Entscheidung in Kirchensachen der Obrigkeit blieb, die laufende kirchliche Verwaltung zunächst der „Convocatz“ (convocation) anvertraut wurde, d. h. einer alle 14 Tage zusammenretenden Sitzung der Prediger mit drei Abgeordneten der 21 Kirchspielpfleger; schwierigere Sachen kamen an die Gesamtheit der Kirchspielpfleger oder an den Rath; die Zucht in der Gemeinde, jedoch lediglich mittels der Ermahnung, übten mit den Pfarrern die Kirchspielpfleger <sup>1)</sup>.

Diese Strassburger Einrichtung lag dem weiter entwickelten Gutachten des FABRICIUS CAPITO für den Magistrat zu *Frankfurt a. M.* 1535 zu Grunde. Er geht davon aus, dass, während das zeitliche Regiment und auch die *äusserliche* Regierung der Kirche der Obrigkeit gebührt, das Geistliche bei der Kirche, und *nicht allein* bei den *Dienern der Kirche*, viel weniger bei der Obrigkeit stehe. Wie Mose auf Gottes Befehl Aelteste aus den Stämmen Israëls erwählt hat, wie im N. *Testament* neben den Bischöffen, Hirten und anderen Aemtern „Eltern der Kirchen“ gewesen sind; also sollen aus allen Ordnungen (Ständen) des Volks dieser Zeit auch Eltern, die man sonst auch Kirchenpfleger nennt, erwählt werden. Es ist nicht genug an den „Kastenherren“, welche über die Armen verordnet sind. Fürs Erste könnten 3 vom Rath und *mindestens 6 von der Gemeinde* zu „Aeltern des Volks und Verwesern der Kirchen“ erwählt werden, so dass *keiner über 3 Jahr im Amt* bliebe, damit die Kenntniss kirchlicher Dinge sich bei der Gemeinde weiter verbreite, auch dass nicht endlich Fahrlässigkeit einreisse. Der Beruf der „Aeltern“ ist, was der Kirche gebührt, neben den Dienern (Predigern) zu verwalten, auch die Diener am Wort nöthigenfalls zu vermahnen. Alle 14 Tage sollen die Pfarrer in der Stadt und den nächst gelegenen Dörfern abwechselnd je mit dreien von den „Ael-

<sup>1)</sup> RICHTER, *ev. K. Ordn.* I. 231 ff. bes. 234 f. Dasselben *Gesch. der ev. K. Verf.* S. 158 f. RÖHRICH, *Gesch. der Ref. im Elsass und bes. in Strassburg.* II. 30 ff. CUNITZ, *Considerations hist. sur le développement du droit ecclés. prot. en France.* 1840. S. 94 ff.

tern" zu einem Convent, Rath der Kirche, oder Kirchenversammlung zusammentreten; dieser Versammlung wird zustehen die ganze Haushaltung der Kirche, d. h. das ganze innere Kirchenregiment, über Lehre, Gottesdienst und Kirchenzucht sich erstreckend; insbesondere soll Ermahnung und öffentliche Warnung solcher, die Aergerniss geben, geübt werden, Ausschliessung vom h. Abendmahl darf aber ohne Befehl der Obrigkeit nicht verfügt werden<sup>1)</sup>.

In diesem Gutachten von CAPITO sind auf Grund der Schrift die Grundzüge einer Presbyterialverfassung ziemlich bestimmt gezeichnet, von einem Standpunkt aus, der, ohne Kirche und christliche Obrigkeit zu scheiden, dennoch der Gemeinde, gegenüber der Obrigkeit und der Geistlichkeit, eine gewisse Autonomie, durch ein selbständiges Organ ausgeübt, sichert. Allein der Plan ist eben ein Gutachten geblieben und nicht in den Kreis der Thatsachen übergetreten.

Und so sind denn alle bisher betrachteten presbyterialen Verfassungsentwürfe theils blosse Gedanken und Ideale theils Versuche geblieben, denen die innere Kraft oder die Gunst der äusseren Umstände, um Wirklichkeit zu werden, abging. Das verhältnissmässig geringste Maass innerer Lebensfähigkeit mussten wir dem Entwurf LAMBERTS zusprechen, der überdiess einen eigentlich presbyterialen Charakter nicht besitzt. Praktischer, aber in der Theorie noch wenig entwickelt, ist die *Brenz'sche Kirchenordnung* für Hall, an der vorzugsweise bemerkenswerth ist das Dringen auf apostolische Kirchenzucht durch ein eigentlich kirchliches Organ, — und das alles von Seiten eines entschieden lutherischen Reformators. Ein Seitenstück dazu ist das ernste Streben eines sonst ganz zwinglich gesinnten Reformators, OECOLAMPADIUS, nach einem kirchlichen Gemeindeorgan zu Uebung des Bannes, während ZWINGLI selbst das Kirchenregiment der Obrigkeit übertragen hatte. Theoretisch am weitesten entwickelt ist CAPITO's Gutachten; es ist aber auch der jüngste von allen bisher berichteten Entwürfen, und hat die früheren Plane, beziehungsweise Einrichtungen, zu seiner Voraus-

<sup>1)</sup> Das Gutachten hat RICHTER in seiner *Geschichte der ev. K. Verf.* S. 159 ff. wieder abdrucken lassen.

setzung. Was aber durchweg noch fehlte, war ein gediegener fester Stützpunkt; diesen hat erst CALVIN der Presbyterianer-Verfassung gewährt, theils durch theoretische Begründung, theils durch praktische Einführung und Feststellung derselben in der Gemeinde zu Genf.

---

## ZWEITES CAPITEL.

**CALVIN und die Genfer Kirchenordnung**

---

Es ist unverkennbar, dass CALVIN's Begriff und Lehre von Kirche, Kirchenamt und kirchlicher Gerichtsbarkeit mit Hülfe der Erfahrung, des Lebens und der Praxis sich entwickelt hat; auf der andern Seite ist es aber, um in den Charakter der calvinischen Presbyterialverfassung eine genauere Einsicht zu erhalten, zweckmässig, Theorie und Praxis bei ihm zu unterscheiden und vorerst CALVIN's *Lehre* von der Kirche mit ihren Aemtern und Ordnungen zu untersuchen.

CALVIN geht bei der Erörterung über die Kirche in der *Institutio* wie immer vom Wort Gottes aus, als der alleinigen Regel, nach welcher die Kirche einzurichten und zu regieren sei <sup>1)</sup>).

Durch den Glauben an das Evangelium wird CHRISTUS unser eigen, und wir werden durch denselben des Heils und der Seligkeit theilhaftig; da wir aber, so wie wir sind, äusserer Mittel bedürfen, damit der Glaube in uns erzeugt werde, wachse und fortschreite, so hat Gott das Evangelium der Kirche anvertraut und deren Aemter geordnet. Demgemäss geht CALVIN, nachdem er an der Hand des Artikels im Apostolicum: *credo Ecclesiam* etc. die unsichtbare Kirche als die Gesamtheit aller Erwählten

<sup>1)</sup> *Instit* IV. 1. 5. cf. *Epist.* ed. Amstelod. IX. p. 242: *Verbum Dei unum est pro regula, ad quam et instituenda sit Ecclesia et tuenda legitime.*

(Lehre von der Gnadenwahl) bezeichnet hat, sofort auf die sichtbare Kirche über, als die Mutter, durch die alle Kinder Gottes geboren, genährt, und fortwährend geleitet und regiert werden, und die wir desshalb nothwendig genau kennen müssen <sup>1)</sup>). Die biblische Grundstelle nun, aus welcher CALVIN die nähere Charakteristik der Kirche schöpft, ist EPH. IV: 11 ff. Er hebt aus derselben hervor, dass Gott nur auf dem Wege der Erziehung durch die Kirche seine Kinder will allmählich heranwachsen lassen, weshalb er im N. wie im A. T. nicht blos sein göttliches Wort, sondern auch menschliche Lehrer gegeben hat, damit durch Folgsamkeit gegen seine Knechte unser Gehorsam bewährt und dadurch, dass Gott menschlich mit uns verfährt, am besten für unser Bedürfniss gesorgt werde. Sodann leitet CALVIN aus derselben Stelle, 2, ab, welches die Kirchenämter seien oder wer diejenigen seien, durch deren Dienst die Kirche menschlich geleitet und regiert werde. Es sind diess nämlich „Apostel und Propheten, Evangelisten, Hirten und Lehrer“, theils ausserordentliche Aemter für vorübergehende Zeiten und Zwecke, nämlich Apostel, Propheten und Evangelisten, theils ordentliche und bleibende Aemter, nämlich *Hirten* und *Lehrer* <sup>2)</sup>). Die Lehrer (doctores) haben nur mit Auslegung der Schrift zu thun, damit die lautere biblische Wahrheit erhalten werde; während beim Hirtenamt (Pastores) Predigt des Evangeliums und Spendung der Sacramente in erster Linie stehen, aber Uebung der rechten Kirchenzucht auch wesentlich ist <sup>3)</sup>). Mit obiger Stelle verbindet CALVIN die beiden Stellen. Röm. XII: 7 und 1 Cor. XII: 28; indem er nun auch hier die vorübergehenden und ausserordentlichen Gaben und Aemter, als Wundergaben u. a. unterscheidet, findet er als bleibende die *κυβέρνησις* (gubernatio) und die *ἀντιληψίς* (cura pauperum). Die Regierer können, da es ja damals noch keine christliche Obrigkeit gab, nur die Aeltesten sein, welche in Gemeinschaft mit den Bischöfen (Pfarrern) der Gemeinde vorstehen, somit hat jede Gemeinde von Anfang an ihren Senat von

<sup>1)</sup> *Instit.* IV. 1. 1—4.

<sup>2)</sup> temporaria ministeria oder extraordinaria munera; ordinarium munus, quo carere nunquam potest Ecclesia.

<sup>3)</sup> *Instit.* IV. c. 1. 5. c. 3. cf. *Epp.* ed. Amst. T. IX. p. 87 im Schreiben an König SIGISMUND von Polen.

frommen ernsten heiligen Männern gehabt, namentlich zum Be-  
huf der Kirchenzucht<sup>1)</sup>). Das Armenwesen dagegen ist den Dia-  
conen anvertraut und zwar gibt es zwei Arten derselben, deren  
eine mit den *Sachen* der Armen („dem Geben in Einfalt“ ROM.  
XII, 7), die andere mit den *Personen* derselben (Barmherzigkeit  
üben ebendas.) zu thun hat<sup>2)</sup>.

Nachdem CALVIN die Regel für Einrichtung der kirchlichen Aemter in erster Linie unmittelbar aus dem N. T. geschöpft hat, zieht er in zweiter Linie auch die *Kirchengeschichte* zu Rath, um daraus die ursprüngliche schriftmässige Kirchenverfas-  
sung kennen zu lernen. Zwar haben die Bischöfe Vieles ange-  
ordnet, was über das in der H. Schrift Niedergelegte hinaus-  
geht; doch haben sie, wie CALVIN anerkennt, der Regel des  
göttlichen Worts in der ersten Zeit wenigstens nicht zuwider  
gehandelt, und die göttlichen Stiftungen aufrecht zu erhalten  
mit redlichem Eifer getrachtet. Und so hat denn die alte Kirche,  
der biblischen Ordnung gemäss, die Kirchendiener in drei  
K'assen getheilt. Aus den Aeltesten wurden die Hirten und Lehr-  
er erwählt, während die übrigen unter ihnen der Kirchenzucht  
vorstanden, und den Diaconen theils die persönliche Armenpflege  
theils die Vertheilung der Almosen übertragen war. Diejenigen,  
welche das Lehramt bekleideten und sämtlich Presbyter hiessen,  
wählten in jeder Stadt aus ihrer Mitte, der Ordnung und Einheit  
wegen, einen, dem sie vorzugsweise den Titel Bischof gaben:  
er führte in der Versammlung der Aeltesten den Vorsitz, ging  
den Einzelnen an Würde vor, stand aber *unter* der Versammlung  
Aller. Die Bedeutung der Aeltesten erörtert CALVIN an einem  
andern Ort, da wo er den Verfall der altchristlichen Kirchen-  
ordnung im Pabstthum nachweist<sup>3)</sup> und besonders die Entartung  
der Kirchenzucht beschreibt. Er bemerkt hier: wie keine Stadt  
und kein Dorf ohne Obrigkeit und Regierung bestehen kann,  
so bedarf auch die Kirche Gottes einer eigenthümlichen geistli-  
chen Regierung, die von der bürgerlichen zwar durchaus ver-  
schieden ist, dieselbe jedoch nicht hindert oder beschränkt,  
vielmehr unterstützt und fördert. Darum waren in den Gemein-  
den von Anfang an Gerichte bestellt, um Aufsicht über die

<sup>1)</sup> *Instit.* IV. c. 3, 8; vergl. c. 20. 4.

<sup>2)</sup> *Instit.* IV. 3, 9.

<sup>3)</sup> *Instit.* IV. c. 11 und 12.

Sitten zu führen, Fehler zu rügen und das Amt der Schlüssel zu verwalten. Diesen Stand meint PAULUS, wenn er 1 COR. XII: 28 Regierer nennt<sup>1</sup>); es sind diejenigen, welche zur geistlichen Regierung der Gemeinden den Hirten beigegeben waren; und wenn er 1 TIMOTH. V. Aelteste, die im Wort arbeiten, von solchen unterscheidet, welche damit nichts zu thun haben und dennoch „wohl vorstehen,“ so meint er unstreitig die zur Aufsicht über die Sitten und zum Gebrauch der Schlüssel bestellten. Denn die erwähnte Vollmacht hängt gänzlich von den Schlüsseln ab, welche CHRISTUS der Gemeinde MATTH. XVIII: übergeben hat, indem er das Bannrecht des jüdischen Synedriums der christlichen Gemeinde übertrug. Daher sollen Aelteste beim Gebrauch des Banns nur mit Vorwissen und Zustimmung der Gemeinde handeln, so zwar, dass die Menge nicht regiert sondern als Zeuge beobachtet, damit nicht Willkür walte<sup>2</sup>).

Den *Unterschied* zwischen der *kirchlichen Vollmacht* und der *Strafgewalt bürgerlicher Obrigkeit* bestimmt CALVIN so: die Kirche hat nicht das Recht des Schwerds um zu strafen, auch geht sie nicht darauf aus, dass, wer gefehlt hat, wider Willen bestraft werde, sondern dass er freiwillig Reue an den Tag lege. Die Kirche ihrerseits masst sich nichts an, was der Obrigkeit zukommt, und die Obrigkeit ihrerseits vermag dasjenige nicht zu bewirken, was die Kirche thut. Hier streitet CALVIN gegen die Zwinglische Ansicht von dem Kirchenregiment des Staates; er bemerkt gegen diejenigen welche die kirchliche Gewalt schlechthin dem Staat übertragen: 1. oft sei die Obrigkeit nachlässig, 2. wenn der Obrigkeit alle Kirchengewalt gebührte, so wäre am Ende auch das Predigtamt überflüssig. Allerdings erstreckt sich die Pflicht der Obrigkeit auf beide Tafeln des Gesetzes, kann doch kein Staat ohne Sorge für Gottesfurcht und Gottesdienst bestehen; aber wie die Obrigkeit die Kirche durch Strafen von Aergerissen zu säubern hat, so sollen die Diener des Wortes hinwiederum die Obrigkeit unterstützen; mit andern Worten, Staat und Kirche müssen Hand in Hand mit einander wirken und sich gegenseitig fördern.

In Beziehung auf Kirchenzucht im besonderen unterscheidet

<sup>1</sup>) Vergl. Röm. XII: 8.

<sup>2</sup>) *Instit.* IV. 12, 7.

CALVIN die frühere reinere Zeit und die päpstliche Entartung. Es komme hiebei auf zweierlei an, 1. auf scharfe Trennung der geistlichen Macht vom weltlichen Schwerdt; 2. auf Verwaltung der geistlichen Gewalt nicht durch die Willkür eines Einzigen sondern durch eine gesetzliche Versammlung. Beides wurde in der noch reineren Kirche beobachtet, indem die Bischöfe lediglich Gottes Wort zur Strafe angewendet haben und fürs zweite die Vollmacht nicht in *einer* Hand sondern in den Händen der Aeltestenbehörde lag; denn es war Regel, dass die Gerichtsbarkeit durch den Senat der Aeltesten geübt wurde, von denen ein Theil zum Lehren verordnet war, während andere blos Sittenrichter waren. Allmählich jedoch kam diese Einrichtung in Abgang, so dass schon zu AMBROSIUS Zeit blos Geistliche im kirchlichen Gericht zu erkennen hatten; die Bischöfe haben göttlichem und menschlichem Recht zuwider sich angemisst, was der Gemeinde gebührte, die von CHRISTI Geist verordnete Versammlung abgeschafft, und später den Officialen das kirchliche Rechtsprechen überlassen, während im Pabstthum mit Verletzung der anderen Regel, und gegen CHRISTI Befehl MATT. XX: 25, das fürstliche Amt mit dem Hirtenamt vermischt, und weltliche Gewalt geübt wurde. <sup>1)</sup> Die erste Grundlage der Kirchenzucht ist Uebung der brüderlichen Vermahnung, worauf Hirten und Aelteste besonders zu halten haben; wer solchen Erinnerungen widerstrebt oder sie geringschätzt, der soll, nachdem er dem Befehl CHRISTI zufolge zum zweitenmal vor Zeugen erinnert worden ist, vor das Gericht der Kirche, den Aeltestenrath, gerufen und daselbst unter öffentlicher Auctorität ernster erinnert werden; ist auch das vergeblich, so muss er als Verächter der Kirche aus der Gesellschaft der Gläubigen ausgestossen werden <sup>2)</sup>.

Das Eigenthümliche des Begriffs von Kirche und Kirchenverfassung bei CALVIN ist also, dass er ein von der bürgerlichen Obrigkeit unterschiedenes, specifisch geistliches (spirituale), d. h. nicht clerikales, sondern durch Aelteste mit den Pastoren verwaltetes Regiment zum Behuf der Kirchenzucht entschieden fordert. Hiebei bemerken wir zur Verdeutlichung und zur Verhütung von Missverständnissen noch Folgendes:

<sup>1)</sup> c. 11, 6—8.

<sup>2)</sup> c. 12, 2.

4. CALVIN macht die Existenz der wahren Kirche CHRISTI nicht vom Bestehen der presbyterianen Ordnung abhängig; mit andern Worten: er behauptet nicht, dass die Aeltestenverfassung die schlechthin vollkommene Verfassung und heilsnotwendig sei oder jure divino bestehe. Er erkennt vielmehr, wie LUTHER und die lutherischen Bekenntnisse, die wahre Kirche CHRISTI da an, wo das Wort Gottes und die reinen Sacramente in Uebung sind, denn er hält ganz richtig das Evangelium und das Leben aus Gottes Wort, nicht die äussere Form und Verfassung, für die Seele der Kirche <sup>1)</sup>.

2. Es ist irrig, wenn man sich vorstellt, die *Presbyterianverfassung* sei in seinem Gedankensystem das erste, *Kirchenzucht* erst das secundäre gewesen, wie HENRY <sup>2)</sup> zu verstehen gibt. Vielmehr erhellt sowohl aus der *Institutio*, als aus seinem Briefwechsel unverkennbar, dass Kirchenzucht und rein kirchliche Gerichtsbarkeit bei ihm das erste, das Aeltestenamt aber nur das secundäre und dienende war. Wer an die Lektüre des calvinischen Briefwechsels mit der Vorstellung geht, dass bei dem Gründer der Presbyterianverfassung diese Sache, von der seine Seele voll gewesen sei, eine hochwichtige Stelle auch in der Correspondenz eingenommen haben müsse, der wird sich sehr getäuscht finden; er wird entdecken (so ist es wenigstens uns ergangen), a, dass oft und viel von der *disciplina* (Kirchenzucht) darin die Rede ist, viel öfter als von Aeltesten; b, dass die Kirchenzucht darin oft behandelt wird, ohne Erwähnung der Aeltesten, nie aber vom Aeltestenamt die Rede wird, es sei denn in Beziehung auf Kirchenzucht.

3. CALVIN erkennt dem Grundsatz nach die *Gemeinde* für die Inhaberin der kirchlichen Vollmacht, aber er gestattet ihr, um Unordnung und Willkür zu verhüten, nicht die unmittelbare Ausübung ihres Rechts, sondern blos Mitwissen und stillschwei-

<sup>1)</sup> Vergl. die beiden Schreiben CALVIN's an König SIGISMUND von Polen, und an den Herzog von SOMMERSET, unter EDWARD VI. Protector von England. Im ersten sagt er nicht nur, *Epp. ed. Amstel. p. 87*: *Ecclesiae anima est doctrinae puritas*, sondern lässt auch ausdrücklich die Episcopalverfassung, unter gehöriger Beschränkung, als *menschliche* Einrichtung ganz wohl gelten. Ebenso erhellt aus dem zweiten Schreiben, dass er das bishöfliche Amt durchaus nicht als schlechthin unberechtigt verwirft.

<sup>2)</sup> *Das Leben JOH. CALVIN'S* 1838. II. 81 f. Nr. 3 und 5.

gende Einwilligung (also auch Einsprache in Fall eines Missbrauchs).

4. *Kirche* und *Staat* weiss CALVIN ebenso scharf zu unterscheiden und auseinanderzuhalten als innig zu verbinden. Wie im Menschen eine doppelte Welt und ein doppeltes Regiment ist: das eine, im inwendigen Menschen, auf's ewige Leben zielend; das andere auf das gegenwärtige Leben sich beschränkend und blos auf sociale, bürgerliche Verhältnisse sich beziehend; so ist auch in der Welt das geistliche und politische Gebiet wohl zu unterscheiden, aber nie als Gegensatz zu denken <sup>1)</sup>. Kirche und Staat haben sich vor gegenseitigen Uebergriffen zu hüten; es ist dem Wort CHRISTI zuwider, wenn man auf Kosten der Kirche den Staat erhebt, und wenn z. B. der Staat eigenmächtig einen ordentlich berufenen Seelsorger absetzt <sup>2)</sup>). Andererseits ist es ein Missbrauch, wenn die Kirche sich in Dinge mischt, die sie nichts angehen, sich weltliche Gewalt beilegt oder zu Zwangsmitteln schreitet, es sei denn dass einer in den Bann gethan ist, sich aber frecher Weise nichts darum kümmert; ein solcher erklärt sich selbst für einen, der draussen ist, und da bleibt den Ältesten nichts übrig, als die Obrigkeit zu Zwangsmassregeln gegen ihn aufzufordern <sup>3)</sup>).

5. Der Grund, aus welchem CALVIN Theilnahme von Gemeindeliegern am örtlichen Kirchenregiment — nicht fordert, aber gutheisst, ist nicht das allgemeine Priesterthum der Gläubigen, sondern die Verhütung etwaiger Willkür der Geistlichkeit; also nicht ein positiver sondern ein negativer Beweggrund, während Gottes Wort und der geschichtliche Vorgang der alten Kirche die positiven Bestimmungsgründe sind <sup>4)</sup>).

<sup>1)</sup> *Inst. IV. c. 20, 1 ff.*

<sup>2)</sup> Illi qui, ut magistratum ornent, *Ecclesiam spoliant* hac potestate (jurisdictionis spiritualis), falsa interpretatione corrumpt Christi sententiam etc. *Inst. IV. II. 4.* — Turpe exemplum est, qui rite et ordine vocatus est ad munus Pastoris, sine legitimo Ecclesiae judicio mero Senatus nutu abdicari! *Epp. ed. Amst. f. 84.* an Pfarrer MARBACH in Strassburg (1554).

<sup>3)</sup> *Epp. f. 205.*

<sup>4)</sup> *Ep. ad LISER* (CASPAR LYSER, Pfarrer zu Nürtingen in Württemberg) ed. Amst. p. 82 (1554): Nunquam utile putavi jus excommunicandi permitti singulis Pastoribus. Nam et res odiosa est, nec exemplum probabile, et facilis inde in tyrannidem lapsus (vergl. oben OECOLAMPADS *Rede*), et alium usum Apostoli tradiderunt.

6. Ueber die näheren Verhältnisse in Beziehung auf Aeltestenverfassung gibt CALVIN in der Theorie keine Bestimmungen, weder über Zahl, noch Wahl, Amtsdauer u. dgl. der Aeltesten (was HENRY <sup>1)</sup> bemerkt, ist einer Berichtigung bedürftig); vielmehr überlässt er alles dergleichen der freien Bestimmung, nach den Umständen <sup>2)</sup>.

7. Nur auf das Amt der Aeltesten, mit Bezug auf Kirchenzucht; nicht aber auf *Synoden* bezieht sich CALVIN's Theorie. Er berührt sie nur nebenbei, theils geschichtlich, indem er seine Hochachtung vor den alten Conciliën, jedoch mit Maass und Ziel, bezeugt; theils polemisch gegen päpstliche Conciliën; theils so dass er in Fällen von Lehrdifferenzen Geistlichkeitssynoden für räthlich hält; nie aber in der Art, dass er gemischte Synoden in der Gegenwart kirchenrechtlich für nöthig hielte.

So wichtig und einflussreich CALVIN's Lehraufstellung über Kirchenordnung und Verfassung geworden ist, so würde dieselbe, ohne seine beharrliche, charaktervolle und erfolgreiche Thätigkeit im Leben, eine universalhistorische Bedeutung doch nicht gehabt haben.

CALVIN's reformatorische Wirksamkeit beginnt mit dem Amt, das er in Genf übernahm. Bis dahin war er nur ein frommer Privatgelehrter und ein freiwilliger evangelischer Reiseprediger gewesen; und erst von dem Augenblick an, wo er, 27 Jahre alt, auf der Rückreise von Italien nach Strassburg, im August 1536, durch FAREL im Namen Gottes wider Willen in Genf festgehalten worden war, begann sein praktisches Wirken, und zwar in der Richtung auf Kirchenzucht, Ordnung und Reinheit der Kirche, wie denn auch FAREL im Art. 19 des von ihm 1536 für Genf verfassten Glaubensbekenntnisses den Kirchenbann für eine heilige und heilsame Sache erklärt hat <sup>3)</sup>. Aber gerade das nachdrückliche und stetige Hinarbeiten auf eine Reformation der Sitten und nicht blos des äusserlichen Bekenntnisses, erregte

<sup>1)</sup> a. a. O. p. 81. Nr. 3.

<sup>2)</sup> *Ep. ad Neocomenses* (1544) ed. Amst. f. 44: *Substantiam Ecclesiasticae disciplinac exprimit disertis verbis Scriptura; forma autem ejus excreenda, quoniam a Domino praecripta non est, a ministris constitui debet pro aedificatione.*

<sup>3)</sup> Nous tenons la discipline d'excommunication estre une chose sainte et salutaire, entre les fidèles, comme véritablement elle a été instituée de nostre Seigneur pour bonne raison. siehe HENRY, CALVIN I. 173. KIRCHHOPFER, FAREL I. 214 ff.

bei Vielen Missstimmung. Ein grosser Theil der Genfer Bürgerschaft wünschte statt christlicher Freiheit sittliche Ungebundenheit; diese „Libertiner“ wussten unter dem Vorwand, Berner Gebräuche einzuführen, die Masse zu gewinnen und die Stimmung fast bis zur Wuth zu steigern. Als nun CALVIN und die übrigen Geistlichen an Ostern 1538 erklärten, weil so viel Böses in der Stadt im Schwang gehe, das Abendmahl gewissenshalber nicht halten zu können, also einen umfassenden Act der Kirchenzucht übten: so wurden sie (CALVIN, VIRET, FAREL), „weil sie dem Rath nicht haben gehorchen wollen, aus der Stadt verbannt.“ „Nun gut! — antworteten sie — es ist besser, Gott, als den Menschen, zu gehorchen!“ Während die Libertiner klagten, „die evangelischen Geistlichen wollen die freie Kirche tyrannisiren und ein neues Pabstthum aufrichten“ <sup>1)</sup>), kämpfte CALVIN mit seinen Amtsbrüdern für die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche, und wollte dem Staat die Entscheidung in Glaubenssachen nicht ausliefern. Uebrigens fehlten auch sie in dieser stürmischen Epoche mannigfach im Thun und Lassen, wie CALVIN selbst bald darauf zugestand; unbeugzame Festigkeit und gewissenhafter Eifer war aber um so mehr am Platz, als es sich um Prinzipien handelte, und wirklich ein unausgleichbarer Gegensatz zwischen CALVIN und seinen Gegnern statt fand <sup>2)</sup>.

Unmittelbar nach Vertreibung der Prediger nahm sich die durch Abgeordnete aus Basel und Bern, Schaffhausen, Mühlhausen und Biel beschickte Versammlung in Zürich ihrer an. CALVIN nebst FAREL zeigten sich in mehreren Punkten nachgiebig, bestanden aber, im Interesse der Autonomie der Kirche, auf Einführung einer tüchtigen Kirchenordnung in Genf, mit Eintheilung der Stadt in Pfarrgemeinden und Wiederaufrichtung des Kirchenbanns mittels Aufstellung von würdigen *Aeltesten* in den einzelnen Parochien durch den Rath <sup>3)</sup>. Auf Ansuchen der Versammlung machte der

<sup>1)</sup> So berichtet CAPITO an FAREL, CALV. *Epp.* fol. 2.

<sup>2)</sup> HENRY I. 192 ff. KIRCHHOFER, FAREL I. 235 f.

<sup>3)</sup> Die Bedingungen, auf welchen CALVIN beharrte, sind (S. HENRY, CALVIN, I. Beilage 8. S. 47 f.): *Primum est, ut urbs in certas parochias distribuatur. — Deinde ut eo numero ministri assumantur, qui tantae provinciae sufficere queant; ut germanus excommunicationis usus restituatur eo quem praescriptsimus modo, nempe ut a senatu eligantur ex singulis urbis regionibus probi et cordati viri,*

Rath von *Bern* einen Vermittlungs- und Anssöhnuungsversuch in Genf, der aber bei der aufgeregten Stimmung der Stadt völlig misslang: die Verbannung wurde bestätigt, und zwar mit aus dem ausgesprochenen Grunde, weil *CALVIN* auf den Kirchenbann dringe, der doch nichts anderes sei, als eine despottische Herrschaft über die Kirche<sup>1)</sup>.

Allein nun riss in Genf eine masslose Anarchie und Zügellosigkeit ein, und zugleich wurde die Unabhängigkeit der Stadt nach zwei Seiten hin von *CALVIN*'s Gegnern bedroht, indem die Einen, die zum Katholizismus neigten, die alte Verfassung wiederherzustellen gedachten, die Andern eine Abhängigkeit von Bern herbeizuführen drohten. So kam es, dass die Stadt an den Früchten ihrer Werke genug bekam, und das unumgängliche Bedürfniss einer geregelten Ordnung und einer geordneten Freiheit tief fühlte; als vollends über mehrere Hauptgegner *CALVIN*'s augenscheinliche Gerichte Gottes ergingen, so wirkte das alles zusammen, eine wahre Reue und das Verlangen in der Bevölkerung zu erzeugen, den „redlichen *CALVIN*“ wieder zu haben<sup>2)</sup>.

Dieser hatte sich unterdessen in Strassburg niedergelassen, um in Stille und Frieden zu leben, nachher hatte er auf *BUCER*'s dringenden Zuspruch das Predigtamt bei der aus Franzosen und Wallonen bestehenden französischen Gemeinde daselbst angenommen, während er zugleich Vorlesungen hielt, viele theologische Schriften herausgab und an den kirchlich-politischen Angelegenheiten Deutschlands, selbst auf Reichstagen, thätigen Anteil nahm. Bemerkenswerther ist für uns, dass er bei seiner Gemeinde die Kirchenzucht mit Ausschliesung Unwürdiger einführte.

Indessen beschloss am 20 Oct. 1540 der kleine Rath von Genf, *CALVIN*, als ihren „treuen Hirten,“ zurückzurufen. Aber erst nach vielfachen Unterhandlungen und schweren inneren Kämpfen *CALVIN*'s kam es so weit, dass er sich entschloss, den Ruf der Genfer Kirche wiederanzunehmen und „sein blutendes Herz dem

*quibus in commune nobiscum ea cura incumbat.* — Vorausgeschickt war übrigens die ausdrückliche Erklärung: *Etsi autem plura optemus, quia tamen hoc tempore obtineri posse nulla spes est, quae in primis necessaria sunt, constitui cupimus.*

<sup>1)</sup> KIRCHHOFER, FAREL I. 248 f.

<sup>2)</sup> Siehe RANKE, *Französische Geschichte, vornehmlich im 16. und 17. Jahrhundert.* I. 175 ff.

Herrn zum Opfer zu bringen.“ Am 13<sup>ten</sup> Sept. 1541 zog er unter unglaublichem Jubel in Genf wieder ein, nachdem sein Freund VIRET, vom Rathe zuvor berufen, ihm schon den Weg gebahnt hatte. Namentlich hatte derselbe beim Rath provisorische Einsetzung eines „Consistoire“ für Ehesachen und sonstige kirchliche Angelegenheiten ausgewirkt; da er aber die Aufstellung einer vollständigen Kirchenordnung auf CALVIN’s Ankunft ausgesetzt hatte, so musste dieser doch wie von vorn anfangen<sup>1)</sup>.

Schon am ersten Tage nach seiner Ankunft drang CALVIN im kleinen Rath auf Einführung einer Kirchenordnung und bat, zur Vorbereitung eines Entwurfs, um das Zusammentreten einiger Rathsherren mit den Geistlichen<sup>2)</sup>. Der Rath willigte ein, und bezeichnete sechs seiner Mitglieder dazu; der von diesem Ausschuss samt den Geistlichen binnen 20 Tagen ausgearbeitete Entwurf wurde dem kleinen Rath übergeben und von demselben revidirt, auch vom grossen Rath der Zweihundert gutgeheissen und am 20<sup>ten</sup> Nov. 1541 von der ordentlichen Generalversammlung aller Bürger (*Conseil général*) angenommen. Es sind diess die *Ordonnances ecclésiastiques de l’Eglise de Genève*<sup>3)</sup>. Sie wurden, im Namen des allmächtigen Gottes, von den Syndiken, dem grossen und kleinen Rath, nebst dem Volk, erlassen und publicirt, „damit das geistliche Regiment, wie es der Herr in seinem Worte eingesetzt hat, in gute Form gebracht, unter uns Statt finde und beobachtet werde“.

Es gibt, laut dieser „Verordnungen“, vier Stände oder Arten von Aemtern (*quatre ordres ou espèces d’offices*), welche der Herr zur Regierung seiner Kirche eingesetzt hat, nämlich Hirten, Lehrer, Aelteste und Diaconen. Das Amt der *Hirten*, welche die Schrift auch Aufseher, Aelteste und Diener nennt, ist, das Wort Gottes zu verkündigen, die Sacramente zu spenden, und, in Verbindung mit den Aeltesten, brüderliche Zucht zu üben; sie sind aber auch selbst unter die Kirchenzucht gestellt, welche theils in vierteljährlichen Conferenzen gegenseitig, theils durch das Consistorium, in schweren Fällen durch den Rath geübt wird. Nachdem sie hinsichtlich der Kenntnisse und des Wandels geprüft,

<sup>1)</sup> *Epp. f. 26, Brief an Myconius vom Jahr 1542 oder 1543.*

<sup>2)</sup> HENRY II. 23 und 109 Aum., gibt einen Auszug darüber aus dem Rathsprotokoll.

<sup>3)</sup> Abgedruckt bei RICHTER, *K. O. I.* 342 ff.

von den übrigen Geistlichen gewählt, vom Magistrat mit Zustimmung der Gemeinde bestätigt sind, müssen sie Treue im Amt, Beobachtung der Kirchenordnung, Gehorsam gegen die Gesetze und die Obrigkeit (jedoch mit ausdrücklichem Vorbehalt ihrer Lehrfreiheit und Amtsrechte), und namentlich gerechte Uebung des Strafamts eidlich geloben.

Der zweite Stand, (*les Docteurs*) hat die Gläubigen in der gesunden Lehre zu unterweisen, damit das Evangelium in seiner Reinheit erhalten werde. In dieser Klasse, der Lehrer oder des Schulstandes (*l'ordre des Escoles*), ist der dem geistlichen Amt und dem Kirchenregiment nächst stehende Grad das zur Heranbildung von Geistlichen dienende theologische Lehramt, sodann gehören hieher die Lehrer der Volksschulen; alle sind aber ebenfalls der Kirchenzucht unterworfen.

Den dritten Stand bilden die *Aeltesten* oder Verordneten, (*Anciens, Commis ou députez par la Seigneurie, ou Consistoire*); ihre Pflicht ist: auf den Wandel eines Ieden Acht zu haben, diejenigen, welche unordentlich wandeln, freundlich zu ermahnen, erforderlichen Falls der zu brüderlicher Bestrafung aufzustellenden Behörde anzuzeigen, und sodann in dieser die Zucht zu üben. Es sollen nämlich vom kleinen Rath unter Zuziehung der Prediger geeignete Männer dem Rath der 200 vorgeschlagen und von diesem, falls er sie würdig findet, bestätigt werden: zwei Mitglieder des kleinen Raths, vier vom Rath der 60, und 8 vom Rath der 200, Männer von sittlichem Wandel und unbescholtenem Charakter, gottesfürchtig und mit tüchtiger geistlicher Weisheit begabt; und zwar in der Weise, dass in jedem Stadtviertel einige wohnen, damit sie alles überwachen können. Nach einjähriger Amtsführung werden die Aeltesten vom kleinen Rath entweder entlassen und durch andere ersetzt, oder, wenn sie sich bewährt haben, für immer bestätigt; somit ist nicht Wechsel, sondern Lebenslänglichkeit die Regel <sup>1)</sup>.

In Gemeinschaft mit den Pastoren ihrer Bezirke machen die

<sup>1)</sup> Combien qu'il ne seroit expedient de les changer souvent sans cause quand ils s'acquitteront de leur devoir fidèlement. *Ordonn.*, bei RICHTER, a. a. O. S. 345. Vergl. CALVIN's Schreiben an CASPAR OLEVIAN (1560). *Epp.* ed. Amst. f. 142. Qui probe et fideliter munere suo perfuneti sunt, loco non moventur, nisi forte eos occupet alia cura Reipublicae.

einzelnen Aeltesten jährlich Hausbesuche, um in einfacher Weise jede Seele im Glauben zu prüfen, vereinigt aber bilden sämtliche Aeltesten mit den Pfarrern das *Consistorium* oder das Gericht der Kirche <sup>1)</sup>, *Judicium Ecclesiasticum*. Das Consistorium hält jeden Donnerstag Sitzung, in der Regel unter dem Vorsitz eines der vier Syndiken <sup>2)</sup>, um zu sehen, ob nicht irgend eine Unordnung in der Gemeinde vorhanden sei, und um dagegen einzuschreiten mittels der Zucht in verschiedenen Stufen bis zur Ausschliessung vom h. Abendmahl. Ueberdiess hat das Consistorium eine auf Verhör der Partien und Stellung eines Gutachtens sich erstreckende Mitwirkung in Ehesachen, wobei die letzte Entscheidung der Regierung zusteht. Da das Consistorium keine Zwangsgewalt besitzt <sup>3)</sup>, so wird ihm, um Einzelne vorzuladen, ein obrigkeitlicher Diener zur Verfügung gestellt; im Fall sich Jemand dennoch weigern sollte zu erscheinen, schreitet die Regierung ein. Uebrigens ist das Consistorium verpflichtet, von jeder Excommunication, die es vornimmt, der Regierung Anzeige zu machen, welche nöthigenfalls noch Strafen verfügen wird. Alles soll nämlich so behandelt werden, dass einerseits die Geistlichen keine bürgerliche Gerichtsbarkeit haben und dem Ansehen der Regierung und des ordentlichen Gerichts durch das Consistorium kein Abbruch geschieht, andererseits aber dass das geistliche Regiment in seiner Würde unversehrt bleibt <sup>4)</sup>.

Der vierte Stand sind die *Diaconen* (les Diacres), deren es nach dem stetigen Brauch der alten Kirche zwei Klassen gibt: 1. Verwalter des Armenguts. 2. Armen- und Krankenpfleger. Sie werden, wie die Aeltesten, vom Rath gewählt, jedoch der Regel I Tim. III. gemäss.

Dies ist die *Kirchenverfassung*, welche unter CALVIN's Mitwirkung im Oct.—Nov. 1541 für Genf festgestellt wurde und Gesetzeskraft erhielt. Stellen wir sie mit den Grundsätzen zusam-

<sup>1)</sup> Ecclesiae judicium; Judicium ecclesiasticum; Presbyterorum judicium; consistorii judices; consistorii seniores. CALV. *Epp.* f. 27. 76. 142. Le consistoire; la compagnie des Anciens ou commis.

<sup>2)</sup> *Epp.* f. 76.

<sup>3)</sup> Pour ce qu'ils n'auront autorité aucune en *jurisdiction* pour contraindre.

<sup>4)</sup> Et que tout cela se face en telle sorte que les ministres n'ayent aucune jurisdiction civile et que par ce consistoire ne soit rien dérogé à l'autorité de la Seigneurie, ni à la Justice ordinaire: ainsi que la puissance divine demeure en son entier. RICHTER, S. 352. Vergl. *Epp.* f. 76.

men, die CALVIN in der *Lehre* von Kirche und Kirchenregiment theoretisch entwickelt hat, so fällt die *Uebereinstimmung* beider im wesentlichen ins Auge. Die Theorie, wie die „*Ordonnances*“, stützen sich ausgesprochener massen vor allem auf das Wort Gottes, sodann auch auf den Gebrauch der aeltesten Kirche; beide stellen die Kirchenzucht in den Mittelpunkt, und zwar in der Weise, dass sie nicht durch die Geistlichkeit allein, sondern zugleich durch Kirchaelteste, theils einzeln, theils collegialisch, geübt wird; beiden ist sowohl eine scharfe Grenzlinie als eine gegenseitige Verbindung zwischen Kirche und Staat wesentlich; auf beiden Seiten ist eine presbyteriale Ordnung, aber keine synodale Einrichtung zu finden; endlich sind die vier Ordnungen kirchlicher Aemter in der Genfer Kirchenordnung sichtlich von CALVIN entlehnt.

Ueber der Einheit dürfen wir jedoch auch eine nicht ganz unbedeutende *Verschiedenheit* nicht verkennen; einmal das *Verhältniss zwischen Kirche und Staat* betreffend: während CALVIN in der *Institutio* gegen jede Vermischung beider sich entschieden ausspricht und auf möglichst reine Unterscheidung des geistlichen und bürgerlichen Regiments dringt, ist in den „*Ordonnances*“ unverkennbar eine Vermischung von Kirche und Staat Thatsache, nicht blos sofern in gewissen Fällen die Censur des Consistoriums bürgerliche Strafen von Seiten der Staatsbehörde zur Folge hat (denn dieses hat CALVIN für äusserste Fälle auch in seinen Briefen gefordert), als sofern die zwölf Aeltesten vom kleinen und grossen Rath und zwar blos aus Mitgliedern des kleinen Raths, des Rethes der 60 und der 200 gewählt werden durften. Zwar dass das *active Wahlrecht* in die Hände des kleinen und grossen Raths gelegt war, hat geringere Bedeutung, indem durch Zuziehung der Geistlichen bei Entwerfung des Vorschlags die Rechte der Kirche, den Staatsbehörden gegenüber, immerhin einigermassen gewahrt sein mochten. Aber die Bestimmung, dass lediglich nur Mitglieder jener politischen Körperschaften zu Aeltesten *wählbar* sein sollten, war offenbar eine Vermischung des Politischen mit dem Kirchlichen, und begründete ein den Anschauungen CALVIN's nicht entsprechendes Uebergewicht des Staates. Ein zweiter Punkt betrifft die Rechte der kirchlichen *Gemeinde*: CALVIN schreibt im Grundsatz die kirchliche Vollmacht der christlichen Gemeinde zu, will aber, dass dieselbe in der

Praxis durch Vorwissen und Zustimmung zu Acten der kirchlichen Gerichtbarkeit geübt werde. In den „*Ordonnances*“ hingegen ist die Gemeinde als Gesamtperson zwar nicht bei Predigerwahlen, wo sie das Zustimmungsrecht hat, aber bei der Wahl von Aeltesten und bei den Acten der Kirchenzucht durchaus mit Stillschweigen übergangen.

Diese Abweichungen von seinem Prinzip entgingen CALVIN selbst nicht, er hat sich ausdrücklich darüber ausgesprochen. Schon über den Entwurf, wie er durch einen Ausschuss des Raths in Verbindung mit den Geistlichen verfasst worden war, spricht er sich nicht vollkommen befriedigt, sondern so aus, dass er sich denselben mit Rücksicht auf die Umstände gefallen lassen könne <sup>1)</sup>). Und über die Verfassung selbst, wie sie nachher zu Stand kam und Gesetzeskraft erhielt, urtheilte er in Briefen, sie sei so gut ausgefallen, als die Schwäche der Zeit es eben zugelassen habe <sup>2)</sup>). Er verhehlte sich also nicht, dass die Wirklichkeit hinter seiner Idee zurückgeblieben sei, und nahm das Erreichte so zu sagen nur für eine Abschlagszahlung; aber er begnügte sich doch vorerst mit dem was da war, denn er erkannte wohl, „dass die Macht der Verhältnisse stärker sei als die des Ideals“ <sup>3)</sup>). War doch die neue Kirchenordnung in wesentlichen Stücken seinem Grundsatz gemäss festgestellt: eine Aeltestenverfassung, die in der That ein *kirchliches Organ zu Uebung der Kirchenzucht* war.

Hiemit war denn ein Werk nicht nur für den Augenblick, sondern für nachhaltige Dauer geschaffen: ein Werk, das nicht nur im Kleinen dem Genfer Gemeinwesen selbst, durch *sittliche* und sociale Durchführung der Reformation, nützlich wurde, sondern auch im Grossen weit hinaus sein Licht leuchten liess. Es ist ein universalhistorisches Ereigniss, dass überhaupt, und dass gerade in Genf, nur durch christliche Charakterstärke, durch Glauben und Geduld, für die presbyteriale Kirchenordnung, ein feste Stätte erobert worden ist <sup>4)</sup>). Die von diesem Mittelpunkt aus nach allen

<sup>1)</sup> *Formulam composuimus, non illam quidem satis absolutam, sed pro temporis infirmitate tolerabilem.* *Epp. f. 263.*

<sup>2)</sup> Vergl. die Briefe an BULLINGER u. andere Zürcher Geistliche, und an MYCONIUS in Basel (*Epp. f. 75. 27*). Dem letzteren schrieb er: *nunc habemus qualemcumque presbyterorum judicium et formam disciplinae, qualem ferebat temporum infirmitas.*

<sup>3)</sup> RICHTER, *Gesch. der ev. K. Verf.* 175.

<sup>4)</sup> Die für einen Mittelpunkt des Protestantismus und namentlich für eine weit

Richtungen ausgehenden Wirkungen wird das zweite Buch vor Augen stellen.

Blicken wir von hier aus auf den ganzen ersten Zeitraum zurück, so ergibt sich Folgendes. Dem *Charakter* der *Presbyterialverfassung*, wie sie sich in dieser Zeit ihrer Gründung darstellt, gehört

1. der Zug wesentlich an, dass dieselbe ihrem Kern nach ein *Organ der Kirchenzucht* ist. So bei allen Vorläufern CALVIN'S wie bei ihm selbst. Die Kirchenältesten der Reformationszeit sind wesentlich christliche Sittencensoren. Wenn auch der Aeltestenrath mit Ehesachen oder mit Kirchenregimentlicher Verwaltung überhaupt zu thun halte (nach OECOLAMPAD'S Plan war es auf das letztere mit abgesehen), so war doch die Kirchenzucht der Kern des Amtes.

2. Die *Gründe* für Aufstellung von Aeltesten, neben den Geistlichen, zu Uebung der kirchlichen Zucht, waren in dieser Zeit vor allen Dingen die Schriftmässigkeit des Aeltestenamts; sodann die geschichtliche Ehrwürdigkeit desselben, sofern es in der apostolischen und auch in der nachapostolischen reineren Zeit bestanden hat; drittens die sociale Zweckmässigkeit dieser Einrichtung, sofern sie a, das Gehässige einer blos durch die Geistlichkeit geübten Kirchenzucht vermeidet und mehr Vertrauen und Ansehen geniesst, b, sofern durch Aufstellung einer gemischten Behörde der etwaigen Willkür, Eigenmächtigkeit und Unge rechtigkeit einer lediglich clerikalen und hierarchischen Verwaltung der Zucht vorgebeugt wird. Mit andern Worten: der subjective Beweggrund zu Einführung von Aeltesten war erstlich Gehorsam gegen Gottes Wort, zweitens geschichtlicher Sinn und Ehrfurcht vor dem reineren Alterthum, drittens praktische Weisheit. Am

hinaus sich erstreckende Wirksamkeit unvergleichlich günstige Lage Genf's haben die Züricher gut in's Auge gefasst, als sie im J. 1541 dem CALVIN zur Annahme des von Genf aus wieder angebotenen Amtes dringend zuredeten und unter anderem sagten: *Nosti Gebennam in confiuis esse Galliae, Italiae, Germaniae, ut magna spes sit isthine Evangelium latius in conterminas urbes disseminandi et pomeria regni CHRISTI ampliandi*; CALV. Epp. ed. Amst. f. 252. — RANKE sagt: CALVIN behauptete die Idee der Reformation an der am weitestem gegen den Feind vorgeschobenen Stelle, und organisierte sie; — Genf erscheint wie eine kriegerisch religiöse Mark an den Grenzen einer feindseligen Welt zum Angriff und zur Vertheidigung. *Französ. Gesch.* I. 183.

vollständigsten fanden wir diese Gründe zusammengefasst bei CALVIN, während seine Vorgänger nur je einzelne derselben (z. B. OECOLAMPADIUS die Vermeidung der Willkürherrschaft des Clerus) im Auge hatten. Bei keinem unter allen in dieser Zeit ist dagegen das Priesterthum aller Gläubigen das Motiv; im Gegentheil ist z. B. bei OECOLAMPAD die wirkliche Unreife der Massen ein Grund, nur wenige Verständigere, im Namen des Volks, beizuziehen. — Eher möchte man sagen, das *Recht der Gemeinde* auf ein kirchliches *Gemeindeorgan* sei ein Motiv gewesen, wenn der Reformator von Basel sagt: „die Stimme der Aeltesten gilt für den Sinn der ganzen Gemeinde“; wenn CALVIN von den Aeltesten sagt, sie vertreten die ganze Gemeindekörperschaft<sup>1)</sup>.

3. Ueber die *Modalitäten der Aeltestenordnung* herrscht in diesem Zeitraum merkliches Schwanken; dieselben galten offenbar, weil es sich noch um das Prinzip selbst, um Sein und Nichtsein handelte, verhältnissmässig als unerheblich. Für *Wahl der Aeltesten* durch die Gemeinde selbst hat sich noch keine Stimme erhoben, vielmehr haben BRENZ und OECOLAMPADIUS ausdrücklich, CAPITO stillschweigend, die Bestellung und Wahl derselben durch die christliche Obrigkeit gebilligt; und CALVIN hat wenigstens praktisch diese Einrichtung sich gefallen lassen, wenn nur die Geistlichen mit vorschlagen dürfen. Um Volkswahlen oder gar „Urwahlen“ war es keinem diesen Reformatoren zu thun. — Auch die Frage: wer *wählbar* sein solle, erschien nicht als belangreich. BRENZ lässt einfach wählen „aus der Bürgerschaft“; OECOLAMPADIUS und CAPITO sind für Theilung: theils aus obrigkeitlichen Personen, theils aus der Gemeinde sollen Aelteste gewählt werden; CALVIN lässt in der Theorie die Sache völlig unerledigt, willigt aber praktisch ein, dass nur Mitglieder politischer Körperschaften zu Aeltesten ernannt werden dürfen.

Eben so wenig wurde über die *begrenzte Dauer der Amtsführung* etwas festgestellt. Nur CAPITO empfiehlt regelmässigen Wechsel, aus einem ehrenwerthen Grund. Hingegen berühren weder BRENZ noch OECOLAMPADIUS diese Frage, die auch CALVIN in der *Insti-tutio* beiseite liegen lässt. Die Genfer Kirchenordnung aber lässt Lebenslänglichkeit als Regel, den Wechsel nur als Ausnahme gelten. Aus alle dem ergiebt sich, dass es den meisten Fürsprechern der

<sup>1)</sup> *Totum corpus Ecclesiae respraesentant. Epp. f. 77.*

Aeltestenverfassung um Wechsel der Aeltesten nicht zu thun war.

4. Gemischte *Synoden* (von Geistlichen und Nichtgeistlichen) kennt, empfiehlt und fordert in diesem Zeitraum Niemand, ausser LAMBERT in der Homberger Reformation, die aber ein todtgeborener Entwurf gewesen ist. Es sollte, nach dem Gang des Reichs Gottes und nach dem Willen des Herrn der Kirche, erst aus kleinem Keim der grössere Baum erwachsen, und allmähliges Fortschreiten statt finden.

Nachdem, wie wir erzählt haben, einige Reformatoren zweiter Grösse, sowohl von lutherischer als von reformirter Seite, den Gedanken einer Gemeindeordnung mit Aeltesten ergriffen und denselben zu verwirklichen gestrebt hatten, ohne dass es weiter als zu einem Versuch und einer vereinzelten und vorübergehenden Einrichtung gekommen wäre: so griff JOHANN CALVIN ein. Dieser grosse Reformator hat zwar nicht die Ehre, der Erste gewesen zu sein, der die Presbyterialverfassung als eine schlechthin neue Idee erfunden hätte; aber er hat unstreitig das doppelte Verdienst, erstens die Idee selbst klar und fest ins Auge gefasst und durch seine Lehrentwicklung in weiten Kreisen theoretisch geltend gemacht zu haben; fürs zweite hat er im Leben und in der Wirklichkeit durch christliche Characterkraft, vermöge seines grossen organisatorischen und gesetzgeberischen Geistes, die presbyteriale Gemeindeordnung praktisch ein- und durchgeführt, und aus dem Bereich blosser Gedanken, Entwürfe und Versuche in das Gebiet der Thatsachen, der Wirklichkeit und Wirksamkeit im Reiche Gottes versetzt.



## ZWEITES BUCH.

ENTWICKLUNG UND AUSBILDUNG DER PRESBYTERIALORDNUNG;  
FORTSCHRITT ZUR SYNODALVERFASSUNG; VERBREITUNG DER  
PRESBYTERIAL- UND SYNODALVERFASSUNG INNERHALB  
DER REFORMIRTEN KIRCHE, VON 1541 — 1600.

---

### ERSTES CAPITEL.

**Fernere Geschichte der Presbyterialordnung in Genf; Missglücken der  
gleichartigen Bemühungen Farel's und Viret's in Neuenburg und  
Waadtland.**

---

Die Presbyterialordnung war in *Genf* gesetzlich eingeführt. Dennoch kostete es einen zwanzigjährigen Kampf, und ein neues Geschlecht musste heranwachsen, bis die Einrichtung gesichert war. *CALVIN* arbeitete für den Bestand und die Rechte derselben unermüdet fort. Namentlich hat sich 1546 ein Kampf entsponnen, der im J. 1553 zu einer Krisis führte. *PHILIBERT BERTHELIER* war vom Consistorium excommunicirt worden, beschwerte sich aber bei dem kleinen Rath darüber. Als dieser nach Untersuchung der Sache und Vernehmung *CALVIN*'s die Excommunication für gerechtfertigt erklärt hatte, verhielt sich *BERTHELIER* eine Zeit lang ruhig. Später forderte er vom Rath Wiedereinsetzung in die kirchlichen Rechte, und dieser ertheilte ihm, ungeachtet der Einsprache *CALVIN*'s, 1553 die Erlaubniss, das h. Abendmahl zu geniessen, und beharrte

darauf trotz der entschlossenen Erklärung CALVIN's, lieber sterben zu wollen als des Herrn Mahl so schnöde zu entweihen. CALVIN sah die Sachlage so an: man lasse ihm das Predigtamt unter dem Beding, dass er das Ansehen des Consistoriums mit Füssen treten lasse und das h. Abendmahl offenkundigen Verächtern reiche. Mehrere Briefe der calvinischen Correspondenz beschäftigen sich vorzugsweise mit diesem Gegenstand. Es handelte sich eigentlich darum, ob dem Consistorium, d. h. dem Collegium der Geistlichen und Aeltesten, das Recht der Excommunication selbständig und endgültig zustehen solle, oder ob die Regierung die Endentscheidung darüber habe: mit andern Worten, ob die geistliche Gewalt autonomisch walten, oder vom Staat abhängig sein solle. Letztere Ansicht, von der libertinischen Partei unter dem einflussreichen AMIED PERRIN (damals Syndic) mit Leidenschaft verfochten, stützte sich auf die unstreitige Thatsache, dass das Consistorium kirchenrechtlich (s. die „*Ordonnances*“) verpflichtet sei, Urtheile, die den Kirchenbann verfügen, dem kleinen Rath *anzuzeigen*. Daraus folgerten die Gegner das Recht des Raths, in letzter Instanz zu erkennen. CALVIN beweist aber, dass jene vorgeschriebene Anzeige, nach der Absicht der Gesetzgebung, ausschliesslich den Zweck habe, dass die Regierung im äussersten Fall dem Consistorium zu Hülfe komme und der geistlichen Zucht durch ihre Strafgewalt Nachdruck gebe. CALVIN's Treue und Beharrlichkeit trug endlich doch den Sieg davon und erreichte, dass die kirchliche Vollmacht der Presbyterialbehörde in ihrer Unabhängigkeit von der Staatsgewalt anerkannt wurde, während die Gegner gute Lust hatten, das Consistorium (der Geistlichen und Aeltesten) in unbedingte Abhängigkeit vom Staat, nach ZWINGLI's Idee und Zürcherischem und Bernischem Vorgang, herabzudrücken. Die Entscheidung fiel jedoch so sehr zu Gunsten CALVIN's aus, dass am 12<sup>ten</sup> Nov. 1537 im grossen Rath ein Edict durchging, wornach Verächter des h. Abendmahls oder des durch das Consistorium verfügten Banns dem kleinen Rath angezeigt werden sollten, damit er solche als unverbesserliche Leute auf ein Jahr aus der Stadt verbanne, „*um das Ansehen des Consistoriums und die Kraft der Kirchenordnung aufrecht zu erhalten.*“

Andere Acte der Gesetzgebung stellten, offenbar auf CALVIN's Betreiben, eingeschlichene Misbräuche, die dem Prinzip der pres-

byterialen Kirchenordnung zuwiderliefen, ab, und bildeten durch neue Bestimmungen die Kirchenordnung fort. Letzterer Art ist der am 9<sup>ten</sup> Februar 1560, bei Revision der Ordonnances, vom Rathe der 200 gefasste Beschluss: dass künftig, nach vorgenommener Wahl, die Namen der Aeltesten der Gemeinde öffentlich bekannt gemacht werden sollen, theils damit sie das zu ihrer Amtsführung erforderliche Ansehen erlangen möchten, theils damit gegen einen oder den andern der Erwählten, falls er nicht geeignet wäre, die *Gemeindeglieder* bei einem der vier Syndiken Einsprache thun könnten. Dadurch wurde dem Grundsatz CALVIN's von dem Zustimmungsrecht der *Gemeinde* einigermassen Genüge gethan.

Unter dem gleichen Datum wurde durch Beschluss des grossen Raths das eingeschlichene Herkommen, dass einer der vier Syndiken mit seinem Stab im Consistorium präsidierte, als ungeeignet und den Schein bürgerlicher Gerichtsbarkeit erweckend, gesetzlich abgestellt, und verordnet, dass aus dem kleinen Rath (der 25) nicht mehr als zwei Mitglieder zu Aeltesten gewählt werden sollen, und falls einer von diesen beiden ein Syndik wäre, so solle er nur, als einfacher Aeltester und ohne seinen Stab, in der Sitzung erscheinen<sup>1)</sup>.

So blieb die Presbyterialordnung von Genf in anerkannter Wirksamkeit, und hatte in der That solche Erfolge, dass ein Geist der Gottesfurcht und christlichen Sitte daselbst herrschend wurde, der unbefangenen Gemüthern Achtung und Bewunderung einflössste. Im Jahr 1556 schrieb JOHN KNOX, welcher später Schottland's Reformation durchgeführt hat, damals aber sich in Genf aufhielt, an einen Freund JOHN LOCKE: „Ich habe in meinem Herzen immer gewünscht, und kann nicht aufhören zu wünschen, dass es Gott gefallen möge mich an diesen Ort zu bringen, wo, wie ich ungescheut zu behaupten wage, die beste christliche

<sup>1)</sup> RICHTER a. a. O. 352 f. Beachtenswerth ist für uns die vorangeschickte Begründung: *d'autant que contre les ordonnances — on a parédeuant introduit une coutume, que l'un des quatre Syndics presidast au consistoire avec son baston (ce qui a plutot apparence de jurisdiction civile que de régime spirituel), afin de mieux garder la distinction, qui nous est montree en l'Ecriture sainte entre la glaive et l'autorité du Magistrat, et la superintendance qui doit estre en l'Eglise pour renger à l'obeissance et au vray seruice de Dieu tous Chrestiens et empescher et corriger les scandales: Anuons — conclu et ordonné u. s. w.*

Schule ist, welche es seit der Apostel Zeit auf Erden gab. Ich gestehe, dass auch an andern Orten CHRISTUS in Wahrheit gepredigt wird, aber noch *nirgends habe ich gesehen, dass sich die Reformation auf die sittlichen und religiösen Verhältnisse in dem Masse zugleich erstreckte, wie in Genf.*"

Ein eben so grosser Bewunderer der kirchlichen Ordnung Genf's, der desshalb am 13. April 1557 an BLAARER schrieb, er möchte nirgends in der Welt lieber als in Genf sich niederlassen, — war CALVIN's vertrauter Freund, WILHELM FAREL. Er war 1538 zugleich mit CALVIN, den er früher für Genf gewonnen hatte, aus der Stadt vertrieben worden, und hatte in Neuenburg (Neufchatel) das Seelsorgeramt angenommen. Unter den in dieser Gemeinde herrschenden Unruhen hatte er jedoch viel zu leiden, namentlich in der Zeit, als CALVIN auf dem Rückweg nach Genf (1541) begriffen war. Eine vornehme Frau von bescholtenem Wandel lebte von ihrem Gatten getrennt, und FAREL's Vorstellungen, um sie zu ihrer Pflicht zurückzuführen, blieben eben so erfolglos, als sein nachheriges Gesuch an die Behörden, dem schlimmen Beispiel zu steuern. Da sprach er sich wiederholt auf der Kanzel mit gewaltigem Nachdruck gegen das öffentliche Aergerniss, gegen die Widerspenstigen und ihre Gönner aus, sogar gegen den Rath und die ganze Gemeinde. Dieser Vorgang und die von der Klasse (d. h. der Geistlichkeit des ganzen Bezirks) versuchte Einführung einer Kirchenzucht, erregte einen Sturm wider ihn, und die Gegenpartei wusste einen tumultuarischen Beschluss über seine Amtsentlassung durchzusetzen. Allein auf CALVIN's und der Neuenburger Klasse Bitten traten die Basler, Strassburger, Züricher, endlich auch die Berner, mit Zeugniss, Bitte und Verwendung für FAREL und seine treuen Collegen mit solchem Erfolg auf, dass der Raths- und Volksbeschluss der Absetzung förmlich widerrufen, und FAREL für die Gemeinde Neuenburg (Anfang 1542) wieder gewonnen wurde. Die wiederhergestellte Ruhe benützte er zu einem Besuch bei CALVIN, wobei er die in Genf gegründete Ordnung der Dinge durch persönliche Anschauung kennen lernte. Allein ihm selbst gelangen die gemeinschaftlich mit der Klasse Neuenburg gemachten Bemühungen für Einführung einer ähnlichen Ordnung nicht. Der Entwurf: *Articles concernant la Reformation de l'Eglise de Neufchatel*, worin die Klasse Anstellung von Aeltesten und Diaconen zur Handhabung der Kirchenzucht vorschlug, fand bei der

Regierung, welche eine neue Hierarchie fürchtete, keinen Anklang. Der Rath erliess Verordnungen über Kirchenpolizei und Chorgerichte, wodurch er direct in das Kirchliche eingriff, und die Geistlichen führten nur unter sich eine Censur ein, um einen möglichst reinen und würdigen Klerus zu erzielen <sup>1)</sup>.

Nächst FAREL war VIRET CALVIN's vertrautester Freund, und eine Zeit lang sein Mitarbeiter in Genf, von wo er nach anderthalbjähriger Abwesenheit sein Amt in *Lausanne* am 12. Juli 1542 mit doppeltem Eifer wieder antrat. Er begab sich schon im August, mit Anträgen auf eine nach calvinischen Grundsätzen einzurichtende Kirchenzucht, nach Bern, dem das Waadtland seit kurzem unterworfen war; auch die Klasse Lausanne gab im November eine dahin zielende Vorstellung beim Rath in Bern ein. Allein der Rath gab einen ungnädigen Bescheid und beharrte auf der bisher bestehenden (zwinglischen) Form der Chorgerichte, dergleichen eines in Lausanne bereits bestand, aber ohne Ansehen und Kraft. Von jetzt an hatte das auf seine staatliche Vollmacht in Kirchensachen eifersüchtige Bern ein argwöhnisches Auge auf die calvinische Partei und das genfer Element in der Waadt. VIRET seinerseits behielt das Ziel fest im Auge und arbeitete auf dasselbe los, theils mit Beschwerden beim Rath zu Lausanne (Dec. 1549), theils durch mündliche Vorstellung beim Rath über schlechte Sittenpolizei (Aug. 1552), theils durch Vorstellungen in Bern selbst (1558). Er erreichte jedoch nichts als wiederholte Verordnungen und Versprechungen über Sittenpolizei, Aufstellung von Chorrichtern in jeder Pfarrgemeinde, während solche bisher nur in Städten gewesen waren; Bestellung würdiger Männer (*surveillans ou gardiens de consistoire*), die darauf verpflichtet wurden, Aergernisse den Chorrichtern anzugezeigen, endlich den Auftrag an die Prediger, einen neuen Vorschlag über Uebung des Banns vorzulegen (27 Mai 1558). Nun legte die Klasse Lausanne das ausführliche Project einer ganz neuen Kirchenverfassung auf Grund der Schrift vor, mit dem Antrag auf eine rechtmässig versammelte, von dem Landesherrn geleitete und autorisirte *Synode* als Hauptmittel zu Auferbauung der Kirche

<sup>1)</sup> KIRCHHOFER, FAREL II. 23 ff. 47. ff. 105. 111 ff. HUNDESHAGEN, *Conflict des Zwinglianismus, Lutherthums und Calvinismus in der Bernischen Landeskirche*. 147 ff.

<sup>2)</sup> KIRCHHOFER, FAREL, s. oben.

und gründlichen Verbesserung des Lehrstandes. Es ist darin gesagt, geistliches und weltliches Regiment sei verschieden und nicht zu vermengen; nun könne aber die Kirchengewalt nicht der Gesamtheit überlassen werden, weil sich nicht alle dazu eignen, sondern, wie in bürgerlichen Dingen, einem Ausschuss. Das Kirchenregiment hat mit dreierlei Gegenständen zu thun: Lehre, Kirchengut, und laufende Angelegenheiten. Die Lehre ist lediglich Sache der Geistlichen; das Kirchengut ist nach der Schrift und dem Vorgang der Urkirche von den Diaconen zu verwalten; die laufenden Angelegenheiten kirchlicher Ordnung und Verwaltung gehören vor das Collegium der *Aeltesten*, das Consistorium, welches sich unter obrigkeitlicher Autorität selbst ergänzt. Die Chorgerichte mögen wie bisher fortbestehen, aber die Geistlichen wünschen von ihrem Antheil daran entbunden zu werden; hingegen sollte eine eigentlich kirchliche Zucht durch Aelteste (nicht durch die Obrigkeit oder die Prediger allein) eingeführt werden; in Dörfern wäre zuvor an das Consistorium der nächstgelegenen Stadt zu berichten.

Da der Rath von Bern auf diesen Plan einer Presbyterialverfassung nicht einging, so hatte dieser Vorgang den sofortigen Austritt THEODOR BEZA's (damals Lehrer des Griechischen zu Lausanne), und, nach manchen Verhandlungen und Vorgängen, das Ausscheiden VIRET's mit noch etwa 40 andern Geistlichen (1559) aus dem Kirchendienst im Waadtland zur Folge. Indem Bern auf seinen ursprünglichen zwinglischen Prinzipien beharrte und den Genfer Einrichtungen widerstrebte, kam es zur Constituirung einer Aeltestenverfassung in den romanischen Theilen der reformirten Schweiz, ausser Genf, nicht mehr.

<sup>1)</sup> Vergl. HUNDESHAGEN, *Conflicte*, S. 163 f. 172. 175 ff. 328 ff. 341 ff. KIRCHHOFER, FAREL. II. 154 ff. BAUM, BEZA I. 346 ff.



## ZWEITES CAPITEL.

**Die presbyteriale Kirchenordnung JOH. LASKY'S in Emden, London und Frankfurt.**

---

Während die liebsten Freunde CALVIN'S in der Nachbarschaft von Genf für presbyteriale Kirchenzucht vergebens arbeiteten, gelang es einem bekehrten Baron aus Polen, im Norden Deutschland's und in England, schon im ersten Jahrzehent nach Gründung der presbyterianen Kirchenordnung in Genf, evangelische Gemeinden presbyterian zu organisiren. JOHANN LASKY (von Lasko), 1499 zu Warschau geboren, aus einem polnischen Adelsgeschlecht, wurde auf einer 1523 angetretenen Ausbildungsreise nach Deutschland sowohl mit ERASMUS als mit ZWINGLI und BULLINGER bekannt, verliess, nachdem ansehnliche Pfründen in Polen ihm übertragen worden waren, sogar das Bisthum Vesprim in Ungarn ihm angeboten war, um seiner evangelischen Ueberzeugung willen, Gewissenshalber 1537 sein Vaterland, um seinem Herrn CHRISTO im Ausland ungehindert zu dienen<sup>1)</sup>). Er kaufte sich 1540 umweit Emden in Ostfriesland ein Landgut, um dort mit seiner Gattin, einem armen bürgerlichen Mädchen aus Löwen, ein stilles Privatleben zu führen. Hier wurde er aber vom Grafen

<sup>1)</sup> Er schreibt am 14ten März 1544: *Eram pridem insignis Pharisäus, multis ornatus titulis, multis et opulentis sacerdotiis a puero adhuc pulcre suffarinatus, nunc autem relictis ultiro, per Dei gratiam, his omnibus, relicta item patria atque amicis — nudus sum inter externos nudi Christi Domini pro me crucifixi servus.*  
GERDESIUS, *Miscellanea.* IV. 449.

ENNO II von Oldenburg, und nach dessen Tode von der verwitweten Gräfin ANNA in Kirchensachen um Rath gefragt, welche um so schwieriger waren, als die lutherische und die zwinglische Reformation in Ostfriesland zusammenstiesen, überdiess die Wiedertäufer Einfluss hatten und beiden evangelischen Theilen den Mangel an Kirchenzucht vorwarfen. Im J. 1542 übernahm LASKY auf Bitten der Gräfin das Amt eines Pastors zu Emden und Superintendenten von Ostfriesland, jedoch unter der Bedingung, das Amt nur dann fortzuführen, wenn die Erfahrung beweisen werde, dass sowohl die Fürstin als die Gemeinde durch seine Berufung die Ehre Gottes suchen, widrigenfalls er von beiden seine Entlassung fordern werde. LASKY gehörte entschieden der reformirten Seite an, schätzte und achtete übrigens LUTHER aufs höchste. Ein Hauptziel seines Strebens war die rechte Kirchenordnung. Nachdem er einmal aus Gottes Wort die Ueberzeugung geschöpft hatte, dass es keine wahre Gemeinde CHRISTI geben könne ohne rechte Kirchenordnung und Zucht, so trachtete er darnach, seiner Gemeinde die rechte biblische Verfassung und Zucht zu geben, und beharrte mit aller Strenge darauf. Nach langem Kampf gegen den Widerstand der gräflichen Räthe setzte er im J. 1544 (3 Jahre nach Gründung der calvinischen Kirchenordnung in Genf) die Einführung eines Presbyteriums in Emden durch, zu Handhabung regelmässiger Kirchenzucht, wodurch er zugleich den besonders aus den Niederlanden nach Emden geflüchteten Wiedertäufern auf halbem Wege entgegenkam. Es wurden vier ehrsame fromme Bürger (*Ouderlingen, Aelteste*) den Predigern beigeordnet, um im Namen der Gemeinde mit den Predigern Kirchenzucht zu üben. Im J. 1545 folgte, als Amtsanweisung für das Presbyterium, eine nach LASKY's Entwurf vom Landesherrn erlassene strenge Disciplinarordnung. Zugleich errichtete LASKY, zur Erhaltung christlicher Eintracht, Synoden der Geistlichkeit, „geistliche Cötus“, nämlich wöchentliche öffentliche Zusammenkünfte sämtlicher Prediger der ostfriesischen Landschaft. Durch seine Wirksamkeit (1542—1549) bildete sich in der Stadt Emden und in Ostfriesland überhaupt eine blühende reformirte Kirche, welche, als Zuflucht verfolgter evangelischer Franzosen, Niederländer und Engländer, den Ehrennamen: „Herberge der bedrückten und vertriebenen Gemeinde Gottes“ erhielt.

Als LASKY in Beziehung auf kirchliche Zucht unter den Geistlichen, im Superintendentenamt seine Hände gebunden sah <sup>1)</sup>, legte er 1546 die Superintendentenz nieder, indem er vorerst sein Predigtamt in Emden beibehielt. Als aber 1549 das Interim eingeführt und der reformierte Gottesdienst verdrängt wurde, so legte LASKY auch das Predigtamt nieder und begab sich über Bremen (wo er seinen Freund HARDENBERG besuchte) nach London, wohin er einen Ruf erhalten hatte, und wurde 1550 Superintendent der niederländischen Fremden Gemeinde daselbst <sup>2)</sup>.

Die seit 1544 nach England geflüchteten evangelischen Niederländer, welche vom J. 1548 an Privatgottesdienst in Häusern gehalten hatten, waren im J. 1550 als besondere Gemeinde förmlich anerkannt worden, indem ihnen zugleich eine Augustiner-Kirche zu öffentlichem Gottesdienst eingeräumt wurde. Nachdem LASKY zum Superintendenten der Gemeinde angenommen war, privilegierte EDWARD VI dieselbe im J. 1550 als selbständige Körperschaft durch eine Urkunde in der Weise, dass sie von der englischen Landeskirche völlig unabhängig sich constituiren konnte. Die „christliche Gemeinde der Fremden in London“ theilte sich in die deutsche und französische (wallonische) Gemeinde, so dass jede an einem besonderen Ort ihren Gottesdienst in ihrer Muttersprache hielt, auch durch Liturgie, Catechismus und Gemeindevorstand sich unterschied, während andererseits wöchentliche Zusammenkünfte der beiderseitigen Geistlichen und Aeltesten die Einigkeit beider Gemeinden beförder-ten. Die französische Gemeinde hatte die Genfer Kirchenordnung angenommen, für die deutsche verfasste LASKY nach dem Vor-gang der letzteren und der Emdener eine neue.

Diese Kirchenordnung, welche in deutscher Bearbeitung 1565 zu Heidelberg gedruckt wurde <sup>3)</sup>, geht davon aus, dass die Ge-

<sup>1)</sup> In dem schönen Brief nach LUTHER's Tode, d. 23 März 1546, bei GERDESII, *Miscell.* IV. 462 ff. sagt er: Episcopi ministerio (Superintendentenz) propter magistratus nostri et falsorum quoruadum fratrum impietatem renunciavi. Magistratus volebat, ut nomen Inspectoris retinerem, et nullum mihi Ecclesiasticae disciplinae usum permittebat.

<sup>2)</sup> Vergl. MAX. GÖBEL, *Gesch. des christlichen Lebens in der rheinisch-westphälischen evang. Kirche.* I. 318 ff. bes. 331 ff.

<sup>3)</sup> *Forma ac ratio tota ecclesiastici Ministerii in Peregrinorum potissimum vero*

meinde CHRISTI entheiligt und vernichtet werde, wenn sie „ire gebürliche Regierer und Diener nit hat“; nun aber dürfe man nicht nach menschlichem Gutdünken, sondern nach Gottes Wort die Diener der Gemeinde Gottes anstellen. Gottes Wort gemäss habe nun diese Gemeinde *nur zweierlei Diener*, die *Aeltesten* und *Diaconen*. Unter den „Elteten“ sind *etliche*, die in dem *Wort und der Lehre* arbeiten (in der Schrift Bischöfe, Hirten und Lehrer genannt); *die andern „Elteten“*, welche den öffentlichen Dienst des Worts und der Lehre nicht versehen, stehen den ersten mit Rath und Hülfe bei, damit die Gemeinde Gottes in aller Gottseligkeit regiert und erhalten werde, „weshalb PAULUS sie auch Regenten“ nennt. Die „*Dia-ken*“ tragen Sorge für die Armen der Gemeinde. Das Amt der Aeltesten und der Diener des Worts ist, nach ausdrücklicher Erklärung dieser Kirchenordnung „*genzlich einerley*“, nur dass jene den Dienst des Worts und der Sacramente nicht versehen; sie sind aber mit den Dienern des Worts gleichsam Hüter und Bewahrer der ganzen Gemeinde. Denn das Regiment der auf dem Wege freiwilliger Zustimmung zu ihrem Bekenntniss und williger Unterwerfung unter die „*Christliche Strafe*“ gesammelten Gemeinde ist, nicht dem Gutdünken eines oder zweier Diener (Geistlichen) allein anheim gegeben, sondern gehört der Gesamtheit der Diener und Aeltesten <sup>1)</sup>, als einem „*Rath der ganzen Gemeinde*“ zu Erhaltung der reinen evangelischen Lehre und christlichen Busszucht in derselben“ <sup>2)</sup>). — Gewählt werden Aelteste, wie auch Prediger und Diaconen, nach einem allgemeinen Fast- und Betttag, nach Auseinandersetzung des betreffenden Dienstes und Amtes, nebst Vermahnung zu ernstlicher Ueberlegung und gewissenhafter Wahl, durch schriftliche Abstimmung der Gemeindeglieder, worauf die Prediger, Aeltesten und Diaconen die gesammelten Stimmen der Gemeinde „*bese-hen*“, und den nach ihrer persönlichen Ueberzeugung tüchtigsten durch Vereinigung unter sich wählen. Uebrigens wird nachher der Gemeinde zu etwaiger Einsprache gegen den einen oder den

*Germanorum Ecclesia instituta Londini in Anglia, Auctore Jo. a LASCO, Poloniae Barone. Lond. 1550. deutsch nach MICRONIUS Bearbeitung, bei RICHTER, K. Ord. II. 99 ff.*

<sup>1)</sup> a. a. O. 113.

<sup>2)</sup> S. 119.

andern eine Frist gelassen; und erst nach Prüfung vorgekommener Einreden wird zur Bestätigung und öffentlichen Einführung ins Amt geschritten<sup>1)</sup>). Die Gemeinde hatte demnach in der That ein nicht bindendes Wahlrecht, das einem Vorschlagsrecht gleich kommt, während das Presbyterium das Recht der entscheidenden Wahl hatte<sup>2)</sup>.

Die „christliche Strafe,” d. h. die Kirchenzucht ist gleichsam der rothe Faden, der durch die ganze ausführliche Kirchenordnung sich hindurchzieht, besonders aber handeln zehn Capitel (c. XIX—XXVIII) umständlich, in logischer Ordnung und mit grosser Weisheit davon. Die christliche Strafe, eine von CHRISTO eingesetzte und befohlene Ordnung, sei nicht blos ein nützlicher Zaum in unserer kranken und verderbten Natur, sondern auch ein starkes Band der Liebe und christlichen Freiheit, so dass sie mit Recht „die Sehnader der Gemeinde“ genannt werden könne<sup>3)</sup>. Es wird zweierlei Gebrauch der „christlichen Strafe“ unterschieden: „heimlicher Gebrauch“ derselben, unter vier Augen und vor einem oder zwei Zeugen, und „öffentlicher Gebrauch“ derselben in der Gemeinde, mit den vier Stufen: a. Ermahnung in der Versammlung der Diener und Aeltesten der Gemeinde, b. öffentliche Busse des Gefallenen, c. Bann oder „Abschneidung“ von der Gemeinde, d. Wiederaufnahme des Bussfertigen. Auf allen diesen Stufen ist den Aeltesten eine wichtige Aufgabe zuerkannt, je nach Erforderniss der Sache. Uebrigens ist nicht blos die *Gemeinde* der „christlichen Strafe“ von Seiten ihrer Aeltesten und Prediger unterworfen, sondern ebenso die letzteren selbst, denn

<sup>1)</sup> a. a. O. S. 101.

<sup>2)</sup> GÖBEL, a. a. O. I. 341 f. behauptet, die Aeltesten und Diaconen seien „gar nicht durch die einzelnen Gemeindeglieder, sondern nur von den andern Dienern und Aeltesten, — also nur durch Cooptation erwählt“ worden. — Diese irrite Auffassung scheint durch Missdeutung des Ausdrucks „Diener“ herbeigeführt zu sein. Beachtet man den constanten Sprachgebrauch der Urkunde, wornach der Begriff „Diener“ in der Regel nicht nur Prediger sondern auch Aelteste und Diaconen umfasst, und nur ausnahmsweise, an Stellen, wo der Zusammenhang unausweichlich darauf führt, auf die Seelsorger oder „Prädicanten“ alleiu sich beschränkt; und zugleich den Zusammenhang von c. I—VII; so wird ganz deutlich, dass c. III, „Form und Weise der Erwählung den Diener“ — nicht blos die Wahl der Geistlichen, sondern auch die der Aeltesten und Diaconen vorschreibt.

<sup>3)</sup> a. a. O. 109.

wenn die Diener allein regieren wollen und von dem Joch der christlichen Strafe selbst frei sein; so ist's nicht möglich, dass es in der Gemeine lang wohl zugehe. — Ja man soll grösseren Ernst gegen dieselben beweisen, weil „durch ihren Fall grösseres Aergerniss entsteht“<sup>1)</sup>. Daher kommen alle drei Monate an einem bestimmten Tag sämtliche Diener und Aeltesten der Gemeinde zu gegenseitiger Censur zusammen, und wer sich diese nicht gefallen lässt, wird vorerst suspendirt, hernach mit Bewilligung der Gemeinde öffentlich abgesetzt und von der Gemeinde „abgeschnitten.“

Der „*Diaken*“-Amt (auch „*Diakeney*“ betitelt) ist nicht, die Gemeinde zu regieren, sondern unter Aufsicht der Aeltesten, Almosen zu sammeln und auszuspenden. Schwierige Fälle bringen sie vor die Versammlung der Aeltesten, andererseits werden sie selbst bei schwierigen Gemeindeangelegenheiten von den Aesteten zu ihrer Versammlung zugezogen, damit die Sachen „desto weislicher, besserlicher und einträglicher verrichtet werden.“

In beiden Gemeinden, der deutschen und französischen, war das Aeltestenamt lebenslänglich, das Diaconenamt einjährig<sup>2)</sup>. Die ganze Einrichtung aber ist unverkennbar auf die calvinische Anschauung und die Genfer Ordnung gegründet, unter der dreifachen Abweichung, welche als Fortentwicklung anzusehen ist, 1. dass die wesentliche *Identität* des *geistlichen* und *Presbyteramts* im Begriff der Aeltesten aufgefasst ist; 2. dass die Versammlung der Geistlichen und Aeltesten als der Rath der *Gemeinde* betrachtet wird, somit das Recht der Gemeinde zu gröserer Geltung kommt, was auch darin sich zeigt, dass die öffentliche Vermahnung *im Namen der ganzen Gemeinde* geschieht, wie denn die Kirchliche Zucht durch und durch als ein *Gemeinderecht* und eine *Gemeindepflicht* behandelt wird<sup>3)</sup>, und die Gemeinde als Inhaberin aller Kirchengewalt nicht blos der Idee nach sondern auch in der Wirklichkeit erscheint; 3. dass der *Gemeinde* eine *Mitwirkung bei der Wahl* aller ihrer Amtsträger ertheilt ist, wiewohl sie kein unbedingtes Wahlrecht hat. Die Theilnahme der

<sup>1)</sup> a. a. O. 114.

<sup>2)</sup> GÖBEL, a. a. O. 342.

<sup>3)</sup> Vergl. über diese Kirchenordnung SCHENKEL, *das Wesen des Protestantismus*. (1851) III. 248 ff.

Gemeinde an der Wahlhandlung, für derer Feierlichkeit und heiligen Ernst übrigens das Möglichste gethan wurde, war offenbar nicht blos durch die äusseren Verhältnisse, die Unabhängigkeit der Gemeinde von der Staatsgewalt, herbeigeführt, sondern in dem ganzen Charakter der Einrichtung, in dem vorherrschenden Gemeindeprinzip begründet.

In der That übte das Presbyterium mit LASCO selbst die kirchliche Zucht nachdrücklich, was dem letzteren aber auch mannigfaltige Anfeindung zuzog<sup>1)</sup>.

Als EDWARD VI starb und MARIA den englischen Thron bestieg (1553), wurde der Fremdengemeinde sofort das Privilegium aufgekündigt, die Kirche entzogen, und nur zwischen Unterwerfung unter den Bischof von London und Auswanderung die Wahl gelassen. Ein Theil der Gemeinde wählte das letztere, und fand, nach harten Schicksalen in Dänemark und mehreren deutschen Städten, endlich 1554 in Ostfriesland, Wesel, Frankfurt und Strassburg eine Zuflucht. In *Frankfurt* namentlich fand zuerst die französische Fremdengemeinde aus London, hernach 1555 mit LASCO selbst auch die niederländische deutsche Gemeinde von dort gastliche Aufnahme. In der *Kirchenordnung der französischen (wallonischen) Gemeinde zu Frankfurt*, von ihrem Superintendenten, VALERANDUS POLANUS verfasst<sup>2)</sup>), ist die Wahl der Aeltesten so geordnet: der Kirchenrath (conventus ecclesiasticus) d. h. der Geistliche mit den Aeltesten macht einen Vorschlag, welcher doppelt so viele Männer nennt, als Aelteste zu wählen sind; auf Grund dieses Vorschlags wählt die Gemeinde; übrigens haben nur diejenigen Wahlrecht und Stimme, welche unmittelbar zuvor ihr Glaubens-bekenntniss abgelegt haben. Den Aeltesten kommt Theilnahme am Regiment, Gerichtsbarkeit und Verwaltung der Kirchengemeinde, besonders aber die Uebung der Kirchenzucht zu<sup>3)</sup>). Vier *Diaconen* wurden wie die Aeltesten gewählt.

<sup>1)</sup> Am 7. Juni 1853 schrieb LASCO an BULLINGER: *Nihil non tentat in nos Sathan propter restitutum uteunque in nostris Ecclesiis disciplinae usum, — — artes omnes suas expedit ad impediendum disciplinae usum.* GERDESII *Miscellanea.* IV. 476.

<sup>2)</sup> *Liturgia sacra, seu ritus ministerii in ecclesia peregrinorum Francofordiae ad Mönüm.* Francof. 1554, bei RICHTER, ev. K. O. II. 149 ff. bes. 159 f.

<sup>3)</sup> a. a. O. S. 159: *Seniores, — qui Ministris adjunguntur in administratione, ut causas omnes judicent et praesint omnibus in rebus, quae ad Ecclesiasticam politiam pertinent.*

Wiewohl die presbyterianischen Fremdgemeinden zu London ein Ende nehmen mussten, ist doch die in ihrer Kirchenordnung enthaltene Fortbildung des presbyterianischen Wesens nicht fruchtlos geblieben, sondern hat in Deutschland eine neue Heimath gefunden, theils in Frankfurt, theils, wie wir später sehen werden, am Niederrhein, wo sie der Presbyterian- und Synodalordnung der Reformirten zu Grunde gelegt wurde.



## DRITTES CAPITEL.

**Presbyterialordnung und Synodalverband der Kirchen unter dem Kreuz in Frankreich.**

---

Nirgends hat der Geist CALVIN'S Grösseres gewirkt als in seinem Vaterlande *Frankreich*. Nachdem JACOB FABER von Etaples (Stapulensis), durch wissenschaftliche, besonders humanistische und biblische Arbeiten, WILHELM BRIÇONNET, Bischof von Meaux, durch wohlgemeinte praktische Reformen in seinem Sprenkel, die Reformation vorbereitet hatten, wurde dieselbe durch LUTHER's Schriften begründet, und schon in den Jahren 1524, 1529, 1532 und den folgenden besiegelten viele Evangelische die Wahrheit mit dem Märtyrertode. Doch waren es nur einzelne Gläubige, welche sich heimlich da und dort in Häusern mit dem Wort Gottes und dem Psalmgesang erbauten; es gab Privatversammlungen, Conventikel, aber in ganz Frankreich noch keine *Gemeinde* von Evangelischen. Die erste Gemeinde von Reformirten entstand in Meaux, dem Bischofssitz BRIÇONNET's und dem vieljährigen Aufenthaltsort des FABER Stapulensis; einer Stadt, welche bei den Katholiken bald als ein Sitz der Ketzerei galt, indem man von den „Lutheranern von Meaux“ redete. BRIÇONNET war schon 1534, FABER 1537 gestorben<sup>1)</sup>), als mehrere evangelisch gesinnte Einwohner der Stadt nach Strassburg reisten und die dortige französische Gemeinde, welche CALVIN nach seiner Vertreibung aus Genf leitete, besuchten; nach ihrer

<sup>1)</sup> Vergl. GRAF's aus den Quellen gesehöpfte treffliche Abhandlung über JACOBUS FABER STAPULENSIS, in NIEDNER's *Zeitschr. für hist. Theol.* 1852. 1 und 2.

Rückkehr wussten sie die Gleichgesinnten so zu ermuthigen, dass sie sich nach gemeinschaftlicher Berathung zu einer Gemeinde constituirten, und zwar ganz entsprechend dem Muster der französischen Gemeinde zu Strassburg; sie wählten nach Fasten und Beten einen frommen und schriftkundigen Wollkämmer, PETER LECLERC, zu ihrem Seelsorger, der von da an nicht nur predigte, sondern auch (in dem Hause eines Gemeindegemessen) die Sacramente spendete <sup>1)</sup>), Allein diese erste reformirte Gemeinde Frankreichs wurde 1546 durch eine heftige Verfolgung, in welcher vierzehn Männer verbrannt, andere sonst bestraft wurden, zerstreut, so dass wieder mehrere Jahre lang keine evangelische Gemeinde in ganz Frankreich bestand. Die Evangelischen konnten jetzt nur theils durch Lesen der Bibel und evangelischer Schriften, theil durch gemeinsames Beten und Psalmensingen, theils durch Vermahnungen bei ausserordentlichen Gelegenheiten sich erbauen. Wollten aber Etliche einem Gemeindegottesdienst bewohnen, so mussten sie nach Strassburg zu der französischen Gemeinde oder nach Genf reisen; und letzteres geschah in der That so häufig, dass eine Art Wallfahrten um des Evangeliums willen daraus wurden. Zurückgekehrt stärkten sie sodann die Brüder in der Heimath, trösteten sie und predigten ihnen das Evangelium. Nicht wenige fielen aber auf dem Rückweg der Polizei in die Hände und endeten mit dem Märtyrertod, wovon BEZA aus dem Jahre 1549 und den folgenden viele Beispiele mit Nennung der Namen erzählt <sup>2)</sup>).

<sup>1)</sup> [BEZA] *Histoire ecclésiastique des Eglises reformées au Royaume de France etc.* Anvers 1580. 3 Bände. I. 49 ff. Dieses Werk, das, unter BEZA's Augen von NICOLAS DES GALLARS (GALLASIUS) ausgearbeitet, eine Chronik der reformirten Gemeinden Frankreichs von 1521—1563 enthält, und grossentheils auf dem oft citirten „liure des martyrs“ oder *Actiones et monumenta martyrum* beruht, wurde von den Jesuiten aufgekauft, so dass es sehr selten geworden ist, bis Pfarrer MARZIALS von Lille dasselbe neu herausgab. Die Vignette der Originalausgabe stellt mit Beziehung auf das Wort BEZA's an den König von Navarra (cf. BAUM, BEZA II. 567 f.) einen Ambos dar, auf welchen drei Geharnischte hineinsehlagen, wobei einem der Hammer zerbricht, während schon ein Hammer zu Boden liegt, mit der Umschrift:

„Plus à me frapper on s'amuse,  
„Tant plus de marteaux on y use.“

<sup>2)</sup> a. a. O. I. 82 ff.

Erst im Jahr 1553 wurde hierauf zu Paris nach dem Muster der Genfer Kirche eine reformirte Gemeinde, und zwar sogleich mit *Aeltesten*, gebildet. BEZA sagt hierüber<sup>1)</sup>. Es gab eigentlich noch keine vollständig organisirte Gemeinde (*Eglise dressée en toutes ses parties*) und keinen ordentlichen Dienst des Worts oder der Sacramente, und keinen Kirchenrath (*ny consistoire establi*); in diesem Jahr wurde das Erbtheil des Herrn erstmals mit gutem Bedacht in Ordnung gebracht (*rangé et mis par ordre à bon escient*). — Die Sache ging so zu. Ein junger Mann, JEAN LE MAÇON, genannt LA RIVIÈRE, von Angers gebürtig, ältester Sohn des reichen, aber den Evangelischen abholden Staatsanwalts, Herrn von LAUNAY, daselbst, hatte die Rechte studirt, in Lausanne und Genf sich der evangelischen Kirche angeschlossen, und nach seiner Rückkehr allen Bemühungen seines Vaters, durch Drohungen und Zärtlichkeit ihn zur Katholischen Kirche zurückzuführen, unbeugsame Standhaftigkeit entgegengesetzt. Derselbe begab sich, um dem Hass seines Vaters zu entgehen, nach Paris. Hier lebte ein Edelmann aus Maine, DE LA FERRIÈRE, der ebenfalls, um weniger Nachforschungen in religiöser Hinsicht ausgesetzt zu sein, mit seiner Familie dahin gezogen war. Als nun seine Gattin entbunden worden war, und bald darauf (in Sept. 1553) eine Versammlung, in der auch LA RIVIÈRE sich befand, in seinem Hause zu Gebet und Bibellesen sich zusammengefunden hatte, bat LA FERRIÈRE, man möchte doch nicht zulassen, dass sein Kind die Taufe entbehren müsse; sie möchten einen unter sich zum Diener des göttlichen Wortes wählen, der als dann die Taufe verrichten könnte. Als die Versammlung nicht darauf eingehen wollte, so erklärte er, den Entstellungen der Taufe in der römischen Kirche nicht mit gutem Gewissen beistimmen zu können und sein Kind in keinem Fall mit den abgöttischen Ceremonien taufen zu lassen; nun sei es aber unmöglich, dass er zu diesem Zweck nach *Genf* ginge; und doch würde es ihm äusserst wehe thun, wenn sein Kind ungetauft stürbe; er mache sie alle vor Gott verantwortlich, wenn sie ihm seine so gerechte Bitte abschlügen. Diesem dringenden Gesuch konnte man nicht länger widerstehen: nach ernstlichem Fasten und Beten wurde der erst zwei und zwanzigjährige LA RIVIÈRE zum Seelsorger berufen, zugleich aber

<sup>1)</sup> a. a. O. I, 97.

auch einige zu *Aeltesten* und *Diaconen* erwählt und ein *Consistoire* gebildet <sup>1</sup>). Die neue presbyterial verfasste Gemeinde zu Paris entging fast zwei Jahre lang der Wachsamkeit des Parlaments und der Sorbonne zu Paris, und wurde die Mutterkirche aller reformirten Gemeinden Frankreichs, während sie selbst nach dem Muster Genf's eingerichtet war. Die erste Stadt, welche dem Vorgang der Hauptstadt folgte und die gleiche Gemeindeordnung einführte, war Meaux; sodann ahmten die Evangelischen in Angers, Poitiers, Bourges, Blois, Tours, Orleans, und in vielen anderen Städten das gegebene Beispiel nach und organisirten sich durch Aufstellung von Geistlichen, Aeltesten und Diaconen zu geordneten Gemeinden (man nannte das *dresser l'Eglise*, *dresser forme de l'Eglise*). Die presbyteriale Gemeindeordnung wurde um so mehr die herrschende, weil die meisten Geistlichen der neuen Gemeinden von Genf, wo sie studirt hatten, ausgingen <sup>2</sup>), oder wenigstens mit CALVIN und seinen Freunden in Ver-

<sup>1</sup>) BEZA I. 97 ff., bes. 99 f.: et fut aussi *dressé* quelque petit *ordre* — par l'établissement d'un *consistoire* composé de quelques *Anciens* et *Diacles*, qui veillioient sur l'Eglise. — Dieu feit la grace à ceste petite assemblée, — de *dresser* les *marques* et *enseignes* de l'Eglise de Dieu au milieu d'eux, *sur le formulaire* et *patron de la vraie Eglise Catholique et Apostolique*, ainsi que les Evangelistes et Apostres en ont baillé le vray et parfaict pourtrait en leurs saintes escrits.

<sup>2</sup>) Vergl. G. WEBER, *geschichtliche Darstellung des Calvinismus im Verhältniss zum Staat in Genf und Frankreich* etc. 1836. S. 51 Anm. (nach BEZA). Der herkömmlichen Anschauung entgegen hat EBRARD, „*Entstehung und erste Entwicklung der Presb. Verf. in Frankreich*“ in NIEDNERS *Zeitschrift für hist. Theol.* 1849. s. 280 ff. behauptet, die französische Presb. Verfassung stehe ganz und gar auf eigenen Füssen und sei nicht von Genf entlehnt, indem das Genfer Consistoire weit mehr einer staatskirchlichen Behörde als einem französischen Gemeinde-presbyterium ähnlich gewesen sei. Allein durch die gänzlich verschiedene äussere Lage der französischen Gemeinden war nothwendiger Weise eine ganz andere Gestaltung derselben bedingt, als die der Genfer Staatskirche gewesen war. CALVIN'S Idee wurde in den von einem römisch katholischen und feindseligen Staat völlig unabhängigen reformirten Gemeinden Frankreichs nur noch reiner und adaequater als in Genf selbst verwirklicht. Die Entstehung und Ausbildung dieser französischen Gemeinden erscheint in der Wirklichkeit so sehr als eine Art Kolonien-gründung von Genf aus, dass man Thatsachen erkennen muss um zu leugnen, dass auch ihre innere Organisation im Wesentlichen von Genf herübergemommen war. DE FELICE, *Histoire des Protestants de France*. 2. ed. 1851, sagt von der durch die erste Synode 1559 gegründeten Kirchenverfassung: *Cette constitution avait été dictée par CALVIN. Elle atteste la puissance et l'étoendue de son génie organisateur.*

bindung standen und fortwährend sich Raths bei ihnen erholten. Unter die für Verbreitung des Evangeliums und namentlich für Constituirung förmlicher Gemeinden mit presbyterianer Organisation thätigsten Männer gehörte SIMON BROSSIER; derselbe reiste unermüdlich hin und her im Lande, und trieb die Einzelnen zum Handeln in diesem Sinne an <sup>1)</sup>). Nach dem calvinischen Grundsatz, dass die Kirchengewalt ursprünglich der Gemeinde zukomme, und hauptsächlich in Folge der äusseren Verhältnisse, unter dem Drang der Noth, ging die Berufung der Pfarrer, die Wahl der Aeltesten, die Gründung der Gemeinde, stets von der Gesamtheit der Gläubigen aus. In Tours hatte ein reicher, sehr eifriger, aber auch anmassender Mann, BEDOIRE, mit bedeutenden Opfern für Constituirung einer Gemeinde gewirkt; dieser bewog nun ohne Zustimmung der übrigen einen gewissen FRANZ VON BEAUPAS, als Prediger der Gemeinde aufzutreten. Die übrigen baten, um eine Spaltung zu verhüten, die Genfer Geistlichkeit um zwei Geistliche und erhielten zwei Männer, einen älteren, LANCELOT, und einen jüngeren, ROUVIÈRE. Wiewohl diese nun zu grosser Befriedigung Aller, mit Ausnahme BEDOIRE's und einiger von dessen Partei, ihr Amt führten, so gab dieser Mann doch nicht nach, sondern begleitete einen andern, den er zum Pfarrer wünschte, selbst nach Genf, um Genehmigung seines Vorhabens auszuwirken. Allein die Genfer Geistlichen hielten beiden ihre Verfehlung gegen die Kirchenordnung vor, liessen sich jedoch nicht weiter in die Sache ein, weil sie keinerlei Auctorität über die französischen Gemeinden besässen (qu' ils n'auoient authorité aucune sur les Eglises de France). BEDOIRE wurde später vor das Consistorium in Tours geladen, und, da er zur Busse und Aussöhnung sich nicht verstehen wollte, endlich in den Bann gethan <sup>2)</sup>). Aus dieser Thatsache und andern ähnlichen ergibt sich, in welches Verhältniss CALVIN und seine Amtsgenossen in Genf zu der französischen Kirche sich setzten, indem sie die Gemeinden auf deren Ersuchen mit tauglichen Geistlichen versahen, denselben durch Rath und Gutachten dienten, übrigens keine Kirchenregimentliche Vollmacht über sie in Anspruch nahmen, überhaupt mit weiser Zurückhaltung handelten. Aber auch das erhellt daraus,

<sup>1)</sup> S. BEZA a. a. O. I. 103, 105.

<sup>2)</sup> BEZA a. a. O. I. 105 f.

wie leicht Fälle vorkommen mussten, die das Bedürfniss einer höheren Auctorität in Kirchensachen fühlbar machten; ein Bedürfniss, das um so dringender wurde, je zahlreicher die evangelischen Gemeinden in kurzer Zeit geworden waren. Im J. 1560 gab es allein in der Provence 60 ordentliche Gemeinden; und die von der reformirten Versammlung zu Poissy 1561 gesammelte Statistik ergab nicht weniger als 2150 reformirte Gemeinden im ganzen Königreich <sup>1)</sup>). So bedurfte es nur eines scheinbar zufälligen Anstosses, um den ausserordentlich wichtigen Schritt zur Bildung eines *Synodalverbandes* herbeizuführen.

Gegen das Ende des J. 1558 war ANTOINE CHANDIEU in einer besondern Angelegenheit im Namen der Pariser Gemeinde nach Poitiers abgesandt worden. Er wohnte dem h. Abendmahl bei, welches gerade um diese Zeit daselbst gehalten wurde, und wobei sich mehrere Geistliche aus der Umgegend an die Gemeinde angeschlossen hatten. Als nun nach der Communion die Geistlichen versammelt waren, und über Gegenstände der Lehre, der Kirchenzucht und Kirchenordnung sich gegenseitig Mittheilungen machten, drängte sich ihnen der Gedanke auf, wie gut es sein würde, wenn es Gott gefiele, dass alle französischen Gemeinden ein Glaubensbekenntniss und eine Kirchenordnung einmüthig aufstellen würden, wie viel Uebel andererseits, wie viele Spaltungen in Lehre und Zucht vorauszusehen seien, wenn die Gemeinden nicht unter sich verbunden und unter *ein* gleiches Joch der Ordnung und Kirchenzucht gebracht würden. Diese kleine Prediger-Conferenz beauftragte CHANDIEU, der Pariser Gemeinde Mittheilung hievon zu machen, um zu überlegen, ob man nicht inskünftige den Gemeinden solches Gut verschaffen könnte. Hierauf erliess die Gemeinde von Paris Schreiben an die Gemeinden, um ihre Gutachten einzuholen, was zu dem Beschluss führte, eine *Synode* in Paris zu halten, nicht als wollte man der Pariser Gemeinde irgend einen Vorrang zuerkennen, sondern weil diese Stadt sich am besten dazu eigne, eine grosse Anzahl von Geistlichen und Aeltesten ohne Aufsehen zu vereinigen. Und so fanden sich denn, ungeachtet der Drangsale, von welchen die Reformirten allerseits bedroht waren, ja im Angesicht der errichteten Scheiterhaufen, am 26<sup>ten</sup> Mai 1559 Abgeordnete der ordentlich constituirten evangelischen Gemeinden Frankreichs in Paris ein, mit der Absicht,

<sup>1)</sup> BEZA a. a. A. I. 172, 669.

sich über Lehre und Kirchenordnung auf den Grund des göttlichen Worts zu einigen. In ihren Berathungen liegt eine sittliche Einfalt und Grösse, welche ergreifend sind, eine ruhige Würde, eine friedliche und klare Kraft, als handelten die Mitglieder in tiefem Frieden, unter dem Schutz der Gesetze, während sie, wie *DE THOU* sagt, einem beinahe gewissen Tode trotzten. Auf dieser *ersten Nationalsynode* der reformirten Kirche von *Frankreich* kam sowohl das Glaubensbekenntniss als die gemeinschaftliche Kirchenordnung für alle Gemeinden derselben zu stande <sup>1)</sup>.

Das *Glaubensbekenntniss* (*Confession de foy, Confessio gallianæ*), wahrscheinlich von dem obengenannten *CHANDIEU* verfasst und, weil es im J. 1571 von der *Nationalsynode* zu *Rochelle* bestätigt und unterzeichnet wurde, meistens *Confession de la Rochelle* genannt, enthält in 40 Artikeln das Bekenntniss der Schriftlehre nach *CALVIN*'s Auffassung, und bildete die innere geistige Einheit der französischen reformirten Kirche. Hier interessirt uns indessen nur das, was darin über die Kirche festgestellt ist. Als Kennzeichen der wahren Kirche sind, nach *CALVIN* und *LUTHER*, reines Wort und rechte Sacramentsverwaltung angegeben (Art. 28), übrigens ist gleich darauf (29) ausgesprochen, die wahre Kirche müsse auch das vom Herrn *CHRISTO* selbst gestiftete Regiment haben: Pastoren, Aelteste (*Surveillans*) und Diaconen, damit die reine Lehre ihren Lauf habe, die Fehler gerügt und abgethan, und die Armen und Bedrängten unterstützt werden, auch die Versammlungen im Namen Gottes zur Erbauung von alt und jung gehalten werden. Namentlich ist aber Gleichheit des Ansehens aller wahren Pastoren, unter dem *einen* Haupt, souveränen Herrn und allgemeinen Bischoff, *JESU CHRISTO*, als Bekenntniss aufgestellt, so dass keine Kirche (Gemeinde) sich eine Herrschaft über die andere anmassen dürfe <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> *BEZA*, a. a. O. I. 172 f.: ce fut en ce temps, que *Dieu* par sa singuliere grace *inspira* toutes les Eglises Chrestiennes dressées en France, de s'assembler pour s'accorder en unité de doctrine et discipline, conformément à la parole de Dieu. — *G. DE FÉLICE*, *Histoire des Protestants de France*. 2. éd. Paris. 1851. p. 81.

<sup>2)</sup> Art. 30, bei *BEZA* I. 182: Nous croyons tous vrais Pasteurs en quelque lieu qu'ils soient anoir mesme autorité et *egale puissance* sous un *seul chef*, *seul souverain* et *seul universel* Euesque *JESUS CHRIST*: et pour ceste cause que nulle Eglise ne doit pretendre aucune domination ou seigneurie sur l'autre.

Während das Glaubensbekenntniss die innere Einheit darstellt und ausspricht, war die *Kirchenordnung*, über die man sich verständigte, das Gesetz und Mittel der äusseren Einheit und Organisation. Diese „*Discipline ecclesiastique*“, ebenfalls in 40 Artikel gefasst, enthält Bestimmungen über das Verhältniss der Gemeinden zu einander, mit Synodalverband in Bezirken und im ganzen Lande, über Gemeindeordnung, mit Predigtamt, Aeltesten und Diaconen, über Kirchenzucht und Ehorecht. Die Artikel über die *Gemeindeordnung* stehen ungefähr in der Mitte; man sieht, dass dieselbe bereits in anerkannter Wirksamkeit bestand, und dass das Interesse des Tages zunächst auf das Verhältniss der Gemeinden zu einander sich bezog. In jener Beziehung ist also dasjenige was bereits herkömmliche Ordnung war, durch die *Discipline* zum Kirchengesetz erhoben. Die Aeltesten- und Diaconen bilden, unter dem Vorsitz der Diener des Wortes, den *Senat der Kirche* (Art. 20<sup>1</sup>). Das Amt der *Aeltesten*, welches derzeit nicht lebenslänglich ist (et n'est l'office des Anciens *comme nous en usons à present perpetuel*), wird darin bestehen, das Volk zu versammeln, Aergerisse, welche Statt gefunden haben, dem Consistorium zu berichten, und ähnliches, je nach den örtlichen Kirchenordnungen (21). Das Amt der *Diaco-*nen, welches nicht lebenslänglich ist, besteht nicht darin, zu predigen oder die Sacramente zu spenden (wiewohl sie hiebei behülflich sein können), sondern die Armen, Kranken und Gefangenen zu besuchen, und in die Häuser zu gehen, und den Katechismus zu treiben; in Fällen der Krankheit, Abwesenheit oder sonstigen Verhinderung des Pfarrers, darf der Diacon das Gebet verrichten und einen Schriftabschnitt verlesen, jedoch ohne eigentliche Predigt (Art. 22—24). Das Consistorium (Ortskirchenrath) hat die Kirchenzucht bis zur Excommunication zu üben, kann auch Diaconen und Aelteste wegen falscher Lebre, Aergerisses, Ungehorsams oder Untüchtigkeit absetzen, übrigens ist Berufung an die *Provincialsynoden* gestattet (Art. 25—30). Überdiess hat das Consistorium in Ehesachen, so weit dieselben nicht bürger-

<sup>1</sup>) Später scheint das Wort „*Senat*“, vermutlich wegen politischen Beigeschmacks, nicht mehr passend gefunden worden zu sein; wenigstens hat die Generalsynode von Nîmes 1572 dasselbe im Text der *Discipline* mit *Consistoire* vertauscht.

licher Art sind, zu erkennen (Art. 33—38). Dagegen ist die Gemeinde und das Consistorium der Gemeinde in Beziehung auf Vollmacht auch eingeschränkt: erhebliche und auch für andere Gemeinden folgenreiche Acte darf keine Gemeinde ohne Einwilligung der *Provincialsynode* oder, falls Gefahr auf dem Verzuge liegt, ohne schriftlich eingeholte Zustimmung der Gemeinden der Provinz vornehmen (Art. 39). Es sollen nämlich jährlich zweimal die Geistlichen von allen Gemeinden einer Provinz mindestens je mit *einen* Aeltesten oder Diacon sich versammeln (Art. 5); diese Synode entscheidet in Fällen der Kirchenzucht, wenn gegen das Urtheil des Consistoriums Berufung eingelegt ist, so wie im Fall von Einsprachen gegen die dem Consistorium zuständige Wahl eines Geistlichen, auch über Absetzung eines Pfarrers in manchen Fällen, während wegen Aergernisses im Wandel und arger Vergehen das Consistorium, mit Beziehung von 2—3 benachbarten Geistlichen, einen Pfarrer absetzen kann; auch darf die Provinzialsynode einen Geistlichen, der wegen Verfolgungen oder sonstiger Umstände das Amt in seiner Gemeinde nicht führen kann, zu einer anderen Gemeinde versetzen <sup>1)</sup>. *Generalsynoden* werden sich im Fall des Bedürfnisses versammeln, es soll dabei eine gegenseitige brüderliche Censur der Mitglieder und darauf Communion gehalten werden (Art. 4). Auf jeder Conferenz (Colloque) oder Synode wird ein Vorsitzender zur Leitung der Verhandlungen einmütig erwählt werden, dessen Amt jedoch mit der Conferenz, Synode oder Kirchenversammlung zu Ende geht (Art. 2). Diese Bestimmung, die dem Aufkommen eines stetigen Amts vorbeugen will, entspricht derjenigen, welche, ähnlich dem Art. 30 der Confession <sup>2)</sup>, an der Spitze des Ganzen in Art. 4 steht: que nulle Eglise ne pourra pretendre principauté ou domination sur l'autre. Der letzte Artikel (40) behält erforderliche Änderungen künftigen Generalsynoden vor, verbietet aber Änderungen durch einen Einzelnen. Unterzeichnet ist die Urkunde im Namen der Synode von ihrem Vorsitzenden FRANZ von MOREL, den 28<sup>ten</sup> Mai 1559.

So hatten sich die Evangelischen in Frankreich durch ihre erste Landessynode eine innere und äussere einheitliche Constituirung

<sup>1)</sup> Art. 6. 10 f. 14 f. 17 f.

<sup>2)</sup> S. oben S. 70. Anm. 2.

gegeben, und zwar beides (Bekenntniss und Kirchenordnung) in calvinischem Geist. Die Erkenntniss hievon verbreitete sich nach und nach auch in der Nation, und während damals und noch einige Jahre später das katholische Volk und die Regierung den Evangelischen immer noch den Namen „Luth.“ Lutheraner ertheilte, kam doch schon im nächsten Jahr nach jener Pariser Synode der den französischen Reformirten von da an eigenthümliche Name „Hugenotten“ auf <sup>1)</sup>). Die Prinzipien der „Discipline“ sind, wie gesagt, die calvinischen; indessen zeigt die französische Kirchenordnung doch in manchen Punkten eine entschiedene Eigenthümlichkeit.

1. Das *Aeltesten*-amt ist hier auf Kirchenzucht, Regierung und Verwaltung in der Gemeinde beschränkt, und hat nichts seelsorgerliches, was in Genf insofern der Fall war, als die Aeltesten mit den Pfarrern Hausbesuche machten.

2. Dagegen haben die *Diaconen* der französischen Kirche etwas von demjenigen bekommen, was in Genf den Aeltesten zustand, eine Art seelsorgerliche, und auf jeden Fall persönlich und lebendig eingreifende Thätigkeit, während in der „Discipline“ von 1559 die öconomiche Besorgung des Almosen-sammelns und Spendens nicht erwähnt ist. Das Diaconenamt erscheint als eine Beihilfe und Vorbereitung für das geistliche Amt, und steht offenbar höher als in der Genfer und Londoner Kirchenordnung; desshalb gehören sie auch als ordentliche Mitglieder zum Consistoire, während das Genfer Consistorium blos aus Pfarrern und Aeltesten besteht, und nach der Kirchenordnung van LASKY in London die Diakonen nur ausnahmsweise zu den Sitzungen beigezogen werden.

3. Dem *Consistorium* steht in Frankreich neben der Kirchenzucht, auch einige ehegerichtliche Vollmacht, und überhaupt kirchenregimentliche Leitung und Vertretung der Gemeinde zu, so dass es nicht nur Aelteste und Diaconen durch Selbstergänzung ernennt <sup>2)</sup>), sondern auch die Wahl des Pastors vollzieht.

<sup>1)</sup> BEZA, *Histoire eccles.* I. 269 f.; vergl. BEZA's *Brief an BULLINGER* vom 16. Juni 1560, aus der Genfer Handschrift abgedruckt bei BAUM, BEZA II. Anhang. 1852. S. 9: *simulatque auditum erat Lutherani, sive, ut nunc loquuntur, Huguenoti nomen.*

<sup>2)</sup> Hierüber sagt zwar die ursprüngliche Fassung der Discipline nichts, aber die authentische Interpretation lautete später dahin dass, wo eine bereits verfasste Ge-

Hierin hauptsächlich liegt das Aristokratische der französischen reformirten Kirchenverfassung, denn dadurch sind

4. die Rechte der *Gemeinde* wesentlich eingeschränkt, indem alle positiven Gemeinderechte dem Consistorium übertragen sind, und die Gemeinde auf ein blos negatives Recht, das der Einsprache, zurückgedrängt ist.

5. Hauptsächlich neu und als Fortschritt von höchster Bedeutung ist in dieser Kirchenordnung die Entwicklung der presbyterianischen Ordnung zur *Synodalverfassung*. Bisher kannte man auch in der reformirten Kirche, und zwar nicht blos des zwinglich-zürcherischen, sondern auch des calvinischen Typus, nur reine Geistlichkeitssynoden, höchstens mit einer Beimischung obrigkeitlicher Personen. Nun aber schritt die französische Kirche zur Organisirung eines Synodalverbandes fort, bei welchem mit den Geistlichen auch Kirchenälteste oder Diaconen wesentlich zu der Synode gehörten; denn es sollten offenbar die verfassten *Gemeinden* oder die Consistorien zuzammentreten und da die Aeltesten unentbehrliche grund-wesentliche Organe des örtlichen Kirchenregiments neben den Pfarrern waren, so mussten auch Aelteste (oder Diaconen) zur Synode gezogen werden. So wurde durch gemischte Synoden die mangelnde Einheit der bisher unabhängig und isolirt neben einander gestandenen Gemeinden bewerkstelligt; denn die Einheit konnte nicht von oben herab, von der katholischen Staatsregierung kommen, sondern kam bis dahin nur von aussen her, sofern CALVIN von Genf aus nicht nur eine leitende sondern auch eine vereinigende Auctorität gewesen war. Der drohenden Gefahr atomistischen Zerfallens und independentischer Richtung der Gemeinden wurde nun vorgebeugt, und statt der indirekten Verbindung über Genf, ein direchter Verband und ein selbständiges Kirchenregiment über allen stehend gegründet durch die Synoden, die jedoch keine stätige, sondern nur eine periodische Kirchenleitung darstellten, denn in der Zwischenzeit zwischen den Synoden gab es einen leitenden Mittelpunkt nicht. Merkwürdig ist noch, dass die *Generalsynode* und die *Provinzialsynoden* zugleich und mit einem Schlag eingeführt wurden, die letzteren regelmässig (halbmeinde besteht, der „Senat der Kirche“ mit den Geistlichen, Aeltesten und Diaconen zu wählen habe, während allerdings an Orten, wo eine förmliche Gemeinde erst constituiert werden soll, Aelteste und Diaconen durch die Stimmen *Aller* nebst dem Pastor (*par la voix commune du peuple*) zu wählen seien.

jährlich) zusammentretend mit Vollmacht zu verwaltender und richtender Function (letzteres als nächste Appellationsinstanz über den Consistorien); die Generalsynode dagegen, je nachdem das Bedürfniss des Ganzen es erheischt, ausserordentlicher Weise zusammentretend mit gesetzgeberischer Vollmacht (was zwar in der Discipline ursprünglich nicht ausgedrückt, aber faktisch von der ersten, constituirenden Synode geübt worden ist).

6. Das Verhältniss zwischen *Kirche* und *Staat* musste sich unter einer katholischen und die evangelische Kirche systematisch verfolgenden Regierung natürlicher Weise durchaus anders gestalten, als wir es bisher gesehen haben. Von einem positiven Eingreifen in das Kirchenregiment, namentlich von Aufstellung der Aeltesten durch die Obrigkeit, oder wenigstens von Mitwirkung hiebei, kann natürlich keine Rede sein. Die Reformirten *mussten* in Frankreich ihre Gemeindeangelegenheiten und die Angelegenheiten der Kirche im Ganzen in völliger Autonomie und Unabhängigkeit vom Staat ordnen und betreiben. Dabei haben sie aber gewissenhaft sich gehütet, in das Rechtsgebiet der Obrigkeit einzugreifen (vergl. z. B. Art. 36 der Discipline); und in der That haben diese „Kirchen unter dem Kreuz“ die Würde der Obrigkeit als einer Göttlichen Ordnung vollkommen gewahrt und Gehorsam gegen sie im Namen Gottes, selbst im Fall sie ungläubig ist, als Pflicht anerkannt<sup>1)</sup>.

Dieser presbyterianischen und synodalen Kirchenordnung unterwarfen sich alle reformirten Gemeinden im Königreich, und nachdem die erste Generalsynode im J. 1559 den Grund gelegt hatte, wurde in den folgenden Zeiten mit Beibehaltung desselben der Bau fortgeführt, indem spätere Generalsynoden die ursprüngliche Gesetzgebung nach den jeweiligen Bedürfnissen revidirten, genauer bestimmten und weiter entwickelten, so dass aus den 40 kurz und bündig gefassten Artikeln der Kirchenordnung von 1559 am Ende ein ausführliches Gesetzbuch: „Discipline des eglises reformées de France“ wurde, das in 14 Capiteln oder Abschnitten nicht weniger als 222 Artikel enthält<sup>2)</sup>. Beschränken wir uns vorerst auf den Umfang des XVI Jahrhun-

<sup>1)</sup> Vergl. die schönen letzten Artikel der Confession, 39 und 40.

<sup>2)</sup> Vergl. SOULIER, *Statistique des églises ref. de France*. 1828. p. 191—243.

derts, und lassen wir die umfassende Kirchlich-politische Geschichte der Hugenotten, als unserem Zwecke fremd, bei Seite, so sind das wichtigste für uns die Generalsynoden, oder (wie man sie später regelmässig nannte) *Nationalsynoden*, deren vor dem Ende des XVI Jahrhunderts im Ganzen fünfzehn gehalten worden sind <sup>1)</sup>.

Unterscheiden wir die verschiedenen Verhältnisse und beachten. 1. die *Gemeindeordnung*, so finden wir, dass mit grosser Festigkeit und Beharrlichkeit darauf gedrungen wurde, jede Gemeinde müsse ein Consistorium von Aeltesten und Diaconen neben dem Geistlichen haben, und zwar als alleinige leitende Gemeindebehörde. Die Generalsynoden fordern öfters, dass einzelne Gemeinden, in denen noch kein Consistorium bestehe, ein solches bilden sollen; selbst an Prinzen und grosse Herren reformirter Confession, welche Hofprediger hatten und eine eigene Gemeinde zu haben wünschten, richtete die *Nationalsynode zu Orleans* (1562) das Gesuch, dass sie, zur Beförderung der evangelischen Kirchenordnung und zum Behuf der nöthigen Kirchenzucht, ebenfalls Consistorien aufstellen lassen möchten, aus Geistlichen und den bewährtesten und rechtschaffensten Personen in ihren Familien bestehend <sup>2)</sup>. Insbesondere wurde auch darauf gehalten, und z. B. von der *Pariser Nationalsynode 1565* ein Beschluss gefasst, dass Ausschliessung vom h. Abendmahl nicht einmal vorübergehend vom Geistlichen für sich allein verfügt werden dürfe (par l'autorité privée d'un Pasteur), sondern nur vom Consistorium <sup>3)</sup>. Aus besonderen Veranlassungen wurde aber auch die Stellung des Consistoriums als der *alleinigen* gesetzlichen Gemeindebehörde gewahrt; auf Anfrage der Gemeinde Issoudun, ob sie nicht für Erledigung kirchlicher Angelegenheiten neben dem Consistorium noch ein Conseil errichten sollte, entschied die *Nat. Synode von Lyon 1563* nach reiflicher Prüfung, dass die Con-

<sup>1)</sup> Sämtliche Beschlüsse und Urkunden, grossenteils auch die *Verhandlungen* der französischen Landessynoden sind in dem werthvollen Werk von AYMON: *Tous les Synodes nationaux des Eglises reformées de France*, in 2 Quarto-Bänden, im Haag 1710 gedruckt.

<sup>2)</sup> AYMON. I. 23.

<sup>3)</sup> Ebendas. S. 59 ff.

sistorien alle kirchliche Angelegenheiten allein zu regeln haben, und dass daneben ein regelmässiger Rath aus andern Personen, als den in der Gemeinde angestellten, nicht bestehen dürfe <sup>1)</sup>. Später wünschte die Gemeinde *Sens*, weil Pfarrer und Aelteste nicht in der Stadt selbst wohnten, einen Rath von erfahrenen Männern zu bilden, welche als Aelteste oder *Conducteurs* wirken würden; allein die *Nationalsynode* zu Paris 1565 verwarf die Aufstellung eines anderen Collegiums ausser dem aus Pfarrer, Aeltesten und Diaconen bestehenden, welchen es übrigens unverwehrt bleibe auch den Rath Anderer einzuholen <sup>2)</sup>. Dennoch wiederholte sich später das Gleiche, weshalb die Synode zu *Rochelle* 1571 bei dem betreffenden Artikel den Beisatz zu machen beschloss: „et s'il y a d'autres Conseils, ils seront ôtés.“ <sup>3)</sup> Im gleichen Sinn hat bereits die zweite *Landessynode*, zu *Poitiers* (1560) einen Beschluss gefasst <sup>4)</sup>. — Hinsichtlich der Dauer des Aeltestenamts sprachen sich die *Synoden* zu Paris (1565) und *Nimes* (1572) übereinstimmend dahin aus, dass österer Wechsel möglichst vermieden werden möge, indem derselbe nachtheilig wirke; vielmehr möge man die Aeltesten (meist *Surveillans* genannt) ermahnen, ihr Amt so lang als möglich fortzuführen, weil Erfahrung sie nur um so tüchtiger dazu mache <sup>5)</sup>. Eine besondere Verrichtung erwähnt die *Synode* zu Paris (1562): Will Iemand der Gemeinde beitreten, so hat er sich bei dem Aeltesten seines Quartiers zu melden, der sich sodann über seinen Charakter erkundigt und dem *Consistorium* Bericht erstattet <sup>6)</sup>. In Bezug der *Diaconen* ist aus den *Synodalverhandlungen* ersichtlich, dass sie doch auch mit der Almosenverwaltung zu thun hatten, wovon die *Discipline* von 1559 nichts sagt. Der Vorsitz im *Consistorium* einer Gemeinde, die mehrere Geistliche hat, wurde schon von der *Synode* zu *Orleans* (1562) so geordnet, dass er zwischen denselben wechseln solle, damit keiner sich einen Vorrang vor dem andern anmasse <sup>7)</sup>. Am merkwürdigsten sind aber die Verhand-

<sup>1)</sup> AYMON. I. 38 f.

<sup>2)</sup> a. a. O. 64.

<sup>3)</sup> a. a. O. 104.

<sup>4)</sup> AYMON. I. 16 f.

<sup>5)</sup> AYMON. I. 69, 118.

<sup>6)</sup> a. a. O. 63 f.

<sup>7)</sup> a. a. O. 25.

lungen, welche in Betreff der *Gemeinderechte* und der Stellung des Aeltesten-collegiums als einer nicht demokratisch sondern aristocratisch constituirten, nicht von der Masse gewählten und abhängigen, sondern sich selbst (durch Cooptation) ergänzenden Behörde zu wiederholten Malen vorkamen, und stets zu Gunsten des kirchlich aristokratischen Prinzips entschieden wurden.

Ein reformirter Gelehrter zu Paris, JEAN MORELLI, hatte nämlich in einer Schrift: *Traité de la Discipline et Police Chretienne*, unter anderem behauptet: Die Kirchlichen Wahlen sollten von Rechts wegen von der ganzen Gemeindeversammlung vorgenommen werden mittels Abstimmung aller Einzelnen. Was der Schriftsteller wollte, ging selbst über die Kirchenordnungen der Londoner Fremdgemeinden, welche bis dahin am weitesten gegangen waren in Ertheilung der Mitwirkung bei Wahlen an die Gemeinde, entschieden hinaus, sofern dort der Kirchenrath theils (Wallonengemeinde) der Gemeinde einen Vorschlag *vor* der Wahl machte, theils (niederländische Gemeinde) *nach* der Gemeindewahl nicht an die Stimmenmehrheit gebunden war; MORELLI wollte aber, so viel man sieht, der Gemeinde ein unbeschränktes, ausschliessliches und entscheidendes Wahlrecht, und zwar bei Anstellung von Geistlichen und Einsetzung von Aeltesten und Diaconen, zuerkannt wissen; mit andern Worten, er wollte anstatt des in der Kirchenordnung herrschenden aristokratischen Prinzips, das rein democratiche in die Kirche einführen. Die dritte National-synode, zu Orleans 1562, befasste sich mit diesem, wie gezeigt, prinzipiellen Gegenstand, prüfte MORELLI's Buch, vermahnte den Verfasser persönlich, und sprach das Urtheil aus, das Buch enthalte eine falsche Lehre, welche auf Unordnung und Zersplitterung in der Kirche hinauslaufe<sup>1)</sup>: Zugleich wurde angeordnet, dass dieses Ur-

<sup>1)</sup> BEZA berichtet darüber *Hist. eccl.* II. 34. Das Urtheil der Synode Orleans, bei AYMON I. 29: das Buch enthalte une mauvaise doctrine et tendante à la *dissipation et confusion* de l'Eglise. Vergl. p. 50 f. (Pariser Synode): en attribuant le Gouvernement de l'Eglise au Peuple, il veut introduire une nouvelle *conduite tumultueuse et pleine de confusion populaire* u. s. f. — BEZA schrieb über MORELLI: nihil vult ratum haberi nisi quod populus praesens rogatis expressisque suffragiis decreverit, quod ni fiat, clamitat tyrannidem et oligarchiam invehi in ecclesiam, nihil interea *ochlocratiam* reformidans, in qua nempe ipse et ejus similes dominantur. *Epistolae*, Nr. 68. p. 241.

theil in allen Gemeinden von der Kanzel bekannt gemacht werden solle mit Warnung der Gläubigen vor jener Lehre. Einige Jahre später hat auch die Synode zu Paris (1565) MORELLI's Schriften aus dem Grund verurtheilt, weil sie die schriftmässige Verfassung der französischen reformirten Kirche umstosse, und weil die Uebertragung des Kirchenregiments an das Volk viele ärgerliche und ungeeignete Folgen haben würde. Da aber MORELLI die Verurtheilung seines Buchs sich nicht gefallen lassen wollte, so wurde er von der Synode zu Orleans vom h. Abendmahl ausgeschlossen; zugleich gab man Nachricht hievon nach Genf, weil MORELLI Bürger von Genf war, sein Buch theilweise dort geschrieben hatte, und seine Familie sich noch daselbst aufhielt. Er wurde deshalb (1563) auch in Genf vorgeladen, erschien aber, wiewohl er in der Stadt war, vor dem Consistorium nicht, sondern verliess die Stadt; später kehrte er zurück und erklärte, dem Urtheil FAREL's, VIRET's und CALVIN's sich unterwerfen zu wollen. CALVIN erwiderte aber sogleich, er könne und wolle sich nicht über die Synode stellen und deren Entscheidung zurücknehmen. Endlich wurde er als Schismatiker mit dem Bann belegt und entfloß, als ihn der Rath vorladen liess, worauf eins seiner Bücher auf Befehl des Raths vom Henker verbrannt und der Verkauf desselben verboten wurde<sup>1)</sup>.

Man begnügte sich indessen nicht damit, jene Grundsätze durch die Auctorität von Synoden zu verurtheilen; sie wurden auch in ausführlicher Kritik mit Gründen bestritten und widerlegt. ANTOINE CHANDIEU, einer der hervorragendsten französischen Geistlichen jenes Zeitraums, Geistlicher zu Paris und Mitbegründer der Synodalverfassung, gab ein Buch: *de la Confirmation de la Discipline des Eglises Françoises* heraus, worauf aber MORELLI (dem noch Andere im gleichen Sinn sich anschlossen, z. B. PETER RAMUS, ein tüchtiger antiaristotelischer Philosoph, zugleich frommer Hugenotte, 1572 in der Bartholomäusnacht ermordet; BERGERON, und du ROSIER) seine Ansicht wieder vertheidigte. Die Synode zu Nimes (1572) beauftragte den tüchtigen Gelehrten LOUIS CAPPELE mit der Prüfung aller dieser Streitschriften, worauf nach ausführlicher und gründlicher Debatte der

<sup>1)</sup> Hierüber gibt HENRY, *Leben Joh. CALVIN's.* II. 128. Anm. aus dem Genfer Archiv Nachricht.

Beschluss gefasst wurde, es solle bei der bestehenden Kirchenordnung, wie sie auf das Wort Gottes gegründet ist, sein Verbleiben haben; die Behauptungen von MORELLI, RAMUS, BERGERON und Anderen, betreffend 1. die Entscheidung über Lehrfragen, 2. Wahl und Absetzung von Geistlichen, 3. Bann und Wiederaufnahme in die Gemeinde, 4. die Propheten, wurden, als Schriftwidrig und gefährlich, nach genauer Prüfung einmütig verworfen. Dieser Synodalbeschluss wurde den betreffenden Männern durch besondere Schreiben bekannt gemacht <sup>1)</sup>).

Jene demokratischen Grundsätze verbreiteten sich aber auch vom literarischen Feld aus auf das Gebiet des praktischen Lebens. Eine Gemeinde beschloss, weil Etliche die Censur des Consistoriums sich nicht gefallen lassen wollten, die Wahl eines neuen Consistoriums der allgemeinen Abstimmung zu unterstellen (*de laisser l'élection — à la voix du peuple*). Die Nationalsynode zu Vertueil 1567 fand das indess höchst bedenklich und beschloss einstimmig, jene Gemeinde aufzufordern, dass sie sich allen übrigen in diesem Punkt der Kirchenordnung anschliessen solle, nämlich dass die Aeltesten und Diaconen vom Consistorium ernannt (*nommés*) und hernach der Gemeinde vorgestellt werden, welche sie als ihre rechtmässigen Führer anzunehmen hat (*au peuple qui les doit recevoir comme ses legitimes conducteurs*) <sup>2)</sup>). Auf der Synode zu Rochelle 1571 brachte VIRET vor, dass die Aeltesten und Gemeinde von Meaux mit jener Bestimmung der Kirchenordnung nicht zufrieden seien, indem sie von dem betreffenden Artikel behaupten, qu'il leur ôte la liberté de l'élection des Consistoires; und von mehreren Gemeinden in Languedoc wurde berichtet, dass sie bereits tatsächlich der Kirchenordnung zuwiderhandeln, und bei Aeltestenwahlen Einen um den Andern abstimmen lassen (*recueillant les voix du peuple, l'une après l'autre*). Allein die Synode beharrte nach früheren Vorgängen auf der gesetzlichen Bestimmung, ermahnte die Gemeinde Meaux, sich der Regel zu unterwerfen, und bedrohte jene südlischen Gemeinden mit der kirchlichen Censur, wenn sie sich künftighin nicht an die Ordnung halten würden <sup>3)</sup>).

<sup>1)</sup> AYMON. a. a. O. I. 122 ff.

<sup>2)</sup> Bei AYMON. I. 80.

<sup>3)</sup> AYMON. I. 103, 111.

So wurde der ursprüngliche Charakter der Kirchenordnung mit unbeugsamer Consequenz aufrecht erhalten, und in der That finden wir in den Synodalacten nach 1572 nichts mehr dergleichen, woraus zu schliessen ist, dass die Consequenz der Synoden von Erfolg gewesen und das aristokratische Prinzip der Kirchenordnung in sämtlichen Gemeinden durchgedrungen sei.

Wir gehen auf einen anderen Hauptpunkt über, und fassen die Beschlüsse der französischen Nationalsynoden 2. über das *Synodalwesen* selbst ins Auge. Geht man von der Idee aus, so stellt man sich vor, nachdem einmal die Einzelgemeinden presbyterial verfasst waren, sei der Weg der natürlichste und sich unwillkürliche eröffnende gewesen, von der Einzelgemeinde zu einem synodalen Verband mehrerer Nachbargemeinden zu schreiten, von da aus zu Provinzialsynoden und am Ende zu der Landessynode aufzusteigen. Allein die Sache selbst hat sich in Frankreich auf dem umgekehrten Wege gemacht, und die Synodalverfassung ist dort gewissermassen von oben nach unten gewachsen; denn nach vierjährigem Bestehen der Presbyterialordnung in den Gemeinden war im J. 1559 die Generalsynode das erste synodale Factum, und diese hat nicht nur die bisher in herkömmlicher Uebung befindliche presbyteriale Gemeindeordnung als Kirchengesetz sanctionirt, sondern auch Generalsynoden, welche je nach dem Bedürfniss zusammentreten sollten, angeordnet, zugleich aber auch Provinzialsynoden, als nächste Instanzen über den Consistorien der Ortsgemeinden, eingeführt. So weit hat schon jene erste Synode, welche man die *constituirende* nennen kann, die Entwicklung geführt. Dessen ungeachtet hat dieselbe der späteren Zeit und den nachfolgenden Landessynoden immerhin noch ein schönes Stück Arbeit an dem inneren Ausbau der Synodalverfassung übrig gelassen: einmal sofern noch ein Mittelglied zwischen dem Consistorium der einzelnen Gemeinde und der Provinzialsynode eingefügt werden musste; zweitens, sofern die Stellung und Function der Provinzialsynode erst noch genau und richtig bestimmt werden sollte; drittens sofern in Betreff der *Nationalsynode* Vieles erst zu ordnen war. Beginnen wir mit der letzteren. Das Verhältniss der Vertretung der einzelnen Gemeinden auf der allgemeinen Synode, welches ursprünglich unbestimmt geblieben war, regelte die zweite Nationalsynode (*Poitiers*) 1560 so, dass nicht mehr als 1—2 Aelteste von jeder Gemeinde neben dem

Geistlichen als Abgeordnete erscheinen dürften<sup>1)</sup>); dieselbe Synode setzte in Betreff der *Abstimmung* fest<sup>2)</sup>, dass bei Fragen der Verwaltung (faits et réglemens de police) alle Stimmen gezählt werden sollen, wenn auch die Aeltesten und Diaconen auf der Synode den Geistlichen an Zahl überlegen seien, wogegen bei Fragen der *Lehre*, wenn man sich nicht einigen könne, die Aeltesten und Diaconen ersucht werden sollen, ihre Stimmen auf eine mit der der Geistlichen gleichkommende Anzahl zu reduciren (offenbar weil die Träger des Lehramts im Gebiete der Lehrentscheidung eine vorzügliche Mitwirkung haben sollten). Diese Bestimmung sollte nicht blos für die Provinzialsynoden gelten. — Sodann wurde von der vierten Nationalsynode, (Lyon 1563) um die Stetigkeit des Kirchenregiments einigermassen zu erhalten, angeordnet, dass die Beschlüsse (les Canons) der drei früheren Synoden gesammelt werden sollten, was auch künftighin so zu halten sei<sup>3)</sup>). Schon auf der zweiten Nationalsynode (Poitiers 1560) war die Gemeinde Orleans beauftragt worden, die nächste Generalsynode zu berufen, Ort und Tag zu bestimmen, und zugleich die Hauptfragen, um die es sich nach den Wünschen einzelner Gemeinden handeln würde, auszuschreiben<sup>4)</sup>). Zugleich wurde beschlossen, am Ende jeder Synode einer gewissen Gemeinde Auftrag und Vollmacht zu Berufung der nächsten Nationalsynode zu ertheilen; die Gemeinde war dann vorübergehender Weise eine Art Vorort, jedoch blos in dieser einzelnen Beziehung, der Vorbereitung der nächstfolgenden Synode<sup>5)</sup>.

In Beziehung auf die *Provinzialsynoden* hat die Synode zu Paris (1565) einen in den ganzen Organismus des Synodalwesens tief eingreifenden Beschluss gefasst, nämlich: weil eine allzu grosse Zahl von Geistlichen und Aeltesten auf der Nationalsynode hinderlich, ja sogar gefährlich ist, so solle künftig jede Provinzialsynode einen oder zwei Geistliche, und eben so viele Aelteste, die am tüchtigsten und in Kirchensachen erfahrensten sind, als Abgeordnete zu der Nationalsynode wählen, so dass

<sup>1)</sup> AYMON. I. 14.

<sup>2)</sup> a. a. O. p. 17.

<sup>3)</sup> AYMON. I. 32.

<sup>4)</sup> AYMON. I. 17 f.

<sup>5)</sup> Vergl. AYMON. I. 68.

sie im Namen ihrer Provinz, und auf gemeinschaftliche Kosten derselben, mit Vollmachten und Instructionen kommen <sup>1)</sup>). Dieser Beschluss wurde von da an vollzogen und er hatte eine viel tiefere organisatorische Bedeutung, als anfangs gescheinen haben mag. Er bezeichnet eine bedeutende Stufe im Gang der Fortentwicklung des Synodalwesens. Bis dahin war nämlich die Nationalsynode eine directe Vertretung sämtlicher Einzelgemeinden (oder Consistorien) gewesen; von 1565 an wurde sie aber eine Vertretung der Provinzialsynoden; denn diese, und nicht mehr die Gemeinden, schickten ihre Abgeordneten zur Nationalsynode. Daher kommt es auch, dass von jetzt an in den Synodalacten von „Abgeordneten der Provinzen“ oder einfach von „Provinzen“, welche anwesend oder abwesend sind, die Rede ist <sup>2)</sup>). Eben damit wurde auch die Stellung der Provinzialsynoden selbst eine bedeutendere, sie waren bisher nur nach unten, als über den Consistorien stehend, von Bedeutung gewesen; nach oben, im Verhältniss zur Nationalsynode, hatten sie keine positive Function gehabt. Jetzt wurde ihnen auch diese angewiesen, sie wurden das Organ, aus welchem die Nationalsynode hervorgeht, und erhielten dadurch eine ausserordentliche Wichtigkeit für die ganze Gliederung.

Endlich wurde zwischen Consistorium und Provinzialsynode noch ein Mittelglied: das Colloquium (*Colloque*) eingefügt. Zwar hat schon die Kirchenordnung von 1559 den Ausdruck Colloque, aber ohne dass ein Unterschied zwischen demselben und der Provinzialsynode gemacht ist <sup>3)</sup>; so wechselt auch noch die Pariser Synode von 1565 zwischen den Namen Colloque und Synode provincial als gleichbedeutenden ab <sup>4)</sup>; die Synode zu Vertueil (1567) macht <sup>5)</sup> schon einen bestimmten Unterschied zwischen beiden; aber erst die Nationalsynode zu Nimes (1572) hat die Stellung des Colloque kirchenrechtlich klar gefasst und festgestellt, als Mittelstufe zwischen Consistorium und Provinzialsy-

<sup>1)</sup> AYMON. I. 68.

<sup>2)</sup> cf. AYMON. I. 76. 125.

<sup>3)</sup> Vergl. CUNITZ, *Considérations hist. sur le développement du droit ecclés. Prot. en France.* p. 54. Anm. 9.

<sup>4)</sup> AYMON. I. 66.

<sup>5)</sup> Ebendas. p. 76.

node. Dem Colloque fielen nun Rechte zu, die früher dem Consistorium eigen gewesen waren, besonders in betreff der Einsetzung eines Pfarrers. Es wurde nämlich bestimmt, dass benachbarte Gemeinden in der Person ihrer Pfarrer und je eines Aeltesten viermal des Jahrs zusammentreten sollen, um, nach erbaulicher Schriftauslegung, kirchliche Angelegenheiten ihrer Gemeinden zu berathen, Schwierigkeiten zu heben u. s. w.<sup>1</sup>). So war denn von 1572 an das Synodalwesen, an dessen innerem Ausbau 23 Jahre lang gearbeitet worden war, vollständig gegliedert. Die Entwicklung ging von der ersten Generalsynode an stetig von oben nach unten, so dass das zunächst über dem Consistorium der Einzelgemeinde stehende synodale Organ, das Colloque, *zuletzt* zu kirchenrechtlicher Geltung kam. Auf dem Synodalprinzip aber wurde mit eben so grosser Consequenz beharrt, als, wie wir gesehen haben, auf dem aristokratisch gefassten Presbyterialprinzip: die französische Kirche wachte sorgfältig darüber, kein bleibendes Amt eines höheren Kirchenregiments aufkommen zu lassen. Ein Beispiel hievon finden wir schon auf der dritten Synode (Orleans 1562): mehrere Provinzialsynoden hatten einzelne Geistliche mit Visitation der Gemeinden beauftragt; die Synode verwarf (*condamne*) dieses neue Amt, das bedenkliche Folgen habe und erklärte die bisherige Ordnung für genügend, um von vorgekommenen Aegernissen Kenntniss zu bekommen<sup>2</sup>). Augenscheinlich befürchtete man, es könnte aus den Visitatoren ein bleibendes Superintendentenamt, nach Art des lutherischen Kirchenregiments, erwachsen.

Beachten wir 3. das Verhältniss zwischen *Kirche* und *Staat*, wie es in der französischen Kirche sich gestaltete, so ergibt sich, dass innerhalb der *Einzelgemeinde* stets scharf auseinander gehalten wurde, was bürgerlicher und was rein religiöser und kirchlicher Natur war. Die Nationalsynode zu Lyon 1563. bejahte zwar die Anfrage, ob ein Beamter Mitglied des Consistoriums sein könne, jedoch unter der Bedingung, dass kein Nachtheil für die Gemeinde daraus erwachse<sup>3</sup>). Und mehrere Nationalsynoden, die zu Figeac (1579), Rochelle (1581), Montauban (1594), warnten die Consistorien davor, der Obrigkeit Zeugnisse über

<sup>1)</sup> AYMON. I. 114, 116, 118.

<sup>2)</sup> AYMON. I. 26.

<sup>3)</sup> AYMON. I. 33.

Gemeindegliedern auszustellen, oder Anzeige zu machen über Dinge, die sie von Amtswegen namentlich bei Uebung der Kirchenzucht erfahren würden <sup>1)</sup>). In dem gleichen Sinn ordnete die eben erwähnte Synode zu Figeac an, dass künftighin bei Handhabung der Kirchenzucht, sowohl Formen als Ausdrücke möglichst gemieden werden sollen, welche in der bürgerlichen Rechtspflege üblich sind <sup>2)</sup>).

Während nach einer Seite hin diejenigen bekämpft werden mussten, welche das Kirchenregiment unmittelbar der Gemeinde anheimgeben wollten, und die gern eine „demokratische Kirchenrepublik“ aufgerichtet hätten; erhoben sich auch Stimmen, welche von einem entgegengesetzten Standpunkt aus das presbyteriale Kirchenregiment angriffen, nämlich dass von Rechts wegen die Obrigkeit (der Staat) das Haupt der Kirche sei. Auf der Synode zu Rochelle (1571), welche nach der ersten (1559 zu Paris) unstreitig die bedeutendste gewesen ist, trug bei Gelegenheit der Revision des Glaubens-bekenntnisses (Art. 29) ein Geistlicher aus Bourdeaux vor, dass ein gewisser Arzt in einer Schrift jene Ansicht ausgesprochen habe (*que le Magistrat est le Chef de l'Eglise, et que ce que les Ministres entreprennent n'est que tirannie*). Die Versammlung bestätigte aber jenen Artikel und erklärte, die Confession verwerfe den Irrthum aller derjenigen, welche durch Vermischung des bürgerlichen und kirchlichen Regiments die Kirchenverfassung vernichten wollen (*qui veulent abolir la discipline de l'Eglise, en la confondant avec le Gouvernement Civil et Politique des Magistrats*). THEODOR BEZA, der Vorsitzende der Synode, wurde um ausführliche Widerlegung jener Ansicht ersucht. <sup>3)</sup>

So sorgfältig man aber die Freiheit der Kirche innerhalb ihres Bereichs zu wahren bedacht war, so gewissenhaft hütete man sich auch vor Eingriffen in die Rechte der Staatsgewalt. Davor warnte CALVIN, so lang er lebte, auf's nachdrücklichste. LUTHER konnte nicht stärker und ernster den Gehorsam gegen die Obrigkeit einschärfen und Aufstände verdammen, als diess CALVIN, den Reformirten in Frankreich gegenüber, gethan hat. Eine ganze

<sup>1)</sup> Ebendas. p. 141. 159. 181.

<sup>2)</sup> Ebendas. d. 143 f.

<sup>3)</sup> AYMON. I. 99.

Reihe brieflicher Aeusserungen dieser Art, die nicht nachdrücklicher sein könnten, hat HENRY<sup>1)</sup> gesammelt. Nur zwei Worte mögen hier ein Plätzchen finden. Das eine lautet: Ein einziger Tropfen Bluts, den *Ihr* (Protestanten Frankreichs) vergiesset, wird ganz Frankreich überschwemmen." Das andere ist dieses: „Wenn wir dem Uebel mit Waffengewalt widerstehen, so hindern wir Gott uns bei-zustehen"<sup>2)</sup>. Wenn dennoch der Religionskrieg in Frankreich entbrannte, wenn die Hugenotten auch einen politischen Bund bildeten, so lag die Schuld davon nicht an ihrer Lehre, noch an ihrer Kirchenverfassung, sondern an der mit Schwäche verbundenen Ungerechtigkeit der Regierung, welche stets die Existenz der Protestant en bedrohte, bis HENRI IV mit dem Edict von Nantes (13 Apr. 1598) den Reformirten einen gesicherten Rechtszustand schenkte.

<sup>1)</sup> *Im Leben CALVIN's*, III. Anhang S. 163 ff.

<sup>2)</sup> a. a. O. III. 548. Anhang. S. 164.



## VIERTES CAPITEL.

**Die presbyterianische Kirche Schottlands (1560—1600).**

---

Die ersten Zeugen der Reformation in Schottland, PATRICK HAMILTON (1528 verbrannt), GEORGE WISHART (1546 verbrannt) und Andere, kämpften für die reine *Lehre* des Evangeliums, ohne dass es sich noch um Grundsätze für den Gottesdienst oder die Kirchenordnung handelte. Erst JOHN KNOX war es, welcher nicht blos der Reformation den Sieg ersuchte, sondern der reformirten Kirche seines Vaterlandes zugleich ihr eigenthümliches Gepräge in der Verfassung aufdrückte. Ein bewegtes, erfahrungsreiches Leben, von dem er mehrere Jahre theils als Galeerensträfling in Nantes, theils als Fremdling in England und Frankreich, in Deutschland und in Genf zugebracht hat, diente dazu, seine Glaubenskraft zu erproben, seinen Charakter zu stählen, seine kirchenrechtlichen Grundsätze zur Reife zu bringen. Als er 1555 sich in Schottland befand, drang er bei den Freunden evangelischer Lehre auf gewissenhaftes und treues Meiden des papistischen *Gottesdienstes*. Die in diesem Jahr durchgesetzte Separation von der päpstlichen Kirche war ein namhafter Fortschritt der Schottischen Reformation. Ein von Dieppe aus an die dem Evangelium günstigen Adeligen gerichtetes Schreiben von KNOX, worin er sie aufforderte, öffentlich und entschieden für die Reformation aufzutreten, hatte die Wirkung, dass ein bedeutender Theil des Adels am 3<sup>ten</sup> Dec. 1557 einen förmlichen Bund

(Covenant) zur Vertheitung des Evangeliums und zu gegenseitigem Schutz schlossen. Sie erklärten in diesem „ersten Covenant“, in Worten, die sie von KNOX entlehnten, dass sie „der Gemeinde des Satans absagen, hingegen sich der Gemeinde (*Congregation*) CHRISTI anschliessen und ihre Macht, Habe und Gut, selbst das Leben daran setzen wollen, das heilige Wort Gottes und seine Gemeinde zu schützen, zu fördern und zu gründen“<sup>1)</sup>. Ein Jahr und fünf Monate später (2. Mai 1559) landete KNOX in Leith bei Edinburgh. Der bald darauf ausgebrochene Bürgerkrieg nahm durch den Tod der Königin Regentin, MARIA VON LOTHRINGEN (Juni 1560), und durch den von MARIA STUART und ihrem Gemahl, FRANZ II von Frankreich, mit Königin ELISABETH am 7. Juli geschlossenen Friedenstractat ein Ende, und auf den ersten August 1560 wurde, dem Frieden gemäss, ein Parlament berufen, das die faktisch bereits vorhandene Reformation gesetzlich einzuführen beschloss. Denn in keinem Land Europa's war, wie MACAULAY bemerkt, die Erhebung der öffentlichen Meinung gegen die römische Kirche so rasch und so gewaltsam gewesen. Eine Bittschrift von Protestanten aus verschiedenen Ständen begehrte, dass das Parlament die ihm von der Vorsehung eingehändigte Vollmacht zur Erneuerung der Kirche anwende, und 1. die anti-christliche Lehre der römischen Kirche abschaffe; 2. die Reinheit des Gottesdienstes und die ursprüngliche Kirchenordnung (primitive discipline) wiederherstelle; 3. die kirehlichen Einkünfte zum Unterhalt, theils brauchbarer Kirchendiener, theils der Armen, bestimme. Diese Eingabe bezeichnet den dritten Schritt zur Reformation, sofern nächst der reinen Lehre und dem evangelischen Gottesdienst nun auch die Wiederherstellung der apostolischen *Kirchenverfassung* als ein Hauptstück der Reformation und als eine Eigenschaft der wahren Kirche bezeichnet wurde. Der erste Punkt wurde sofort dadurch erledigt, dass die reformirten Geistlichen aufgefordert wurden, einen Inbegriff der Schriftmässigen Lehre vorzulegen, worauf KNOX mit JOHN WINRAM, JOHN SPOTSWOOD, JOHN WILLOCK, JOHN DOUGLAS und JOHN ROW, binnen vier Tagen ein Glaubensbekenntniss in 25 Artikeln ent-

<sup>1)</sup> HETHERINGTON, *History of the Church of Scotland*. 2 ed. 1842. p. 59 f. MC' CRIE, *Life of JOHN KNOX*. 6 ed. 1839. p. 107, 420 ff. JUL. KÖSTLIN, *die Schott. Kirche u. s. w.* 1852. S. 9 ff. 40 ff.

warf, das sodann, unter dem Stillschweigen der Katholischen Bischöfe, vom Parlament sanctionirt wurde. Hierauf wurde auch die päpstliche Gerichtsbarkeit und alle zu Gunsten der römisch-Katholischen Kirche bestehenden Gesetze, am 24<sup>ten</sup> Aug., aufgehoben. Eine positive Kirchenordnung wurde jedoch nicht mehr vom Parlament, sondern erst von der Generalsynode (*General Assembly*) eingeführt, welche, 40 Mitglieder stark (worunter nur 6 Geistliche), am 20<sup>ten</sup> Dec. 1560 zusammentrat. Bis dahin hatte man sich in Betreff des Gottesdienstes und der Verfassung an die Kirchenordnung gehalten, welche die englische Gemeinde zu Genf, deren Prediger KNOX eine Zeit lang gewesen war, hatte entwerfen lassen; diese konnte jedoch, da sie nur für eine einzelne, überdiess beinahe ausschliesslich aus Gebildeten bestehende Gemeinde bestimmt war, auf eine ganze Landeskirche nicht wohl angewendet werden. KNOX, der in Genf die grossen Vortheile einer geordneten Kirchenzucht, in England die vielen Nachtheile, die ihr Nichtvorhandensein nach sich zog, durch Erfahrung kennen gelernt hatte, drang schon während der Sitzungen des Parlaments in einer Reihe von Predigten über dem Propheten HAGGAI mit besonderem Eifer, aber ohne vielen Anklang zu finden, auf Einführung der Kirchenzucht <sup>1)</sup>; da nun die Prediger diese Angelegenheit mit schlagenden Gründen zu empfehlen fortfuhren, so beauftragte endlich der Geheimerath dieselben fünf Geistlichen, welche das Glaubensbekenntniss ausgearbeitet hatten, auch den Entwurf einer Kirchenordnung vorzulegen. Dieselben gingen ohne Verzug an das Werk, vertheilten die verschiedenen Hauptstücke unter sich, worauf sie die einzelnen Ausarbeitungen unter ernstlichem Gebet, mit sorgfältigem Bibelstudium und gründlichem Nachdenken, gemeinschaftlich prüften. „Sie nahmen hiebei“ — wie einer unter ihnen, JOHN ROW, sich ausdrückt — „keine Kirche in der Welt, selbst nicht die von Genf, zum Muster“, sondern schöpften ihren Entwurf lediglich aus der h. Schrift. Nachdem das Ganze überarbeitet war, legten sie es der Generalsynode, und hernach, mit Beistimmung derselben, in einigen Artikeln abgekürzt, dem Geheimenrathe vor. Von diesem erfolgte zwar, weil der Punkt über

<sup>1)</sup> KNOX, *History of the Reformation of Scotland*, by M'GAVIN. 2 ed. 1832. p. 206. M'CRIE, *Life of Knox*. p. 205 f.

die Kirchenzucht und der über Kirchliche Verwendung des Kirchenguts aus eigennützigen Gründen bei Einigen auf Widerspruch stiess, eine förmliche Genehmigung nicht; dagegen wurde von der grossen Mehrheit der Mitglieder des Geheimenraths so wie von den Häuptern der grossen Familien des Landes und von vielen zum Parlament gehörigen Edelleuten und Grundherren, am 17ten Jan. 1561 das Ganze, als durchaus biblisch, freiwillig unterzeichnet.

Dieses „erste Buch der Disciplin“ (*first Buik of Discipline*<sup>1)</sup>), das die Grundlage der schottischen Presbyterialverfassung bildet, beruht auf folgenden, zum Theil in dem schottischen Glaubensbekenntniss stehenden, Grundsätzen:

1. JESUS CHRISTUS, der König von Zion, ist das einzige Haupt seiner Kirche, und theilt seine königliche Gewalt mit Niemand.

2. Die Kirche CHRISTI, allein unter ihrem Haupte, CHRISTO stehend, ist daher in Beziehung auf alle ihre inneren Angelegenheiten von jeder menschlichen Gewalt, auch von der weltlichen Obrigkeit, unabhängig;

3. Sie hat alle ihre geistlichen Rechte, als Predigt des Worts Gottes, Spendung der Sacramente, Zulassung und Ordinirung zum Predigtamt, Schlüsselgewalt, allein von CHRISTO; daher steht die Uebung dieser Rechte ausschliesslich ihren Amtsträgern zu, die, als solche, nur den kirchlichen Behörden unterworfen sind.

4. Das weltliche und geistliche Schwerdt (das politische und kirchliche Regiment), sind beide von Gott geordnet, müssen aber streng geschieden sein, und keines darf in die Befugnisse des anderen eingreifen.

5. Die Aeltestenverfassung, wie sie in der Apostelgeschichte und in den apostolischen Briefen angedeutet ist, ist die einzige schriftmässige und desshalb nachahmungswürdige.

6. Gemäss derselben müssen beide Stände, geistliche und weltliche, für die Zwecke der Kirche, sowohl nach aussen als nach innen, zusammenwirken.

7. Innerhalb des geistlichen Standes ist keiner dem anderen untergeordnet; aber den Geistlichen kommt auch nicht Herrschaft

<sup>1)</sup> Diese wichtige Urkunde ist vollständig abgedruckt zu finden im Anhang zu KNOX, *Hist. of the Ref.* p. 487—525.

über das christliche Volk, vielmehr nur *Dienst* (ministry) am Worte Gottes und der Kirche des Herrn zu.

Auf Grund dieser Sätze wurde über die Verfassung der Kirche folgendes festgestellt. Die ordentlichen und regelmässigen Amtsträger (officebearers) der Kirche sind dreierlei: der *Diener* des Worts oder Pfarrer (minister or pastor), dem die Predigt des Evangeliums und die Verwaltung der Sacramente übertragen ist; der *regierende Aelteste* (ruling elder), welcher dem Pfarrer in Handhabung der Kirchenzucht und Regierung der Kirche beisteht; endlich der *Diacon* (deacon), dem die Sorge für die Einkünfte der Kirche und die Armen obliegt<sup>1)</sup>.

Diesen bleibenden Aemtern wurden damals zwei andere von vorübergehender und ausserordentlicher Natur beigefügt, nämlich die *Superintendenten*, und die *Leser* oder *Vermahner*. Es fanden sich nämlich zur Zeit der ersten Generalversammlung nicht weiter als zwölf tüchtige evangelische Geistliche im Land, welche so verwendet wurden, dass sieben derselben in den Hauptstädten angestellt, die übrigen fünf mit dem Titel Superintendenten je über einen grösseren Bezirk gesetzt wurden, den sie gewissermassen als Reiseprediger zu besorgen hatten, während sie zugleich theils neue reformirte Gemeinden organisiren, theils den Wandel und die Amtsführung der Geistlichen, wo solche aufgestellt werden konnten, beaufsichtigen und der Generalversammlung Bericht darüber erstatthen sollten. Um aber inzwischen das Volk nicht ganz ohne religiösen Unterricht und ordentlichen Gottesdienst zu lassen, stellte man hin und wieder fromme und rechtschaffene Männer, wenn sie nur einer gewöhnlichen Bildung theilhaftig, aber zum geistlichen Amt nicht tüchtig waren, dazu an, dass sie ihren unwissenderen Nachbarn aus der h. Schrift vorlesen sollten. Diese hiessen alsdann *Leser* (readers). Wenn sie ihre Schuldigkeit thaten und in der Erkenntniss weiter kamen, so ermunterte man sie, dem biblischen Abschnitte, den sie vorgelesen hatten, auch einige kurze einfältige Ermahnungen beizufügen, dann nannte man sie *Vermahner* (exhorters). Bildete

<sup>1)</sup> Die vierte Gattung von Kirchenbeamten: *Doctoren* oder der Lehrer, welche im zweiten Disciplinbuch aufgeführt sind, finden wir im ersten noch nicht erwähnt. Vergl. M'CRIE, KNOX. p. 437, not. N. N.

sich Einer in diesem Amte weiter aus, so konnte er endlich zum geistlichen Amte zugelassen werden. Solche Männer nun ausfindig zu machen, ihnen von Zeit zu Zeit Unterweisung zu ertheilen, war das Hauptgeschäft des Superintendenten, welches Amt ein Ende zu nehmen bestimmt war, sobald das Bedürfniss der Gemeinden durch eine hinlängliche Anzahl brauchbarer Geistlichen gedeckt sein würde.

Das erste Disciplinbuch stellte meist nur dasjenige fest, was bereits in Uebung gekommen war, ohne sich auf doctrinelle und systematische Begründung genauer einzulassen, vielmehr als verstünde sich das Angeordnete im Grunde von selbst. Ferner gehört es zur Eigenthümlichkeit dieser Urkunde, dass sie sich vorherrschend nur mit der Gemeindeordnung befasst, und für die Gesamtkirche, für das Kirchenregiment nur durch Aufstellung der Superintendenten sorgt, ohne eine Synodalverfassung zu begründen: weder die später so bedeutend gewordenen Presbyteries noch Provincial- und allgemeine Synoden sind in diesem ersten Gesetzbuch der schottischen Kirche angeordnet; nur Ansätze zu diesen Bildungen sind, wie wir unten sehen werden, in demselben zu entdecken. Die presbyteriale Gemeindeordnung hingegen, welche darin klar und entschieden vorgeschrieben wird, hatte sich, unter dem Drang der Umstände, und wohl nicht ohne den Einfluss auswärtiger, presbyterialverfasster Kirchen, seit einigen Jahren (1555—1557) in mehreren Gemeinden bereits gebildet. KNOX selbst in seiner Reformationsgeschichte<sup>1)</sup> erzählt den Hergang: „Nachdem Gott mehrere Personen erleuchtet hatte, dass sie die Misbräuche der päpstlichen Kirche einsahen, sich auch mit dem Lesen der Schrift in den Häusern beschäftigten, eine Anzahl Personen aber nicht in Ordnung und Ehrbarkeit erhalten werden konnte ohne Aufseher, Aelteste und Diakonen (overseers, elders and deacons), so fing die kleine Heerde an, sich selbst in eine solche Ordnung zu begeben, als hätte CHRISTUS JESUS durch die Kraft seines Evangeliums in ihrer Mitte offenbar triumphirt. Und zwar erwählten sie Einige, um den obersten Platz des Ermahnens und Lesens einzunehmen; Einige um Aelteste und Helfer der Ersteren in der Aufsicht über die

<sup>1)</sup> Herausgeg. v. M'GAVIN. p. 231.

Heerde zu sein; und Einige, um Diaconen zu sein für Sammlung von Almosen. Von diesem kleinen Anfang kommt die Ordnung her, welche uns Gott aus grosser Barmherzigkeit jetzt öffentlich gegeben hat in diesem Reich. Aus den namhaftesten unter denen, welche man als Männer von gutem Wandel und ehrenhaftem Ruf in der Privatkirche kannte, wurden Aelteste und Diaconen gewählt, um mit dem Geistlichen in der öffentlichen Kirche zu regieren (privy Kirk — public Kirk). Als aber diese des Amtes nicht beständig warten konnten, ohne ihr Hauswesen zu versäumen, und um Enthebung baten, so wurde ihnen gestattet, dass sie Personen, die sie in ihrem Gewissen für tauglich erachteten, vorschlagen und in Wahl bringen dürften, nur dass sie doppelt so viele Personen vorschlagen (nominate) sollten, damit die ganze Gemeinde ihr freies Stimmrecht bei der Wahl haben möchte. Und diese Ordnung ist in der Kirche zu Edinburgh seither stets beobachtet, nämlich dass die Abtretenden (the old session) je 24 und 32 Männer vorschlugen, aus denen 12 Aelteste und 16 Diaconen durch die Gemeinde gewählt wurden. — Was die zuletzt berührte Wahlart betrifft, so entspricht sie völlig der bei der französischen Gemeinde zu Frankfurt seit 1354 üblichen<sup>1)</sup>), indem darin Cooptation und Gemeindewahl combinirt sind.

Diese schon zuvor in Uebung gekommene Gemeindeordnung mit Aeltesten zum Behuf der Kirchenzucht wurde nun durch das erste Disciplinbuch für so nothwendig und unerlässlich erachtet und so streng vorgeschrieben, dass unter Anderem ausgesprochen wurde: Wenn eine Gemeinde so wenig zahlreich ist, dass es nicht möglich ist Aelteste und Diaconen aus ihr zu wählen, so soll sie lieber mit benachbarten Gemeinden verbunden werden, denn die Mehrzahl von Kirchen ohne Geistliche und Ordnung wird mehr schaden als erbauen<sup>2)</sup>.

Die Angelegenheiten der Einzelgemeinde (congregation) wurden von der „Kirchensitzung“ des Pfarrers mit den Aeltesten und Diaconen (Kirksession) geleitet; dieselbe trat in der Regel wo-

<sup>1)</sup> S oben II. c. 2.

<sup>2)</sup> Bei Knox, *Hist.* ed. M'GAVIN. p. 502: By the *gravity* of the *seniors* the light and unbridled life of the licentious must be corrected and bridled. p. 508: The plurality of Kirks without ministers and order shall rather hurt than edify. *First Book of disc.* ch. X. 4. 3.

chentlich einmal, nach Erforderniss auch öfter, zusammen. In jeder beträchtlichen Stadt fand aber jede Woche noch eine andere Versammlung zu gemeinsamen Uebungen in der Schriftauslegung statt; dieser Versammlung wohnten die Geistlichen und „Leser“ der benachbarten Landgemeinden bei <sup>1)</sup>; man nannte das die *Prophezey* oder die *Uebung* (exercise, weekly exercise, prophesying) und hieraus entwickelte sich bald das Presbyterium (Presbytery = Klasse, Colloque, Kreissynode). Ferner trat zweimal jährlich der Superintendent mit den Geistlichen und depurirten Aeltesten seines Sprengels zusammen um über die Kirchlichen Angelegenheiten des Bezirks zu verhandeln, woraus nachher die *Provinzialsynode* geworden ist. Die Generalsynode (*General Assembly*), welche die allgemeinen Interessen der National-Kirche wahrnahm, und zwei- bis drei-mal jährlich zusammentrat, wurde zwar aus allen Gegenden beschickt, aber ohne dass in der ersten Zeit die Vertretung geordnet gewesen wäre.

Ueber die *Kirchenzucht* spricht sich das *erste Disciplinbuch* ch. 9 so aus: Wie kein Gemeinwesen blühen oder lange bestehen kann ohne gute Gesetze und strenge Handhabung derselben, so kann auch die Kirche Gottes nicht zur Reinheit gebracht noch in derselben erhalten werden ohne kirchliche Zucht, bestehend im Tadeln und Rügen derjenigen Fehler, welche das bürgerliche Schwerdt entweder unbeachtet lässt oder nicht bestrafen kann <sup>2)</sup>. Und zwar müssen alle Stände im Königreich, sowohl die regierenden als die regierten, ja die Prediger selbst so gut als die ärmsten in der Kirche, der Kirchenzucht unterworfen sein. Nebst den Pfarrern sollten nun gerade die Aeltesten, theils als Einzelne, theils als Collegium in der Kirk-session, die Kirchenzucht handhaben. Die Städte wurden in Bezirke getheilt, um von bestimmten Aeltesten und Diaconen (Visitors) besucht und beaufsichtigt zu werden; letztere berichteten sodann in den wöchentlichen

<sup>1)</sup> *First Book of Disc.* ch. 12. bes. § 5.

<sup>2)</sup> Correcting of the faults, which either the civil sword doth neglect, or may not punish. — Diese Begründung, welche wir auch anderswo gefunden haben, hatte in Schottland um so mehr Bedeutung, als in folge langjährigen Parteiwesens im Grund keine öffentliche Rechtspflege im Gang war; jeder ehrgeizige Edelmann pflegte nur, um sein Gefolge zu verstärken, den offenbarsten Verbrechern bereitwillig seinen Schutz zu leihen. HETHERINGTON a. a. O. 93.

Sitzungen des Kirchenvorstandes über den sittlichen Zustand und die Bedürfnisse der Armen. Zu gegenseitiger Censur der Mitglieder des Kirchenvorstandes selbst ward jährlich ein Tag festgesetzt <sup>1)</sup>).

Die schottischen Reformatoren lebten zwar der Ueberzeugung, ihre Grundsätze über Kirchenordnung nicht von einer ausländischen Kirche entlehnt, sondern rein aus der Schrift geschöpft zu haben. Dennoch ist einleuchtend, dass ihr Begriff von den bleibenden Kirchenämtern (minister, ruling elder, deacon) ganz der calvinische war, wobei wir noch besonders bemerken, dass der Name — *ruling elder* ganz auf die von CALVIN zu Grund gelegten Stellen RÖM. XII: 8; I. COR. XII: 28 sich stützt. Ferner ist die schottische Gemeindeordnung theils der schon länger in Genf bestehenden theils der in Frankfurt am Main gerade in der Zeit, wo KNOX daselbst englischer Prediger war, eingeführten Ordnung der französischen Gemeinde nachgebildet. Diese Muster schwebten den Verfassern des *Book of Discipline*, wenn sie auch lediglich der Schrift zu folgen sich bewusst und entschlossen waren, wenigstens unbewusst vor <sup>2)</sup>).

Die presbyterianische Kirchenordnung wurde von der grossen Mehrheit des schottischen Volks mit Liebe und Zutrauen aufgenommen. Dennoch hatte dieselbe mit mannigfachem Widerspruch zu kämpfen, theils wegen des vom Adel bereits in Besitz genommenen Kirchenguts, auf welches die junge presbyterianische Kirche Anspruch erhob, theils wegen der Kirchenzucht, welche dem rohen und leichtfertigen Theil des Adels als ein frommer, aber abenteuerlicher Einfalt, als gut gemeint, aber

<sup>1)</sup> Zu vergl. über diese Kirchenordnung, ausser der Urkunde selbst, S. 90. Anm. MC' CRIE, *Life of KNOX* 206 ff. übers. herausg. von PLANCK. 1817. 393 ff. HETHERINGTON. I. 89 ff. nebst RUDLOFF, *Gesch. der Ref. in Schottl.* 1847. I. 105 ff. SACK, *die Kirche von Schottland.* 1844. I. 42 ff. KöSTLIN, *die Schott. Kirche*, 1852. 49 ff. 53 ff. G. WEBER, *Gesch. der akathol. Kirchen und Sekten in Gross-Britannien*, 1853. I. 2. S. 589 ff.

<sup>2)</sup> SACK a. a. O. I. 55 macht für die Unabhängigkeit der kirchenregimentlichen Ansichten von KNOX, gegenüber von CALVIN, neben dem Umstand, dass jener 4 Jahre älter war, hauptsächlich die Thatsache geltend, dass KNOX, welcher erst 1554 nach Genf kam, schon früher, in England, die gleichen Grundsätze befolgt habe. Das Letztere ist übrigens mehr nur in negativer als in positiver Hinsicht zu erweisen

völlig unpraktisch erschien. Das waren die beiden Ursachen, aus denen ein Theil des Adels, unter Königin MARIA STUART sich an den Hof wieder anschloss, von dem er sich eine Zeit lang getrennt hatte. KNOX machte die gleichen Erfahrungen wie CALVIN. Als es galt, nach dem Niederreissen aufzubauen, namentlich auf Grund des göttlichen Worts christliche Gottesfurcht und Sitte zu pflegen, erfuhren beide hartnäckigen Widerstand bei ihren bisherigen Anhängern. Dennoch überzeugte man sich in Schottland wie in Genf von der Nothwendigkeit einer strengen Zucht und Ordnung zur Begründung einer dem Evangelium entsprechenden Kirche <sup>1)</sup>). Und so ging denn auch, aller nun erfolgenden Kämpfe ungeachtet, die Befestigung und innere Ausbildung der Kirchenverfassung vorwärts. Bei der dritten Generalversammlung (1561) äusserte der Staatssecretaire, MAITLAND von Lethington: das Zusammentreten derselben ohne königliche Genehmigung sei ungeeignet; worauf KNOX antwortete: „Wenn die Freiheit der Kirche von der Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Königin abhängen soll, so werden wir nicht blos diese Versammlungen, sondern auch die Predigt des Evangeliums entbehren müssen“. Und da die Mehrzahl der Edelleute dieser Ansicht beistimmten, so wurde beschlossen, sich darauf zu beschränken, dass man der Königin durch einige ihr näher stehende Mitglieder anheimstellen lasse, Iemand zu der Versammlung abzurufen, falls sie einen Argwohn in Betreff ihrer Berathungen hege. KNOX bemerkte: „Die Versammlungen traten zusammen Kraft der inneren Gewalt, die CHRISTUS seiner Kirche verliehen hat, und schlossen ihre Arbeiten, ohne auf die Unterstützung der Staatsgewalt auch nur anzutragen. So frühe schon behauptete die schottische Kirche die Herrschervorrechte des Königs von Zion <sup>2)</sup>.“

Die folgenden Generalversammlungen beschäftigten sich mit den laufenden Angelegenheiten, mit Ordnung der Ortsgemeinden, Uebung der Kirchenzucht gegen Geistliche, und liturgischen Anordnungen; aber auch mit dem Synodalwesen und besonders mit dem Verhältniss zum Staat.

<sup>1)</sup> Vergl. G. WEBER. a. a. O. 587.

<sup>2)</sup> RUDLOFF. a. a. O. I, 132 f.

1. In Betreff der *Gemeinden* und der Kirchenzucht bestimmte die Generalversammlung im Juni 1562 <sup>1)</sup>), dass auch obrigkeitliche Personen, wenn sie einmal dem Regiment CHRISTI sich unterworfen haben, der kirchlichen Rüge bis zum Bann unterworfen sein sollen; unparteiische Uebung der Kirchenzucht wurde öfters eingeschärft. Das Amt der „Leser“ (Readers) wurde schon 1581 von der Generalversammlung wiederaufgehoben <sup>2)</sup>).

2. Das *Synodalwesen* betreffend, so führte die Generalsynode im Dec. 1562 die *Provincialsynoden* ein, so dass sie zweimal jährlich, mit der Vollmacht, Geistliche anzustellen und zu versetzen, sich versammeln sollten. Im folgenden Jahr wurde die Appellation so geordnet, dass über der Kirk-session die Synode die nächste Instanz sein sollte, und von dieser die Berufung an die General-Assembly gehen könne, welche endgültig entscheidet <sup>3)</sup>). Die *Presbyteries* (== Colloques, Klassenversammlungen) wurden erst 1579 von der Generalversammlung errichtet, indem sie beschloss: *the Exercise might be judged a Presbytery*; und im April 1581 forderte dann König JACOB die Generalversammlung zu Glasgow auf, mit Errichtung von Presbyterien fortzufahren, damit die Kirchenordnung im ganzen Land besser als bisher vollzogen werden möge; und so wurden auf einmal dreizehn Presbyterien errichtet, und allgemeine Einführung derselben empfohlen <sup>4)</sup>). In der Generalversammlung wurde 1563 zum ersten mal ein „Moderator“ ernannt um für Ordnung der Verhandlungen zu sorgen; die Beschlüsse wurden, seit 1562, mit der Formel eingeleitet: „*the hale (holy) Kirk appoints and discerns.*“ Ueber die Constituirung der kirchlichen Versammlungen, und über die Wahl der Abgeordneten zu denselben wurden 1568 ins Einzelne gehende Beschlüsse gefasst <sup>5)</sup>).

3. In Hinsicht auf das Verhältniss zwischen *Kirche* und *Staat* arbeiteten die schottischen Synoden stets darauf hin, dass die Unabhängigkeit der Kirchengewalt durch eine scharfe und genaue Abgrenzung zwischen der kirchlichen und bürgerlichen Gerichtsbarkeit gesichert werden sollte; so besonders die Generalversamm-

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. 102 f.

<sup>2)</sup> HETHERINGTON. a. a. O. I. 143 f.

<sup>3)</sup> HETHERINGTON. 103 f. 108 f.

<sup>4)</sup> HETHERINGTON. 142.

<sup>5)</sup> HETHERINGTON. 103. 108. 120.

lungen in den Jahren 1562, 1563, 1569; hiebei kam (1565) auch das *Patronatsrecht* in der Richtung zur Sprache, dass die Kirche das Recht des Königs auf *presentation of benefices* zwar anerkannte, aber das Recht der Gemeinde auf *Collation* wahrte<sup>1)</sup>. Nachdem die Königin MARIA 1567 geflohen war, bestätigte, unter dem Regenten MURRAY, das Parlament sämtliche seit 1560 gegen das Pabstthum und zu Gunsten der protestantischen Religion ergangenen Acte, und ratificirte die kirchliche Gerichtsbarkeit der Synoden förmlich, mit Aufstellung von Commissären, um ihre Grenzen genau festzusetzen. So war nun die reformirte Kirche mit ihrer Presbyterial- und Synodalverfassung als alleinige National-Kirche *gesetzlich anerkannt*<sup>2)</sup>. Indessen musste die Generalversammlung März 1571 den Regenten (LENNOX) und Geheimenrath um ungehinderte Uebung der kirchlichen Autonomie in Betreff der Lehrentscheidung, Prüfung, Wahl und Anstellung von Geistlichen und Kirchenzucht angehen. Nachdem man seit 1575 mit Ausarbeitung eines vollständigeren Entwurfs über das Kirchenregiment (Buik of Policy) sich beschäftigt hatte, kam endlich, unter ANDR. MELVILLE's Leitung, im April 1578 ein solcher in Stand, der die Billigung der Generalversammlung erhielt, und, als *second Book of Discipline*, seither die anerkannte Norm des schottischen Kirchenregiments wurde.

Nach demselben kommt die Kirchengewalt, unter CHRISTO, dem einigen König und Regenten seiner Kirche, weder einem geistlichen noch einem weltlichen Oberhaupt, noch einer Behörde von Geistlichen, sondern nur *Presbytern* (Aeltesten) zu, die theils *geistliche Aelteste* (Clergy-Elders) theils Laienälteste oder *regierende Aelteste* (Lay-Elders oder Ruling Elders) sind; dazu kommen noch die Diaconen. Die Verwaltung der Kirche besteht nämlich in drei Stücken: Lehre, Regierung und Austheilung (Doctrine, Discipline und Distribution); dem gemäss gibt es drei Arten von Kirchenbeamten: Geistliche, welche zugleich Prediger und Regierer sind; Aelteste, welche blos Regierer sind; und Diaconen, welche Almosen vertheilen und die Kirchengüter verwalten. Das Aeltestenamt ist eine geistliche Function wie das Predigtamt, und demselben an Rang und Auctorität gleich. Es

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. 104. 111. 122.

<sup>2)</sup> HETHERINGTON. 117 ff.

müssen Aelteste sein, die nicht im Wort und der Lehre arbeiten; sie müssen dem Pfarrer im Prüfen der Communicanten und im Besuchen der Kranken beistehen: allein ihr Hauptamt ist, mit den Pfarrern und Lehrern <sup>1)</sup> (Doctors, in Schulen, Collegien und Universitäten), zur Handhabung der Ordnung und Vollziehung der Kirchenzucht, *kirchliche Versammlungen* zu halten, welche entweder partikulare oder provinciale oder nationale oder öcumenische sind; und hiebei haben die Geistlichen nur das Vorrecht, dass einer von ihnen den Vorsitz führt. Der Ortsgemeinde steht die *Kirk-session* vor, aus dem oder den Geistlichen und den Aeltesten bestehend; gewählt werden die regierenden Aeltesten, auf den Vorschlag des Pfarrers, von der *Kirk-session* selbst.

Das *Presbyterium* oder die Aeltestenschaft (Presbytery, Elder-ship) vertritt und beaufsichtigt eine Anzahl benachbarter Gemeinden; es besteht aus sämtlichen Pfarrern des Bezirks und so viel Laienältesten als es Gemeinden sind, wobei, selbst in Lehr- und Gottesdienstfragen, die Laienältesten mit den Geistlichen völlig gleiches Stimmrecht haben. Diese Behörde hat das Recht, die untergeordneten *Kirk-sessions* zu controliren, Candidaten des Predigtamts zu prüfen, Geistliche zu ordiniren, aber auch in Untersuchung zu ziehen, zu suspendiren und abzusetzen, und überhaupt die Kirchenzucht in seinem Bereich zu üben. Die *Provincial-Synoden*, von sämtlichen Mitgliedern der Presbyterien gebildet, versammeln sich zweimahl des Jahrs, und haben eine Auctorität über die ihnen untergeordneten Presbyterien, sind jedoch kein wesentliches Organ des Ganzen. Die *Generalversammlung*, aus gewählten geistlichen und weltlichen Aeltesten bestehend, hat die höchste gesetzgebende und richterliche Gewalt in der Kirche; gewählt werden die Abgeordneten zur Generalversammlung nicht von der Provinzialsynode, sondern von dem *Presbyterium*. Die Generalversammlung wird als „die Kirche“ (*Kirk*) betrachtet; ihre Vollmacht trägt sie so wie die untergeordneten Behörden oder kirchlichen Gerichtshöfe (Courts), nicht von den Gemeinden zu Lehen, sondern von dem Herrn CHRISTO, durch sein Wort und Auftrag. So übt die Kirche, völlig unabhängig vom Staat, dessen Genehmigung ihre Versammlungen nicht bedürfen,

<sup>1)</sup> Hier führt das zweite Disciplinbuch die „Lehrer“ auf, welche im ersten noch nicht erwähnt waren.

ihre Zucht gegen fehlende Mitglieder, und verwaltet ihre Angelegenheiten durchaus selbständig: denn JESUS CHRISTUS hat ein Regiment in seiner Kirche geordnet, welches von dem bürgerlichen verschieden ist<sup>1)</sup>.

JOHN KNOX war am 24<sup>ten</sup> Nov. 1572 gestorben, in Juli 1574 aber kehrte ein Erbe seines Charakters und Muthes, ANDREAS MELVILLE, der Jahre lang an der Akademie zu Genf als Lehrer gestanden war, in's Vaterland zurück und wusste den alt-presbyterianischen Geist mit Kraft neu zu beleben, was Bedürfniss war, denn bald (1582) trat eine Spannung der Kirche mit dem Hof ein, der die bischöfliche Verfassung wiedereinzuführen suchte und schon 1584 durch die Black Acts die Presbyterialverfassung stürzen wollte, mittels Verbots aller (auch kirchlichen) Versammlungen, die nicht vom König genehmigt seien. Zwar hörten 1585 die Verfolgungen wieder auf, JACOB wurde gegen die Kirche wieder günstiger gestimmt, so dass 1592 sogar die *Ratificationsacte* erging, welche die kirchlichen Synoden u. s. w. mit ihrer Gerichtsbarkeit als gut, göttlich und gerecht bestätigte und das „zweite Disciplinbuch“ (1578) als Landeskirchengesetz sanctionierte, und somit die Magna Charta der schottischen Kirchenverfassung wurde<sup>2)</sup>. Dennoch blieben noch starke Elemente des Kampfs zwischen König und Kirche übrig, der jedoch in diesem Jahrhundert nicht mehr zum Ausbruch kam; doch wurde die Freiheit der Kirche faktisch immer mehr bedroht, der König strebte nach unbeschränkter Vollmacht in allen reingeistlichen Angelegenheiten, die Kirche dagegen kämpfte für die geistliche Herrschaft JESU CHRISTI.

Oben haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass die „viererlei Amtsträger“ der schottischen Kirche von CALVIN'S Lehre herstammen. Dass aber die schottische Synodalordnung von der französischen Kirche entlehnt ist, dafür scheint uns namentlich die Thatsache zu sprechen, dass das Presbyterium, als Mittelstufe zwischen Kirk-session und Provinzialsynode, erst eingeführt wurde, nachdem auch in Frankreich das Colloque, dieses entsprechende Organ, das jüngste im französischen Synodalorganismus, gesetzlich fest gestellt worden war. Uebrigens

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. 143 ff. SACK. I. 64 ff. RUDLOFF. I. 181 ff. KÖSTLIN, a. O. S. 97—102.

<sup>2)</sup> HETHERINGTON. 156 f. 163 f. Anhang. 787 ff.

zeigt sich eben hierin auch eine Eigenthümlichkeit der schottischen Kirche: sie hat das neu gebildete Glied, das Presbyterium, mit einer solchen Vollmacht ausgestattet, dass die in der Stufenleiter höher stehende Provincialsynode gegen dasselbe um ein Namhaftes an Bedeutung zurücksteht. Denn aus dem Presbyterium, nicht aus der Provinzialsynode wie in Frankreich, geht die Reichssynode hervor; die General Assembly ist im Grund eine Vertretung der Presbyterien, die Nationalsynode des reformirten Frankreichs eine Vertretung der Provinzialsynoden. Und so hat die schottische Kirk auch auf der Stufe der Einzelgemeinde, bei unverkennbarer Abhängigkeit von calvinischer Auffassung, auch ihre Selbständigkeit. Zwar dass die Amtsdauer der Aeltesten lebenslänglich ist, und dass die Kirk-session (auf den Vorschlag des Pfarrers hin) sich selbst ergänzt, dass die Gemeinde faktisch das Recht des Veto gegen ernannte Geistliche üben darf, — das entspricht alles dem calvinischen Typus, wie er in Genf und in Frankreich Kirchenordnung geworden ist; dagegen geht das (in der Regel) positive Wahlrecht der Gemeinde bei Besetzung der Pfarrstelle, hauptsächlich aber die unbedingte Gleichstellung der Aeltesten mit den Pfarrern, so dass die Aeltesten in kirchlichen Versammlungen selbst bei Lehrfragen völlig gleiches Stimmrecht mit den Geistlichen haben, über CALVIN's kirchliches System und über die französische Kirchenordnung, worin dem Lehramt ein Vorrecht zuerkannt ist, entschieden hinaus. An aristokratischem (nicht demokratischem) Charakter steht die schottische Kirche hinter der französischen nicht zurück, aber an ernstem und consequentem Dringen auf völlige Autonomie der Kirche, dem Staat gegenüber, und an Hervorhebung der höchst wichtigen und praktischen Wahrheit, dass CHRISTUS das alleinige Haupt seiner Kirche ist (Headship of Christ), zeichnet sie sich auch vor allen reformirten Landeskirchen unstreitig aus.



## FÜNFTES CAPITEL.

**Die Puritaner in England und ihr presbyterianischer Charakter.**

---

In England ging neben der von K. HENRY VIII. aus selbstsüchtigen Motiven und in autokratischer Weise begonnenen Reformation eine theils noch von WICLIF sich herschreibende, theils durch Bibelübersetzung und Schriften der Reformatoren erweckte, Reformation von unten her. Unter K. EDWARD VI. (1547—1553) war einige Hoffnung auf reinere Durchführung der Reformation vorhanden ; die Liturgie wurde revidirt und MARTIN BUCER, damals Lehrer der Theologie in Cambridge, legte, nicht ohne Billigung des Erzbischofs CRANMER, dem Konige den Entwurf einer Kirchenordnung vor, worin eine strenge Kirchenzucht in Betreff der Communion gefordert, und auf Reform der bischöflichen Verfassung, mit regelmässigen Provinzialsynoden angetragen ist; ferner erhielt unter dieser Regierung die Fremdengemeinde LASKY's 1550 das Recht völliger Autonomie <sup>1)</sup>). Alle diese Aussichten wurden vereitelt durch EDWARD's frühen Tod und die Thronbesteigung seiner Schwester MARIA, welche auf Wiedereinführung des Papismus mit List und Gewalt hinarbeitete. Die Fremdengemeinde wurde, unter Zurücknahme ihres Privilegiums, sofort vertrieben.

<sup>1)</sup> Siehe das öfters anzuführende Werk von DAN. NEAL, *History of the Puritans*, das in 4 Bänden (2. ed. 1732—38) den Zeitraum von der Reformation bis zur Revolution (1689) genau eingehend und urkundlich behandelt.

Viele dem Evangelium treue Landeskinder mussten die Heimath verlassen. Diese begaben sich theils nach Frankreich und Flandern, theils nach der Schweiz, theils nach verschiedenen Gegenden von Deutschland; hier war es die englische Gemeinde zu Frankfurt, in der zwischen Anhängern der staatskirchlichen englischen Liturgie und Anderen, die in Betreff des Gottesdiensts und der Kirchenzucht strengere Grundsätze befolgten, ein Gegensatz hervortrat (1556), der den späteren Gegensatz zwischen Puritanern und Conformisten im Keim darstellt. Unter ELISABETH, welche 1558 auf den Thron kam, kehrten die Flüchtlinge zurück, entschiedener geworden in ihrer Ueberzeugung, und nicht ohne Hoffnung; sie fanden aber bald ihre Hoffnungen wenigstens insofern getäuscht, als die Königin den Supremat fast in derselben Weise wie HENRY VIII geltend machte und im Parlament die Uniformitätsacte durchsetzte, durch welche die Staatskirche mit einem vom Papismus vieles beibehaltenden Kultus und mit dem Episcopat zur alleingültigen und anerkannten wurde. Das erregte nun von seiten vieler Protestanten einen lebhaften und lange währenden Widerspruch und Kampf, der zunächst allerdings an Aeusserlichkeiten des Kultus, als Chorhemden, Kniccn beim h. Abendmahl und dergleichen sich hestete, aber auf tieferen Differenzen ruhte. Nachdem 1571, durch ein Königliches Statut der Bau der Staatskirche vollendet war, und viele Gesuche bei der Königin selbst und den Bischöfen vergeblich gewesen waren, so wendeten sich mehrere „Puritaner“ (d. h. Leute, die auf Reinigung des Gottesdiensts und des Kirchenwesens überhaupt, von den „Ueberresten päpstlichen Sauerteigs,“ kurz auf reinere Durchführung der Reformation drangen), worunter ein Londoner Geistlicher FIELD, an das Parlament. In ihrer Eingabe: Admonition, waren neben Kultusfragen auch wichtige Gegenstände des Kirchenrechts und der Verfassung in dem Sinne besprochen, dass den Pfarrern zum Zweck der Kirchenzucht und Armenpflege *Aelteste* und Diaconen beigegeben werden sollten <sup>1)</sup>). Die Verfasser wurden dafür eingesetzt, worauf sie bekannten, es scheine ihnen erlaubt, dass „Kinder Gottes, wenn sie verfolgt und von der Kirche ausgeschlossen werden, sich in Privatversammlungen zurückziehen.“ In der sich nun entspinnenden literarischen Discussion trat THOMAS

<sup>1)</sup> NEAL. a. a. O. I. 284 ff.

CARTWRIGHT, ein tüchtiger Theologe, den man den „Vater der Puritaner“ genannt hat, für sie auf mit dem unverhohlenen Bekenntniss, dass das Kirchenregiment durch Aelteste eine göttliche Einsetzung und von bleibender Gültigkeit sei. Da aber schlechterdings keine Aussicht war, durch die Gesetzgebung etwas in diesem Sinne auszurichten, so singen mehrere Häupter der Puritaner an zu *handeln* und ihre presbyterianen Grundsätze privatum zu verwirklichen. FIELD, WILCOX und eine Anzahl angesehener Laien errichteten in *Wandsworth*, einem unweit London an der Themse gelegenen Dorf, ein *Presbyterium*, das erste in England, indem sie am 20<sup>ten</sup> Nov. 1572 eilf Aelteste unter sich wählten; und unter dem Titel: „die Ordnungen von Wandsworth“ eine eigene Kirchenordnung verfassten. So geheim die Sachen betrieben wurden, so bekam doch der Bischof von London Wind davon, und klagte bei der High Commission, welche zwar das Vorhandensein eines Aeltestencollegiums wohl wusste, aber nicht herausbrachte, wer dessen Mitglieder seien, auch nicht verhindern konnte, dass der Vorgang in benachbarten Grafschaften nachgeahmt wurde<sup>1)</sup>). An mehreren Orten wurden geschlossene Gemeinschaften gebildet, in denen das h. Abendmahl nach der Weise ausländischer reformirter Gemeinden gespendet wurde. Mehrere Nonconformisten machten, um der Verfolgung zu entgehen, den Versuch, sich an die presbyterian verfasste französische und niederländische Gemeinde zu London (die unter ELISABETH wieder zu Stande gekommen war) anzuschliessen; allein der Geheimerath verbot diesen Gemeinden, Engländer zur Communion zuzulassen. Nur ein Winkel der britischen Besitzungen wurde der ungestörte, privilegierte Sitz presbyterianischer Gemeinden. Die Inseln JERSEY und GUERNSEY im Canal waren nach der Bartholomäusnacht ein Zufluchtsort reformirter Franzosen geworden, und der Geheimerath bewilligte ihnen den Gebrauch der Genfer Kirchenordnung. Hier wurden nun CARTWRIGHT und SNAPE als Pfarrer angestellt und von einer Synode 1576 eine presbyterianale Kirchenverfassung mit Aeltesten und Diaconen eingeführt, welche bis zum Jahr 1625 mit königlicher Bewilligung und Privilegium fortbestanden hat<sup>2)</sup>). In England selbst neigten sich viele Geistliche der Staatskirche zu pres-

<sup>1)</sup> NEAL. a. a. O. I. 301.

<sup>2)</sup> NEAL. I. 336 f.; II. 74 ff.

byterianischen Grundsätzen. Im Jahr 1576 vereinigten sich ungefähr 60 Pfarrer aus Norfolk, Suffolk und der Grafschaft Cambridge, in mehreren Versammlungen dahin, dass, der Ordnung CHRISTI gemäss, anstatt der Church-wardens und Collectors for the poor, durch neue Wahlen *Aelteste* (Elders), als Watchmen und Overseers in der Gemeinde, nebst Diaconen aufgestellt und dass Klassical- Provinzial- Grafschafts- und Reichssynoden gehalten werden sollten. Die Absicht war, ohne Austritt aus der Landeskirche, die Reform der Verfassung zu bewerkstelligen, wesswegen für diese Männer folgendes die Hauptfrage wurde: in wie weit dieser oder jener Punkt mit dem Frieden der Kirche vereinbar sei, und mit der bischöflichen Verfassung verschmolzen werden könne <sup>1)</sup>). Allein Massregeln der Strenge und der Gewalt waren die Antwort darauf; dieselben hatten jedoch nur die Folge, dass 1. viele Nonconformisten auswanderten, namentlich nach den Niederlanden, wohin z. B. auch CARTWRIGHT 1577 von Guernsey aus kam und Prediger einer englischen Factorei in Antwerpen wurde, die sich der niederländischen Kirche einverleiben liess; während seines Aufenthalts daselbst kamen nicht wenige englische Theologen herüber, um sich von einem niederländischen Presbyterium ordiniren zu lassen, z. B. WALTER TRAVERS (1578). 2. Andere wurden durch dieses Verfahren nur desto erbitterter, und gegen die bischöfliche Kirche schroffer gestimmt, erkannten dieselbe gar nicht mehr als eine wahre Kirche, ihre Geistlichen nicht als Geistliche an. ROBERT BROWN ward ein Wortführer dieser Partei; er wanderte aus und bildete zu Middelburg in Zeeland eine Gemeinde nach seinem Ideal; nachher wurde ein Jurist, HENRY BARROW, das Haupt der anfangs Brownists geheissenen Sekte, die sich um 1592 sehr vermehrt hatte, aber, durch heftige Verfolgungen bedrängt, kurz vor dem Ende des XVI. Jahrhunderts meist nach den Niederlanden flüchtete und in Amsterdam, Arnheim, Leyden und Middelburg Gemeinden gründete. Die Gemeinde wurde dadurch constituit, dass alle Beitreten ein Glaubensbekenntnis ablegten und sich durch Unterzeichnung eines *Covenant* verpflichteten, in evangelischer Ordnung zu wandeln. Diese Mitglieder waren nun die „Brüderschaft“ (Brotherhood), und besassen das Recht, aufzunehmen und auszuschliessen,

<sup>1)</sup> NEAL. I. 344 f.

einen unter sich zum Kirchenbeamten zu ernennen, und ihm seine Würde zu nehmen, so dass er wieder ein „Bruder,” wie alle übrigen, wird; denn es gibt keinen Priesterstand, und jeder „Bruder” hat das Recht, in der Gemeindeversammlung öffentlich aufzutreten und zu vermahnen. Jede Gemeinde ist eine geschlossene und schlechthin unabhängige Körperschaft (a Body corporate), keiner andern Gemeinde noch Behörde noch Synode, keiner Klasse, Convocation oder sonstigen kirchlichen Jurisdiction verantwortlich oder unterworfen. Diess waren die Grundsätze der Partei, welche später *Independenten* und *Congregationalisten* genannt worden sind, und welche mit ihrem auf's Extrem getriebenen Gemeindeprinzip, indem die Einzelgemeinde zur schlechthin unabhängigen Macht und zur directen und alleinigen Inhaberin aller Kirchengewalt, zur Quelle aller kirchlichen Aemter erhoben wird, völlig demokratisch geworden und über das ächte presbyterianische Prinzip weit hinausgegangen sind<sup>1)</sup>. Sie haben zwar auch Älteste und Diaconen eingeführt, allein dieselben haben eine wesentlich andere Stellung und Bedeutung als in dem reinen Presbyterialsystem.

3. Die *Presbyterianer* entwickelten nun ihre Grundsätze noch vollständiger und handelten fortan entschlossener im Sinn einer Reform der Kirche. Der oben genannte WALTER TRAVERS hatte ein Buch: *Disciplina ecclesiae sacra ex Dei verbo descripta*, lateinisch verfasst und 1574 in Genf drucken lassen, das von CARTWRIGHT und Anderen verbessert und 1584 in's Englische übersetzt wurde, weil es als getreuer Ausdruck der Gesinnungen der Presbyterianer galt. Während des Drucks in Cambridge wurde die Uebersetzung entdeckt und verbrannt; aber im J. 1644, als die Presbyterianer im Besitz der Gewalt in England waren, wurde das Buch nach einem unter CARTWRIGHT's Nachlass gefundenen Exemplar mit dem Titel: *Directory of Government* u. s. w.

<sup>1)</sup> NEAL. I. 374 ff. — Wenn OTTO v. GERLACH, „über den religiösen Zustand der anglikanischen Kirche. 1845. S. 25 f. dem englischen Puritanismus überhaupt ähnliche Grundsätze zuschreibt, so beruht diess auf einem Mangel an Unterscheidung zwischen den eigentlichen presbyterianischen Puritanern, und den Independenten, welche ursprünglich allerdings unter den Gesamtbegriff *Nonconformisten* mit befasst wurden.

offiziell abgedruckt<sup>1</sup>). Die Grundsätze dieser geschichtlich interessanten Schrift sind folgende. Die für alle Zeiten nothwendige Ordnung der Kirche ist von CHRISTO festgesetzt und im Wort Gottes niedergelegt. Darnach darf sich keine Einzelkirche Gewalt und Recht über die andere anmassen. Die Diener der Kirche sind 1. *Diener des Worts*, erstlich *Pastoren*, welche Wort und Sacramente verwalten, sodann *Lehrer* (Teachers), welche mit der gesunden Lehre sich beschäftigen; 2. *Aelteste*, die über Leben und Wandel jedes Einzelnen wachen, und *Diaconen*, die für die Armen sorgen. In jeder Gemeinde (particular Church) sollte ein *Presbyterium* d. h. Consistorium oder Senat der Aeltesten sein; unter Aeltesten (Elders) sind hier verstanden: solche die mit dem Lehramt beschäftigt sind, und eigentliche Aelteste. Diese Aeltestenschaft hat alle Angelegenheiten ihrer Gemeinde gemeinsam zu berathen und zu leiten, mögen sie auf die ganze Körperschaft, oder auf Einzelne sich beziehen, wie die Kirchenzucht. Die Gemeinden sollen einander mit Rath und That beistehen; zu dem Ende sind Versammlungen zu halten, die von jeder Gemeinde durch gewählte Aelteste beschickt werden.

Nun folgt die *Synodical Discipline*, welche von Conferences (=Colloques), Provinzial- und Nationalsynoden handelt, völlig nach dem Muster der französischen Ordnung, die überhaupt, nebst CALVIN'S Ideen, diesem Entwurf zu Grunde liegt. Unterschrieben wurde diese Kirchenordnung von ungefähr 500 anglikanischen Geistlichen in dem Sinne, dass sie dieselbe für Schriftgemäß und gottgefällig anerkennen, und für ihre Einführung durch die öffentliche Autorität der Obrigkeit und unserer Kirche mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln wirken wollen; inzwischen aber versprachen sie, so weit die Reichsgesetze und der Kirchenfrieden es zulasse, dieselbe beobachten zu wollen<sup>2</sup>).

Die Anzahl der Puritaner war bedeutend, es gab solche in allen Ständen, besonders unter den Gewerbsleuten in Städten und unter den kleinen Eigenthümern auf dem Lande. Selbst das Haus der Gemeinen schien eine Zeit lang diese Grundsätze zu begünstigen, als es im J. 1584, erbittert durch den Widerstand des Oberhauses

<sup>1</sup>) NEAL hat a. a. O. im Anhang zum I. Theil p. 607—623 einen vollständigen Abdruck dieser Schrift mitgetheilt.

<sup>2</sup>) NEAL, I. 623.

und besonders der Bischöfe gegen Abstellung kirchlicher Missbräuche, eine Bill über Prüfung von Candidaten annahm, welche dem Bischof zu diesem Act zwölf Laien beigesellte und die Einführung in's Amt von der Wahl oder mindestens Zustimmung der Gemeinde abhängig machte. Ferner wurde im Unterhaus eine *Bill for Discipline* wenigstens *eingebracht*, welche auf Errichtung eines Presbyteriums (Eldership) in jeder Pfarrei antrug, zu Entscheidung der kirchlichen Gemeindeangelegenheiten mit Appellation an höhere Gerichtshöfe in Klagsachen<sup>1</sup>). Allein auch das führte zu keinem Ziel, es war anscheinend eine blosse Demonstration. Die Massregeln<sup>2</sup> der Regierung gingen fort: die puritanischen Geistlichen wurden abgesetzt (man zählte unter ELISABETH ungefähr 2000 solche Absetzungen), selbst die Presse wurde den Puritanern verschlossen; während papistische Schriften theilweise frei ausgingen, wurden von den Bischöfen alle Schriften der Puritaner unterdrückt. Nachdem viele Gesuche um Erleichterung erfolglos gewesen waren, beschloss 1586 eine Versammlung: Weil die Obrigkeit sich zur Reform der Kirchenordnung nicht herbeilasse, so sei es nach so viel Jahren erlaubt, auch *ohne dieselbe zu handeln*, und, so gut man könne, eine Reform einzuführen. Die Puritaner hielten fest zusammen, unterzeichneten in ihren Vereinen und Klassen die oben erwähnte presbyterianische Schrift und vereinigten sich über gleichmässiges Verhalten, z. B. keine Spaltung zu begehen, an der Gemeinschaft mit der Kirche in Wort und Sacrament festzuhalten, sich keine Auctorität anzumassen, nicht privatum zu taufen u. s. w., letzteres wurde auf einer Provinzialsynode zu Warwick 4. Jun. 1588 beschlossen<sup>3</sup>).

Bemerkenswerth ist, dass, als die Gefahr von Spanien aus und die Armada nahte, die Puritaner ihre Treue und ihren Eifer für die Königin und das Land mit der That bewiesen, indem sie sich bereitwilligst in das Landheer und die Seemacht einreihen liessen, während sie allerdings zugleich Bittschriften um Hülfe gegen die Verfolgung an das Parlament richteten. Ueberhaupt blieb unter allen Verfolgungen ihre Unterthanentreue unbefleckt: sie machten gegen das willkürliche Verfahren der Gerichtshöfe von keinen

<sup>1</sup>) NEAL. 455 f.

<sup>2</sup>) NEAL. I. 483. 491 f.

anderen Waffen Gebrauch, als von Bitten und Thränen, begleitet mit Gründen und Schriftbelegen <sup>1</sup>).

Als aber die Gefahr von aussen vorüber war, gingen die Verfolgungen ihren Gang wieder fort; namentlich gaben die regelmässigen Vereine der Puritaner, ihre Conferenzen, Klassen u. s. w. Anlass zu Verhaftungen, Suspensionen und strengen Untersuchungen. Erst von 1599 an war Ruhe: die Königin war alt, der Thronerbe (JACOB I) selbst ein Puritaner, daher die Bischöfe sachte thaten.

Unter allen Verfolgungen aber war die Partei, welche sich selbst *Reformers* nannte, von Andern aber den Namen „Puritaner“ erhalten hatte, nur erstarkt. Sie waren die entschlossensten Protestanten im Lande, eifrige Calvinisten in Lehre und Verfassungsfragen.

<sup>1</sup>) NEAL. I. 499. 595.

---

## SECHSTES CAPITEL.

### Die Presbyterialordnung in den deutschen Rheinlanden.

---

Abgesehen von *Hessen*, wo schon 1539 eine presbyteriale Gemeindeordnung eingeführt worden war<sup>1)</sup>), sind theils die *rheinische Pfalz* theils der Niederrhein diejenigen Landschaften Deutschlands, in welchen die reformirte Presbyterialordnung eine Stätte gefunden hat.

In der *Pfalz* hatte der Kurfürst FRIEDRICH II (1534—1556) zwischen der römischen Kirche und der Reformation lange geschwankt, und erst nach dem Augsburger Religionsfrieden (1555) sich der evangelischen Lehre entschiedener genähert. Der Neffe OTTO HEINRICH, welcher dem kinderlosen FRIEDRICH II. in der Regierung folgte, bekannte sich schon längst zu der evangelischen Lehre und hatte dieselbe schon in seinem Fürstenthum Neuburg an der Donau eingeführt; nachdem er die pfälzischen Kurlande geerbt (Febr. 1556), machte er eine dem Muster der kirchlichen Einrichtungen von Neuburg, Württemberg und Strassburg nachgebildete Kirchenordnung am 4. April 1556 bekannt, welche im Lehrbegriff und Gottesdienst lutherischen Charakter hat, wobei indessen die meisten Bilder aus den Kirchen weggeschafft wurden. Im Herbst desselben Jahrs fand dann eine Kirchenvisitation durch zwei lutherische Geistliche und zwei Staatsbe-

<sup>1)</sup> S. I. Buch 1. Cap.

amte statt, welche am 4. Nov. über den Erfund an den Kurfürsten Bericht erstatteten; und 8 Tage später richteten sie an ihn ein „Bedenken, wie die Mängel in der Kurpfälzische Kirche zu verbessern seien:“ sie machten darin Vorschläge, theils für theologischen Unterricht, theils für die Verwaltung der Kirchengüter, theils für das Kirchenregiment (Einsetzung eines Ehegerichts und Kirchenraths mit 4 Generalsuperattendenten zum Behuf der periodischen Visitation), vergassen aber doch auch die Gemeindeordnung nicht, denn sie sprachen aus, dass man in jeder Kirchengemeinde neben dem Pfarrer drei *Kirchenälteste* aus ehrbaren Leuten nach Rath der geistlichen und weltlichen Beamten bestellen müsse <sup>1)</sup>). Der letztere Gedanke scheint zwar ohne Erfolg geblieben zu sein, ist aber auch als blosser Vorschlag insofern beachtenswerth, als er, von entschiedenen Lutheranern ausgegangen, eine Gemeindefassung mit Aeltesten empfahl, welche zwar nicht durch Gemeindewahl, sondern durch Bestellung von Seiten der Regierung eingesetzt, christliche Zucht und Sitte handhaben sollten.

Auch OTTO HEINRICH starb, wie sein Oheim, kinderlos, und nun folgte am 12. Febr. 1559 FRIEDRICH III als Kurfürst in der Pfalz. Dieser Regent neigte sich, bei den getheilten Richtungen der Gelehrten in Heidelberg, zu den Anhängern des schweizerischen Lehrbegriffs. Der rheinpfälzische Adel blieb zwar dem lutherischen Bekenntniss treu, und die Stimmung des Volkes war dieselbe; der Kurfürst aber berief immer mehr Theologen und sonstige Gelehrte reformirten Bekenntnisses aus verschiedenen Ländern nach Heidelberg, z. B. im J. 1560 den jungen CASPAR OLEVIAN aus Trier, 1561 den PETER DATHEEN aus Ypern, den er als Erzieher seiner Prinzen anstellte und bald zum Kirchenrat beförderte, und den ZACHARIAS URSINUS aus Breslau, welcher sich damals in Zürich aufhielt, im J. 1562 den LAMBERT PITOPÖUS aus Deventer. Seit dem 4. März 1561 war die ganze theologische Fakultät mit lauter Anhängern CALVINS, an der Spitze den PIERRE BOQUIN aus Bourges, besetzt; auch auf Pfarrstellen in grösseren Städten wurden grösstentheils calvinisch gesinnte Ausländer er-

<sup>1)</sup> VIERORDT, *Gesch. der Ref. im Grossherzogthum Baden*. 1847, S. 339 ff. 402 ff. 447 ff. besonders 454, wo aus dem „Bedenken“, das nur handschriftlich im Archiv der St. Thomaskirche zu Strassburg vorhanden ist, ein Auszug steht.

nannt; überhaupt verstärkte sich durch stetiges Eintreffen von, meist vertriebenen, Reformirten aus Frankreich, den Niederlanden, selbst aus Italien, die reformirte Partei in der Pfalz, während treue Prediger, welche das reformirte Bekenntniss nicht annehmen wollten, ihres Dienstes entlassen wurden, auch einige höhere Staatsbeamte, welche die Massregeln des Kurfürsten nicht billigten, ihre Stellen freiwillig niederlegten. Nach einem öffentlichen Religionsgespräch zu Heidelberg zwischen lutherischen und reformirten Theologen (3-8. Juni 1560) nahm FRIEDRICH III. selbst die reformirte Lehre an, und schritt, während in der Oberpfalz (nördlich von dem damaligen Herzogthum Bayern) Adel und Volk in den Landständen mit Erfolg für das lutherische Bekenntniss sich wehrten, in seiner Rheinpfalz zur Einführung der reformirten Lehre und Gottesdienstordnung: aus den Kirchen wurden jetzt alle Bilder, ferner die Taufsteine und Altäre weggeschafft und nur einfache Tische aufgestellt. Aber in der *Kirchenverfassung* sträubte sich der Kurfürst, den Forderungen der calvinischen Grundsätze praktisch entgegenzukommen. Die im Nov. 1563 erlassene Kirchenordnung<sup>1)</sup>), begnügte sich, in Hinsicht auf presbyterianische Gemeindeverfassung und Kirchenzucht, theils mit Aufstellung theoretischer Grundsätze theils mit blossen Versprechungen. In dieser ist, ohne Zweifel auf Anrathen OLEVIAN's, der sich desshalb von CALVIN die Genfer Kirchenordnung erbeten hatte<sup>2)</sup>), die Aufstellung von Aeltesten vorgesehen, übrigens ohne dass dieser Name selbst gebraucht ist. In dem Abschnitt vom h. Abendmahl wird die Kirchenzucht für nothwendig erklärt, denn zur rechten Verwaltung der Sacramente gehöre nicht blos das *wie?* sondern auch das *wem?* nämlich dass sie nicht solchen Personen gespendet werden, welche Gott zuzulassen verboten hat; darum sei von nöthen, dass die „*Christliche Excommunication*“ in der Kirche nicht allein mit Worten geschehe, sondern auch mit der That vollzogen werde. Allein damit diese Ausschliessung nicht in Missbrauch und Unordnung gerathe, sei vorzüglich erforderlich, „dass sie nicht in eines oder etlicher Kirchendiener oder anderer

<sup>1)</sup> Siehe RICHTER, *evang. Kirchenordnungen*. II. 257 ff. Der berühmte Heidelberger Katechismus, im J. 1562 durch OLEVIAN und URSINUS entworfen, bildete einen integrirenden Theil dieses Kirchengesetzes.

<sup>2)</sup> CALV. *Epp.* ed. Amst. f. 124. — Nov. 1560.

Personen *Macht, sondern bey* einer ganzen christlichen *Gemeine* stehe." — „Derhalben an jedem Ort — — etliche *ehrbare* und *gottfürchtige Männer aus der Gemeine* sollen *verordnet* werden, welche von wegen, und im Namen der ganzen Gemeine neben den Kirchendienern" — treuliche und ernstliche Vermahnung und im äussersten Fall Absonderung von der Gemeinde bei Personen wo es nöthig ist anbringen werden. „Und soll auch, wie hierin procedirt werden solle, *ferner Verordnung geschehen.*" Auch in Betreff der Wahl frommer und gottseliger Männer zum Sammeln und Ausspenden der Almosen „zum Dienst der Armen und notdurftigen Glieder CHRISTI" — ist weitere Verordnung zugesagt <sup>1)</sup> — Hierin, wie in den Fragen 84—85 des Heidelbergischen Katechismus, war die Nothwendigkeit der christlichen Kirchenzucht, welche durch hiezu verordnete Männer aus der Gemeinde, Namens derselben und in Verbindung mit dem Pfarrer, zu üben sei, im Allgemeinen anerkannt. Allein das stand einstweilen auf dem Papier, die Ausführung war noch auf eine besondere Verordnung ausgesetzt. Nun erging aber schon im nächsten Jahr, 1564, die *Kirchenrathsordnung* <sup>2)</sup> und diese führte nichts anderes als ein Consistorium nach lutherischer Art, zur Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments, unter dem Titel „Kirchenrath" ein, dem sofort die Bestellung der Kirchendiener und die Uebung der Kirchendisciplin zugewiesen wurde. In Betreff der Kirchenzucht sind in dieser Verordnung die Aeltesten gar nicht mehr erwähnt, wogegen der Zusage gemäss, die Diaconen oder Almosenfleger allerdings eingeführt sind <sup>3)</sup>. Neben der durch die bürgerliche Obrigkeit zu handhabenden Sittenpolizei, ist in der Verordnung wohl den einzelnen Christen brüderliche Vermahnung unter einander, den Kirchendienern Erinnerung der Fehlenden aus Gottes Wort zur Pflicht gemacht, aber wenn solehe Erinnerung fruchtlos sein sollte, so wird den Kirchendienern und Superintendenten Anzeige an den Kirchenrath befohlen, die schliessliche Excommucation jedoch dem Landesherrn selbst vorbehalten <sup>4)</sup>.

Damit waren eben nicht alle Erwartungen befriedigt. Am 10.

<sup>1)</sup> Bei RICHTER. a. a. O. II. 264 f.

<sup>2)</sup> RICHTER. K. O. II. 276 ff.

<sup>3)</sup> a. a. O. 284.

<sup>4)</sup> a. a. O. 282 f.

Juni 1568 stellte ein calvinisch gesinnter Engländer WITHER, welcher zu Heidelberg studirte, bei seiner Doctorpromotion Sätze auf über die Nothwendigkeit einer durch den Pfarrer mit den Aeltesten zu übenden Kirchenzucht, selbst gegen die Fürsten. Diess gab den Anstoss zu Streitigkeiten über diesen Gegenstand, wodurch sich der Hofprediger OLEVIANUS mit seinem Freunde, THOMAS ERASTUS (LIEBLER), einem zwinglisch gesinnten Schweizer, der als Leibarzt und Professor der Medicin nach Heidelberg berufen worden war<sup>1</sup>), entzweite. Der Kurfürst beendigte den Streit im Sinn OLEVIAN's durch ein Edict von 13 Juli 1570, worin er zur Handhabung der Kirchenzucht in jeder Gemeinde ein Kirchen-collegium bestellen liess und demselben die nöthigen Instructionen ertheilte. Uebrigens wurden die „*Censoren*“ (so hiesen die Mitglieder der Presbyterien) nicht von den Gemeinden gewählt, sondern von der Kirchengewalt selbst auf Lebenszeit bestellt. Ausserdem sorgte der Kurfürst durch Synoden der Geistlichen (ohne Aelteste) und durch Visitation für den Ausbau der Verfassung. Dieser gemäss hatte nun 1. das *Kirchen-collegium* (Presbyterium) unter dem Vorsitz des Pfarrers für den inneren und äusseren Wohlstand der Gemeinde zu sorgen, und die Kirchenzucht bis zum Bann zu üben; es bildete die Grundlage des Ganzen. 2. Für die Gesamtheit der Landeskirche sorgte der *Kirchenrath* in Heidelberg, aus drei Theologen und drei weltlichen Räthen, unter dem Vorsitz eines der letzteren, bestehend und vom Landesherrn besetzt. 3. Zunächst unter dem Kirchenrath standen in den einzelnen Diöcesen *Inspectoren* oder *Superintendenten*, als Vermittler zwischen dem Kirchenrath und den Presbyterien. 4. Eine Verbindung der Geistlichen unter einander nebst den Inspectoren wurde durch „*Convente*“ (Synoden) bewirkt, welche theils Klassenconvente, innerhalb der einzelnen Inspection, theils Generalsynoden waren, aber nur aus Geistlichen bestanden.

Diese gemischte Einrichtung, in der die presbyteriale Gemeindeordnung mit der Consistorialverfassung für das höhere Kirchen-

<sup>1</sup>) Vergl. über denselben VIERORDT, *Gesch. der Ref. im Grossherzogthum Baden*. 1847. S. 474 ff. Dieser Anhänger des Zürcherischen Typus der Kirchenverfassung und Gegner des Kirchenbanns war ein Vorläufer des späteren Territorialismus, und in ganz Grossbritannien bezeichnet man heute noch jede Art von Cäsaropapie nach ihm als Erastianismus.

regiment verbunden ist, wurde nach FRIEDRICH's III Tode (1576) durch seinen lutherisch gesinnten Sohn und Nachfolger LUDWIG VI aufgehoben, aber nach dem Tode des letzteren (1583) durch JOHANN CASIMIR, den Vormund FRIEDRICH's IV, und von 1592 durch diesen selbst, unter einiger Revision, wieder in Wirksamkeit gesetzt <sup>1)</sup>.

Während sonach am Oberrhein durch den überwiegenden Einfluss des Fürsten eine presbyteriale Gemeindeordnung in Verbindung mit landesherrlich consistorialem Kirchenregiment eingeführt worden ist; wurden in die Landschaften am *Niederrhein* die presbyterianen Grundsätze und Einrichtungen zuerst von aussen herein durch fremde Flüchtlinge verpflanzt. Im J. 1545 flüchteten vor der blutigen Verfolgung KARL's V. die ersten evangelischen Niederländer (Wallonen) nach Wesel im Herzogthum Cleve, durften jedoch keine eigene Gemeinde bilden, fanden vielmehr nur unter der Bedingung Schutz beim Rath, dass sie ihre Uebereinstimmung mit dem lutherischen Bekenntniss förmlich bezeugten. Eine zweite, verstärkte Einwanderung, und zwar nicht blos aus den Niederlanden, sondern auch aus Frankreich und England (nachdem Königin MARIA den Thron bestiegen hatte), worunter viele Mitglieder der oben erwähnten Londoner Fremdengemeinde, fand in Wesel und andern rheinischen Städten in den Jahren 1553 und 1554 Statt. Die neuen Ankömmlinge begehrten, dass man ihnen den Gottesdienst in ihrer Sprache und nach ihren reformirten Grundsätzen gestatte; statt dessen erhielten sie, ungeachtet das eingeholte Gutachten MELANCHTHON's für Duldung gesprochen hatte, den Befehl die Stadt zu verlassen; die Vollziehung blieb indessen ausgesetzt. Nun machte aber, unter der Bürgerschaft und den Geistlichen der Stadt selbst, das reformirte Bekenntniss solche Fortschritte, dass Wesel im J. 1564 mit Einführung des Heidelberg-berger Kathechismus förmlich zur reformirten Lehre überging. Jetzt richteten sich die ausländischen Flüchtlinge ungehindert nach ihren kirchlichen Grundsätzen ein, und als 1567 der Herzog von Alba seine schreckliche Verfolgung in den Niederlanden be-

<sup>1)</sup> Vergl. über diesen Gegenstand, ausser VIERORDT, JACOBSON, *Geschichte der Quellen des Kirchenrechts der Provinzen Rheinland und Westphalen*. 1844. S. 682 ff. GÖBEL. *Gesch. des christl. Lebens in der rheinisch-westphälischen evang. Kirche*. 1849. I. 262 ff. HEUSER, *Gesch. der rheinischen Pfalz*. 1845. II. 29 ff.

gonnen hatte, folgte die dritte, nach Tausenden gezählte, Einwanderung von dorther in die Städte des Rheinlandes. Die Fremdlinge constituirten sich nun zu Gemeinden, fühlten aber auch das Bedürfniss eines Zusammenhalts, den sie sich sofort durch Synoden gaben. Am dritten Nov. 1568 traten 46 Prediger und Aelteste von ungefähr 20 Niederländischen Gemeinden aus Holland, Flandern, Seeland, Ostfriesland, Geldern, Frankfurt a. M. und anderen, unter dem Vorsitz des oben genannten PETER DATHEEN, (früher Prediger der Fremdegemeinde zu London, damals Hofprediger FRIEDRICH'S III. von der Pfalz) zu einer *Synode* in Wesel zusammen, die jedoch in Wahrheit nur eine vorbereitende Conferenz war, denn die, in lateinischer Sprache abgefassten, Beschlüsse<sup>1)</sup> setzen nur vorläufig einige Punkte fest, die von einer förmlichen Provinzialsynode für die Niederlande mit kirchlicher Auctorität aufzustellen sein würden. Im Eingang erklären die Versammelten, dass sie die folgenden, auf Einigung in der Kirchenordnung hinzielenden, Punkte auf Grund von Gutachten der best reformirten Kirchen (de quibus apud *optime reformatas ecclesias* consultatum est) aufstellen; und am Schluss betheuern sie feierlichst, lediglich das erwogen zu haben, was den niederländischen Gemeinden frommen dürfte, ohne durch ihre Beschlüsse irgend einer anderen Kirche vorgreifen zu wollen (nullo aliarum ecclesiarum *praejudicio*). Sie befolgten den Grundsatz, dass in allen Dingen, die ihrer Natur nach adiaphora sind und nicht in der Lehre oder dem Vorgang der Apostel sicheren Grund haben, den Gemeinden Freiheit zu lassen sei, hingegen in demjenigen, was auf Gottes Wort, auf dem Gebrauch und Vorgang der Apostel oder beständiger und begründeter Gewohnheit der Kirche beruht, von der hergebrachten Sitte der Kirche nicht willkürlich abgewichen werden dürfe. Hiezu rechnen sie nun die *Aeltestenordnung*, von welcher ein besonderer Abschnitt handelt<sup>2)</sup>, die Aeltesten (nach 1 Cor. XII. 28. 1 Tim. III. 3), welche mit den Geistlichen das Consistorium, den kirchlichen

<sup>1)</sup> *Acta Synodi Wesaliensis*, aus einer Abschrift im weselschen Kirchenarchiv zuerst in KIST en ROYAARDS, *Archief voor Kerkelijke Geschiedenis*. V. 426 ff. abgedruckt und volständig von RICHTER K. O. II. 310 ff. auszugsweise von JACOBSON in angef. Werke *Urkundensammlung*. S. 45 ff. wiedergegeben.

<sup>2)</sup> Bei RICHTER. a. a. O. 314 ff.

Senat bilden, haben den Beruf, einzeln über ihre Bezirke sorgfältig zu wachen, bei den ihnen Anbefohlenen regelmässige Hausbesuche zu machen, Kranke zu besuchen, besonders aber zur Zeit des h. Abendmahls die Communicanten ernstlich zu prüfen und zu ermahnen, erforderlichen Falls zum Zweck gemeinschaftlicher Rüge ihren Amtsgenossen Anzeige zu machen. Es ist desshalb jede Gemeinde in Nachbarschaften zu theilen, und einzelnen Aeltesten zuzuweisen, und zwar sollen diese wissen, dass sie einst vor Gott über die ihnen anvertrauten Seelen werden Rechenschaft zu geben haben. Dagegen sollen sie bedenken, dass Herrschaft und Willkürlichkeit nur ganz und gar nicht zu ihren Amten passt<sup>1)</sup>). Mit der *Wahl* der Aeltesten soll es ebenso gehalten werden wie mit der der Prediger. Ueber die letztere war nämlich bestimmt worden, es wäre freilich das wünschenswertheste, wenn hierin eine gottesfürchtige Obrigkeit in Verbindung mit reiflichem Gutachten der Aeltesten handeln würde; da aber diess kaum zu hoffen sei, und die Mitwirkung der Geistlichen und Aeltesten von mehreren Gemeinden nicht Statt finden könne, bevor ordentliche „Klassen“ errichtet seien; so solle, mit Ausnahme von Fällen, wo Gemeindewahlen ihr Bedenkliches hätten, von den Aeltesten die doppelte Zahl vorgeschlagen und die Wahl selbst von der Gemeinde in einer Abstimmung der Einzelnen vorgenommen werden<sup>2)</sup>). Die Kirchenzucht wurde für so unerlässlich erkannt, dass man beschloss, ernstlich darüber zu wachen, dass keine Gemeinde, die sich bildet, die Kirchenzucht vernachlässige<sup>3)</sup>). Sehr ausführlich ist das *Diaconen*-amt, welches nach CALVIN als ein in zwei Klassen sich theilendes aufgefasst wird, behandelt, und gefordert, dass diejenigen Diaconen, welche zur persönlichen Einwirkung auf Arme, Kranke, Gefangene berufen werden, nebst Treue und Fleiss, auch die Gabe zu trösten und nicht gewöhnliche Erkenntniss des Wortes Gottes besitzen sollen<sup>4)</sup>). Dem

<sup>1)</sup> Bei RICHTER. a. a. O. 324: *Leges autem condere vel imperium exercere, sive erga ministros collegasque, sive erga ecclesiam, at vel consistorium seu senatum ecclesiasticum pro suo arbitratu cogere, ministris ignorantibus vel absentibus, sciant a suo munere esse quam alienissimum.*

<sup>2)</sup> a. a. O. 311 f. nach der Kirchenordnung der französischen Fremdengemeinde in London, s. oben II. c. 2.

<sup>3)</sup> a. a. O. 316.

<sup>4)</sup> a. a. O. 315.

calvinischen Typus gemäss sind als apostolisch die oft erwähnten vier Aemter der Kirche gezählt, unter denen also auch das der *Doctores et Prophetae* nicht fehlt, ja es ist vorgeschlagen, dass, wo es irgend angeht, ein *collegium prophetarum* aus Geistlichen und Doctoren, Aeltesten, Diaconen und schrifterfahrenen Gemeindegliedern gebildet werden solle, das alle Wochen, mindestens alle 14 Tage, eine öffentliche Versammlung zur Bibelerklärung halten solle. Wenn Lehr- oder Kultusfragen vorkommen, Geister und Lchren zu prüfen sind, so müssen die Doctoren und Propheten vom Consistorium zugezogen werden <sup>1)</sup>). Klassen-convente und Provinzialsynoden regelmässig zu halten, erachtet die Versammlung, besonders zum Behuf der Kirchenzucht, für höchst erspriesslich, überlässt jedoch förmliche Bestimmungen darüber der künftigen ordentlichen Synode <sup>2)</sup>).

Diesen Beschlüssen der Weseler Synode lag in der Hauptsache die Londoner Kirchenordnung von LASKY zu Grunde, übrigens wurde dieselbe theilweise mit den Einrichtungen der Londoner Wallonengemeinde combinirt, aber auch der Mitwirkung einer reformirten Obrigkeit für andere Zeiten eine Stelle offen gelassen, welches letztere der in Genf thatsächlich bestehenden Verfassung entsprach <sup>3)</sup>).

Die beabsichtigte förmliche *Synode* wurde zu *Emden* in Ostfriesland im Oct. 1571 gehalten, einer Stadt, deren Lage für diese Versammlung sich vorzüglich eignete, während zugleich der Kirchenrath derselben bei den Reformirten weit und breit in hohem Ansehen stand. Die Versammlung war unter diesen Umständen von weither stark besucht; sie hat, unter dem Vorsitz CASPAR'S von DER HEYDEN (HEIDANUS, früher Mitglied der Londoner Fremdengemeinde, damals Prediger zu Frankenthal in der Pfalz), theils die vorläufig entworfenen Umrisse der Kirchenordnung endgültig festgestellt, theils auf dieser Grundlage die niederländische reformirte Kirche synodal organisirt <sup>4)</sup>). In ersterer Beziehung sind

<sup>1)</sup> a. a. O. 312.

<sup>2)</sup> a. a. O. 317.

<sup>3)</sup> Vergl. über die Weseler Synode JACOBSON a. a. O. S. 77 f. GÖBEL a. a. O. I. 408. ff.

<sup>4)</sup> Die Verhandlungen der Synode, „Geschicht und Verhandlungen deren Niederländischen Kirchen so unter dem Kreutze durch Deutschland und Ostfriesslandt verspreitet, gehalten zu Emden“ hat in hochdeutscher Sprache zuerst JACOBSON,

die Grundsätze der Presbyterial- und Synodalverfassung ausführlich dargestellt, und dabei angeordnet, dass in der Regel die Hälfte der Aeltesten und Diaconen wechseln soll, den Gemeinden aber, „so insonderheit unter dem Creutz,” erlaubt sein solle ihre Aeltesten länger in Amt zu lassen <sup>1)</sup>). In Orten, wo noch kein Diener des Worts angestellt werden kann, sollen die benachbarten Geistlichen Personen die lesen können (schottische *Readers*), auch Aelteste und Diaconen setzen, auff dass also letztig eine Kirche versamlet werde <sup>2)</sup>). Dass nicht blos die „Diener“ d. h. Pfarrer, sondern auch Aelteste zur „Disciplin und Straffe der Kirchen“ mitzuwirken haben, und welches das Verfahren dabei sein solle, ist ausdrücklich verordnet <sup>3)</sup>. Die Gleichstellung aller Beamten der Kirche und aller Gemeinden unter einander, mit Verwarnung vor dem Trachten nach einem Primat, ist wie in der französischen Kirchenordnung, (die vielfach als Muster gedient zu haben scheint), an die Spitze des Ganzen gestellt.

Als ihre zweite Hauptaufgabe betrachtete es die Synode, für gegenseitiges Zuzammenhalten und *gegliederte Verbindung* der dazu gehörigen *Gemeinden* zu sorgen. Es wurde daher angeordnet, 1. dass regelmässige Zusammenkünfte von seiten benachbarter Gemeinden vierteljährlich oder halbjährlich gehalten werden sollen. Bei diesen „Quartierten beykunsten“ (Klassenconventen) soll nach der vom Ortspfarrer gehaltenen Predigt der durch Wahl zum „Vorweser“ Verordnete über den inneren und äusseren Zustand jeder Gemeinde Umfrage halten, worauf Gegenstände, die von den Consistorien der Gemeinden nicht bereinigt werden konnten, erledigt, nöthigenfalls Absetzung oder Wiedereinsetzung von Pfarrern verfügt, auch wichtige Lehrfragen besprochen werden <sup>4)</sup>). 2. Jährlich sollen *Provinzialsynoden* gehalten und von jedem Quartier durch zwei Geistliche nebst zwei Aeltesten oder „Diaken,” oder mindestens durch einen Geistlichen und einen Aeltesten oder Diacon, welche bei der Quartierversammlung erwählt worden sind, beschickt werden. Der Präses der letzten Synode spricht in Be-

*Quellen u. s. w. in der Urkundensammlung S. 50—72 abgedruckt, und RICHTER, ev. K. O. II. 338 wiedergegeben.*

<sup>1)</sup> Bei RICHTER. a. a. O. S. 340.

<sup>2)</sup> a. a. O. 342.

<sup>3)</sup> S. 341.

<sup>4)</sup> Art. 7. 81—85. S. 339 f. 345.

ziehung auf die Wahl des neuen Präses, Beisitzers und Schriftführers ein Gebet; nach erfolgten Wahlen spricht der neugewählte Vorsitzende ein zu der ganzen Verhandlung passendes Gebet und leitet hierauf die Verhandlungen und Abstimmungen; mit der Synode hat auch sein Amt ein Ende. Die abgeordneten Aeltesten und Diaconen haben in allen Sitzungen das gleiche Stimmrecht wie die Geistlichen. Alle Sitzungen eröffnet der Präses mit Gebet und schliesst sie mit Danksgugung. Zuerst soll verhandelt werden, was in die Lehre, sodann was in die Kirchenordnung einschlägt, und zuletzt was „partikulare Thaten und Sachen“ sind. Vor dem Schluss der Synode ist eine Gemeinde zu bestimmen, welche die nächste Provinzialsynode ausschreiben und vorbereiten wird <sup>1)</sup>.

3. Alle zwei Jahre soll eine *Generalsynode* statt finden, deren Mitglieder nicht von dem Quartieren, sondern von der ganzen Provinz (ohne Zweifel von der Provinzialsynode) erwählt und abgesandt werden, um über dasjenige zu beschliessen, was in den Provinzialsynoden nicht hatte erledigt werden können <sup>2)</sup>.

Um diese synodale Ordnung ins Werk zu setzen, theilte die Emdener Synode sofort die zu ihr gehörigen Gemeinden in grössere und kleinere Landschaften und Bezirke ab. Die drei *Provinzen* sind: 1. Deutschland und Ostfriesland; 2. Niederland selbst (Belgium); 3. *England*. Letztere Provinz war noch nicht eingerichtet, allein man beschloss (Art. 12) die englischen Gemeinden (natürlich die presbyterian verfassten) zu vermahnen, dass sie sich in Quartiere abtheilen möchten. Die „*Kirchen unter dem Kreuz*“ d. h. die *Niederlande* zerfielen in vier Quartiere oder Klassen: 1. Brabant, 2. beide Flandern, 3. Welsch Niederland, 4. Holland und Westfriesland. Die *deutsche Provinz* wurde in folgende Quartiere getheilt: 1. das *Pfälzische* (zwei Gemeinden in Frankfurt, Schönhofen, die welsche Gemeinde zu Heidelberg, Frankenthal und St. Lambert); 2. das *Jülichsche* (zwei Gemeinden in Cöln, zwei in Aachen, Maastricht, Limburg, Neuss und andere in Fürstenthum Jülich); 3. das *Clevische* (Wesel, Emmerich, Goch, Rees, Gennep und andere); 4. die *Emdischen* d. h. ostfriesischen Fremdgemeinden aus Brabant, Holland und Westfriesland. In jedem Quartier wurde eine Gemeinde bezeichnet,

<sup>1)</sup> S. 340. 345 f. Art. 8. 86 ff.

<sup>2)</sup> Art. 9. 108. Seite 340 347.

an die man sich im Namen der übrigen zu wenden habe, also eine Art Vorort; nämlich in Deutschland: Heidelberg, Cöln, Wesel. und Emden; in den Niederlanden: Antwerpen, Dornach, Alckmar (Art. 10 und 11. 79 und 80).

Diese organisatorischen Synodalbeschlüsse sind, (wie auch die ihnen zu Grunde liegenden Artikel der frühesten niederländischen Synoden, s. unten) unverkennbar der *französischen Kirchenordnung* nachgebildet: denn die Bestimmung des gegenseitigen organischen Verhältnisses zwischen Consistorium, Quartier, Provinzial- und Generalsynode; die Art wie die beiden letzteren vorbereitet werden, und andere Punkte sind auf Grund der Erfahrungen und der Uebung, die in Frankreich sich bereits gemacht hatten, angenommen. Tritt ja doch die innere und äussere Verbindung mit der reformirten Kirche Frankreichs auf der Emdener Synode sichtbar hervor, indem nicht allein das niederländische Bekenntniss (*Confessio belgica*) sondern auch, „um die Einigkeit und Vergleichung der Niederländischen Kirchen mit den französischen zu bezeugen“ — das Bekenntniss der französischen Kirche von sämtlichen Mitgliedern der Synode unterzeichnet wurde, in der gewissen Zuversicht, dass auch die französischen Prediger das niederländische Bekenntniss zur Bezeugung der Einigkeit unterschreiben würden. Diesen Beschluss sollten PETRUS DATHENUS und JOHANN TAFFINUS der nächsten französischen Nationalsynode mittheilen (Art. 2 und 3) <sup>1)</sup>.

So war denn sowohl die oberrheinische als die niederrheinische reformirte Kirche Deutschlands der Gesamtheit der niederländischen Kirchen einverlebt worden, und wir haben somit das eigenthümliche Verhältniss vor Augen, dass die presbyterian verfasste reformirte Kirche des deutschen Rheinlandes durch evangelische Flüchtlinge vom Ausland her ins Leben gerufen wurde, und zwar mit Synoden, die auf deutschem Boden gehalten worden sind; die presbyterianen Kirchen am Niederrhein waren ursprünglich Tochtergemeinden einer in diesem Augenblick aus ihrer eigenen Heimath vertriebenen auswärtigen Landeskirche. Uebrigens hat die neue Kirchenordnung auch nachher, als die Niederländer wieder ihre Heimath aufsuchen konnten, in diesem Theile Deutschlands selbständig und beharrlich fortgedauert. Hieron gibt die fernere Geschichte der einzelnen Landschaften am Niederrhein Beweis.

<sup>1)</sup> Vergl. *Ned. Archief.* IX. 118.

In dem „Clevischen Quartier,” oder dem *Herzogthum Cleve* wurde schon im nächsten Jahr nach der (für diese reformirten Kirchen „constituirenden“) Emdener Synode, am 29. u. 30<sup>ten</sup> Juli 1572 der erste *Klassicalconvent* zu Wesel unter dem Vorsitz des Predigers der welschen Gemeinde daselbst, KARL NYELLIUS gehalten. Man verpflichtete sich auf die belgische Confession und die Emdener Artikel, begründete eine ordentliche Kirchenzucht, und suchte die presbyteriale Ordnung in den einzelnen Gemeinden durchzuführen. Von da an wurden, mit Ausnahme des Jahrs 1573, regelmässig zwei Versammlungen jährlich zu Wesel gehalten, bis vom Jahr 1586 an Drangsal, die von dem herzoglichen Hof und den Beamten ausgingen, die Zusammenkünfte verhinderten, und von 1592 an dieselben nur spärlich besuchen liessen, indem viele Gemeinden ihres Gottesdienstes beraubt, die Geistlichen getödtet oder vertrieben, die Gemeinden mit Gewalt in die katholische Kirche zurückgeführt wurden; doch gelangten 1599 die Protestanten zu Wesel wieder zum Besitz ihrer Kirchen, und von dort aus wurde dann auch für Wiederherstellung der andern zerstreuten Kirchen gesorgt<sup>1)</sup>). Die Beschlüsse der Klasse, welche sich auf verschiedene Seiten der Gottesdienstordnung, des Eherechts, der christlichen Zucht und Verfassung bezichen<sup>2)</sup>), dienten nebst den Vorschriften der niederländischen Synoden<sup>3)</sup>), und eignethümlichen örtlichen Satzungen zur Richtschnur des kirchlichen Lebens. Nur ein einzelner Beschluss, der die Gemeindeordnung

<sup>1)</sup> Hier und im Folgenden ist JACOBSON unser Gewährsmann in der schon öfters angeführten „Geschichte der Quellen des evang. Kirchenrechts der Provinzen Rheinland und Westphalen“ (S. bcs. S. 80—100) — einem Werk, das an Gründlichkeit und Urkundlichkeit, an umfassendem Eingehen auf alles Einzelne, zugleich an Klarheit und Uebersichtlichkeit, seines Gleichen sucht.

<sup>2)</sup> Auszüge aus den Protokollen gibt JACOBSON in der „Urkundensammlung.“ S. 72 f.

<sup>3)</sup> In den Acten der Klasse ist auf die Beschlüsse der Dortrechter Synode von 1578 mehr als einmal ausdrücklich Bezug genommen; und dass die niederländischen Synodalbeschlüsse zum Gebrauch der Rheinischen Reformirten vervielfältigt wurden, bezeugt die Notiz, welche einer Copie der Beschlüsse der Middelburger Synode (1581) im Archiv der rheinischen Provinzialsynode zu Barmen beigefügt ist: „Gecopiert tot onderrichtung vnd troest aller Jnwoener des Fürstenthums Cleve, welche begeren van Harten alle Sunden te flyhen durch irer aller Mitbröder Nic. PANCRATIUM 28. Sept. 1581“ — bei JACOBSON, *Gesch. der Quellen u. s. w.* S. 80. Anm. 17.

betrifft, möge der Merkwürdigkeit halber erwähnt werden, nämlich: dass man in Nothfällen auch solche zu Aeltesten wählen dürfe, die nicht lesen und schreiben können<sup>1)</sup>.

Im *Herzogthum Berg*, wo zwar frühe schon Reformirte sich fanden, aber unter dem auf den Protestantischen diesen Gegend lastenden Druck manche Gemeinden nur mit grosser Gefahr im Geheimen sich erhalten konnten, gelangten die reformirten Gemeinden zeitig auch zur Presbyterialverfassung. Einzelne derselben standen anfangs mit der Jülicher Synode in Verbindung, bis durch Betreiben des JOHANN BADIUS, der jetzt Prediger in Cöln war, in Berg selbst eine Provinzialsynode gebildet und der bisherige Synodalverband mit dem Jülichschen gelöst wurde, ohne jedoch die brüderliche Verbindung mit den benachbarten reformirten Quartieren und die gegenseitige Beschickung der Synoden aufzugeben. Die erste bergische Provinzialsynode, am 21<sup>ten</sup> Juli 1589 zu Neviges in der Grafschaft Hardenberg unter dem Vorsitz von BADIUS gehalten, und durch die Gemeinden Sonnborn, Schöller, Elberfeld und Mettmann beschickt, nahm die Emdener Artikel an (wodurch sie sich der niederländischen reformirten Kirche anschloss), führte in jeder Gemeinde Aelteste und Kirchenzucht ein, und beschloss, alle drei Monate einen Convent zu Neviges zu halten, was schon 1591 auf einen jährlichen Provinzialconvent beschränkt wurde. Die presbyterianischen Einrichtungen wurden nach und nach eingeführt, aber noch im J. 1594 musste die Synode Aufstellung von Consistorien in jeder Gemeinde in Erinnerung bringen.

Die Reformirten im *Herzogthum Jülich* waren eine Zeit lang an Zahl so gering, dass sie keine selbständigen Gemeinden zu bilden vermochten, sondern durch Geistliche aus benachbarten Orten sich bedienen lassen mussten. Dieser Umstand führte eine Verbindung einzelner Gemeinden unter einander herbei, welche nach örtlichen und Zeitverhältnissen mannigfachem Wechsel unterlag. Die ersten festen Standorte reformirter Geistlichen, und dadurch gewissermassen die Mutterkirchen der reformirten Gemeinden im Jülichschen, von denen zugleich die ganze Gliederung des Synodalen Verbandes ausging, waren: Aachen, Cöln, Düren, Gladbach, Sittard-Heinsberg, Bedbur-reiferscheid u. a. Schon vor der Emdener Synode wurde (3. Juni 1571) zu Bedbur-

<sup>1)</sup> JACOBSON, in der *Urkundensammlung*. S. 74.

reisverscheid unter dem Schutz und auf dem Gebiete des Grafen HERMANN I. von Meurs ein Klassenconvent der Bezirke Aachen, Köln, Düren, Jülich und Neuss gehalten. Die Synode zu Emden vereinigte hierauf die beiden Gemeinden zu Köln und die beiden zu Aachen, nebst andern Gemeinden im Jülich'schen (s. oben) zu dem zweiten Quartier der „Niederländischen Kirchen durch Deutsch- und Ostfriesland verspreit.“ Diese Cölnische oder Neussische Klasse, die im J. 1572, 63 Pfarrer zählte, zerfiel wieder in vier kleinere Quartiere: das Maassquartier, das Jülicher Mittelquartier, das Erftquartier, das Gladbacher Quartier. Weil, wie schon bemerkt, an vielen Orten das Häuslein der Reformirten noch klein war, und vielfach mehrere Ortschaften durch *einen* und denselben Prediger geistlich besorgt wurden, so traf man die Einrichtung, dass jede Ortschaft, wo Reformirte wohnten, einen oder mehrere Aelteste haben sollte, die ein Presbyterium bildeten, welches „*Specialconsistorium*“ hiess; die Theilgemeinden, welche durch *einen* Geistlichen bedient waren, galten dann in ihrer Gesamtheit als *eine* Kirche, und ihre sämtlichen Aeltesten bildeten mit dem *einen* Geistlichen das Consistorium, welches sonach in der That ein Quartier-consistorium war. Erst als jede Gemeinde regelmässig auch ihren eigenen Geistlichen bekam, gehörte dieser mit zum Specialconsistorium; dadurch veränderte sich das Verhältniss der Bezirke: das Consistorium (== Quartier-consistorium) wurde nun zur *Klasse*, und was bisher Klasse gewesen war, zur Provinzialsynode. So machte die Presbyterialverfassung dieser Landschaft stetige Fortschritte in ihrer Gliederung, bis die reformirte Kirche Jülich's im J. 1610 vollständig ausgebildet war. Seit 1571 wurden die Klassenconvente regelmässig gehalten, man nahm 1572 die niederländische Confession und die Emdener Artikel an, wie auch später die Beschlüsse der Dortrechter und der Middelburger Synode (1578. 1581), so dass die Jülich'sche Synode ein Glied der niederländischen reformirten Kirche ausmachte. Jährlich wurden 3 Versammlungen gehalten, in der Art, dass die Mitglieder der Consistorialquartiere nach einer bestimmten Reihenfolge bei der Synode erschienen. In den Jahren 1581 ff. so wie von 1597 an traten solche Zeiten des Drucks und der Verfolgung ein, dass die Convente, deren Fürsorge für verwaiste und heimliche Kirchen doppelt nöthig war, unter den grössten Gefahren und mit ausgedachten Vorsichtsmassregeln für die Abgeordneten gehalten, oft

auch der Gefahr wegen nur schwach besucht wurden. Aber selbst in dieser bedrängtesten Zeit wurde auf kirchliche Zucht und christliche Sitte in den Gemeinden gehalten, und das Presbyterial- und Synodalregiment leitete mit straffen Zügen die Gemeinden zu Gottesfurcht und strenger Sittlichkeit an.

Die Synoden der deutschen niederrheinischen Kirche standen, einerseits mit der reformirten Kirche in den Niederlanden, andererseits mit der Reformirten in der Pfalz, in steter Verbindung und lebhaftem Verkehr: es wurden Prediger aus der Pfalz erbeten, Candidaten dort ordinirt und schwierige Fragen häufig entweder der theologischen Fakultät zu Heidelberg oder den pfalzgräflichen Theologen zur Entscheidung vorgelegt.

Während des 16. Jahrhunderts ist, ausser der Pfalz und den zu der jetzigen preussischen Provinz Rheinland gehörigen Gebieten, auch in einem Theil des westphälischen Kreises die presbyteriale Gemeindeordnung einheimisch geworden. Graf ARNOLD VON TEKLENBURG hat in der Grafschaft, welche zuvor lutherisch gewesen war, das reformirte Bekenntniss (1588) förmlich eingeführt und durch eine Kirchenordnung fester begründet<sup>1)</sup>), in welcher „die christliche Strafe und Excommunication“ für unerlässlich und göttlich verordnet erklärt wird, mit dem Beifügen, dass sie nicht in *eines* oder etlicher Kirchendiener Macht stehe, sondern bei der ganzen Gemeinde. Deshalb seien nach Nothdurft eines jeden Orts aus der Gemeinde gottselige Männer, „Seniores oder Eltisten“ zu erwählen, die nebst den Kirchendienern ein Aufsehen auf die Gemeinde haben. Zur Synodalverfassung wurde diese Gemeindeordnung erst im 17. Jahrhundert weiter entwickelt.

Aehnlich war der Umschwung, welcher in *Nassau* vor sich ging. Auch hier hatte die sächsische Reformation Eingang gefunden, und alle kirchlichen Einrichtungen stimmten damit überein, bis unter JOHANN VI. dem Älteren der Hofprediger und Superintendent NOVIOMAGUS unter Beistimmung des Grafen zuerst calvinische Kultusformen (1577), darauf die reformirte Lehre, und (1578) eine Verfassung mit Kirchenzucht und Presbyterien einführte. Verschiedene Berathungen über das Kirchenregiment fanden in der Generalsynode zu *Herborn* 1586 ihren Schluss. Hier

<sup>1)</sup> JACOBSON, *Quellen u. w.* S. 404 f. *Urkundensammlung* S. 392 f. RICHTER. *K. O.* II. 476 ff.

waren Geistliche aus Nassau, Wittgenstein, Solms und Wied unter dem Vorsitz CASPAR OLEVIAN's versammelt. Ihre Beschlüsse machten die vollständige, nicht blos presbyteriale, sondern auch synodale Kirchenverfassung, in bündiger Form geltend. Zugleich wurden die Beschlüsse der niederländischen Synode zu Middelburg (1581) mit den erforderlichen Abänderungen als Kirchengesetz angenommen <sup>1</sup>).

Indessen hat es auch in anderen Gebieten des lutherischen Deutschlands nicht an Freunden der Kirchenzucht und einer dazu dienenden Aeltestenverfassung der Gemeinden gefehlt. Hievon ist einmal der wackere ERASMUS SARCIERIUS (†. 1559) ein lebendiger Zeuge <sup>2</sup>), ein Mann, der bei streng lutherischer Richtung hinsichtlich der Lehre, für Herstellung einer geeigneten Zucht und Verfassung in der lutherischen Kirche mit Schrift und That eifrig wirkte, und die Ueberzeugung festhielt, dass der eigentliche Bann nicht dem Pfarrer sondern der Kirche gebühre, und dass jede Gemeinde Aelteste haben sollte als einen Ausschuss, bestehend aus den Sendschöffen und andern gottesfürchtigen, ehrbaren Männern, die dann die Kirche repraesentirten; der Bann selbst aber könne durch die *Consistorien* ausgesprochen werden; und hiemit vereinigte SARCIERIUS die presbyteriale Gemeindeordnung mit dem consistorialen Kirchenregiment.

Interessante Verhandlungen und ernstliche Bestrebungen im gleichen Sinn haben in den fünfziger Jahren in Württemberg Statt gefunden. Zwei würdige Stadtgeistliche, Dr. JACOB ANDREAE, Pfarrer zu Göppingen, und dessen Schwager CASPAR LYSER, Pfarrer zu Nürtingen, vermissten eine kirchliche Zuchtanstalt in den Gemeinden und nahmen Anstoss daran, dass selbst gegen offenbar Lasterhafte keine Excommunication verfügt werde; ferner missfiel ihnen, dass die Gemeinden bei Besetzung der Pfarrstellen keine Stimme haben und anderes mehr. LYSER schrieb in dieser Sache den 27<sup>ten</sup> Febr. 1554 an CALVIN und bat ihn, sich bei BRENTZ, der jetzt Propst an der Stiftskirche zu Stuttgart war, für Abstellung solcher Misstände zu verwenden. CALVIN antwortete ihm (Aug. 1554)

<sup>1</sup>) JACOBSON, *Gesch. der Quellen* 659 ff. RICHTER, *ev. K. O.* II. 473 ff. theilt die K. Ordnung der Herborner Synode im lat. Original mit.

<sup>2</sup>) Vergl. ENGELHARDT, *Erasmus Sarcerius in seinem Verhältniss zur Geschichte der Kirchenzucht und des Kirchenregiments in der lutherischen Kirche*, in NIEDNER's *Zeitschr. für hist. Theol.* 1850. 50 ff. bes. 92 ff.

sehr besonnen, und warnte ihn davor, einseitig und ohne Mitwirkung Anderer vorzuschreiten <sup>1)</sup>). Indessen begeisterte eine Schrift VIRET's den Pfarrer LYSER vollends so sehr für die als Organ der Kirchenzucht einzuführende presbyteriale Gemeindeordnung, dass er sich mit einem Gesuch in dieser Richtung schriftlich an den Herzog CHRISTOPH wendete. ANDREAE hatte mit dem Herzog mündlich bereits über die Sache gesprochen. Sie wünschten, zum Behuf der Kirchencensur in jeder Gemeinde ein Collegium von 6—8 Personen zu errichten, das aus den Predigern und aus rechtlichen Männern von der Gemeinde bestünde, wöchentlich zusammenkäme und die rohen Sünder nicht blos, wenn sie zum h. Abendmahl gehen wollten, ausschliessen sollte, sondern sie auch vorladen und, wenn sie sich nicht bessern würden, dem Satan übergeben dürfte. Der Herzog selbst war für den Vorschlag, die Räthe aber widersetzten sich nachdrücklich. Namentlich BRENZ erklärte sich aufs bestimmteste dagegen. Er behauptete, in der alten Kirche sei nicht in jedem Dorf oder Städtchen, sondern nur in den bedeutenderen Städten, wo Bischöfe ihre Sitze gehabt, ein Consistorium gewesen. Auch gebühre es einem Pfarrer nicht, ein neues Consistorium und neue päpstliche Canones in seiner Kirche einzuführen; die Excommunication gehöre vor den Kirchenrath und den Convent der Generalsuperintendenten. Das Uebrige für Kirchenzucht geschehe, der Landesordnung gemäss, durch die bürgerliche Obrigkeit. Die ganze Einrichtung wäre eine sehr gefährliche Neuerung.— So hat der selbe BRENZ, welcher als Pfarrer zu Hall 28 Jahre früher einen im Wesentlichen gleichen Plan empfahl <sup>2)</sup>), nachdem inzwischen die Consistorialverfassung Bestand erlangt hatte, sich der Einführung einer presbyterialen Gemeindeordnung beharrlich widersetzt. Der fromme Herzog aber, dem die Einführung einer eigentlich kirchlichen Zucht ein Anliegen war, und der für allgemeine Anordnung einer solchen auch bei andern evangelischen Ständen wirkte, brachte die Sache später wieder zur Sprache und fügte, als seine Räthe sich abermals dagegen erklärten, die Bemerkung

<sup>1)</sup> CALVINI *Epistolae*. ed. Amstel. 81 f. — Ein Druckfehler in dieser Ausgabe erbt sich ungeschickter Weise fort, weshalb JACOBSON, *deutsche Zeitschrift*. 1853. S. 92: „LIZARUS, Pastor in Nurlingen“ schreibt, während LYSER zu Nürtingen in Württemberg Pfarrer war.

<sup>2)</sup> S. I. Buch. c. 1.

bei, es sei nicht gut, stets nur bürgerliche Strafen zu verhängen und geistliche Sachen der Obrigkeit zu überweisen, sondern es sollte eine *kirchliche* Censur eingerichtet werden, die sicherlich von bedeutender Wirkung sein würde <sup>1</sup>). — Der Herzog konnte aber nicht weiter erzielen als die in seiner grossen Kirchenordnung von 1559 enthaltenen Bestimmungen über Kirchencensur, wonach eine von den Amtleuten bestrafte Person, wenn sie sich doch nicht bessert, von ihrem Pfarrer, sodann vom Specialsuperattendenten in Verbindung mit dem Pfarrer und zwei Rugrichtern desselben Orts, endlich vom Kirchenrath, Consistorium und Convent der Generalsuperattendenten ermahnt und von letzterem im äussersten Fall excommunicirt werden solle <sup>2</sup>). Ebenso wie hier ist es auch in anderen lutherischen Landeskirchen gewesen. die Consistorien liessen eine presbyteriale Gemeindeordnung zum Behuf der von der landesherrlichen Kirchenbehörde unabhängigen Kirchenzucht nicht aufkommen. Die presbyteriale und synodale Verfassung musste vorerst in rein reformirten Gebieten wirken und sich erproben.

<sup>1</sup>) Die Worte Herzog CHRISTOPH's, bei SATTLER, *Geschichte der Herzöge zu Württemberg* IV. 118, lauten wörtlich so: »Meine Intention allezeit gewesen ist, und noch ist, dass eine allgemeine christliche Vergleichung und Censur bei den Augsburgischen Confessions-Verwandten angerichtet werde, damit die Laster beträft, und der gemeine Mann davon abgehalten werde. Dann es, so wahr Gott ist, nicht thut, stetigs mit dem Thurm und in Sekel zu strafen und die *geistlichen Sachen* dem *politischen Magistrat* aufzubürden, sondern es muss eine mehrere ecclesiastica censura angerichtet werden, da dann die ruch- und gottlosen auch publice reprehendirt und gestraft werden. — Es thäte mancher diess und jenes nicht, wo er wüsste, dass er von der Gemeine Gottes, des Herrn Nachtmahl, der Gevatterschaft und anderer christlicher Versammlung ausgeschlossen sein sollte, bis auf Besserung u. s. w.

<sup>2</sup>) Vergl. HARTMANN und JÄGER, JOH. BRENZ. II. 285 ff. REYSCHER, *Sammlung der württ. Gesetze*. VIII. 265. IX. *histor. Einleitung* (v. EISENLOHR) S. 98 f.



## SIEBENTES CAPITEL.

**Kämpfe für und wider die Presbyterial- und Synodalverfassung in den vereinigten Staaten der Niederlande.**

---

In den Niederlanden, wo längst bürgerlicher Freiheitssinn und municipale Rechte zu Hause waren, wo im 15 Jahrhundert so bedeutende „Reformatoren vor der Reformation“ gelebt und *gewirkt* hatten, fanden LUTHER's Schriften sehr frühe so starken Anklang, dass die allerersten Märtyrer, welche die evangelische Kirche gehabt hat, die zwei am 1. Juli 1523 in Brüssel verbrannten Augustinermönche HEINRICH VOES und JOHANN ESCH gewesen sind. Schon in den fünfziger Jahren gewannen aber die calvinischen Grundsätze Eingang und in dem nächsten Jahrzehent immer breiteren Boden<sup>1)</sup>. Schon vom J. 1562 an wurde auch der Name: „Calvinisten“ oder „Reformirten“ statt des für die Protestanten bisher gebräuchlichen Namens „Lutheraner“ in den Niederlanden gäng und gäbe<sup>2)</sup>. Es ist aber bemerkens-

<sup>1)</sup> Im Mai 1567 schrieb der katholische Präsident des hohen Rethes in Brüssel, VIGLIUS ZWICHEN VON AYTNA an den niederländischen Rath des Königs, JOACHIM HOPPER, (*Epistolae polit. et hist. ad JOACH. HOPPERUM*, Ep. 34): *Confessioni Augustanae paucissimi corum adhaerent, sed Calvinismus omnium pene corda occupavit. — Ostio per Lutheranos semel patefacto ad ulteriora errorum dogmata omnes progredivintur.*

<sup>2)</sup> Nach GERHARD BRANDT, dem remonstrantischen Kirchengeschichtsschreiber, dessen ausführliche und mit Urkunden und Belegen reichlich ausgestattete *Historie der Reformatie en andere kerkelijke Geschiedenis in en omtrent de Niederlanden*. Amst. 1671 ff. 4. Th. 4° wir öfters benützen. B. I. S. 254.

werth, wie hier die Nationalität mitwirkte. Die calvinische Richtung fand nämlich zuerst in dem südlichen, an Frankreich grenzenden, Theil der Niederlande Eingang, setzte sich namentlich in den grossentheils von Wallonen bewohnten Provinzen Brabant und Flandern fest, wo meist französische, in Genf gebildete Geistliche die Reformation eingeführt hatten, und verbreitete sich erst von da aus langsameren Schrittes in den nördlicheren rein nieder-deutschen Provinzen, in Holland und Seeland, endlich in den übrigen Landestheilen. Gerade die wallonischen Gemeinden waren von den ersten Zeiten an und später noch ächt calvinisch gesinnt. Ein wallonischer Prediger GUIDO DE BRES, war es auch, der (1559) in Gemeinschaft mit einigen Anderen die ursprünglich französisch geschriebene, erst später in's Niederländische übersetzte *Confessio belgica* in calvinischem Geist und mit Rücksicht auf die französische *Confession de foi* verfasst hat. Dieses Bekenntniss wurde 1562 revidirt und dem König zugesendet und schon auf den ersten niederländischen Synoden als anerkanntes öffentliches Bekenntniss der Kirche geltend gemacht. Schon in den nächsten Jahren wurden nämlich Synoden gehalten <sup>1)</sup>), und zwar gerade in den südlichen Provinzen; die Orte der Versammlung waren Tournay, Armentiers, in der Regel jedoch Antwerpen; die Beschlüsse sind in französischer Sprache gefasst; die Mitglieder waren ohne Zweifel meist Abgeordnete wallonischer Gemeinden, welche Genf als erste Auctorität betrachteten <sup>2)</sup>). In Betreff der Kirchenverfassung ist herauszuheben, dass schon die ersten dieser Synoden, vom J. 1563, constituirte Gemeinden mit Aeltesten und Diaconen voraussetzen, und über die Wahl derselben, ihre Rechte und Amtspflichten, ihr Verhältniss zum geistlichen Amt, sodann auch über Provinzialsynoden, Beschlüsse gefasst und theilweise umfassende Kirchengesetze aufgestellt haben, welche unverkennbar den Stempel der calvinisch-französi-

<sup>1)</sup> Prof. KIST in Leyden hat das Verdienst, die Acten dieser Synoden, von denen man vorher kaum irgend etwas wusste, aus dem handschriftlichen *Livre Synodal* der wallonischen Gemeinde zu Leyden veröffentlicht zu haben, in dem von ihm und Prof. ROYAARDS herausgegebenen *Nederlandsch Archief voor Kerkelijke Geschiedenis*. 1849. IX. 113 ff. 125—207.

<sup>2)</sup> *Archief* IX. 131; die Synode von Tournay 1563 beschloss №. 2: Qu'on suivra le conseil de ceux de Genève etc.

schen Kirchenordnung tragen<sup>1)</sup>). Ein Artikel der Classicalversammlung von Brabant, gehalten zu Antwerpen am 27. Dec. 1572, zeigt die erste Spur einer Unterscheidung zwischen französischen und flämischen d. h. niederdeutschen Gemeinden, die übrigens immer noch *eine* Klasse zusammen bildeten<sup>2)</sup>. So schritt dann die calvinische Lehre, Gottesdienst und Gemeindeordnung aus rein französischem Gebiete, durch die Landschaften gemischter Zunge in die rein niederdeutschen Provinzen fort. In diese war aber ursprünglich die lutherische Reformation eingedrungen, und später hatte theils die Melanchthonische, theils die Zwinglische Richtung sich festgesetzt. Daher entstanden denn lang dauernde und mitunter heftige Conflicte, namentlich auf dem Boden der Kirchenverfassung.

Kaum hatte sich die reformirte Kirche durch Annahme ihres Glaubensbekenntnisses innerlich gegründet und durch presbyteriale und synodale Organisation, zunächst in den südlichen Provinzen, äusserlich constituit, kaum war vom protestantischen Adel das „Compromiss“ zum Schutz der religiösen und politischen Freiheit geschlossen (1566), so wurde durch ALBA die protestantische Kirche Niederlands zertreten und zerstreut (1557 ff.), und konnte sich vorerst nur auf deutschem Boden, in Ostfriesland und am Rhein erhalten. Sie that aber auch hier das Ihrige, um sich durch Synoden (Wesel und Emden 1568. 1571) zusammen zu halten und weiter zu organisiren. Erst vom Jahr 1578 an, namentlich aber seit der *Utrechter Union* (1579), wodurch die nördlichen Provinzen sich von Spanien lossagten, kehrten die Flüchtlinge nach und nach in die Heimath zurück.

Schon mehrere Jahre früher (Juni 1574) hatten übrigens die Reformirten von Holland und Seeland ihre erste *Provinzialsynode* zu *Dortrecht* unter dem Vorsitz des **CASPAR VON DER HEYDEN (HEIDANUS)** gehalten: man wiederholte und ergänzte die Emdener Artikel, verpflichtete die Geistlichen zum Gehorsam gegen ihre Klassen und beschloss, dass die Aeltesten und Diaconen nebst den Glaubensbekenntniss auch die Kirchenordnung unterschreiben sollen. Allein diese Synode kam bereits in Con-

<sup>1)</sup> Die umfassendste Kirchenordnung ist in den Artikeln der Synode von Antwerpen vom 1. Mai 1564 gegeben. *Nederl. Archief.* a. a. O. S. 141 ff.

<sup>2)</sup> Art. 4. der genannten *Classical-beschlüsse*. a. a. O. S. 163.

flict mit der Regierung. Sie war zwar mit Vorwissen des Statthalters, Prinzen *WILHELM* von *Oranien*, und der Stände, zusammentreten, hatte aber unabhängig vom Staat gehandelt. Nachher theilten zwei Prediger im Namen der Synode, die Beschlüsse den Provinzialstaaten von Holland und Seeland zur Genehmigung mit, erhielten aber den Bescheid, man nehme die Beschlüsse nicht an<sup>1)</sup>.

Diess war ein Vorspiel von ernsteren Ereignissen, welche in gleicher Art erfolgten. Die reformirte Kirche hatte sich „unter dem Kreuz“ und völlig unabhängig vom Staat gebildet, als der Staat in römischem Interesse despotisch verwaltet wurde. Als die selbst protestantischen Stände der Provinzen mit dem Statthalter das Ruder in die Hand nahmen, die Regierung sich also selbst zum Evangelium bekannte, da hatte die evangelische Kirche zwar Schutz, aber auch Abhängigkeit vom Staat zu gewarten; sie wurde eine Staatskirche. Da die Generalstaaten für die Zeit des Kriegs mit Spanien den Prinzen von *Oranien* als Haupt und höchste Obrigkeit des Landes aufstellten (1575), geschah es mit der ausdrücklichen Bestimmung in Hinsicht der Religion: dass er keine Consistorien oder Kirchenräthe anerkennen solle, es sei denn nach Genehmigung oder Anstellung durch die Stadtmagistrate oder die Staaten (Stände) des Landes. Positiv wurde der Prinz aufgefordert die reformirte Religion aufrecht zu erhalten; er möge zur Beförderung derselben 3—4 geeignete Männer als Generalcommissäre in Religionsangelegenheiten aufstellen, und nach dem Gutachten der Staaten eine zweckmässige Kirchenordnung einführen. Hiemit war die Autonomie der Kirche, ihre presbyteriale und synodale Selbstregierung bedroht, indem nach lutherischen Grundsätzen eine Art landesfürstliches Consistorium beabsichtigt war, oder richtiger, nach zwinglischen Grundsätzen ein den Municipal- und Provinzialobrigkeiten zustehendes Recht oberster und positiver Leitung der Kirchensachen angesprochen wurde. Die altherkömmlich und gesetzlich bestehende Autonomie der Commune und der Provinzialstände, welche zur Zeit der spanischen Inquisition dem Evangelium oft zum Schutz gereicht hatte, stand nun der kirchlichen Freiheit und Autonomie selbst im Wege. Und was die Provinzialstände betrifft, so war ein

<sup>1)</sup> BRANDT a. a. O. I. 554 f.

Punkt der Utrechter Union von tief greifenden Folgen: im 43. Artikel war jeder Provinz Freiheit gelassen die Religion zu regeln<sup>1)</sup>. Diess bezog sich allerdings zunächst nur auf die staatliche Duldung der Protestant en oder Katholiken. Allein die Bestimmung wurde in der Folge so verstanden und vollzogen, als stehe den Provinzialständen das Recht zu, die inneren kirchlichen Angelegenheiten auf ihrem Boden nach Belieben zu regieren. Daher ist nun die Kirchengeschichte Niederlands eine geraume Zeit hindurch die Geschichte des Kampfes zwischen der nach Autonomie in presbyterianer und synodaler Form ringenden Kirche und dem Staat, der in seinen höheren und niederen Organen die Kirchengewalt in Anspruch nahm. Die Synoden einerseits und die Versammlungen der Stände andererseits waren die Kampfplätze; die verschiedenen Kirchenordnungen waren die Resultate des Kampfes. Uebrigens stand es nicht so, dass auf der einen Seite rein die Männer der Kirche, und zwar alle ungetheilt, auf der andern die Staatsmänner und Vertreter der Politischen Körperschaften und des Gesamtstaates, einander gegenüber getreten wären. Vielmehr waren sowohl die Kirchenmänner als die Staatsmänner selbst unter sich getheilt. Innerhalb der Kirche selbst hatte das zwinglische Prinzip eine grosse Partei für sich, und grossenteils fiel, wie wir oben angedeutet haben, der Gegensatz des zwinglischen und calvinischen Princeps über Kirchenrecht mit dem Unterschied der deutschen und französischen (wallonischen) Volksthümlichkeit zusammen. Und was die Staatsmänner betrifft, so waren diese ebenfalls nicht selten getheilt, so dass die Generalstaaten und einzelne Municipalcollegien bedeutender Städte auf die Seite der kirchlichen Autonomie traten gegen die Provinzialstaaten, welche in der Regel die Kirchengewalt für sich ansprachen<sup>2)</sup>. Viele im Land hätten es am liebsten gesehen, wenn die Pfarrer auf die Thätigkeit in Presbyterien und Synoden verzichtet und sich auf Predigt des Worts und Verwaltung der Sacramente beschränkt, dagegen die Ortsobrigkeiten das Kirchenregiment geführt hätten. Das, meinten sie, genüge zur Gewissensfreiheit, während hinter dem Presbyterialwesen hierarchische

<sup>1)</sup> ROYAARDS, *Hedendaagsch Kerkregt bij de Hervormden in Nederland*. I 1834. S. 217 f.

<sup>2)</sup> ROYAARDS, a. a. O. I. 213 ff.

Plane, hinter der calvinischen Kirchenzucht ein neues Mönchsthum steckte<sup>1</sup>).

Dem oben erwähnten Auftrag (1575) gemäss stellte der Statthalter, WILHELM Prinz von *Oranien*, nebst den Staaten von Holland und Seeland, und deren Bundesgenossen eine Kirchenordnung in 40 Artikeln (1576) auf, worin die bekannten 4 Aemter: Pastoren, Lehrer, Aelteste und Diaconen als schriftmässig, und Uebung kirchlicher Zucht als Hauptaufgabe der Aeltesten (Ouderlingen) anerkannt ist; aber die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung sind denn doch der Presbyterialordnung zuwider<sup>2</sup>).

1. Die *Anstellung* der *Geistlichen* ist, unter Beirath der Stadtprediger und der Geistlichen untergebener Orte, den Magistraten anheimgegeben, art. 1—3.

2. Auch die *Aeltesten* sollen durch die Ortsobrigkeit ernannt werden, art. 39.

3. Die örtliche *Gottesdienstordnung* hat ebenfalls der Magistrat nach Massgabe des Raths der Prediger festzustellen, art. 21.

4. Die *Kirchenzucht* soll bei geringeren Vergehen in dem von CHRISTO bezeichneten Stufengang geübt werden; auch sollen die Aeltesten Wandel und Amtsführung der Geistlichen beaufsichtigen: die letzte Entscheidung ist jedoch dem Magistrat vorbehalten, art. 16<sup>3</sup>).

5. Statt synodaler Selbstregierung und gegenseitiger Beaufsichtigung in Klassenconventen ist theils Censur der *Geistlichen* unter einander auf Conferenzen, theils eine jährliche Kirchenvisitation durch 2—3 Geistliche und 2 Aelteste der Bezirkshauptstadt angeordnet, art. 4 eff. 18 f.

So viel springt in die Augen, dass in dieser Verordnung gerade

<sup>1</sup>) PHILIP MARNIX von *Ste Aldegonde*, ein eifriger aber besonnener Presbyterianer, schrieb damals an ADRIAN VON DER MYLE: »wenn Ihr wüsstet, wie verhasst der Name Consistorium, Klasse, ja fast der Name Religion vielen Leuten ist!“ und an CASPAR VON DER HEYDEN schreibt er: »ich bin überzeugt, dass die meisten Magistrate und ein grosser Theil der Stände dieser Kirchenordnung äusserst abhold sind; dennoch sollte es, bei einiger Mässigung und Vertragsamkeit möglich sein, sie ohne grosse Mühe und zu grossem Vortheil für die Kirche zu gewinnen; und darauf sollte man vor allen Dingen hinarbeiten. BRANDT a. a. O. I. 566.

<sup>2</sup>) Siehe den Text dieser Verordnung bei BRANDT. a. a. O. I. 567 ff.

<sup>3</sup>) Art. 16:— doch dat in allen gevalle 't *opperste oordeel* van de straffe altijds aan de *Magistraet* verblijve, bei BRANDT a. a. O. I. 569.

das Wesen der unabhängigen presbyterianischen Kirchenverwaltung aufgehoben und die Kirchengewalt, ganz in zwinglischem Geist, der Obrigkeit, unter dem Beirath der Geistlichkeit, überwiesen ist. Von Interesse ist in dieser Beziehung die ausführliche Begründung, worin unter anderem geltend gemacht ist: von jener haben gottesfürchtige Obrigkeiten das Recht, kirchliche Verordnungen zu erlassen, sich zugeeignet; namentlich haben alle protestantischen Regierungen dasselbe gehandhabt. In der Hauptsache lauft die Begründung der einzelnen Artikel darauf hinaus, dass es höchst bedenklich sei, wenn in *einem* und demselben Gemeinwesen zweierlei Obrigkeit entstehe<sup>1)</sup>.

Diese octroyirte Kirchenordnung blieb auf dem Papier, indem theils äussere Umstände ihre Vollziehung hinderten, theils die Kirche sich den Artikeln widersetzte.

Auf der anderen Seite versuchte die zweite *Dortrechter Synode* (Juni 1578) unter PETER DATHEEN'S Vorsitz, welche als die erste niederländische Nationalsynode gilt und auch von deutschen Gemeinden beschickt war, die calvinische Presbyterial- und Synodalordnung im Sinn der vollen kirchlichen Autonomie durchzuführen; namentlich wurde beschlossen, alle drei Jahre eine Nationalsynode zu halten. Allein so wenig die Kirche die 40 Artikel des Prinzen von *Oranien* (1576) angenommen hatte, so wenig liess jetzt der Staat die Beschlüsse der ohne Erlaubniss der Generalstaaten gehaltenen Synode von Dordrecht gelten<sup>2)</sup>.

Um nicht wieder vergeblich zu verhandeln und zu beschliessen, wendete man sich, als nach 3 Jahren die nächste Generalsynode statt finden sollte, zuvor an die Generalstaaten und bat um Abordnung einiger Mitglieder derselben zu der Synode, um die Verhandlungen mit ihrer Auctorität zu bekleiden. Die Antwort lautete freundlich anerkennend, lehnte jedoch jenen Antrag ab. Hierauf ordnete die angebliche Nationalsynode zu *Middelburg* (1581), die im Grunde nur der Schatten einer solchen war, unter dem Vorsitz des ARNOLD CORNELY, hauptsächlich das Synodalwesen, indem sie die Landeskirche in Provinzialsynoden und die Provinzen in

<sup>1)</sup> Die Anstellung von Aeltesten durch die Obrigkeit betreffend, ist gesagt, bei BRANDT. I. 578: dat andere die (die Aeltesten) souden verkiesen, 't selve kan niet geschieden sonder een schijn van tweederley soorten van Magistraet.

<sup>2)</sup> ROYAARDS. I. 55.

Klassen theilte; in Betreff der Gemeindeordnung bestritt man das Recht der Obrigkeit auf Wahl der Geistlichen, Aeltesten und Diaconen schlechterdings.

Der Prinz von *Oranien* arbeitete indessen, ungeachtet des Misslingens seiner früheren Plane, auf Einführung einer allgemeinen Kirchenordnung hin, setzte im J. 1582 zur Revision der Middelburger Synodalbeschlüsse eine Commission, worunter JOHANN VON OLDENBARNEVELT, nieder; dieselbe war 1583 mit ihrem Entwurf fertig, der aber, weil Prinz WILHELM 1584 durch Meuchelmord starb, wieder nicht in's Leben trat. Dagegen suchte sich DUDLEY *Graf Leicester*, 1585—1587, Landvogt der vereinigten Niederlande, durch Begünstigung der calvinischen Partei Anhang zu verschaffen, berief ohne Vorwissen der Staaten 1586 eine *Synode* im *Haag*, und bestätigte ihre in Betreff der Gemeindeordnung vermittelnde Beschlüsse, was aber bei seiner Rückkehr nach England (1588) ohne Folgen blieb.

So waren alle, einerseits von den Synoden, andererseits von der Regierung gemachten Versuche, eine allgemein gültige und einheitliche Kirchenordnung im Land einzuführen, nach einander gescheitert; man schlug fortan einen anderen Weg ein und entwarf *provinziale* Kirchenordnungen, die denn auch in einigen Provinzen Kraft erhielten<sup>1)</sup>). Die presbyteriale Gemeindeordnung blieb im Allgemeinen herrschend, erlitt jedoch je nach Provinzen, Bezirken und Städten die mannigfältigsten Abänderungen; in der Regel wussten die Obrigkeiten sich einen namhaften Einfluss auf das Kirchenwesen zu sichern.

Es traten nämlich hie und da zwischen der Municipalbehörde und dem Kirchenrath einer Stadt Reibungen und Differenzen ein, die auf tieferen prinzipiellen Gegensätzen beruhten. Von dieser Art waren z. B. die kirchlichen Streitigkeiten, welche in *Utrecht* und *Leyden* ausbrachen.

In *Utrecht* war der Prediger zu St. JACOB, ROBERT DUIFHUIS († 1581) ein Vertreter der antipresbyterianen zwinglischen Richtung. Er liess keine Aeltesten wählen, sondern hielt sich an die althergebrachten „Kirchenmeister,” überliess den Bann der Obrigkeit, drang auf gottseligen Wandel und trieb die Lehre von der Gnadenwahl nicht so stark als Andere, — kurz er war ein Vor-

<sup>1)</sup> ROYAARDS. a. a. O. I. 54 ff.

läufer des ARMINIUS. Gegen vielfache Angriffe der „Consistorialen“ fand er beim Magistrat stets nachdrücklichen Schutz <sup>1)</sup>.

Hartnäckiger gestaltete sich der Streit zu *Leyden* zwischen PETER CORNELISSOHN und CASPAR KOOHLAAS in Betreff der Wahl der Aeltesten, des Einflusses, der dem Magistrat dabei gebühre, und der Unabhängigkeit des Kirchenraths vom Stadtrath. Auch diesen Reibungen lag ein Gegensatz des Prinzips zu Grunde, indem P. CORNELISSOHN für die Freiheit der Kirche, C. KOOHLAAS für die Rechte der Obrigkeit in die Schranken trat. Es kam so weit, dass „die vom Consistorium“ (die Presbyterianer) Aelteste und Diaconen wählten, und ohne Vorwissen des Raths von der Kanzel als gewählt verkündigten, wogegen der Rath zwei Männer, die seiner Entscheidung zuwider das Amt von Aeltesten führten, aus der Stadt verwies. Die Provinzialstaaten von Holland suchten um des gemeinen Friedens willen den 1579 ansgebrochenen Zwist beizulegen; allein die „Herren von Leyden“ gaben nicht nach, verfügten vielmehr gegen CORNELISSOHN erst Dienstentlassung, später sogar Verweisung aus der Stadt. Sie fanden jedoch für nöthig, ihr Verfahren öffentlich zu rechtfertigen durch die Erklärung, dass sie über die Kirche nicht herrschen wollen; allerdings solle CHRISTUS das einzige Haupt der Kirche bleiben, nicht aber etliche Kirchendiener oder „Consistorianen,“ damit nicht diese sich zum Haupt der Kirche aufwerfen und wieder eine Gewissensherrschaft wie im Papstthum aufrichten. Nun wusste zwar der Antwerpener Prediger YSBRANDT BALK einen Vergleich einzuleiten, bei dem das presbyterianale Gemeinderecht ziemlich zur Geltung kam (1580), allein die Synode zu Middelburg (1581) mischte sich in die Sache, und verfügte, mit Bewilligung der Provinzialstaaten von Holland, eine kirchliche Censur wider KOOHLAAS, den die Provinzialsynode zu Haarlem (1582) endlich excommunicirte. Der Magistrat zu Leyden fügte sich trotz alle dem nicht, verwahrte sich gegen das Verfahren der „Kirchlichen,“ wie überhaupt gegen allen Gewissenszwang, und stellte die Auctorität der Synoden, falls sie weder von den General- noch von den Provinzialstaaten berufen und auctorisirt seien, in Frage. Sie erklärten unter anderem: „Wenn wir alles annehmen, was in den

<sup>1)</sup> YPEY en DERMOUT, *Geschiedenis van de Hervormde Christelijke Kerk in Nederland.* II. 68 ff. BRANDT a. a. O. I. 618 ff. 655 f.

Synoden beschlossen wird, so werden wir an Ende *Vasallen der Synode*. Das bürgerliche Regiment muss ungetheilt der Obrigkeit verbleiben und den Kirchenmännern wollen wir Thür und Thor zu einer neuen Meisterschaft über Obrigkeit und Untertanen, Weib und Kind, nicht aufthun.“ Die Prediger und Aeltesten von Holland erklärten in einer Erwiederung, sie wollen den Staaten keine Synodalbeschlüsse aufdrängen; allein wenn man die Tyrannie des Papstthums vermeiden wolle, so könne man in die Willkür der Freigeisterei versallen; sie beghren aber, dass das geistliche Regiment ganz und ungetheilt bei den Kirchenaufsehern bleiben solle. In Leyden blieb übrigens der Widerwille gegen Presbyterialordnung und Kirchenzucht noch lange haften, so dass es noch im J. 1587 daselbst hiess: „lieber die Spanische Inquisition als die Genfische Kirchenzucht!“ <sup>1)</sup>).

<sup>1)</sup>) BRANDT. a. a. O. I. 649 ff. 674 f. 678 ff. 739.



## ACHTES CAPITEL.

**Presbyteriale und Synodale Einrichtungen und Eestrebungen in Polen und Lithauen, Böhmen und Mähren, Ungarn und Siebenbürgen.**

---

In den östlichen Ländern Polen und Lithauen, Ungarn und Siebenbürgen fand die Reformation frühe und schnell Eingang.

In *Polen* hatten sich schon seit einem Jahrhundert Hussiten verbreitet. Nun ging auch das volle Licht des Evangeliums auf, doch vorerst nur für Einzelne, denn vor der Mitte des 16. Jahrhunderts gab es noch keine evangelische *Gemeinden* daselbst. Bald trat aber auch hier eine Verschiedenheit der Richtungen und Bekenntnisse hervor. Nach Grosspolen kam die evangelische Lehre seit 1548 durch flüchtige Böhmen, denn in diesem Jahr waren die böhmischen und mährischen Brüder aus ihrer Heimath vertrieben worden. In Kleinpolen und dem Grossfürstenthum Lithauen gewann von 1530—1540 die schweizerische Reformation mehr Eingang als die lutherische; jedoch gab Sachsen allen drei Provinzen Prediger des Evangeliums. Merkwürdig ist die nationale Wahlverwandtschaft, welche sich hiebei offenbarte: der polnische Adel und überhaupt das slavische Blut ergriff die reformirte Lehre und Kirchenform mit lebhafter Vorliebe, namentlich sagte die freie republikanische Form des Synodalwesens dem polnischen Nationalcharakter weit mehr zu als die lutherische Richtung; hingegen die Deutschen, welche in diesen Ländern zahlreich, besonders als Städtebürger, Gewerb und Handel treibend, ansässig

sind, traten dem lutherischen Bekenntniss bei, dem sie auch treu blieben<sup>1)</sup>). Die drei polnischen Provinzen unterschieden sich, gemäss dem Obigen, in der Art, dass in Grosspolen die böhmischen Brüder, in Kleinpolen und Lithauen die Reformirten vorherrschend wurden; im Jahr 1555 traf PAUL VERGERIO auf einer Reise eine Menge helvetischer Kirchen in Lithauen an; es traten hervorragende Adelsgeschlechter zum Calvinismus über und verlihen denselben das Uebergewicht, z. B. die SAPIEHA's, CHODKIEWICZ's, OGINSKI's, die Fürsten PRUNSKI, NARUSCEWICZ, GORSKI u. a.; namentlich aber begünstigte ihn der bei König SIGISMUND AUGUST von Polen (1548 ff.) unbeschränkten Einfluss geniessende Wojewode von Lithauen, NICOLAUS RADZIWILL CZARNY d. h. der Schwarze, welcher im J. 1553 das reformirte Bekenntniss annahm und im J. 1561 den MARTIN CZECHOWICZ nach Genf sandte, um die dortigen Institutionen genauer zu studiren und sodann in den Kirchen Lithauens einzuführen. Mit grossem Eifer wirkte seit der Rückkehr in sein Vaterland (1556) JOHANN LASKY für die Ausbreitung der reformirten Kirche in Polen, aber auch für Vereinigung der verschiedenen Bekenntnisse daselbst. Denn um der mächtigen Gegner willen war es doppelt nöthig, dass die Evangelischen in Polen ihre zerstreuten Kräfte sammelten und vereinigten, wo möglich in ein Ganzes verschmelzten. Daher traten sie nicht nur überhaupt auf *Synoden* zusammen (die erste evangelische Synode Polens wurde im Oct. 1550 zu Pinkzow im Palatinat Krakau gehalten); sondern arbeiteten insbesondere auf eine Union unter sich hin. Zuerst vereinigten sich die Evangelischen im Königreich, nämlich die Reformirten in Kleinpolen mit den böhmischen Brüdern aus Grosspolen, auf einer im Aug. und Sept. 1555 zu KOSMINEK bei Kalisch gehaltenen Synode. Die böhmischen Brüder legten ihr Glaubensbekenntniss und ihre Kirchenordnung den Reformirten vor, die nach reiflicher Prüfung beide dem Evangelium und dem urchristlichen Gebrauch entsprechend

<sup>1)</sup> REGENVOLSCIUS [WENGERSKI], *Systema historico-chronologicum Ecclesiarum Slavonicarum per provincias varias praecipue Poloniae etc. distinctarum.* Traj. ad Rh. 1652. 4°. bes. im I. Buch. p. 119 ff. JABLONSKI, *Hist. Consensus Sandomiriensis.* 1731. 4°. p. 5 f. KRASINSKI, *Hist. Sketch of the rise, progress and decline of the Ref. in Poland.* 1840. II. 298. HENRY, CALVIN. III. 423 ff. LUKASZEWICZ, *Gesch. der ref. Kirchen in Lithauen.* 1848. I. S. 11.

fanden; darauf hin wurde eine Gemeinschaft zwischen beiden Theilen in der Art geschlossen, dass sie ihre Pfarrer gemeinschaftlich hatten, während im übrigen jeder Theil sein besonderes Kirchenregiment beibehielt. Nachdem diess erreicht war, so wurde ferner eine Union mit den Lutheranern angestrebt, eine Synode zu Wlodislaw beschloss, die Lutherischen zu einer Befprechung einzuladen. Es stand aber noch 45 Jahre an, bis das nun in's Ange gefasste Ziel erreicht war. Inzwischen hielten die Reformirten und die böhmischen Brüder gemeinschaftliche Synoden, unter welchen die von XIONZ (in jetzigen Grossherzogthum Posen) eine der bedeutendsten war. Hier traten im Sept. 1560 Abgeordnete der Reformirten aus Kleinpolen mit den böhmischen Brüdern von Grosspolen zusammen; auch erschienen Abgeordnete der Gemeinde von Wilna, der lithauischen Hauptstadt, mit der Erklärung, was die Verfassung betrifft, dass sie zu Hause die Kirchenordnung und Disciplin in Ehren halten; übrigens versprachen sie alles, was von der Synode angeordnet werden würde, ebenfalls annehmen und einführen zu wollen. Die Vereinigung *aller* protestantischen Parteien des Landes (mit Ausnahme der Unitarier) wurde endlich auf der berühmten Synode zu *Sandomir* im April 1570, gerade zehn Jahre nach dem Tode des hiefür so begeisterten edlen LASKY, erreicht. Der hier zu Stande gekommene Vergleich zwischen Reformirten, Lutheranern und böhmischen Brüdern schloss vor allem eine Einigung in der Abendmahlslehre in sich, während jeder Kirchengemeinschaft ihre Ordnungen und Gebräuche in Gottesdienst und Kirchenzucht frei gelassen wurden. Der Consensus von *Sandomir* wurde auf einer Zusammenkunft zu *Posen* am 20. Mai 1570 unter dem Beifügen bestätigt, dass die Aeltesten beider Kirchen (lutherisch und reformirt) zur Beförderung ihrer Eintracht und Wohlfahrt jährlich eine Synode halten sollten <sup>1)</sup>.

In Beziehung auf Kirchenverfassung fanden die bedeutendsten Verhandlungen <sup>2)</sup> und Beschlüsse auf der schon erwähnten

<sup>1)</sup> Am ausführlichsten und urkundlichsten hat diese Unionsverhandlungen und Beschlüsse JABLONSKI in der vorhin genannten Schrift behandelt.

<sup>2)</sup> Hier wurde den böhmischen Brüdern gegenüber geltend gemacht: man sollte die Aeltesten oder Superattendenten nicht aus den Geistlichen, sondern ausschliesslich aus den Weltlichen wählen, denn 1. jeder Geistliche habe in seiner Gemeinde genug zu thun; 2. man solle keine Hierarchie mehr aufkommen lassen. Allein die

Synoden zu *Xionz* 1560 statt, diese Beschlüsse wurden später auf der Generalsynode zu Krakau (Sept. 1573) bestätigt. Die evangelischen Kirchen in Polen gaben sich hier eine bestimmte Organisation in folgender Weise. Jede der 3 Provinzen wurde unter einen geistlichen Oberältesten (Senior primarius) gestellt, welcher auf Lebenszeit von den Aeltesten erwählt wurde, aber von der Synode nöthigenfalls gerichtet und abgesetzt werden konnte, und nur eine beschränkte Gewalt hatte. Jede Provinz wurde wieder in Districte getheilt<sup>1)</sup>, von denen jeder Aelteste aus der Geistlichkeit und den Adel zu Vorgesetzten hatte, nämlich aus der Geistlichkeit einen Aeltesten oder Superattendenten nebst einem Mitältesten als Gehülfen und Stellvertreter (Senior und Consenior); der Senior berief die Synode seines Bezirks, hatte zu visitiren und zu ordiniren, ja er hatte, unter Vorbehalt der Genehmigung der Synode, das Recht, Geistliche zu versetzen und abzusetzen, besass also auch richterliche Gewalt. Neben dem geistlichen Aeltesten hatte aber jeder Bezirk auch einen weltlichen Aeltesten (Senior politicus oder secularis), in der Regel von Adel, welcher ein Amtsgenosse des geistlichen Seniors war, und, ohne in *geistliche* Angelegenheiten, namentlich in Sachen der Lehre, eingreifen zu dürfen, kirchliche Aufsicht führen, für Unterhaltung von Kirchen und Schulen sorgen sollte und als Sachwalter der Kirche vor den Staatsbehörden handelte. Der weltliche Aelteste wurde auf der Synode ausschliesslich von den Patronen gewählt, die aus Grundherren und andern angeschenen Edelleuten bestanden. Die Amts dauer des geistlichen und weltlichen Aeltesten war bei den Reformirten von Synoden zu Synoden, der Schwerpunkt des Kirchenregiments lag unverkennbar in den *Synoden*. In jedem District fanden jährlich 4 Synoden statt, auf denen ausser den Geistlichen *alle* Mitglieder der Gemeinde Zutritt, aber in Angelegenheiten des Glaubens und der Lehre ausschliesslich

Abgeordneten der Brüderunität, LORENZ und ROKITA, vertheidigten ihre Einrichtung siegreich mit Schrift- und Vernunftgründen. Siehe J. AMOS COMENIUS, *Historia fratrum bohemorum* etc. ed. BUDDEUS. 1702. 4<sup>o</sup> p. 53.

<sup>1)</sup> Kleinpolen z. B. hatte die Districte: Krakau, Sandomir, Zator und Oswiecin, Lublin und Chelm, Schwarz-Rusland und Podolien, Wolhynien und Kiew; *Lithauen* zählte im 16 Jahrhundert 6 Districte: Wilna, Nowogrodek jencsits Wilna, Podlasien, Samogitien, Weis-Russland; im Ganzen c. 160 Gemeinden.

die Geistlichen Stimmrecht hatten. Jährlich einmal wurde eine Provinzialsynode gehalten, auf der jeder Bezirk durch seinen geistlichen Aeltesten mit dem Consenior vertreten war und noch 4 weltliche Aelteste aus der ganzen Provinz Sitz und Stimme hatten. Die allgemeinen Synoden versammelten sich nur nach Bedürfniss. Auf den lithauischen Synoden hatten die Geistlichkeit, der Ritterstand und notable Stadtbürger Sitz und Stimme, bisweilen versammelte sich in denselben eine grosse Menge vom Adel; es wurden zwei Präsidenten gewählt, der eine geistlichen, der andere weltlichen Standes; Ort der Zusammenkunft war im 16. Jahrhundert regelmässig Wilna <sup>1)</sup>).

Ueber die *Gemeindeordnung* finden wir in den Synodalverhandlungen, ungeachtet JABLONSKI eingehenden Bericht darüber erstattet, wenig Erhebliches. Ueber Kirchenzucht in der Gemeinde und bei der Geistlichkeit hat die Synode zu Thorn 1595 ernste Beschlüsse gefasst. Es scheint jedoch, die Polen liebten das Zwanglose viel zu sehr, als dass sie sich mit dem Ernst calvinischer Gemeindeordnung hätten befreunden können. Desto mehr sagte ihrer aristocratisch-republikanischen Neigung das Synodal-institut zu, denn es fällt in die Augen, dass in ihnen mehr synodalen als presbyterianischen Einrichtungen sich der aristocratische Nationaltypus ausprägt. Es fehlte desshalb an gebührender Achtung des Gemeindeelements; der calvinistische Adel versäumte es, für religiöse Unterweisung der Bauern auf seinen Gütern treulich zu sorgen, was, wie Graf KRASINSKI <sup>2)</sup> richtig erkannt hat, eine Hauptursache des schnellen Sinkens der evangelischen Kirche in Polen gewesen ist. Sodann mangelte ein stetiges festes Band zwischen den Evangelischen der 3 Provinzen: Lithauen, Gross- und Kleinpolen blieben stets, auf ächt polnische Weise, von einander unabhängig in ihren religiösen Einrichtungen, und vereinigten sich verhältnissmässig selten durch Abgeordnete auf Generalsynoden.

Nach der Uebereinkunft zwischen den drei protestantischen Kirchengemeinschaften eigneten sich auch die *Lutheraner* in Polen die Synodalverfassung an.

<sup>1)</sup> ADR. REGENVOISCIUS a. a. O. p. 120 ff. JABLONSKI a. a. O. II. 195 ff. 201 ff. KRASINSKI. a. a. O. II, 292 ff. deutsche Uebers. 1841. S. 285 ff. LUKAS-ZEWICZ. II. 1850. S. 1 ff. 161 f.

<sup>2)</sup> a. a. O. II. 298.

Eine ausführlichere Berücksichtigung verdienen aber die *böhmischen Brüder* mit ihrer eigenthümlichen Kirchenordnung. Sie waren nicht nur der Zahl nach, wenigstens in Grosspolen, als evangelische Partei bedeutend, sondern zeichneten sich auch, wie noch KRAINSKI<sup>1)</sup> zugesteht, durch Eifer und musterhafte Frömmigkeit vor allen Protestantenten in Polen aus. Um ihre Eigenthümlichkeit im Punkt der Kirchenordnung recht zu fassen, müssen wir noch über die Reformation hinaus zurückgehen. In den fünfziger Jahren des 15. Jahrhunderts fingen einige ernste Gottseligkeit bedachte Hussiten in *Böhmen* an, sich von dem damaligen Haupte der gemässigteren Hussiten, der „Calixliner,” JOHANN ROKYZAN zurückzuziehen und zu Gebet und religiösen Uebungen in kleinen Gemeinschaften zusammenzukommen. Aus Prag vertrieben, liessen sie sich in den Gebirgsgegenden an der schlesischen Grenze nieder, unter der Leitung treuer Pfarrer aus der calixtinischen Partei. Als aber auch hier die Verfolgung sie zu finden wusste, und ihrem Pfarrer, MICHAEL VON ZAMBERG, und Andern die Amtsführung verboten wurde; so entschlossen sie sich nach reiflichem Bedenken, die Entscheidung darüber durchs Loos zu suchen, ob es des Herrn Wille sei, dass sie sich von der römischen und von der böhmischen (calixtinischen) Kirche gänzlich trennen sollen. Nachdem die Entscheidung bejahend ausgefallen war, wählten sie zu Lotha um 1457 einige Männer aus ihrer Mitte zu Leitung ihrer Gemeinschaft, die sofort Synoden im Gebirge veranstalteten und sich als „Brüdervereinigung” (Unitas fratrum) constituirten, indem sie zugleich Satzungen über eine christliche und heilige Lebensordnung entwarfen. In diesen Satzungen nahm die brüderliche Ermahnung und die Kirchenzucht, welche ganz als Sache der Gemeinde aufgefasst wurde, eine bedeutende Stelle ein. Eben jene zur Fürsorge für die Gemeinschaftsangelegenheiten bestellten Männer sorgten später, da die bisherigen, noch von der calixtinischen Kirche herstammenden, Geistlichen nach und nach ausstarben, für Seelsorger und Prediger der Gemeinden, indem sie auf einer Synode von c. 70 Männern aus Böhmen und Mähren im J. 1467, nach ernstlichem Gebet 9 Männer auswählten, die sie zum geistlichen Amt für tauglich erkannten; unter diesen wurden sofort

<sup>1)</sup> a. a. O. II. 301.

durch das auf sinnreiche Weise eingeleitete Loos 3 zu Geistlichen bezeichnet. Auf die Weihe derselben durch einen Bischof der Waldenser verzichteten sie, weil ihnen der Mangel an Offenheit und Treue im Bekenntniss der Wahrheit an den letzteren missfiel. Sie beschlossen indess auf einer Synode (1486), um sich nicht eines Schisma schuldig zu machen, sobald Gott irgendwo fromme Lehrer und Erneurer der Kirche erwecke, sich diesen anzuschliessen <sup>1)</sup>.

Aus dem Zusammenhang der Begebenheiten, besonders aus der erst später erfolgten Bestellung von Dienern des Wortes, ist leicht ersichtlich, dass es sich 1457 bei der Aufstellung jener Männer nicht um das geistliche Amt, sondern um das Kirchenregiment, um Vorstcher der Gemeinschaft (*κυβερνήσεις* I. COR. XII: 28), um eine Art *ruling elders* gehandelt hat, welche damals von der Versammlung aus der Mitte der Gemeinden gewählt wurden. Somit hat schon im ersten Augenblick der Stiftung das Laien-element einen bedeutenden Einfluss auf Leitung der Unität erhalten; mit andern Worten, bei den böhmischen Brüdern ist ursprünglich schon ein presbyteriales Element zu Hause gewesen, freilich nicht als Gemeindeorgan der Kirchenzucht, indem letztere unmittelbare Gemeinde Sache war. Zunächst bildete sich bei der Sekte das geistliche Amt stufenweise aus, eigentliche Aelteste zur Aufsicht und Zucht in Verbindung mit dem Pfarrer finden sich erst im 16. Jahrhundert bei den Brüdern,

<sup>1)</sup> JO. AMOS COMENIUS. *Hist. fratrum boh.* ed. BUDDEUS. p. 1740 17 ff. vergl. die deutsche Bearbeitung der *Ratio disciplinae fratrum boh.* von KÖPPEN. 1845. Nähere Aufschlüsse sind noch zu erwarten aus den alten handschriftlichen Urkunden, welche die Brüderunität zu Herrenhut von den übrig gebliebenen Gemeinden der böhmischen Brüder im Grossherzogthum Posen in neuerer Zeit käuflich an sich gebracht hat. Folgende Auszüge verdankt Verf. dem Reputenten Dr. BURK in Tübingen, welcher auf diesem Felde genauere Studien gemacht hat. In dem 8ten Lissaer Band fol. 157 ff. findet sich von JOH. BLAHOSLAV, welcher 1557—1571 Senior des böhmischen Zweigs der Unität war, handschriftlich: *Summaquaedam brevissime collecta ex variis scriptis fratrum, qui falso Valdenses vel Picardi vocantur, de eorundem fratrum origine et actis.* In dieser Summa sind die ersten Anfänge der böhmischen Brüder als einer selbständigen Gemeinschaft erzählt; was die erste Constituirung und die Erwählung von Vorstehern betrifft, so heisst es, man habe gewählt aliquot viros, qui inter eos *primum tenerent et auctoritate praepollerent, ceteros omnes suū sponte obedientes regerent.* — COMENIUS nennt die Erwählten kurzweg *Seniores*.

nachdem die Presbyterialordnung auch sonst Eingang gefunden hatte.

Nach dem traurigen Ende des Schmalkaldischen Kriegs (1544), in welchem die Brüder, statt dem Kaiser, dem Kurfürsten von Sachsen Hülfe geleistet hatten, erhoben sich schwere Verfolgungen gegen die Brüder. Ihre Bethäuser, deren sie um 1500 schon 200 erbaut hatten, wurden geschlossen, GEORG ISRAEL und andere ihrer Geistlichen eingekerkert und gemartert, die Güter des Adels confiscauit. Daher verliessen Viele Böhmen und Mähren und wandten sich seit 1548 mit ihren Geistlichen nach Preussen und Polen. In letzterem Lande wurden sie von den Grafen OSTROROG, LEHCZNO und anderen Adeligen auf ihren Gütern aufgenommen, und breiteten sich namentlich durch die eifrige Thätigkeit ihres Seniors GEORG ISRAEL, der aus dem Kerker in Prag wunderbar entkommen war, so aus, dass sie nach wenigen Jahren schon 40 Gemeinden zählten. Mit ihnen kam viel Segen in's Land, namentlich waren sie es, die sich hauptsächlich bei den Unionsversuchen betheiligten. Eine Folge dieses Anschlusses war, dass, der reformirten Ordnung in Kleinpolen entsprechend, auch die Unität neben dem geistlichen Senior einen weltlichen in jedem Bezirk aufstellte. Diess war eine bedeutende Aenderung, denn bisher hatten sie zwar den Adeligen, die sich zu ihnen hielten, Theilname an den Synoden gestattet, aber eifersüchtig darob gewacht, dass sie keinen ungehörigen Einfluss auf die Kirche, z. B. durch das Patronat erlangen sollten <sup>1)</sup>.

Die Kirchenverfassung, wie sie sich im Lauf der 16. Jahrhunderts nach und nach ausbildete (schriftlich gesasst und sanctionirt wurde sie erst 1609) hatte bei presbyterialen und synodalen Formen manches Eigenthümliche, besonders die Eintheilung jeder Gemeinde in Anfänger, Fortschreitende und Vollcommene. Aus der letzteren Classe wurden die 6—8 Aelteste gewählt, welche jedes Haus zu besuchen hatten und Kirchenzucht übten. Etwas Neues war die Aufstellung ehrwürdiger Frauen zur Aufsicht über das weibliche Geschlecht. Der Unität eigenthümlich war ausserdem die Verbindung der bischöflichen Verfassung mit der presbyterialen: zur Aufsicht über Gemeinden, Pfarrer und Aelteste

<sup>1)</sup> COMENIUS *Historia*. p. 25 ff. KÖPPEL, *Vorwort*. p. XXVI. ff.

wurde durch die Pfarrer ein *Bischof*, welcher 2—3 Conseniores oder Mitbischöfe bekam, als lebenslänglicher Inspector gewählt. Im 16. Jahrhundert hatten die Brüder 5—6 Bischöfe: 2 für Böhmen, 2 für Mähren, 1—2 für Polen. Die Generalsynoden der Brüder wurden abwechselnd in Böhmen und Mähren gehalten und bestanden größtentheils aus Geistlichen, vom Acolythen und Diacon bis zum Bischof hinauf, nebst einigen angesehenen Laien, meist von Adel, während die Gemeinden in Polen nur durch einige Abgeordnete vertreten waren. So wurde z. B. 1557 eine Synode in Mähren gehalten, auf welcher mehr als 200 Geistliche und viele Herren von Adel versammelt waren; es wurden von der Synode 2 Bischöfe gewählt, worunter **GEORG ISRAEL** für die Gemeinden in Polen. Seit der Vereinigung mit den Reformirten hielten die Gemeinden daselbst gemeinschaftliche Synoden mit diesen <sup>1)</sup>.

Nach *Ungarn* und *Siebenbürgen* wurden schon im J. 1518 Schriften **LUTHER**'s durch Kaufleute gebracht und wirkten daselbst gewaltig; es stand nicht lange an, so traten auch Prediger der neuen Lehre auf. Die Zahl der Protestanten wuchs rasch, viele Große des Königreichs, wie die **BATHYANYI**, **BOSKAY** und andere, selbst einige Prälaten und Bischöfe traten über. Gottesdienst und Kirchenregiment wurden auf lutherische Weise eingerichtet, namentlich stellte man Superintendenten auf, die in Ungarn meist Senioren, wohl auch „Bischöfe“ genannt wurden. Dieselben hatten die Pfarrer und Gemeinden zu visitiren, hielten aber auch *Synoden* mit den ihnen untergebenen Geistlichen, nämlich reine Geistlichkeitssynoden. Im J. 1545 fand eine Synode zu *Erdöd* statt, auf welcher 29 evangelische Pfarrer ein Glaubensbekenntniss in 12 Artikeln mit Anschluss an das augsburgische verfassten; im gleichen Jahr wurde zu *Mediasch* im siebenbürgischen Sachsenlande eine Synode gehalten, welche geradezu das augsburgische Glaubensbekenntniss annahm, im Kultus sich an die sächsische Uebung anschloss und, um die Einheit aufrecht zu erhalten, beschloss, dass *alle* Gemeinden unter *einem* Bischof oder Generalsuperintendenten stehen sollten <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> *Ratio disciplinae ordinis ecclesiastici in unitate fratrum boh.* ed. **BUDDEUS**. p. 11 ff. 16. 19 ff. 51 ff. **KRASINSKI** a. a. O. II. 301 ff. *Uebersetzung*. S. 288 ff.

<sup>2)</sup> *Historia Ecclesiae ref. in Hungaria et Transsilvania.* — locupl. a. T. A.

Vom J. 1550 an gewann nach und nach auch das schweizerische Bekenntniss Anhänger; Schriften von CALVIN und BULLINGER wurden viel gelesen. Um 1554 fing der Streit zwischen Reformirten und Lutheranern an laut zu werden, zunächst über das h. Abendmahl, sodann auch über die Gnadenwahl. Am 26. Oct. 1557 konnte den Prediger GALLUS HUSSAR an BULLINGER schreiben, fast in allen evangelischen Kirchen in Ungarn sei das Bekenntniss und die Lehre einstimmig, denn man nehme meist seine und CALVIN'S Schriften zum Muster. Eine Synode zu *Czenger* (1557 oder 1558) bekannte sich durch ihr Glaubensbekenntnis (*Conf. Czengerina*) zum calvinischen Lehrbegriff, und einige Jahre nachher unterzeichneten auf der Synode zu *Göntz* fast alle reformirten Geistlichen Ungarns diesseits und jenseits der Theiss das Genfer Bekenntniss von 1551<sup>1</sup>).

Bemerkenswerth ist auch hier die nationale Theilung: die *Deutschen* in Ungarn und die sächsisch-deutsche Nation in Siebenbürgen blieben im Durchschnitt dem lutherischen Bekenntniss treu, während die protestantisch gewordenen *Magyaren* und die ungarisch-seklerische Nation in Siebenbürgen zum calvinischen Bekenntniss übertraten, gerade wie in Polen die deutsche Nationalität der lutherischen Kirche, die Slaven der reformirten sich zugewendet haben. Diese Wahlverwandtschaft der Nationalitäten hat in Ungarn zu entsprechenden Benennungen der Confessionen Anlass gegeben: die lutherische Confession heisst heute noch: *Német-hit* d. h. deutscher Glaube, die reformirte: *Magyar-hit*, magyarischer Glaube, während die Katholiken ihr Bekenntniss *Igaz-hit*, den wahren Glauben, nennen<sup>2</sup>).

Nun fehlte es zwar in den reformirten Gemeinden Ungarn's nicht am Streben nach einer ächt calvinischen Verfassung, doch kam dieselbe nicht zu Stande. Einestheils nahmen die vielen Kämpfe mit den Unitariern in Siebenbürgen, an deren Spitze FRANZ DAVIDIS und GEORG BLANDRATA standen, die Thätigkeit der Geistlichen in den Gemeinden so wie bei Disputationen und Syno-

LAMPE. *Traj. ad Rh.* 1728. 4º. p. 53. 92 f. — Dieses in Deutschland sehr seltene Werk beruht auf Urkunden, welche ursprünglich PAUL EMBER, Pastor in Debreczin gesammelt hatte.

<sup>1</sup>) LAMPE. a. a. O. p. 106. 109 f. 112 ff. 125.

<sup>2</sup>) JOH. GRAF MAILATH, *die Religionswirren in Ungarn.* I. 1845. S. 10. WALCH, *Neueste Religionsgesch.* V. S. 177.

den in Anspruch; anderntheils handelte es sich bei den Bemühungen der, zuerst in Siebenbürgen einheimisch gewordenen, Jesuiten und der Regierung, die römische Kirche wieder zur alleinherrschenden zu machen, so sehr um Sein oder Nichtsein evangelischer Lehre und Kirche überhaupt, dass es an Zeit und Gelegenheit zur Ausbildung einer presbyterianischen Kirchenverfassung völlig gebrach. Dieselbe Synode zu Göntz (23. Jan. 1566), welche das Genfer Glaubensbekenntniss annahm, hat zwar unter anderem beschlossen, dass kein Geistlicher das Lehramt in einer Gemeinde ohne Genehmigung der Aeltesten sich zueignen oder ohne deren Vorwissen seinen Posten verlassen solle (art. 7); auch wurde gefordert, dass gegen offbare Sünder der Bannstrahl angewendet werden solle (art. 19): allein es ist daraus noch keineswegs ersichtlich, dass wirklich Aelteste in den Gemeinden bestanden. Im J. 1570 gab ein eifriger Mann, PETER KAROLI, der zuerst Schulrector, nachher Pfarrer, endlich Superintendent in Grosswardein war, eine Pastoraltheologie unter den Titel: *Bonus Pastor* heraus, worin er unter anderem auch von der Kirchenzucht ausführlich handelt und sagt, wenn einer auf väterliche Ermahnung nichts gibt, so solle er vor das *Consistorium* geladen werden, in welchem mindestens 2—3 benachbarte Pfarrer und *einige ehrbare Gemeindeglieder* sitzen, und da solle man ihm ernsten Vorhalt machen u. s. w. Allein erstlich ist dieses Consistorium nicht eine Gemeindebehörde aus Pfarrer und Aeltesten, sondern eine Bezirksbehörde, sofern mehrere Geistliche der Umgegend darin sitzen; und zweitens gibt der Verfasser hiemit nur einen Rath oder äussert einen frommen Wunsch, in keinem Fall beschreibt er eine gesetzlich bestehende Ordnung<sup>1)</sup>. Ein ganz entscheidender Beweis aber, woraus positiv erhellt, dass in Ungarn und Siebenbürgen die presbyterianische Gemeindeordnung von Anfang an keinen Eingang gefunden hat, liegt in dem Zeugniss einer späteren Synode vor. Die Nationalsynode zu Szathmar 1646 erwähnt es mit lebhaftem Bedauern als eine bekannte That-sache, dass die Protestanten in Ungarn und Siebenbürgen das Aeltestenamt einzuführen, durch verschiedene Umstände verhindert worden seien<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> LAMPE. o. a. O. p. 134 f. 706.

<sup>2)</sup> Art. VI. bei LAMPE p. 410: *Quoniam majores nostri divinitus excitati,*

Weil nun die presbyteriale Grundlage fehlte, so konnte auch das ungarische und siebenbürgische *Synodalwesen* nicht den ächt synodalen Charakter haben: die Synoden waren reine Geistlichkeitssynoden. Eine Synode zu *Herezeg-Sölösch* (1576) ordnete art. 45. halbjährliche Synoden an, auf denen namentlich auch Beschwerden gegen Pfarrer untersucht werden sollten; und es ist dabei nicht blos vorausgesetzt, sondern ausdrücklich gesagt, dass die Mitglieder lauter Pastoren sind <sup>1)</sup>). Ohnediess liess das in Ungarn und Siebenbürgen zu hoher Bedeutung gediehene Amt der Superintendenten, mit dem Institut der Visitationen verbunden, eine ächte Presbyterialverfassung nicht aufkommen.

---

So haben wir denn gesehen, wie in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts die Presbyterialordnung weit und breit in der reformirten Kirche Platz gefunden hat. Sie ist von Genf aus weiter geschritten nach Frankreich, wo sie sich, den neuen Verhältnissen entsprechend, völlig unabhängig vom Staat entwickelt und zu einer vollständigen, geordneten und gegliederten Synodalverfassung weiter ausgebildet hat. Von Frankreich aus hat sich hierauf die presbyteriale Gemeindeordnung in Verbindung mit der aus ihr entsprossen Synodalverfassung nach Schottland, den Niederlanden und über diese nach Niederdeutschland ausgebreitet, ja sie hat selbst in dem fernen Polen noch einige schwache Schösslinge getrieben. In England konnte in dieser Zeit der Presbyterianismus nur sektenartig bestehen, als eccle-

Ecclesias Hungaricas ac Transylvanieas, ab abominationibus Papistieis heroico plane zelo repurgantes, *Presbyterium ipsum ob varia obstacula (quorum pleraque etiamnum supersunt) instituere non potuerunt*, id nos ob multiplices ac insignes ejus in Ecclesia usus in gente quoque nostra, juxta normam institutionis CHRISTI et Apostolorum, praxinque veteris Ecclesiae, si modo commoditates, quae ad id necessario requiruntur, affulgerent, ac misera servilisque plebis nostrae conditio ac inhabilitas pateretur, si denique summus noster Magistratus caeterique ordines ac Status orthodoxi adstipularentur, instauratum, sano sensu ac fausto eventu, animitus exoptaremus.

<sup>1)</sup> LAMPE. a. a. O. p. 285 — decrevimus, ut singulis sex mensibus in anno *Pastores convenient, id est, Synodi habeantur*. Vergl. p. 288. art. 27, 29. p. 295. art. 6, 7.

siola pressa, denn die bischöfliche Staatskirche unter Elisabeth gestattete den von Genf und Frankreich ausgegangenen presbyterianischen Prinzipien keinen Einfluss auf ihre eigene Gestaltung. Genf war und blieb so zu sagen der Mutterort der Presbyterialordnung, Frankreich war der Mittelpunkt und das Mutterland der Synodalverfassung; denn nicht allein ist die presbyteriale Gemeindeordnung der Zeit nach *zuerst* in Genf, die synodale Gliederung einer Landeskirche der Zeit nach *zuerst* in Frankreich durchgeführt worden: es war auch eine gleichsam elterliche Auctorität, die dem musterhaften Vorgang beider Kraft verlieh und mit Ehrfurcht und Pietät aufgenommen wurde, einer Pietät, die freilich in erster Linie dem biblischen Charakter der Einrichtung gezollt wurde.

*Confessionell* betrachtet, haben wir die presbyteriale und synodale Verfassung nur da, wo das reformirte, näher das calvinische Bekenntniss Fuss gefasst hatte, Eingang finden sehen, auf lutherischem Boden dagegen bis dahin nirgends. Das aber können wir nicht sagen, dass überall, wo das reformirte Bekenntniss eine Stätte gefunden hatte, auch die Presbyterialverfassung Thür und Thor offen gefunden habe; in England war jenes der Fall, dieses aber aus kirchlich-politischen Ursachen nicht.

Betrachten wir die Sache vom *nationalen* und ethnographischen Gesichtspunkt aus, so hat die Presbyterialverfassung bei romanischen, germanischen und slavischen Völkern Platz gegriffen, bei den letzteren indessen an schwächsten.

Fassen wir das *Wesen* und den *inneren Charakter* der Presbyterialordnung ins Auge, so ist die Thatsache von hervorragender Bedeutung, dass dieselbe während dieses Zeitraums, ebenso wie während des ersten, überall und immer, wo sie auftritt, Hand in Hand mit der *Kirchenzucht* und als Organ derselben sich gezeigt und gewirkt hat. Hievon sind alle Kirchenordnungen, die wir in dieser Periode gemustert haben, auch die meisten Kämpfe und Streitigkeiten, welche sich auf diesem kirchlichen Lebensgebiet ereignet haben, laute Zeugen. Sodann haben wir, auf der Stufe der *Gemeindeordnung*, *zweierlei* Typen gesehen, den Gensisch-französischen, welchen auch Schottland sich angeeignet hat, und den von LASKY und der Londoner Fremdengemeinden; jener vermöge der Selbstergänzung des Aeltestenraths von *aristokratischem* Charakter; dieser, zur Gemeindewahl übergehend,

von (nicht schlechthin, aber verhältnissmässig) *demokratischer* Richtung, mit einem Vorherrschen des Gemeinderechts. Hiemit hängt zugleich die *Lebenslänglichkeit* oder *Nichtlebenslänglichkeit* der *Aeltesten* zusammen; letztere oder das Prinzip des Wechsels ist zwar in der französischen Kirchenordnung auch angenommen, da aber keine bestimmte Regel darüber ertheilt ist, so steht diese französische Ordnung eigentlich auf dem Uebergang, Genf und Schottland auf der Seite der Lebenslänglichkeit, dagegen die Niederländisch-deutsche Kirchenordnung (Emdener Artikel) auf der Seite des geregelten Wechsels. Endlich findet eine nicht unerhebliche Differenz statt in Betreff des *Verhältnisses zwischen Lehramt und Aeltestenamt*: nach calvinischem Typus, dem hauptsächlich die französische Kirche mit Entschiedenheit und strenger Consequenz angehört, steht das Lehramt (ministerium) mit specifischer Würde *über* dem Aeltestenamt, und behält das Privilegium der Lehrentscheidung bei auftauchenden Fragen; hingegen der Typus von LASKY, dem als entschiedenster und consequenter Vertreter Schottland sich angeschlossen hat, setzt das Predigtamt auf gleiche Stufe mit dem Aeltestenamt, subsumirt den Diener des Worts unter den allgemeinen Begriff des Aeltesten, als einen solchen Aeltesten, der im Wörth und der Lehre arbeitet, und stellt die „regierenden“ Aeltesten in allen Angelegenheiten, auch wo es sich um die Lehre handelt, den Pfarrern völlig gleich. Auf der Stufe der *Synodalordnung* sahen wir die französische reformirte Kirche, mit organisatorischer Gabe ausgestattet, raseh und selbständig voranschreiten, so dass Andere die Errungenschaften derselben in synodalen Gliederungen sich nur aneignen durften. Diess that die schottische Kirk, jedoch so, dass sie als eine eigentliche Nationalkirche das synodale Kirchenregiment einerseits zum Gemeingut des *ganzen* Landes maehte und andererseits sich die Hauptaufgabe stellte, die alleinige und souveräne Herrschaft CHRISTI über seine Kirche durch vollständige Autonomie der kirchlichen Versammlungen zu erkämpfen.

Hiebei können wir nicht unterlassen, noch auf zwei Thatsachen besonders hinzuweisen. Einmal, dass die presbyteriale und synodale Ordnung hauptsächlich „*unter dem Kreuz*“ sich entwickelt und ausgebreitet hat. Wie einst CALVIN als Verbannter aus Genf den ersten Plan der Presbyterialordnung für die Stadt als Bedin-

gung aufgestellt<sup>1)</sup> ), und unter Kämpfen durchgeführt hat : so haben die Gläubigen in Frankreich unter Druck und Gefahren ihre Gemeinden auf presbyterianem Fusse gebildet, ihre ersten Synoden gehalten, die ganze Gliederung derselben entwickelt und durch diese gegenseitige Verbindung sich gestärkt und unter Verfolgungen erhalten. Fremdengemeinden, die um des Evangeliums Willen ihre Heimath verlassen hatten, und „unter dem Kreuze sassen und in Deutschland und Ostfriesland verspreit waren,“ haben zu Wesel und Emden über ihre Aeltestenordnung und synodale Gliederung sich vereinigt. In Schottland haben die Presbyterianer schon in diesem Jahrhundert, nur mit viel Kampf und unter Leiden, ihre Kirchenordnung zu Anerkennung und rechtlichem Bestand zu bringen vermocht. Und die englischen Puritaner haben um ihrer entschieden protestantischen und namentlich presbyterianischen Grundsätze willen vielfach das Vaterland meiden müssen, um als Fremdengemeinden im Ausland nach ihrer Ueberzeugung sich einzurichten ; in der Heimath haben sie Absetzung, Kerker und allerlei Strafen geduldig ertragen. Ebenso haben in den deutschen Rheinlanden die presbyterian verfassten Reformirten unter mannigfachen Druck ihre Verfassung treulich festgehalten. Kurz, fast überall ist die Presbyterialverfassung ein Kind der Noth gewesen, unter dem Kreuz bestanden, gewachsen, gediehen, und hat zur Stärkung der Gemeinden im Glauben und in der Geduld mitgeholfen.

Die andere Thatsache besteht in der *gegenseitigen Verbindung der presbyterianen Landeskirchen* unter einander. Mit Genf standen die Reformirten Frankreichs wie vor so nach ihrer presbyterianen und synodalen Verfasstheit in stetigem lebendigem Verkehr. Von Frankreich aus ist das reformirte Bekenntniss, und mit ihm die Presbyterialverfassung in die Niederlande eingedrungen. Zwischen den Reformirten beider Länder bestand ein brüderliches Einverständniss, zum Theil mit gegenseitiger Beschickung der Synoden. Zwischen Schottland einerseits und Genf nebst Frankreich andererseits hat von KNOX an bis auf ANDREAS MELVILLE und Andere lebhafte Verbindung statt gefunden, wie denn auch englische Puritaner mit Frankreich und den Niederlanden viel verkehrten ; die presbyterianische Hauptschrift

<sup>1)</sup> I Buch. c. 2.

der Engländer ist zuerst in Genf gedruckt. Die deutsch-nieder-rheinischen presbyterianischen Gemeinden hatten ursprünglich und lange fort in der niederländischen Kirche ihren Schwerpunkt, und standen dabei mit der presbyterianischen pfälzischen Landeskirche in lebhaftem Verkehr. So ging durch die ganze reformirte und presbyterianisch verfasste Christenheit eine stetige Circulation des Blutes und der Kräfte.



## DRITTES BUCH.

SCHICKSALE DER PRESBYTERIAL- UND SYNODALVERFASSUNG  
IM XVII. UND XVIII. JAHRHUNDERT, BIS GEGEN  
DAS ENDE DES LETZTEREN.

---

### ERSTES CAPITEL.

**Genf und die reformirte Kirche Frankreichs.**

---

In *Genf* bestand die bisherige Verfassung ungehindert und mit solchem Erfolge fort, dass die sittliche und kirchliche Ordnung, wodurch sich die Stadt auszeichnete, auch in dieser Zeit denselben Eindruck auf offene Gemüther machte, wie im XVI. Jahrhundert, z. B. auf KNOX und FAREL. Im Jahr 1611 besuchte der berühmte Würtemberger, Joh. VALENTIN ANDREÆ, als junger Mann auf einer Reise auch Genf; und dieser Aufenthalt hat auf seine Gesinnung und seine spätere, in höherer Stellung geübte, praktische Wirksamkeit bedeutend eingewirkt. Er sagt in seiner Selbstbiographie hierüber: „Während ich in Genf war, beobachtete ich etwas sehr Wichtiges, das mir unvergesslich bleibt, und wornach ich mein Leben lang mich sehnen werde. Nämlich ausser der vollkommenen Form und Regierung des freien Staates hat die Stadt eine besondere Zierde und eine Zuchtanstalt an dem

Sittengericht, das alle Sitten der Bürger und auch die kleinsten Ausschweifungen wöchentlich untersucht, zuerst durch die Aufseher der Stadtviertel, dann durch die Aeltesten, endlich durch den Rath selbst, je nach der Grösse des Verbrechens oder der Hartnäckigkeit des Verbrechers. — Hätte mich nicht die Verschiedenheit der Religion (ANDREÆ war lutherischen Bekenntnisses) zurückgehalten, die Harmonie der Sitten würde mich hier auf ewig gefesselt haben; und ich strebte seitdem mit aller Anstrengung, etwas Aehnliches in unseren Kirchen einzuführen <sup>1)</sup>). Später, um die Mitte des XVII. Jahrhunderts, sagte der fromme Dichter DRÉLINCOURT über Genf: „die Ordnung, die jetzt herrscht, ist die zu CALVIN'S Zeit eingesetzte. Man kann keine schönere Uebereinstimmung des Staates und der Kirche sehen. Bei allen öffentlichen Acten sieht man die Syndiken und die Prediger zusammen auftreten, — und hier kann man in Wahrheit sagen: Gerechtigkeit und Liebe küssen sich“ <sup>2)</sup>). — Im XVIII. Jahrhundert nahm der Pulsschlag des religiösen Lebens ab, und das hatte auch einen Einfluss auf die Kirchenordnung. Das Kirchenregiment gerieth immer mehr in die Hände der Geistlichkeit allein, (der *vénérable Compagnie*), und die Aeltestenordnung kam ganz abhanden.

Die von jeher mit Genf aufs innigste verknüpften reformirten Kirchen von *Frankreich* konnten unter dem Schutz des im Jahr 1598 verliehenen Edicts von Nantes und unter K. HEINRICH'S IV. friedlichem Scepter der Sicherheit geniessen und frei nach ihren Grundsätzen sich selbst verwalten; allein sie waren unter den Religionskriegen, Verfolgungen und Stürmen des XVI. Jahrhunderts bereits so zusammen geschmolzen, dass von 2150 Gemeinden, die man 1561 gezählt hatte, im Mai 1596 nur noch 760 übrig waren <sup>3)</sup>). Aber kaum war der edle Fürst ermordet (1610), so begann eine Zeit, wo die Hugenotten bald bemerken mussten, dass ihre kirchliche und bürgerliche Existenz, samt ihren kirchlichen Ordnungen, bedroht sei und nur aus gewissen Rücksichten

<sup>1)</sup> HOSSBACH. *Val. Andreæ und sein Zeitalter*. Berlin. 1818. S. 10 f.

<sup>2)</sup> Bei GÖBEL, *Gesch. des christlichen Lebens in der rheinisch-westphäl. ev. Kirche*. I. 314.

<sup>3)</sup> WEBER, *Gesch. Darstellung des Calvinismus im Verhältniss zum Staat in Genf u. Frankreich*. 1836. S. 171.

zufälliger Weise geduldet werde. Vorerst bestand die Synodalverfassung noch ziemlich ungestört fort, und es konnten im Lauf des XVII. Jahrhunderts noch 14 Nationalsynoden gehalten werden; aber nachdem der im J. 1614 für volljährig erklärte LOUIS XIII seine protestantischen Unterthanen mit Krieg überzogen hatte (1621), wurde, den Friedensartikeln von Montpeiller (1622) zuwider, den Reformirten auferlegt, bei ihren so lang unangetastet gebliebenen Synoden einem königlichen Beamten reformirten Bekenntnisses Zutritt zu gestatten, damit derselbe darauf halte dass sie sich lediglich nur mit kirchlichen Angelegenheiten befassen <sup>1)</sup>). Cardinal RICHELIEU, der im J. 1624 Präsident des Staatsraths geworden war, zerstörte durch einen neuen Religionskrieg, vom Ende des J. 1624 an, die politisch selbständige Stellung des Hugenottenbundes, die ihm der Staatseinheit wegen ein Dorn im Auge war <sup>2)</sup>; allein er tastete mit staatsmännischer Weisheit den Glauben der Reformirten nicht an, vielmehr liess er sie durch den Frieden von Alais (27. Jun. 1629), dessen Artikel auch das „Gnadenedict von NIMES“ genannt wurden, im Genuss ihrer politischen Rechte und bestätigte das Edict von Nantes <sup>3)</sup>. Auch MAZARIN, nach RICHELIEU's und LOUIS XIII Tode (1643) die Seele des Regentschaftsrathes, wusste die in bedenklichen Zeiten bewährte Unterthanentreue der Hugenotten zu schätzen, erneuerte (1652) die bisherigen Edicte zu deren Schutz, und die letzte Gunst, die ihnen gewährt wurde, nämlich die Bewilligung zur Synode von Loudun 1660, hatten sie MAZARIN zu verdanken <sup>4)</sup>.

Da mit dieser 29<sup>ten</sup> Synode die Reihe der französischen Nationalsynoden schliesst, so werfen wir vorerst einen Blick auf die 14 Nationalsynoden des XVII. Jahrhunderts, um uns von der inneren Verfassungsgeschichte des reformirten Frankreichs eine Vorstellung zu machen.

Was 1. die *Gemeindeordnung* betrifft, so wurde auf den Nationalsynoden auch jetzt, wie früher, mit Strenge über Einhaltung derselben gewacht. Auf allen Synoden wurde die *Discipline Ecclé-*

<sup>1)</sup> Patent vom 17. Apr. 1723; vergl. AYMON, *les Synodes Nationaux*. II. 233. WEBER. a. a. O. S. 242.

<sup>2)</sup> S. WEBER. a. a. O. 244 ff.

<sup>3)</sup> WEBER. S. 264 ff.

<sup>4)</sup> WEBER. a. a. O. 270 ff. 282.

siastique verlesen, wobei alle Abgeordneten die Erklärung geben mussten, dass dieselbe in allen von ihnen vertretenen Gemeinden ganz pünktlich (très exactement) beobachtet werde <sup>1)</sup>). Demgemäß wurde besonders auf tüchtige Kirchenzucht gehalten, und z. B. von der Synode zu *Vitré* 1617, weil Gottlosigkeit und Gleichgültigkeit zunehme, allen Gemeinden eine strengere unparteische Uebung der Zucht nachdrücklich eingeschärft; diejenigen Consistorien, welche ihre diessfallsige Pflicht versäumen, hätten von den Colloquien und Provinzialsynoden ernste Rüge zu gewarten <sup>2)</sup>). Von nun an wachten in der That die Consistorien mit Strenge über den sittlichen Wandel der Gemeindeglieder, rügten Leichtfertigkeit und jede Art von Ausschweifung, und machten jedem Reformirten einen gewissen Ernst des Charakters zur Pflicht <sup>3)</sup>). Die ursprünglichen Rechte, aber auch Schranken, des Aeltestenamts wurden consequent aufrecht erhalten: in mehreren Gemeinden war es Sitte geworden, dass die der Reihe nach aus dem Amt tretenden Aeltesten ihre Nachfolger ernannten; die Synode zu *Rochelle* 1607 verwarf diese Sitte, und beschloss, es solle bei der Kirchenordnung sein Verbleiben haben, wornach das *ganze Collegium* diejenigen wähle, welche neu einzutreten haben <sup>4)</sup>). Hiemit wurden die *Rechte* sämtlicher Aeltesten gewahrt. Aber auch die *Schranken* des Aeltestenamtes wurden eingehalten, sofern dasselbe dem Lehramt an specifischer Würde nachsteht: darauf bezog sich z. B. die Entscheidung der Synode zu *Gap* (1603) dass die in mehreren Gemeinden übliche Handauslegung bei Aeltesten, die in ihr Amt feierlich eingeführt werden, aufhören solle <sup>5)</sup>; ebenso die Entscheidung der Synode zu *Privas* (1612) auf die Anfrage, ob in einer Gemeinde von nur *einem* Geistlichen, falls dieser recusirt ist, das Amt also in diesem Augenblick nicht besetzt ist, die Aeltesten allein über eine etwa auftauchende Differenz zu richten das Recht haben? Die Antwort ging dahin: in Abwesenheit des Pastors dürfen Aelteste allerdings über alle Fragen, selbst über vorläufige Ausschliessung vom h.

<sup>1)</sup> AYMON, *les Synodes Nat.* I. 263.

<sup>2)</sup> AYMON. II. 85.

<sup>3)</sup> WEBER. a. a. O. 268.

<sup>4)</sup> AYMON. I. 305.

<sup>5)</sup> AYMON. I. 261.

Abendmahl erkennen, nur über *Lehre* und endgültige Excommunication nicht ohne Mitwirkung des Pastors <sup>1)</sup>).

2. In Hinsicht der *Synodalverfassung* hat besonders die Nationalsynode zu *Gap* (1603) um der Einigkeit und festen Zusammenhaltens willen darauf gedrungen, dass die alte Ordnung der Colloquien und Synoden, der „*Discipline*“ gemäss, ohne Abweichung beobachtet werden solle <sup>2)</sup>). Dass einem Colloque von nur drei Pastoren alle Vollmacht eines solchen zukomme, wurde 1601 von der Synode zu *Gergeau* entschieden <sup>3)</sup>; der Provinzialsynode einer Landschaft, in welcher eine reformirte Universität liegt (es waren diess *SAUMUR*, *MONTAUBAN* und *NIMES*), wurde das Recht, die Professoren der Theologie zu prüfen und zu ernennen, von der Synode zu *Gap* (1603) zuerkannt, während die vorläufige Besetzung eines zwischen der Zeit erledigten Lehrstuhls den übrigen Professoren und Ortsfarrern in Verbindung mit dem Consistorium der Universitätsstadt überlassen wurde <sup>4)</sup>). Die Nationalsynoden hatten, seitdem *HEINRICH IV* den Reformirten zu ihren kirchlichen Kosten einen jährlichen Zuschuss aus der Staatskasse bewilligt hatte, regelmässig auch über die bisherige Verwaltung der Gelder Controle zu führen und über die neue Vertheilung und Verwendung Beschluss zu fassen. Diess that indessen dem eigentlichen Beruf der Synoden Eintrag, indem Finanzangelegenheiten und Rechnungssachen viele Zeit wegnahmen, und noch in den *Synodalprotocollen* vielen Raum einnehmen. Doch liess man sich hiedurch die geistliche Hauptaufgabe nicht ganz und gar aus den Augen rücken. Die Synode zu *Privas* (1612) hat, wie es scheint in einer Ahnung nahe bevorstehender Gefahren, zum Behuf der Erhaltung des Friedens und des Bestandes der reformirten Kirche des Landes, als das allernöthigste erkannt eine unverletzliche Eintracht (*sainte Union et Concorde*). Um diese ins

<sup>1)</sup> AYMON. I. 401,

<sup>2)</sup> AYMON. I. 268: que l'Ordre Ancien de nos Synodes et Colloques s'observera selon la Discipline sans faire autre Reglement particulier, afin d'éviter tous les pretextes de division, qui se pourroient glisser dans l'Eglise par cette innovation. — Die Colloquien wurden in ihrer kirchenregimentlichen Bedeutung besonders durch die Anordnung geschützt, dass der Abgeordnete einer Gemeinde, welche nicht zu dem Colloque hält, auf der Nat. Synode nicht zuzulassen sei. p. 299.

<sup>3)</sup> AYMON. I. 251.

<sup>4)</sup> AYMON. I. 260. 275.

Werk zu setzen, legten sämtliche Mitglieder der Synode im Namen aller Gemeinden das eidliche Gelübde ab, auf dem Glaubensbekenniss und der Kirchenordnung unzertrennlich mit einander stehen, leben und sterben zu wollen<sup>1)</sup>; ein *Act du serment d'union*, der auf den folgenden Synoden regelmässig wiederholt wurde.

3. In Betreff des Verhältnisses der *Kirche* zum *Staat* suchten die Synoden die Scheidung zwischen kirchlicher und bürgerlicher Gewalt möglichst rein durchzuführen. Die Synode zu *Rochelle* 1607 gestattete z. B. den Abgeordneten der Stadtbehörde zwar Zutritt, aber nicht, wie sie begehrten, Sitz und Stimme<sup>2)</sup>; denn die Synode sei eine rein kirchliche Versammlung; und dass ein Pfarrer, selbst wenn die Obrigkeit es fordere, nicht verpflichtet sei, diejenigen, welche von einem Vergehen Kenntniss haben, öffentlich zur Anzeige zu ermahnen, entschied im J. 1609 die Synode zu *St. Maixent*<sup>3)</sup>. Aehnlicher Weise erneuerte die Synode zu *Vitré* (1617) die Bestimmung, dass mit kirchlicher Rüge gegen diejenigen Gemeindeglieder eingeschritten werden solle, welche das Consistorium vor die Obrigkeit laden, um gegen Verbrecher Zeugniss abzulegen. Auf der andern Seite schärften die Synoden zu *Vitré* und *Alais* (1617, 1620) den Pfarrern mit Androhung kirchlicher Rüge ein, in die Predigten keine Politik einzumischen<sup>4)</sup>. Die Gefahr für die presbyteriale und synodale Ordnung rückte indessen immer näher heran. Im J. 1612 erliess Louis XIII. ein Patent, worin er den Reformirten Amnestie ertheilt für politische Versammlungen, die seit 1596 gehalten worden seien, aber für die Zukunft alle ohne königliche Genehmigung zu haltende öffentliche Versammlungen bei Strafe des Landfriedensbruchs verbietet, für *kirchliche* Versammlungen jedoch volle Freiheit gewährt (pleine liberté de tenir leurs *Consistoires, Colloques et Synodes Nationaux et Provinciaux*), unter der Bedingung, dass ausser Pfarrern und Aeltesten Niemand zugelassen und nur von Lehre und Kirchenordnung gehandelt werde, widrigenfalls ihnen die bisherigen Privilegien würden entzogen werden. Die Synode

<sup>1)</sup> AYMON. I. 398 f.

<sup>2)</sup> AYMON. I. 299.

<sup>3)</sup> AYMON. I. 376.

<sup>4)</sup> AYMON. II. 152.

zu *Privas* verfasste hierauf eine Erklärung, worin sie ihrem Schmerz Worte leiht, dass man ihnen Verbrechen aufbürde: die Reformirten haben nie Verzeihung oder Begnadigung begehrkt, denn sie seien sich keines Vergehens bewusst und werden von dem Amnestiepatent keinen Gebrauch machen, wohl aber nach wie vor sich als treue und gehorsame Unterthanen betragen<sup>1)</sup>. Schon die nächste Synode, zu *Tonneins* (1614) fand für nöthig, die Beschwerden der Reformirten wegen Beeinträchtigung ihrer Religionsfreiheit durch Beamte und die Regierung in eine Schrift zu fassen (das erste Beispiel der Art auf Nationalsynoden), sprach aber dessenungeachtet ihren vollen Abscheu aus gegen die Lehre der Jesuiten in Betreff des Lebens und Anschens der Souveräne, und warnte alle Gläubigen desshalb vor dem Buch des Jesuiten *SUAREZ*<sup>2)</sup>. Vom J. 1623 an wohnte, wie oben gesagt, auf Befehl des Königs ein königlicher Commissär reformirten Bekenntnisses den Synoden bei; diess war erstmals bei der Synode zu *Charrenton* (1623) der Fall, die wegen dieser Beeinträchtigung der alten gewährleisteten Rechte und Freiheiten bei dem König Einsprache erhab, sich aber fügte: der Commissär *AUGUST GALLAND*, der nachher noch zwei Nationalsynoden beiwohnte, scheint ein wohlwollender Mann gewesen zu sein, während sein Nachfolger, Herr von *ST. MARC*, die Synode zu *Alençon* (1637) durch sein dictatorisches Auftreten auf harte Proben setzte<sup>3)</sup>. Nachdem man so zuerst die Nationalsynoden unter Controle und Beschränkung gestellt hatte, ging es an die Provincialsynoden: der königliche Commissär bei der Synode zu *Alençon* verbot im Namen des Königs alle Provinzialsynoden und selbst den Verkehr der Nationalsynode mit den Provinzen in kirchlichen Dingen; offenbar wollte man nach dem Grundsatz: *divide et impera*, die Provinzen von einander isoliren<sup>4)</sup>. Im J. 1637 wurden die *Assemblées de Notables* d. h. Versammlungen der angesehensten Gemeindeglieder zur Wahl eines Geistlichen oder zu sonstigen wichtigeren Gemeindeacten — verboten, und zuletzt wurden die *Colloquien* unterdrückt<sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> *AYMON.* I. 405 ff.

<sup>2)</sup> *AYMON.* II. 38 f. 53.

<sup>3)</sup> *AYMON.* II. 233. 241 f. 534. ff.

<sup>4)</sup> *AYMON.* II. 536.

<sup>5)</sup> Im gleichen Jahr. *S. WEBER* a. a. O. 280 f.

Nachdem während eines Zeitraums von 22 Jahren (von 1637—1659) nur *eine* Generalsynode, die zu *Charenton* 1645, hatte gehalten werden dürfen, wurde von *MAZARIN* die Synode zu *Loudun* für 1659 bewilligt. Man trat mit der trüben Ahnung zusammen, dass diess wohl die letzte Nationalsynode sein würde, und in der That verkündigte der königliche Commissär *MADELAINE* in seiner Rede deren nahes Ende. Ehe man sich trennte (Jan. 1660), beschloss man zwar, dass die nächste Synode, in 3 Jahren, zu *Nimes* statt finden solle<sup>1</sup>), aber es kam nie mehr zu einer Nationalsynode, weil *LOUIS XIV* die Erlaubniss dazu verweigerte, er wollte nur *einen* Willen im Staate haben, seinen eigenen, und duldet nicht, dass irgend eine Körperschaft oder Gemeinschaft im Staat ihre Angelegenheiten selbständig berathe und ordne. Da schon bisher die Synode vielfach gelähmt war, indem die Freiheit der Wahl von Abgeordneten so wie die der Berathungen selbst fehlte, so war sie in Grunde schon zur leeren Form geworden, und ihr völliges Aufhören war darum kein so gar grosses Uebel mehr<sup>2</sup>). Doch traten nun erst, nachdem die Synoden für immer ein Ende hatten, die bisher mehr nur verzinzelten Massregeln gegen die reformirte Kirche systematisch und ungescheut hervor. Gleich 1661 wurde in *Montauban* das Bekhrungswesen (*Conversions*) durch Einquartierung von Soldaten in Hugenottenhäusern erstmals angewendet, und nun folgten die empörendsten Mittel und Massregeln der List und Gewalt, zum Theil mit dem Schein des Rechts, um sämtliche Reformirte zur katholischen Kirche zurückzuführen, besonders von 1681 an die Dragonaden in umfassendem Maassstab.

Als die Hugenotten des Südens sahen, dass weder Gerechtigkeit noch Gnade mehr vorhanden sei, und dass man vollends alle Verbindung zwischen den Protestanten verschiedener Provinzen aufzulösen trachte, um in jeder einzelnen schneller ans Ziel zu kommen: so fassten sie den Entschluss, eine *geheime Zusammenskunft* in Sachen ihrer Kirche zu *Toulouse* zu veranstalten, also in der äussersten Gefahr der Kirche eine Art Provincialsynode zu halten. Im Juni 1683 traten 16 Abgeordnete unentdeckt zusammen, und beschlossen, nach einem allgemeinen Fasttag

<sup>1)</sup> AYMON. II. 805.

<sup>2)</sup> Vergl. WEBER a. a. O. S. 282 f.

(4<sup>ten</sup> Juli) an einem gewissen Tage alle ihre geschlossenen Kirchen aufzubrechen, und bei offenen Thüren, an anderen Orten auf den Trümmern der niedergerissenen Kirchen, Gottesdienst zu halten, im Stillen die *Colloques* wieder anzufangen, und, wo es an Geistlichen fehlte, durch *Aelteste* und *Diaconen* Gebete u. s. w. vorlesen zu lassen, kurz durch keine Verordnungen sich an der Ausübung ihres Glaubens und an der Wiederaufrichtung der alten presbyterianen und synodalen Kirchenordnung hindern zu lassen<sup>1</sup>). Die Vollziehung dieser Beschlüsse wurde durch Sendung von Truppen beantwortet, und im J. 1685 erfolgte vollends die *Aufhebung des Edicts von Nantes*, wodurch der Protestantismus schlechthin geächtet, aber auch dem Land die schwerste Wunde geschlagen wurde, denn binnen weniger Jahre verlor Frankreich eine halbe Million seiner besten Einwohner durch Auswanderung. Die Aufhebung des Edicts schloss in sich: das Niederreissen aller protestantischen Kirchen im Land, das Aufhören alles öffentlichen reformirten Gottesdienstes, die gebotene Auswanderung aller protestantischen Geistlichen, Aufhebung aller protestantischen Schulen. Der 42<sup>te</sup> Artikel („sollten hie und da noch einige Hugenotten zerstreut im Lande leben, so soll ihnen, sofern sie keine gottesdienstliche Versammlungen veranstalten, Gewissensfreiheit unbenommen sein“) schien wenigstens ein sektenartiges Fortbestehen der Reformirten möglich zu machen, aber auch das sollte nachher nicht mehr geduldet werden!<sup>2</sup>).

Dennoch wurde der Zweck nicht erreicht, die reformirte Kirche bestand dennoch, und erbte sich von Geschlecht zu Geschlecht fort als „Kirche in der Wüste“; BEZA's Wort bestätigte sich jetzt erst vollständig:

Plus à me frapper on s'amuse,  
tant plus de marteaux on y use.

Erst brach ein Aufstand aus, darauf der Krieg in den Sevennen. Das war zugleich die Zeit, wo aus Mangel an ordentlichen Geistlichen, Kinder, Jünglinge und Weiber, Männer aus dem Volk, meist Bauern und Weber, die oft nicht einmal lesen konnten, vom Geist getrieben, zu predigen und zu weissagen

<sup>1</sup>) WEBER a. a. O. 333. f.

<sup>2</sup>) WEBER a. a. O. S. 348 ff.

ansingen. Hievon hörte man zuerst im J. 1688, und schon nach wenig Jahren zählte man 25 solche unmittelbar Berufene<sup>1)</sup>. Das war nicht der Weg, aber auch noch nicht die Zeit dazu, die presbyteriale Kirchenordnung wiederherzustellen.

Aber die Zeit kam bald. Nachdem 1713 der Sevennenkrieg beendigt, und LOUIS XIV im J. 1715 gestorben war, schritt der Geistliche, ANTOINE COURT, ein gewaltiger Glaubensmann von apostolischem Schlag, an das Werk der Wiedergeburt des Protestantismus und der presbyterialen Kirchenordnung<sup>2)</sup>. Der Camisardenkrieg hatte das Band der kirchlichen Zucht zerrissen, die Heerden zerstreut und die Hirten getötet oder vertrieben, und, was das schlimmste war, die Geister allen Verirrungen eines Fanatismus preissgegeben, der bedenklicher wirkte als die feindlichen Verfolgungen. ANTOINE COURT, 1696 geboren, fasste in 18<sup>ten</sup> Jahr den Gedanken, die Kirche wiederherzustellen und fand dass vier Mittel hiezu erforderlich seien: 1. die Bevölkerung zu versammeln und in der Religion zu unterweisen; 2. den sieberhaft verbreiteten Fanatismus zu bekämpfen; 3. die Kirchenordnung, mit Consistorien und Aeltesten, Colloquien und Synoden wiederaufzurichten<sup>3)</sup>; 4. Prediger theils heranzubilden, theils aus dem Ausland zu berufen. Er schritt sofort zur That und berief auf den 21<sup>ten</sup> Aug. 1715 sämtliche Prediger aus den Sevennen und Languedoc nebst einigen erleuchteten Laien nach Nimes, wo er selbst Pfarrer war, stellte die Sachlage vor und empfahl, als ein Hauptmittel zu Abhülfe, die Wiederherstellung der Kirchenordnung, worauf er selbst zum Moderator und die anwesenden Laien zu Aeltesten erwählt wurden; auch beschloss man, an allen Orten, wo gepredigt wird, Aelteste aufzustellen,

<sup>1)</sup> Vergl. HOFFMANN, *Gesch. des Aufruhrs in den Sevennen unter LUDWIG XIV. Nach den Quellen erzählt*. 1837. S. 23 f. 34.

<sup>2)</sup> Das Folgende ist aus dem herrlichen Werk geschöpft: *Histoire des Eglises du désert par CHARLES COQUEREL*. 2 vol. 1841, wovon 1846 zwei deutsche Bearbeitungen erschienen sind, eine minder gelungene van SCHILLING, und eine gedrängtere aber auch gediegenere von SIXT.

<sup>3)</sup> COURT selbst hat später in einer Denkschrift seinen ersten Plan auscinander gesetzt; er sagt darin (bei COQUEREL a. a. O. I. 25.) unter anderen: le troisième, de rebabrir la *discipline*, l'usage des consistoires, des anciens, des colloques et des synodes u. s. w.

damit sie über die Gemeinden und Hirten wachen, für sichere Versammlungsorte, für die Prediger und für Arme sorgen<sup>1</sup>). Diese Versammlung hatte treffliche Wirkungen, sie wurde als „*Synode*“ anerkannt, der im J. 1716 im Dauphiné, 1717 im Languedoc ähnliche folgten. Die Beschlüsse, in 13 Haupt- und 6 Zusatzartikeln, ordnen den öffentlichen Gottesdienst, vermahnen die Familienväter zum Hausgottesdienst setzen gegenüber von allen angeblichen Offenbarungen, das Wort Gottes zur alleinigen Regel des Glaubens, stellen aber auch über die Amtsführung der Geistlichen und über Kirchenzucht die Grundzüge einer Kirchenordnung fest. Die Pfarrer, welche die Billigung der Aeltesten haben (ayant l'approbation des anciens) sollen alle Amtsverrichtungen, Predigt, Spendung der Sacramente, und Einsegnung der Ehen, verschen; über ihren Wandel soll Aufsicht geführt und ein Pfarrer, wenn er Aergerniss gibt, suspendirt werden; die Pfarrer selbst sollen bei ihren Gemeinden zuerst erforschen, welches die herrschenden Sünden sind, um denselben mit allen Mitteln entgegenzutreten (Art. 8—10). Zugleich hat man eine Art Colloques zu gegenseitiger Ueberwachung der Geistlichen eingeführt; indessen hatte man dabei noch nicht die alten Colloques, zu denen auch Aelteste gehörten, sondern blosses Zusammentreten der Pfarrer im Auge<sup>2</sup>). Als eine dieser Versammlungen dem als Refugié in den Niederlanden lebenden berühmten Theologen, JACOB BASNAGE, ihre Verhandlungen mittheilte, so beantwortete dieser das Schreiben mit lebhafter Freude (d. 18. Juli 1719) und mit der Versicherung: „alle Regeln der Kirchenordnung, die ihr beobachtet, entsprechen denen unserer Väter, deren Fürsorge und muthige Anstrengungen Gott gesegnet hat“<sup>3</sup>).

Im J. 1718 war es bereits möglich eine Synode von 45 Mitgliedern aus den Provinzen Languedoc und Sevennen zu halten, die theils Pfarrer theils Aelteste waren; man beschäftigte sich hiebei hauptsächlich mit den erforderlichen Eigenschaften eines

<sup>1</sup>) Qu'ils (les anciens) seraient chargés, 1<sup>o</sup> de veiller sur les troupeaux en l'absence des pasteurs et sur la conduite des pasteurs mêmes; 2<sup>o</sup> de choisir des lieux favorables pour la conveocation des assemblées u. s. w. COQUEREL. I. 28.

<sup>2</sup>) Réglement XI: Les pasteurs doivent se rassembler, de six mois en six mois, pour voir, si tous ont eu soin de visiter les malades, — en un mot, s'ils ont rempli le devoir de leur charge sans reproche. COQUEREL a. a. O. I. 34.

<sup>3</sup>) Bei COQUEREL. I. 29 f.

Geistlichen, auf welche unerlässlich gedrungen werden müsse; und schon in J. 1720 gab man den früher gefassten disciplinaren Beschlüssen Kraft, indem man JEAN VESSON als unbefugten Geistlichen absetzte, weil er nicht ordinirt, noch von ordentlich gewählten Aeltesten angenommen worden war <sup>1)</sup>. So nahm, wo tüchtige Geistliche wirkten, die alte kirchliche Ordnung und Zucht einen kräftigen Aufschwung. Besonders traf eine Synode von 54 Mitgliedern am 19. März 1723 umfassende Bestimmungen in Hinsicht presbyterialer und disciplinarischer Organisation. Man beschloss, 1. dass alle diejenigen, welche noch katholischen Taufen und Trauungen anwohnen würden, bis auf bewiesene Reue von Gottes Tisch ausgeschlossen; dass Aelteste, die einen von der Synode nicht anerkannten Prediger sich gefallen lassen, abgesetzt werden sollen; ferner, dass Niemand auch nur zum Verlesen der Schrift oder Anstimmen der Psalmen sollte auftreten dürfen, er sei denn von den Aeltesten erwählt; 2. in Ermanglung eines solchen hätten die Aeltesten selbst dieses zu verrichten. Endlich erklärte die Synode, um aller bisherigen Desorganisation entgegenzuwirken und das schwärmerische Wesen zu dämpfen, dass in jeder Gemeinde, die bisher noch keine Aeltesten habe, unverzüglich solche aufzustellen seien, bei Strafe, dass solche, die sich dessen weigern, weder von Pfarrern besucht, noch von gottesdienstlichen Zusammenkünften in Kenntniss gesetzt werden würden <sup>2)</sup>. Ueber die letztere Androhung kirchlicher Rüge ruft der Geschichtschreiber mit Recht aus: „Welche Strafe, für eine Verletzung der Kirchenordnung, nicht in Kenntniss gesetzt zu werden von Versammlungen, welche, falls sie überfallen wurden, den

<sup>1)</sup> COQUEREL I. 102: n'ayant point d'ordination, „ni approbation des anciens élus et chosis par les fidèles, ce qui est un grand crime et une grande irrégularité;“ — „s'il est permis, à la vérité, à des anciens élus à la pluralité des voix „dans un temps de persécution, d'établir un homme, en qui ils connaissent les „qualités requises, et de lui donner puissance et autorité de faire toutes les fonctions d'un pasteur, le sieur VESSON n'a été reçu dans aucun *consistoire* de pasteurs „ou d'anciens.“

<sup>2)</sup> COQUEREL I. 104 f. Der Wortlaut des letzteren Bechlusses nebst Begründung ist dieser: attendu que dans les villes et lieux, où il n'y a point d'anciens il est arrivé des désordres et des scandales, il a été délibéré qu'on en établirait incessamment, et faute de ce faire et s'il y a un refus de la part des fidèles, ils ne seront point visités des pasteurs, ni advertis pour aller aux assemblées.“

Theilnehmern nach dem bürgerlichen Strafgesetz lebenslängliche Galeerenstrafe zuzogen!"<sup>1)</sup> Denn unter der Regentschaft des Herzogs von *Orleans* hatten die Protestanten genug zu leiden, in den Jahren 1709—1721 wurden ihre Versammlungen oft überfallen, und die Häuser, in denen sie zuweilen gehalten wurden, niedergerissen; das Edict vom 14<sup>ten</sup> Mai 1724 schärfte sogar alle Strafandrohungen *LUDWIG's XIV* aufs äusserste, war aber am Ende eben desswegen unvollziehbar. Dennoch wurden die gottesdienstlichen Versammlungen, die meistens zur Nachtzeit gehalten wurden, immer zahlreicher besucht, so dass im J. 1728 selbst die verhältnissmässig schwach besuchten gegen 3000 Theilnehmer zählten; in denselben wurde nicht nur Gottes Wort gepredigt, sondern auch das h. Abendmahl unter freiem Himmel gehalten, Kinder getauft und Ehen eingesegnet. Hand in Hand mit solchen ernsten und begeisternden Gottesdiensten „in der Wüste“ machten die kraftvollen und althugenottischen Massregeln der Verwaltung und presbyterianischen Kirchenordnung mächtige Fortschritte. Die Synodalversammlungen wurden zahlreicher besucht und traten kühner und kraftvoller auf; aus dem Chaos bildete sich in raschem Fortgang eine feste Ordnung. Und gerade diese wachsame und straffe Disciplin der Pfarrer und Aeltesten, vom Glauben und frommer Weisheit gehandhabt, half die fanatischen Auswüchse beschneiden und, statt der überspannten Stimmung des unmittelbar vorhergegangenen Zeitalters der Camisarden, einen überlegten und kühler entschlossenen Glaubensmuth pflanzen. Die künftigen „Pfarrer der Wüste“ wurden seit ungefähr 1730 in einer neu gegründeten Bildungsanstalt zu Lausanne, welche von da an bis 1809 bestanden hat, wo NAPOLEON die theologische Fakultät zu Montauban errichtete, herangebildet.

Unter mancherlei Gefahren schritt das Werk der synodalen Reorganisation vorwärts; eine Synode im J. 1726 vereinigte bereits 36 Aelteste mit nur 3 Pastoren in sich; aber je grösser die Zahl der Provinzen wurde, aus denen sich Abgeordnete zusammenfanden, desto mehr wuchs die Gefahr, denn die Intendanten wachten ängstlich über allen Schritten, die eine allgemeine Verbindung der Protestantenten des ganzen Königreichs herbeiführen konnten. Eine

<sup>1)</sup> COQUEREL I. 105.

Synode in den Sevennen (10. Aug. 1730), aus 37 Mitgliedern bestehend, verordnete, um die furchtsamen Protestanten zum öffentlichen Bekenntniss und zum Anschluss an die geordneten Gemeinden zu bewegen, dass die Aeltesten jeder Gemeinde eine vollständige Liste aller der Personen von 12 Jahren und darüber aufnehmen sollten, die noch nicht communicirt hätten, und dass sie denselben ihre Pflicht einschärfen sollten<sup>1)</sup>. Diese Synoden, welche vorzugsweise von Ober- und Niederlanguedoc und den Sevennen ausgingen (denn da, wo der Schauplatz des Krieges gewesen war, war auch der muthigste Glaube zu Haus), nannten sich National-synoden, wiewohl sie nur einige Provinzen vertraten. Da erregten die Beschlüsse derselben bei Gemeinden, denen sie mitgetheilt wurden, mitunter Eifersucht, als wollten gewisse Orte den Meister spielen und auf eine Ueberlegenheit anderen gegenüber Anspruch machen, die gerade von jeher in der reformirten Kirche Frankreichs nicht geduldet wurde und schon in der ältesten Kirchenordnung (1559, erster Artikel) verpönt war. In dieser Richtung machte namentlich die Provinz Dauphiné in einem Schreiben an die Synode von Vivarais (27. Sept. 1730) offene Vorstellungen und schlug *gemeinschaftliche* Berathungen vor<sup>2)</sup>. Eine von mehreren Provinzen beschickte Synode fand am 26. Febr. 1733 statt; das protestantische Frankreich bestand damals aus den Provinzen Vivarais, Dauphiné, Ober- und Niederlanguedoc, Guyenne und den Sevennen; von diesen waren jedoch Dauphiné und Vivarais an der Beschickung gehindert, dagegen beschlossen die Abgeordneten aus Guyenne, Ober- und Niederlanguedoc und den Sevennen, sich als *Nationalsynode* zu constituiren. In der Mitte von Frankreich so wie im Norden und Westen bestand der reformirte Glaube nur noch im Stillen der Familie. Oeffentlichen Gottesdienst und förmliche Gemeinden gab es daselbst nicht mehr oder noch nicht; erst ein Jahrzehent später konnte sich die Provinz Poitou durch Abgeordnete den Synoden des Südens anschliessen. Die Gemeinden von Oberlanguedoc, wo der Pfarrer MICHAEL VIALA die reformirte Kirche wiederherzustellen bemüht war, beschlossen auf eine Colloque den 17<sup>ten</sup> Apr. 1737 unter anderem, dass die Aeltesten jeder Gemeinde sich jeden Monat einmal versammeln

<sup>1)</sup> COQUEREL. I. 200.

<sup>2)</sup> COQUEREL. I. 202 f.

sollten, um über Maßregeln zur Beförderung des Reiches Gottes zu berathschlagen und sich brüderlich zu vermahnen und zur treuer Berufserfüllung zu ermuntern <sup>1)</sup>). Die Aeltesten mussten natürlich eine desto grössere Bedeutung haben, je mehr es den Gemeinden immer noch an Pfarrern mangelte, denn die angestellten Pfarrer waren über so weitläufige Bezirke gesetzt, und die einzelnen Häuslein der Evangelischen so zerstreut, dass jene in der That angestellte Reiseprediger waren, ein Beruf, den früher ANTOINE COURT (der sich jetzt nach Lausanne zurückgezogen hatte), und jetzt VIALA mit unermüdetem Eifer erfüllten. Da waren die Aeltesten jeder Gemeinde und jedes kleineren Häusleins Reformirter die einzigen stehenden Diener der Kirche an jedem Ort. Im J. 1744 fand „in der Wüste“ von Niederlanguedoc eine von Geistlichen und Aeltesten aus Poitou, Angoumois, Saintonge, Languedoc, Guyenne, Sevennen, Vivarais, Dauphiné besuchte „Nationsynode“ mitten im Kriege statt, selbst die Normandie war durch einen Pfarrer vertreten. Die Synode, die, wie alle um diese Zeit, zum bei weitem grössten Theil aus Aeltesten bestand, fasste eine Reihe wichtiger Beschlüsse über Kirchenzucht, Gemeindeordnung, Gottesdienst und andere kirchliche Fragen. Sie ermahnte z. B. die Pfarrer und Consistorien, kirchliche Rügen gegen Leute, die Aergerniss gegeben hatten, wo möglich, nicht in der vollen Versammlung sondern vor dem Consistorium vorzunehmen. Ferner beschloss sie, um die Gemeindeordnung zu vervollständigen, dass jede Gemeinde ihr Möglichstes thun solle, um auch *Diaconen* zu bekommen, während von 1716 an nur Aelteste vorhanden gewesen waren. Zugleich wurde angeordnet, dass, um Aelteste und Diaconen gegen Verdächtigung zu schützen, und um gute Ordnung einzuführen, in jedem Consistorium ein Schatzmeister und ein Schriftführer ernannt werden, und jener ohne Vorwissen dieses nichts ausgeben solle. Dass man keinen Pfarrer oder Candidaten predigen lassen solle, den nicht einige Mitglieder des Consistoriums kennen; dass die Geistlichen und Aeltesten in jeder Provinz sich so viel möglich *den* Kirchen anschliessen sollen, welche ihren Gottesdienst bei Tage halten, und die nächtlichen Versammlungen möglichst abstellen möchten; — diess sind einige

<sup>1)</sup> COQUEREL. I. 286.

Zeugnisse des Geistes der Weisheit, der diese Synode beseelte <sup>1)</sup>). Da jedoch im gleichen Jahr (1744) die Verfolgungen wieder auf's neue begannen und um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts auf eine beinahe das Maass der Dragonerbekehrungen erreichende Höhe stiegen, so fand man für nothwendig, die nächtlichen Versammlungen wieder zu erlauben und sogar zu empfehlen. Inzwischen organisirten sich in der Grafschaft Foix die Gemeinden mit beharrlichem Muthe. Eine Versammlung von Pfarrern und Laien (25. Juli 1745) beschloss unter anderem, dass die Aeltesten darüber wachen sollen, dass Anstand und Gottesfurcht in den Versammlungen herrsche: dass alle, die sich künftig katholisch trauen lassen, vom h. Abendmahl zurückgewiesen werden sollen. Ein neues Colloque im Nov. 1745 verfügte die Zulassung einiger Aeltesten von Mazamet zur Communion, über die wegen Besuchs von Tanzgesellschaften kirchliche Rüge ergangen war <sup>2)</sup>). Merkwürdig, wie die kirchliche Organisation und Kirchenzucht gleichen Schritt hielte mit der Erlassung grausamer Verfolgungssedice des Staates. Zugleich waren die Pfarrer, besonders PAUL RABAUT, mit äusserstem Ernst und Nachdruck darauf bedacht, Gehorsam gegen die Regierung einzuschärfen, bewaffnete Versammlungen zu verbieten, und aufständische Bewegungen, wie die der Bauern zu *Ledignon* in den Sevennen (1752), zu verhüten. Aus den Protocollen des Consistoriums von *Nimes* (1753), dieser Hauptstadt der Reformirten des Südens, ist ersichtlich, wie streng und consequent die Kirchenzucht geübt und für möglichst geordnete und feierliche Einrichtung des Gottesdienstes gesorgt wurde <sup>3)</sup>).

Von dem Stand der Kirchenordnung um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts geben die Urkunden der am 4<sup>ten</sup> Mai und den folgenden Tagen 1756 in den oberen Sevennen gehaltenen „National-synode“ einen Begriff <sup>4)</sup>). Laut dem Verzeichniss der Geistlichen, das den Acten beigeschlossen ist, zählte Frankreich im J. 1756 47 reformirte Pfarrer in 10 Provinzen. In Hinsicht der Gemeindeordnung wurde (entsprechend einer früheren Synodalentscheidung)

<sup>1)</sup> COQUEREL. I. 287 ff. 290. 293 ff.

<sup>2)</sup> COQUEREL. I. 311 f.

<sup>3)</sup> COQUEREL II. 100 ff.

<sup>4)</sup> COQUEREL. I. 483; die vollständige Urkunde über diese Synode hat der Verf. aus den Originalhandschriften im Anhang zu Bd. I. S. 525—540 wörtlich abdrucken lassen.

Art. 20. ausgesprochen, dass die Versammlung der Aeltesten und Diaconen, wenn sie keinen Pfarrer an ihrer Spitze haben, keinen Vorsitzenden (modérateur) wählen noch irgend eine kirchliche Strafe gegen die Sünder verfügen dürfe, geschweige gegen Amtsgenossen. Hiemit hielt die Synode, unbeschadet der grossen Bedeutung, welche das Aeltestenamt in dem Zeitraum der Wiedergeburt der Kirchenordnung bekommen hatte, an der alt-französischen Ansicht von der specifischen Würde des Pfarramts fest. Im übrigen enthält die Urkunde mehrere Beschlüsse über Kirchenzucht, Gottesdienstordnung, Sonntagsheiligung u. dgl. worüber die Consistorien zu halten hatten. Auch wurde, nachdem die Verfolgungen einigermassen nachgelassen, denjenigen Provinzen, in denen der Gottesdienst bei Nacht gehalten wurde, empfohlen, sich möglichst nach jenen zu richten, wo dieselben bei Tag statt fanden (Art. 6). Die Abgeordneten erneuerten auf der Synode in ihrem eignen und der von ihnen vertretenen Provinzen Namen, die Einigkeit (Union) der Gemeinden, bestehend in Gleichförmigkeit des Glaubens, des Gottesdienstes, der Verfassung, und in pünktlichem Briefwechsel sowohl in Zeiten der Verfolgung als der Ruhe (Art. 4). Ferner wurden Beschlüsse über Eintheilung und Abgrenzung der Provinzen, über Versorgung einzelner Provinzen oder Bezirke mit Pfarrern, über das Seminar zu Lausanne u. s. w. gefasst. Die synodale Gliederung scheint damals ziemlich vollständig gewesen zu sein, denn es ist ein Colloque genannt (Art. 14), dem ein gewisser Auftrag gegeben wird; Provinzen sind mehr als einmal in der Art erwähnt, dass Synoden derselben vorausgesetzt sind, wie denn die Abgeordneten als Abgeordnete ihrer Provinzen, nicht ihrer einzelnen Gemeinden, erscheinen (z. B. Art. 21. 23. 35). Mit Berufung der nächsten Nationalsynode wurde, nach altem Brauch, eine bestimmte Provinz beauftragt (Art. 48). Als Grundlage und Codex des Kirchenrechts erscheint sichtbar die Discipline ecclésiastique, nebst den Entscheidungen der alten Nationalsynoden, auf deren einige man sich ausdrücklich berief, während zugleich die Synode von 1744 als Vorgang angeführt ist; somit ist der Faden stetiger Entwicklung des Kirchenrechts, welcher abgerissen schien, gerade so wieder aufgenommen, als wäre die reformirte Kirche stets in gleicher Weise und mit der gleichen synodalen Autonomie fortbestanden.

Im J. 1760 wurden in Niederlanguedoc zwei Synoden gehalten, die eine von 5 Pfarrern und 54 Aeltesten besucht, die andere von 15 Pfarrern und 38 Aeltesten; sie beschäftigten sich mit dieciplinarischen Entscheidungen, auch wurde eine strenge Sprechordnung für die Synoden festgestellt<sup>1)</sup>.

Die *Nationalsynode* von 1763 in Niederlanguedoc, unter dem Vorsitz von PAUL RABAUT<sup>2)</sup>, musste sich nur allzu lang mit Entscheidung einer vorgelegten persönlichen Sache beschäftigen, sprach sich aber für die „Union“ aller französischen reformirten Kirchen mit besonderem Nachdruck aus, und leitete den regelmässigen Briefwechsel der Provinzen unter einander dadurch noch sicherer ein, dass sie (Art. 48) verordnete; jede Provinz solle einen Correspondenten ernennen, der vierteljährlich an sämtliche Provinzen Bericht erstatte über das Wichtigere, was sich ereignet habe. Provinzialsynoden wurden besonders in Languedoc regelmässig fort gehalten, es werden solche vom J. 1766, 1774 und andern Jahren erwähnt, die mit regsamem Eifer die Kirchenzucht und Ordnung handhabten. Unterdessen wurden viele Bemühungen zu Gunsten der Protestanten mit mehr Erfolg oder wenigstens Aussicht auf Erfolg gemacht, die sämtlich ihre *bürgerlichen* Rechte im Auge hatten. Diese wurden endlich durch das Edict von LOUIS XVI. (Nov. 1787) gesichert, das sich lediglich auf die *bürgerliche* Verhältnisse der Protestanten bezog, über ihre kirchlichen Rechte aber nichts bestimmte, ausser dass es den reformirten Geistlichen eine Amtstracht und öffentlichen Gebrauch ihrer amtlichen Eigenschaft verbot, was damit zusammenhängt, dass die katholische Religion für die Staatsreligion erklärt war.

Hiemit schliesst ein wichtiger Zeitraum, der uns die allmähliche Einschnürung der politischen und kirchlichen Freiheit des französischen Protestantismus, die Beengung der kirchlichen Autonomie aller Organe, endlich die gewaltsame Zerstörung des ganzen presbyterianischen und synodalen Organismus in Frankreich vorführt. Je peinlichere Eindrücke diese Erreignisse machen, desto erfrischender und erwecklicher ist die allmähliche Wiedergeburt der reformirten Kirche Frankreichs samt ihrer ganzen Gemeindeordnung

<sup>1)</sup> COQUEREL. II. 361 f.

<sup>2)</sup> COQUEREL. II. 504—599 hat auch von dieser Synode die Acten vollständig mitgetheilt.

und Synodalverfassung. Der Gang war hiebei in den Grundzügen dieser: durch kleine Synoden, als die Haupthebel, wirkte ANT. COURT vor allem auf Herstellung der Gemeindeordnung. Aelteste mussten zuerst überall aufgestellt werden, als die, bei dem Mangel an Pfarrern, nothwendigsten Grundsäulen des kirchlichen Baues; hierauf traten Provinzialsynoden, endlich Nationalsynoden in Wirksamkeit; und nun erst ging die gliedernde Fortentwicklung wieder nach unten, indem den Aeltesten Diaconen zur Seite gestellt, und, wie ehmals, zuletzt die Colloques als Mittelglied zwischen Consistorien und Provinzialsynoden eingeschoben wurden. Dabei war die strenge Handhabung der Kirchenzucht durch Consistorien und Synoden, der altfranzösische Geist der presbyterianen Gleichheit, und der standhafte Glaubensmuth ein sprechendes Zeugniss, dass nicht etwa nur die Kirchenform, sondern der *Geist* der alten Hugenotten in den Söhnen und Enkeln noch lebe.



## ZWEITES CAPITEL.

### **Gross-Brittannien im XVII. Jahrhundert.**

---

Als JACOB, König von Schottland, im J. 1603 den englischen Thron bestieg, setzten die Presbyterianer Hoffnungen auf ihn, weil er sich öffentlich für die schottische Kirchenverfassung ausgesprochen hatte; allein der König handelte nach dem Grundsatz: *No bishop no King*, wie er denn auch einmal aussprach: „Bischöfe müssen die Prediger regieren, und der König sie beide.“ Er veranstaltete zwar am 18<sup>ten</sup> Januar 1604 eine Conferenz zwischen Bischöfen und andern anglikanischen Theologen einerseits, und vier puritanischen Geistlichen von Oxford und Cambridge andererseits, in *Hamptoncourt*; als aber einer der Puritaner von schriftmässigem Kirchenregiment, Diöcesansynoden, kurz in presbyterianischem Sinne redete, so unterbrach ihn der König mit Heftigkeit: Presbyterien und Monarchie vertragen sich so wenig mit einander als Gott und der Teufel; da versammeln sich Jack und Tom und Will und Dick, verhängen Censuren über den König und seinen Rath und lassen ihn zu keinem ruhigen Athemzug mehr kommen. Die Presbyterianer genossen keine Redefreiheit und wurden eigentlich mit Gewalt, „nicht mit Gründen, niedergeschlagen und zugleich zum Besten gehabt“ <sup>1)</sup>). Bald fingen die

<sup>1)</sup> NEAL. *Hist. of the Puritans*, berichtet II. 9—23 ausführlich darüber.

Verfolgungen der Puritaner wieder an; weshalb neue Auswanderungen nach den Niederlanden erfolgten, wo die Flüchtlinge presbyterian verfasste Gemeinden bildeten. Indessen nahm hiedurch die Partei der Puritaner in England nicht ab; denn je mehr die Neigung des Königs zu einer Art Union zwischen Protestantismus und Rom (wobei der Löwenanteil natürlich auf letztere Seite gefallen wäre) zu Tage kam, und je offener die Hofgeistlichen sich Rom näherten, desto mehr Leute wurden Puritaner, ja selbst Independenten, so dass sie die anglikanische Kirche gar nicht mehr für eine wahre Kirche, sondern für ein Glied des Antichrist, oder im besten Fall, für eine blosse Creatur des Staats und des Hofes hielten und Separation von derselben für unerlässliche Pflicht ansahen.

Die Kluft, welche die jetzigen Puritaner innerlich von der anglikanischen Kirche trennte, war beträchtlich weiter geworden, als sie ein halbes Jahrhundert früher, im Anfang der Regierung von ELISABETH, gewesen war. Auf Seiten der anglikanischen Geistlichkeit war, seit die bischöfliche Staatskirche sich in ungefährdetem Besitzstand befand, die Befehlung der römischen Lehre und Kirchenverfassung namhaft gemildert, hingegen die Spannung gegenüber den Puritanern verschärft worden. Während die anglikanischen Reformatoren, ein CRANMER, JEWEL, WHITGIFT und Andere, das bischöfliche Kirchenregiment nur als erlaubt, unschuldig und aus menschlichen Rücksichten empfehlenswerth betrachtet hatten, sing eine neue Generation von Theologen, die man nach LAUD benennen kann, jetzt an, den Episcopat für eine unentbehrliche, göttlich verordnete und grundwesentliche Institution zu erklären. Die Anglikaner unter der Regierung der Königin ELISABETH sahen die Protestanten des Continents, so sehr auch deren Kirchenverfassung von der bischöflichen abwich, als Brüder und Angehörige einer und derselben Kirchengemeinschaft an, und noch im Jahr 1618 sendete König JACOB, als Oberhaupt der anglikanischen Kirche, zu der niederländischen Generalsynode in *Dordrecht* zwei Abgeordnete, einen Bischof und einen Dechanten. Der letztere, JOSEPH HALL, später Bischof von Norwich, sagt in seiner Selbstbiographie: „Meine Unwürdigkeit wurde zum Mitglied dieser ehrwürdigen und feierlichen Versammlung ernannt.“ Jetzt aber erkannte man in dem Mangel an Bischöfen eine wesentliche Verirrung und einen bedenklichen Schaden. Während ein bedeutender Theil der angli-

kanischen Geistlichkeit von ihrem ursprünglichen Standpunkt nach der einen Seite hin abwich, ging ein Theil der puritanischen Partei, nach der gerade entgegengesetzten Richtung hin, von den Grundsätzen und der Handlungsweise ihrer Väter ab. Die Verfolgungen hatten die Partei gereizt, aber nicht zu unterdrücken vermocht; sie wurden nur hartnäckiger, herber und hielten in leicht erklärlichem Selbstbetrug ihre Gefühle des Hasses und der Rache für fromme Regungen des Eifers für Gottes Haus. Und je mehr die am Hofe geltenden Grundsätze sich auf die Seite eines unbeschränkten und despotischen Regiments im Staat hinneigten, desto entschiedener fanden bei den puritanischen Mitgliedern des Hauses der Gemeinen republikanische Grundsätze Eingang<sup>1</sup>).

Die gemässigteren Puritaner dagegen hielten die anglikanische Kirche immerhin für eine wahre Kirche und scheuteten sich desshalb vor einer Trennung von ihr. Ein Sprecher derselben, der jedoch in der Frage über die Rechte der Gemeinde independentistisch dachte, WILLIAM BRADSHAW (†. 1618) gab zur Rechtfertigung seiner Partei im J. 1605 den Aufsatz: *English Puritanism* heraus, worin er Pastoren, Doctoren, und Aelteste, letztere als Gehülfen der Pfarrer im Kirchenregiment, und als Aufseher über den Wandel der Gemeindegliedern, setzt. Die meisten Puritaner waren auch presbyterianisch gesinnt, ein Theil übrigens auch bischöflich. Die Sache veränderte sich einigermassen, als noch unter K. JACOB, in verstärktem Maasse aber unter KARL I (1625—1649), die arminianische Richtung in der Kirche von England, namentlich auch unter den Hofgeistlichen, Boden gewann<sup>2</sup>) und die Lehrdifferenz zwischen Calvinisten und Arminianern in den Vordergrund trat; nun nahm die Polemik gegen die bischöfliche Verfassung ab, und Manche hatten gegen einen gemässigten Episcopalismus nicht mehr viel einzuwenden. Sichtbar war aber, wie Papismus und Arminianismus Hand in Hand gingen<sup>3</sup>), weshalb

<sup>1</sup>) Nach MACAULAY, *the History of England* etc. I. 58. ff.

<sup>2</sup>) KARL. I. selbst war entschieden arminianisch gesinnt und begünstigte und beförderte die Männer dieser Denkungsart. Bald stand es so, dass das Witzwort eines Geistlichen Wahrheit war, der einem Herrn vom Lande auf die Frage: what the Arminians held, antwortete, that they held all the best bishopries and deaneries in England. MACAULAY I. 62.

<sup>3</sup>) Hiesfür bildet den schlagendsten Beweis die Persönlichkeit des namhaftesten

das Parlament im J. 1628 einen Protest gegen Jesuiten und Arminianer beschloss. Die Regierung schritt, auf LAUD's Betreiben, gegen alles Presbyteriale ein, wo sie konnte. Auf der Insel *Jersey* war die unter ELISABETH geduldete presbyteriale Ordnung schon unter JACOB I. Regierung durch Vexationen aller Art zerstört worden; jetzt wurde auch in *Guernsey* das bischöfliche Regiment eingeführt. Ferner gebrauchte die englische Gemeinde zu *Hamburg* die Genfer Kirchenordnung mit Aeltesten und Diaconen; und die englischen Geistlichen in den Niederlanden richteten sich nach der Landeskirchenordnung, indem sie bisher mit Erlaubniss der englischen Regierung bei Synoden mithielten. Nun wurde ihnen 1632 befohlen, sich nach der anglikanischen Kirchenordnung zu richten und bei keiner Klassicalversammlung mehr zu erscheinen. Allein der Befehl blieb unvollzogen, weil die meisten englischen Gemeinden in den Niederlanden von den Staaten unterstützt wurden, und sich nach der Landeskirche richten mussten. Gleichsam zur Rache nahm im J. 1634. Erzbischof LAUD den holländischen und wallonischen Fremden-gemeinden in England, deren zehn waren, ihre kirchlichen Vorrechte, und unterwarf sie dem Parochialzwang, trotz dem Protest ihrer Geistlichen und Aeltesten. Nun näherte sich, besonders seit 1637, die vom Hof gewünschte Union mit Rom rasch, rief aber auch gewaltige Gegenwirkungen hervor, wobei *Schottland* mit eingriff<sup>1)</sup>.

Dort waren durch königliche Autorität im J. 1600 drei Bischöfe eingesetzt worden. Nun sollte ihnen auch Anerkennung durch die Kirche verschafft werden; und zu diesem Zweck war nöthig, den kirchlichen Versammlungen ihre Freiheit zu entziehen. K. JACOB vertagte die auf 1604 ausgeschriebene Generalversammlung zuerst auf 1605 und dann wieder auf's Unbestimmte. Offenbar war es auf Unterdrückung der Generalsynoden und damit der presbyterianischen Kirche abgesehen. Da traten an 6<sup>ten</sup> Juli 1605 49 Geistliche in *Aberdeen* selbständig zusam-

Kirchenmannes jener Zeit: WILLIAM LAUD, Erzbischof von Canterbury wich genau eben so weit von der calvinischen Lehre mit den Arminianern ab, als er sich andererseits der römischen Kirche näherte.

<sup>1)</sup> NEAL. *Hist. of the Puritans.* II. 1—311.

men, wurden jedoch durch einen königlichen Commissär so gleich aufgelöst, aber nicht ohne dass der Moderator vermöge seiner Vollmacht den Termin der nächsten Zusammenkunft bestimmt hatte; vierzehn Mitglieder wurden verhaftet, die sechs charaktervollsten nach Frankreich verbannt und acht in den entferntesten Norden des Landes; acht andere Geistliche wurden nach England berufen, und neun Monate lang daselbst zurückgehalten; **ANDREAS MELVILLE**, der darunter war, blieb vier Jahre lang gefangen, und wurde dann nach Frankreich verbannt, wo er einen Lehrstuhl an der reformirten Universität *Sedan* übernahm und 1622 starb.

Nachdem die besten Kräfte dem Land entzogen waren, schritt man zur Ausführung: das Parlament zu Perth 1606 musste Errichtung von zwei Erzbistümern und siebzehn Bistümern beschlossen, die sodann auf der durch unfreie Wahl zu stande gekommenen Generalversammlung in Linlithgow als permanente Moderatoren der Presbyterien (mit Mühe) anerkannt wurden, worauf der König dem Beschluss noch den Zusatz beifügte, dass sie auch beständige Vorsitzende der Provinzial- und Generalsynoden sein sollten. Zugleich wurden nach englischem Vorgang zwei kirchliche „Gerichtshöfe der hohen Commission“ unter den Vorsitz der Erzbischöfe, mit willkürlicher Gerichtsbarkeit errichtet. So war denn, — besonders nachdem eine gesetzwidrig zusammengesetzte, bestochene und in ihren Berathungen unfreie Generalversammlung 1610 zu Glasgow das Recht des Königs, nach Gutbefinden Generalversammlungen zu berufen und zu entlassen, anerkannt hatte, — das freie presbyteriale und synodale Kirchenregiment in seinem Kern zerstört, wenn auch vorderhand Kirchenvorstände, Presbyterien und Synoden noch fortvegetirten. Im J. 1616 verfasste sodann eine fügsame Generalversammlung zu Aberdeen ein Glaubensbekenntniss, das im Punkt der Zucht und des Kirchenregiments vom Disciplinbuch abwich. Endlich führte JACOB bei seinem Besuch in Schottland 1617 vollends englische Ceremonien im Kultus ein; sechszig Geistliche protestirten zwar gegen alle diese Neuerungen in Gottesdienst und Verfassung, dennoch wurden von einer sogenannten Generalversammlung zu Perth 1618 fünf liturgische Artikel in anglikanischer Richtung genehmigt und 1621 vom Parlament mit geringer Mehrheit bestätigt. So hatte K. JACOB die schottische Presbyterialverfassung Schritt vor Schritt, mittels

Beobachtung der presbyterianischen Formen, also mit dem Schein Rechtens im wesentlichen gestürzt<sup>1)</sup>.

Eben jetzt aber (1621) begann eine stille Gegenwirkung des inneren Lebens der schottischen Kirche, das durch die liturgischen Neuerungen, das Knieen beim h. Abendmahl und der gleichen Annäherungen zur „römischen Abgötterei“, auf's tiefste verletzt war. Die Gemeinden protestirten durch die That, lassen, wenn die Communion begann, die Geistlichen allein, und strömten denjenigen Kirchen zu, wo immer noch die Communion nach alter Weise gehalten wurde; Kirchenälteste und Diakonen weigerten sich mitzuwirken. Es war bereits so weit gekommen, dass die ächten Presbyterianer in Privatzusammenkünfte zu Gebet und Erbauung zurückgedrängt waren, welche aber jetzt auch untersagt wurden. Um diese Zeit geschahen nun merkwürdige Erweckungen (1623. 1630); denn eine Anzahl treuer, gelehrter und trefflicher Geistlichen predigte das Evangelium kräftig und mit grosser Frucht, wovon innere Bewegungen die Folge waren, welche endlich zu dem *Covenant* von 1638 führten. Dazu trugen die Massregeln KARL's I. mächtig bei. Er traf bei seinem Regierungsantritt die schottische Kirche schon in hohem Grad anglikanisirt und glaubte, nur seiner letzten königlichen Willenserklärungen bedürfe es, um sie vollends ganz bischöflich und königlich umzugestalten; nur verfuhr er offener und durchgreifender als sein Vater, ohne die Form zu schonen. Zuerst suchte er den schottischen Bischöfen Reichthum und Macht zu verschaffen, und schritt desshalb zur Wiedereinziehung ehmaliger Kirchengüter, die derzeit im Besitz des Adels waren. Als KARL I. 1633 mit LAUD zur Krönung nach Schottland kam, gab der Hof durch Sonntagsentheiligung und LAUD durch eine Predigt über die Nothwendigkeit übereinstimmender Formen in der englischen und schottischen Kirche Aergeriss. Im Parlament setzte der König durch Gewaltthätigkeit eine Acte über die königliche Prärogative in kirchlichen Dingen durch. Die neue Kirchenordnung (*Book of Canons*), 1635 bestätigt, stürzte vollends alles um, was noch von presbyterianischer Verfassung übrig war und gestattete keine Privat-

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. *Hist. of the Church of Scotland.* 209 ff. RUDLOFF, *Gesch. der schott. Ref.* I. 250 ff. SACK *die Kirche von Schottland.* I. 84 ff. KÖSTLIN. a. a. O. S. 121. ff.

versammlungen oder „Conventikel“ der Geistlichen mehr, mit Einschluss der Presbyterien und „Kirksessions.“ Als aber auch noch die neue, anglikanisch ja römisch gestaltete, Liturgie (*Service-book*) erschien, und am 23<sup>ten</sup> Juli 1637 im Gottesdienst eingeführt wurde <sup>1)</sup>), da brach die lang verhaltene innere Aufregung des Volkes los, zunächst in der Kathedrale St. Giles zu Edinburg, wo durch Weiber und das niedere Volk der Gottesdienst gestört wurde. Die Reaction des presbyterianischen Geistes ging von der Liturgie aus, um die alte Kirchenverfassung wiederzuerobern, während in England die Puritaner von der Opposition gegen den Kultus zur Verfassungsfrage fortschritten und neue presbyteriale Verfassungsformen anstrebten. Aus jenem Tumult wurde reissend schnell eine Revolution. Die Bewegung ergriff wachsend alle Stände in Schottland. Als aber Proteste und Anklagen wider die Bischöfe durch harte Proklamationen und Verbote beantwortet wurden, fasste der engere Ausschuss der selbständigen zusammengetretenen Stände, die vier Tafeln genannt (je vier vom Adel, Gentry, Predigern und Bürgern), den Gedanken, in dieser Noth und Gewissensbedrängniss den alten Nationalbund, den *Covenant* von 1581 zu erneuern, damit die Nation in Gottesfurcht und Treue gegen Gottes Wort fest in sich geschlossen die bevorstehenden Kämpfe bestehe. Am 28. Febr. 1638 wurde nach einem Fasttag der Covenant als Gottesbund feierlich beschlossen und von Tausenden unterzeichnet. Der presbyterianische Geist flammte in heller Begeisterung mit *einem* Mal mächtig auf, die ganze Nation schaarte sich zusammen und beschwore den heiligen Bund. Der Act, binnen zwei Monaten in allen Gemeinden von sämtlichen Erwachsenen vollzogen, war mit religiöser und sittlicher Erweckung verbunden. Diese neue Kundgebung des presbyterianischen Geistes, diese „*zweite Reformation*,“ war, wie die erste gegen das Pabstthum, so gegen das Prälatenthum gerichtet, aber ohne Rachsucht gegen die Person der Bischöfe. Der Bevollmächtigte des Königs, Marquis HAMILTON, der die Covenanters durch Unterhandlungen hinhalten sollte, konnte dem Begehrten

<sup>1)</sup> Diese Massregel charakterisiert MACAULAY, *History*. I. 72 f. als einen Act wahnsinniger Bigotterie, vorgenommen im reinen Uebermuth der Despotie und in strafbarer Unwissenheit und noch schuldhaftester Geringsschätzung der öffentlichen Meinung. Diesem Act verdanke übrigens Schottland seine Freiheit.

nach einer freien *Generalversammlung* nicht ausweichen, die denn auch am 21. Nov. 1638 zu *Glasgow* mit 140 Geistlichen, 98 Aeltesten, worunter viele vom hohen Adel, unter **ALEXANDER HENDERSON** als Moderator, eröffnet wurde. Als der königliche Commissär gegen die Verhandlung über Anklage wider die Prälaten Einsprache that, Schluss der Versammlung forderte und nach der Weigerung des Moderators die Versammlung (unter anderem weil sie theilweise aus Laienältesten bestehe, die hier nicht competent seien) für aufgelöst erklärte und sich entfernte, setzte die Synode, auf Grund der Kirchenverfassung, ihre Sitzungen dennoch fort. Sie fasste sodann eine Reihe wichtiger Beschlüsse: die Bischöfe wurden theils excommunicirt theils abgesetzt, das Prälatenthum selbst abgeschafft, dagegen Kirk-sessions, Presbyterien, Provinzialsynoden und Generalversammlungen in den vollständigen Besitz ihrer Rechte und Gerichtsbarkeit wieder eingesetzt. Die Acten aller Generalversammlungen seit **JACOB'S I** Thronbesteigung, die 5 Artikel von *Perth*, das *Book of Canons* und die Liturgie wurden verworfen, der Gerichtshof der Hohen Commission abgeschafft; aber auch das Recht der Gemeinden auf Einwilligung in die Predigerwahl neu festgestellt und den Presbyterien Fürsorge für allgemeinen Schulunterricht empfohlen. Kein neuer Grundsatz wurde aufgestellt; die „zweite Reformation“ war nur eine, durch den Kampf wider das zwischeneingedrungene Prälatenthum herbeigeführte, Wiederbelebung und Entwicklung der Wahrheiten und Einrichtungen der ersten Reformation<sup>1)</sup>.

Der König rüstete gegen die „Covenanter,“ und sie entschlossen sich zu bewaffnetem Widerstand „für CHRISTI Krone und Bund“ (*for CHRIST's crown and covenant* stand mit goldenen Buchstaben auf ihren Fahnen). Der Friedenstractat (18. Juni 1639) brachte eine neue Generalversammlung zu *Edinburg*, verhinderte aber, da der König wieder angriff, die Erneuerung des Kriegs nicht: nun rückten die Schotten in England ein und schlugen (1640) des Königs Heer, worauf neue Unterhandlungen in *London* begannen.

Unter den schottischen Abgeordneten befanden sich vier aus-

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. a. a. O. 225 ff. RUDLOFF. I. 281 ff. SACK. a. a. O. 90 ff. KöSTLIN. a. a. O. 135 ff. 159 ff.

gezeichnete Geistliche: ALEXANDER HENDERSON, ROBERT BAILIE, ROBERT BLAIR und GEORGE GILLESPIE, welche den Umschwung der öffentlichen Meinung in England für den Puritanismus benützend, zu Gunsten der Presbyterianer verfassung wirkten und den Gedanken einer kirchlichen Annäherung und Verbindung zwischen beiden Königreichen zur Reife brachten. König JACOB I und KARL I. hatten diesen Gedanken auch gefasst, aber so, dass Schottland anglikanisiert, d. h. nach englischem Muster bischöflich umgestaltet und dass eine einzige bischöflich-königliche Kirche Grossbritanniens hergestellt werden sollte; jetzt aber sollte umgekehrt England nach schottischem Muster umgebildet werden, so dass *eine* britische presbyterianische Nationalkirche entstünde. In dem seit 3. Nov. 1640 sitzenden „langen Parlament,“ das zwar nur aus Mitgliedern der bischöflichen Kirche bestand, gewann die Reformpartei die Oberhand, Petitionen gegen die Episcopalverfassung strömten ins Parlament, und, gestachelt durch den Widerstand der Bischöfe im Oberhaus gegen jede Concession an die Puritaner, wurde das Unterhaus immer mehr für Reform der Hierarchie gestimmt. Unter solchen Umständen arbeiteten die schottischen Commissäre dafür, die Kirchenverfassungen beider Länder in Uebereinstimmung zu bringen; Einheit des Kirchenwesens, hofften sie, würde der politischen Uneinigkeit allein abhelfen. Das Parlament, das, mit dem Monarchen zerfallen, sich auf revolutionären Fuss gestellt hatte, suchte sich durch Schottland's Unterstützung zu verstärken, ging auf den Wunsch der schottischen Generalversammlung nach Einheit des Kirchenwesens beider Reiche <sup>1)</sup> ein und schloss 1643 durch Abgesandte mit dem Parlament und der Generalversammlung in Edinburg das Bündniss ab, *Solemn League and Covenant*, für gemeinschaftliche Vertheidigung der bürgerlichen und religiösen Freiheit beider Länder, so wie für Aufrichtung der Uebereinstimmung aller drei Königreiche in Gottesdienst und Kirchenverfassung, unter Ausrottung alles bischöflichen Kirchenregiments. Es ist hieraus ersichtlich, dass die Engländer das Politische, die Schotten das Kirchliche, im Auge hatten, wie denn in den

<sup>1)</sup> Their desires for unity of Religion, that there might be *one* Confession of Faith, *one* Directory of Worship,— and *one* Form of Church Government. NEAL. a. a. O. II. 580.

Titel des Nationalbundes das politische Wort: „League“ von der englischen, der biblisch-religiöse Ausdruck: „Covenant“ tatsächlich von der schottischen Seite aus hineingekommen ist. Dass bei solcher Coalition verschiedener Interessen und Absichten nur ein vorübergehendes Ergebniß, nicht aber eine „Frucht, die da bleibt“, herauskommen konnte, besonders nicht im Kirchlichen, — das versteht sich für den, der an das Walten des göttlichen *Rechts* in der Geschichte glaubt, von selbst <sup>1)</sup>.

Schon im Sept. 1642 hatte das lange Parlament den negativen Beschluss über „gänzliche Abschaffung aller Erzbischöfe, Bischöfe“ u. s. w. gefasst <sup>2)</sup>), ohne positiv zu wissen, welche Verfassung, anstatt der bischöflichen, der Kirche zu geben sei. Hierüber sollte erst das Gutachten einer vom Parlament zu berufenden Versammlung von Theologen eingeholt werden. Unter dem 12<sup>ten</sup> Juni 1643 berief das Parlament, einem Verbote des Königs zuwider, auf den ersten Juli „eine Versammlung gottesfürchtiger und einsichtsvoller Theologen, die mit einer Anzahl Deputirter aus beiden Häusern des Parlaments über diejenigen Angelegenheiten zu verhandeln und Rath zu ertheilen hätten, welche ihnen vom Parlament würden vorgelegt werden.“ Es war also im Grunde nur auf eine parlamentarische Commission, eine berathende Versammlung von Sachverständigen, abgesehen; und wie die Ernennung der Mitglieder, so war die Entscheidung natürlich dem Parlament, d. h. der politischen Körperschaft vorbehalten; auch den Prolocutor Dr. WILL. TWISS ernannte das Parlament. Die Anzahl der zu dieser „theologischen Westminsterversammlung“ Einberufenen betrug 151, worunter 30 Lay-Assessors, nämlich 10 Lords und 20 vom Haus der Gemeinen, und 121 Thologen <sup>3)</sup>); übrigens wohnte nur etwa die Hälfte derselben den Sitzungen regelmässig bei. Die einberufenen bischöflichen Theologen lehnten die Theilnahme grössttentheils voraus ab: 1. weil die Versammlung keine gesetzmässig vom König berufene Convocation, vielmehr ausdrücklich von ihm verboten sei; 2. weil die Mitglieder nicht von der Geistlichkeit gewählt; 3. weil Laien mit Geistlichen gemischt seien, und zwar in der

<sup>1)</sup> Ueber diesen Zeitraum vergl. HETHERINGTON. 310 ff. NEAL. 11. 312 ff. III. 1 ff. RUDLOFF. II. 25 ff. SACK. I. 103 ff. KÜSTLIN. a. a. O. 177 ff.

<sup>2)</sup> NEAL II. 150 f.

<sup>3)</sup> Das vollständige Verzeichniß s. bei NEAL III. 54 ff.

Art, dass die letzteren selbst, puritanisch gesinnt, niederreissen wollen, was sie (die Protestirenden) aufrecht erhalten würden <sup>1)</sup>). Nur *ein* Bischof und noch ein Geistlicher der Staatskirche stellten sich bei der Eröffnung ein; da aber jener schon von der zweiten Sitzung an wegblieb, der andere wegen Correspondenz mit Erzbischof USHER von der Versammlung ausgestossen wurde, so war die anglikanisch-bischöfliche Kirche auf der Westminstersynode gar nicht vertreten. Dagegen wohnten nach dem Abschluss der Solemn League and Covenant in Edinburg (18 f. Aug. 1643) auf Ersuchen des englischen Parlaments, vom 15<sup>ten</sup> Sept. an sechs Commissarien der schottischen Kirche der Versammlung bei, nämlich Lord MAITLAND und Sir ARCHIBALD JOHNSON von War-rison als Laienbeisitzer, sodann die Geistlichen ALEXANDER HENDERRSON (neben KNOX und ANDREAS MELVILLE als der dritte unter den schottischen „Worthies“ gezählt) <sup>2)</sup>), GEORGE GILLESPIE, SAMUEL RUTHERFORD, und ROBERT BAILLIE. Die Schotten hegten wohl den *Wunsch*, dass England ihre Presbyterialverfassung auch einführen möchte, keineswegs aber hatten sie das zur Bedingung des Bündnisses (das im Sept. und Oct von beiden Häusern des Parlaments, der kirchlichen Versammlung und den Gemeinden in und um London beschworen und unterzeichnet wurde) gemacht; vielmehr gingen die schottischen Abgeordneten mit sehr geringen Hoffnungen nach London, und waren nachher über den Erfolg ihrer Bemühungen erstaunt und dankbar gegen Gott.

Die Versammlung bestand, da die Episcopalen wegblieben, von Anfang aus drei Parteien: *Puritanern*, die zum Presbyterianismus neigten, *Independenten*, und „*Erastianern*“ d. h. Männern, die das Kirchenregiment in die Hände der Staatsgewalt gelegt wissen wollten <sup>3)</sup>.

Die *Puritaner* waren zwar gleich anfangs in der Mehrheit, da aber viele derselben ursprünglich nicht presbyterianisch gesinnt, vielmehr über die zu wählende Kirchenverfassung noch

<sup>1)</sup> NEAL. III. 60 f.

<sup>2)</sup> S. HETHERINGTON. 346.

<sup>3)</sup> *Erastianismus* nennen die Britten diejenige Ansicht, welche ihrem Wesen nach am deutlichsten der Name *caesareopapistisch* oder *territorialistisch* (eius regio, ejus est et religio) bezeichnet, nach dem oben II. c. 6, erwähnten schweizerischen Arzt zu Heidelberg, THOMAS ERASTUS, welcher indessen schwerlich der bedeutendste Sprecher jener Richtung gewesen ist.

schwankend waren, so geschah es erst im Lauf der Verhandlungen und unter dem Einfluss der wenigen schottischen Abgeordneten, dass die presbyterianische Richtung das Uebergewicht bekam. Die *Independenten* oder *Congregationalisten* waren schwach an Zahl, aber begabte, gelehrte, fromme und eifrige Männer; sie waren grundsätzlich gegen jedes allgemeine Kirchenregiment und für durchgängige Autonomie jeder Einzelgemeinde (*congregation*); dabei verwiesen sie jedoch die presbyteriale Gemeindeordnung nicht schlechthin, hatten vielmehr selbst Aclteste; sie waren kräftige Streiter für Duldnng und Gewissensfreiheit. Ihre ausgezeichneten Vertreter in der Versammlung, kürzlich erst aus Holland, wohin sie ausgewandert waren, zurückgekehrt, waren *Goodwin* (*CROMWELL*'s nachmaliger Caplan), *NYE* und Andere. Die *Erastianer* oder *Territorialisten*, durch wenige aber gelehrte Männer, wie der Jurist *SELDEN* und der Theologe *LIGHTFOOT*, vertreten, waren, da das im faktischen Besitz der Staatsgewalt befindliche Parlament derzeit auch die Vollmacht des Kirchenregiments in Händen hatte und durchaus nicht geneigt war dieselbe in andere Hände zu legen, ihres endlichen Sieges fast voraus gewiss. Die Synode beschäftigte sich anfangs mit Berathungen über ein neues, an die Stelle der 39 Artikel zu setzendes Glaubensbekenntniss, erhielt aber am 12. Oct. 1643 vom Parlament die Weisung, sofort die Frage wegen Einführung eines neuen Kirchenregiments vorzunehmen, damit dem Nationalbündniss gemäss, die englische Kirche mit den schottischen und mit ausländischen reformirten Kirchen mehr in Uebereinstimmung gebracht werde. Zugleich wurde sie aufgefordert, statt des *Book of Common Prayer* eine neue Liturgie zu entwerfen. In der Kirchenverfassungsfrage nun „,platzten die Geister auf einander.“ Der Stimmenzahl nach hätte die Presbyterialordnung bald die Mehrheit gehabt, aber die *Independenten* und *Territorialisten*, die doppelte Minderheit, vertheidigten ihre Grundsätze Schritt für Schritt mit grosser Zähigkeit und Bedrksamkeit. So kam es, dass in dieser merkwürdigen kirchlichen Versammlung vielseitigere Erörterungen über Kirchenverfassungsfragen vorkamen, als vielleicht je im Lauf der Geschichte in einer Synode oder sonstigen Versammlung. Die wichtigste und längste Debatte entspann sich über die zwei Fragen: 1. ob auf Grund des Wortes Gottes mehrere Gemeinden einem gemeinschaft-

lichen Kirchenregiment unterworfen sein dürften, was die Independenten bestritten; 2. ob die Presbyterialverfassung die von CHRISTO und dem Heiligen Geist gewollte Form des Kirchenregiments sei (oder vom „göttlichen Recht“ der Presbyterialverfassung). Diese Fragen wurden nach dreissigtägigen Verhandlungen beide mit grosser Mehrheit bejaht. Sodann veranlasste die Kirchenzucht lebhafte Debatten, indem die Erastianer nur öffentliche *Warnung* der Sünder vor der Communion, nicht aber Ausschliessung von derselben zugaben, die Independenten der ganzen „Brüderschaft“ das Recht der Ausschliessung zuerkannten, die Presbyterianer die Schlüsselgewalt in die Hände der Geistlichen und Aeltesten gelegt wissen wollten. Im Nov. 1644 überreichte die Versammlung dem Parlament den im Sinn der Presbyterianischen Mehrheit aus gefallenen Entwurf: *The Form of Presbyterial Church Government*<sup>1)</sup>; aber erst am 14<sup>ten</sup> März 1646 erliess das Parlament, nach mehrfachen dringenden Vorstellungen von verschiedenen Seiten, eine Verordnung zur Einführung des presbyterianischen Kirchenregiments. In allen Pfarrgemeinden von England und Wales sollten von den Familienvätern, sofern sie den Covenant angenommen haben, Aelteste (Ruling Elders) gewählt werden, welche mit den Geistlichen in wöchentlichen Sitzungen den *Aeltestenrath* der Gemeinde (Presbytery or Eldership) bilden. Jeder Aeltestenrath (auch congregational or parochial Eldership genannt) soll zu der monatlichen *Klassenversammlung* des Bezirks einen Geistlichen und zwei oder mehr Aelteste schicken; jede Klassenversammlung sendet zu der halbjährlichen *Provinzialsynode* (Prov. Assembly) 2 Geistliche mit 4—9 Aeltesten; jede Provinzialsynode schickt 2 Geistliche und 4 Aelteste zu der *Nationalsynode* (National Assembly), welche vom Parlament berufen wird und so lang Sitzungen hält, als das Parlament bestimmt. Ueberdiess werde das Parlament in jeder Provinz (bisherigem Bisthumssprengel) eine *Commission* niedersetzen, um über die von der Kirche verhängte Excommunication in letzter Instanz zu erkennen.

So war an die Stelle der bischöflichen die Presbyterialverfassung gesetzt, und wurde auch in London und Lancashire sofort

<sup>1)</sup> Den Text siehe vollständig bei NEAL III. in Anhang, 562—606; im deutscher Uebersetzung bei SACK, *Kirche von Schottland*, II. 192—215.

wirklich eingeführt. Aber nicht die Kirche hatte sich durch selbständige Gesetzgebung die neue Ordnung gegeben, sondern diese war, auf Grund des Gutachtens einer halbkirchlichen Versammlung, durch das Parlament, als die politische Körperschaft, welche die Staatsgewalt faktisch besass, gegeben, d. h. vom Staat octroyirt werden, und zwar in der Weise, dass vermöge der Berufung und Entlassung der Generalsynode durch das Parlament, und vermöge der Parlamentscommissionen in den Provinzen der Schlussstein des Ganzen und die letzte Entscheidung dem Parlament, d. h. der Staatsgewalt verbleiben sollte. Gegen den letzteren Punkt richtete sich zunächst der Widerspruch. Die Westminsterversammlung erhob sogleich Einsprache (23<sup>ten</sup> März 1646) gegen die „Appellation von den Censuren der Kirche an eine Commission des Parlaments“<sup>1)</sup>; ebenso die politischen Commissäre der schottischen Ständeversammlung beim Parlament, und die Londoner Geistlichkeit. Andererseits forderten die Independenten, im Namen der Toleranz und Gewissensfreiheit, dass man ihre Gemeinden keiner „Klasse“ unterwerfe, nicht den Parochien, wo sie wohnen, zuschlage, ihnen vielmehr das Recht lasse ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen<sup>2)</sup>. Allein das Parlament verweigerte diese Concession, welche eine Separation in sich schliessen und die beschlossene Kirchenordnung geradezu wieder auflösen würde. Die presbyterianische Einsprache hatte mehr Erfolg. Als der König am 5<sup>ten</sup> Mai 1646 sich dem schottischen Heer in die Arme warf, so liess das Parlament in einer neuen Einführungsordonnanz vom 9<sup>ten</sup> Juni jene Clause über die parlamentarischen Disciplinarecommissionen fallen. Aber erst am 13. Oct. 1647 befahl ein Parlamentsbeschluss Einführung des presbyterianischen Kirchenregiments binnen eines Jahres. Um die Zeit dieser endgültigen Sanction und beabsichtigten Durchführung der Verfassung war jedoch die Gewalt bereits in die Hände des Parlamentsheeres d. h. OLIVER CROMWELL's und seiner independentistischen Officiere gekommen, die den Beschluss des Parlaments nicht zur Ausführung kommen liessen. Die Westminsterversammlung selbst schmolz, nachdem ihre Hauptaufgabe gelöst war, sehr zusammen; die letzten schottischen Abgeordneten nahmen,

<sup>1)</sup> NEAL. III. 298 f.

<sup>2)</sup> NEAL. III. 304 f.

nach vierjähriger unermüdeter Thätigkeit, am 24<sup>ten</sup> Oct. 1647 feierlich Abschied, die meisten Landgeistlichen gingen heim; und die in London Verweilenden blieben (hauptsächlich mit Prüfung der Candidaten zur Ordination beschäftigt), bis zum 22. Febr. 1649, wo sie, nach sechthalbjähriger Dauer des Ganzen und 1163 Sitzungen, förmlich in eine Prüfungscommission verwandelt wurden, die nach Auflösung des langen Parlaments durch OLIVER CROMWELL ohne förmliche Aufhebung auseinanderging <sup>1)</sup>.

Dennoch wurde, abgesehen von den Independenten und anderen Sekten, die presbyteriale Kirchenordnung bis zur Restauration (1660) als die rechtfällige und verfassungsmässig bestehende Kirchenverfassung Englands betrachtet. In London und in der Grafschaft Lancashire wurde, wie gesagt, die Gemeindeordnung eingeführt, auch Klassenversammlungen und Provinzialsynoden von 1647 an regelmässig gehalten, während in den übrigen 50 Grafschaften für presbyteriale Organisation nichts geschah.

Die Lage der kirchlichen Dinge unter der Obergewalt OLIVER CROMWELL'S war höchst eigenthümlich. Dieser geniale Mann, der ursprünglich dem bescheidenen und friedlichen Beruf eines Landwirths lebte, während er zugleich puritanische Conventikel besuchte, der sodann Abgeordneter beim langen Parlament wurde und von diesem ein Commando beim Parlamentsheer erhielt, schwang sich vom Mitglied einer Sekte zum Haupt der Independenten-partei auf, und betätigte, wie als Feldherr und Obergeneral, so nachher als Staatsoberhaupt, ein unvergleichliches organisatorisches und Herrschertalent. Nachdem er eine unumschränkte Militärherrschaft gegründet, erhob er England zur Hegemonie des protestantischen Europa, nahm sich der französischen Hugenotten gegen MAZARIN, der Waldenser in Piemont, an, imponirte selbst dem Papst und bewog ihn dazu, katholischen Fürsten Mässigung zu empfehlen. Im Innern von Grossbrittanien führte er in kirchlichen Dingen ein ganz merkwürdiges System durch, sofern er mit einer von religiöser Gleichgültigkeit weit entfernten Weitherzigkeit und umfassenden Duldung der

<sup>1)</sup> Ueber die Geschichte dieser Versammlung vergl. ausser HETHERINGTON. 327 ff. RUDLOFF. *Gesch. der schott. Ref.* II. 64 ff. NEAL. III. 61 ff. KöSTLIN. 190 ff. besonders RUDLOFF, die *Westminster-Synode*, in NIEDNER'S *Zeitschrift für hist. Theol.* XX. (1850) S. 238 ff. und SACK. a. a. O. I. 111 ff., besonders II. 159 ff. wo näher auf die Verhandlungen eingegangen ist.

verschiedensten Religionsgesellschaften eine unbedingte Gewalt des Staats zu vereinigen wusste. Noch unter keiner Regierung seit der Reformation war in England so wenig religiöse Verfolgung gewesen, wie unter CROMWELL's Regiment, besonders als Protector (1653—1658). Die Geistlichkeit der durch das lange Parlament gestürzten anglikanischen Kirche durfte ihren Gottesdienst ungestört feiern; allerlei Sekten konnten sich frei regen und bewegen; selbst Iuden durften in London eine Synagoge bauen. Die Presbyterianer in England mochten Kirchenräthe und Synoden halten, wo dergleichen organisirt waren, und auf geistlichem Gebiete Kirchenzucht üben. Bei alle dem hielt aber CROMWELL die Zügel des Regiments straff und fest in der Hand und liess keine unabhängige Gewalt neben der Staatsgewalt auftreten. Er verweigerte den Presbyterianern die Verwendung der bürgerlichen Gewalt zum Zweck der Kirchenzucht, gestattete weder einem presbyterianischen noch einem bischöflichen Geistlichen, über politische Materien zu predigen und Regierungs-handlungen auf der Kanzel zu besprechen. England befand sich dazumal in Betreff des Kirchenrechts und Kirchenregiments in der tiefsten Verwirrung: das bischöfliche Regiment sollte vermöge des alten Gesetzes, das immer noch nicht förmlich wider-rufen war, bestehen; durch Parlamentsverordnungen war die presbyterianische Kirchenform vorgeschrieben, während praktisch keine von beiden Verfassungen in Kraft und Wirksamkeit stand, so dass bischöfliche Pfarreien, presbyterianische Gemeinden, Independenten und andere Sekten bunt durch einander gemischt waren; eine kirchliche Aufsicht und Gesamtleitung gab es nicht, die Patrone oder Gemeinden hätten die unwissendsten und verworfensten Menschen zu Predigern berufen können: da griff OLIVER CROMWELL ein und bestellte willkürlich und cäsareo-papistisch, aber wohlthätig, ein Collegium von Examinatoren (triers), eine Art landesherrlichen Consistoriums, worin neben wenigen presbyterianischen Geistlichen und auch einigen Laien, meist independentistische Geistliche sassen. Ein Prüfungszeugniss, von dieser Behörde ausgestellt, galt dann zugleich für die Weihe, und ohne ein solches hatte Niemand ein Recht auf eine Pfründe.

General MONK stellte so viel möglich das alte Parlament in seinem Personalbestand von 1648 wieder her, so dass es wieder ganz presbyterianisch war; und in J. 1660, unmittelbar vor der

Restauration, waren die Presbyterianer in Kirche und Staat, auf den Universitäten, in bürgerlichen und Militäramtern herrschend und im Besitz der Macht<sup>1)</sup>.

Als nach dem Einzug K. KARL'S II in London die Bischofssitze wieder besetzt wurden, die bischöflichen Geistlichen wieder in die Pfarrämter eingesetzt, und die ganze Episcopalverfassung wiederhergestellt wurde: so arbeiteten die Presbyterianer anfangs für eine Vermittlung („Comprehension“), d. h. sie wollten sich den von Erzbischof USHER 1641 befürworteten Plan einer Verbindung der bischöflichen Verfassung mit presbyterianischen und synodalen Elementen<sup>2)</sup> gefallen lassen, und sprachen sich in einer Eingabe so aus: „Wir sind nicht gegen den wahren alten ursprünglichen Episcopat, wie ihm damals eine gehörige Beimischung von Aeltesten das Gleichgewicht gehalten hat“ (as it was balanced with a due Commixtion of Presbyters). Allein von diesem Gleichgewicht und dieser Vermittlung mit dem Presbyterianismus wollten die Bischöfe nichts hören. Der König verhiess zwar in der Declaration vom 25. Oct. 1660 einige kirchenregimentliche Reformen, allein es zeigte sich bald, dass diess Versprechen ein blosses Aushilfsmittel gewesen war, und die officielle Conferenz im J. 1661 zwischen Bischöfen und Presbyterianern hatte, statt Concessionen, nur Erbitterung zur Folge. Es wurde bald klar, dass von einem positiven Einfluss und von einer auch nur einigermassen presbyterianischen Reform der Staatskirche keine Rede sei; und die Presbyterianer mussten froh sein, wenn sie nur geduldet wurden. Statt dessen drängte man sie zuerst aus ihren Aemtern in der Landeskirche, und nachher wollte man sie nicht einmal in Conventikeln sektenartig existiren lassen. Ersteres geschah durch die *Act for Uniformity of publick Prayers*, welche am 24. Aug. 1662 in Wirksamkeit trat und Unterzeichnung einer sehr strengen Verpflichtungsformel forderte<sup>3)</sup>; mehrere presbyterianische Geistliche gaben schon vor dem Termin ihre Pfründen auf, und gegen 2000 mussten diess an Bartholomäustag thun, weil sie die Verpflichtung gewissenshalber nicht eingehen konnten. Und zwar

<sup>1)</sup> NEAL. III. 385 ff.; IV. 79. f. 223 ff. 247. MACAULAY. *History*. I. 91 ff 123 f.

<sup>2)</sup> NEAL. II. 466 f.

<sup>3)</sup> NEAL. IV. 359 ff.

waren diess würdige, gelehrte, fromme und treue Männer, denen es in der Folge härter erging, als zur Reformationszeit den papistischen oder zur Zeit der Bürgerkriege den bischöflichen Geistlichen; denn es wurde eine Reihe von Strafgesetzen gegen sie erlassen, um ihnen die Haltung von Conventikeln zu verbieten, ja fast allen Lebensunterhalt abzuschneiden. Selbst da, als vor der in London herrschenden Pest (1665) viele Geistliche der Staatskirche flohen, und abgesetzte presbyterianische Pfarrer auf den leeren Kanzeln den zgenden Herzen das Evangelium predigten, weil sie dachten: „Noth hat kein Gebot“, — wurden sie dennoch auf's neue verfolgt, und durch eine neue Acte fünf Meilen weit von jeder bedeutenderen Stadt verbannt. Die wiederhergestellte anglikanische Kirche trieb mit ganzer Seele das Werk, die Puritaner zu erdrücken, und bekämpfte die Sekte eine Zeit lang so stark, dass sie nicht Zeit fand die Sünde zu bekämpfen.

So war die bischöfliche Verfassung nicht nur wieder aufgerichtet, sondern auch als alleinige Verfassung, die im Lande gelten darf, wiederhergestellt, und die Presbyterianer auch persönlich fast ganz unterdrückt. Von der aus Schottland eine Zeit lang nach England verpflanzten Presbyterialordnung blieb kaum eine Spur übrig<sup>1)</sup>.

Unter JACOB II (1685 ff.) dauerte das gleiche Verhältniss fort, die rein presbyterianischen Grundsätze traten in den Hintergrund und es handelte sich mehr noch um persönliche Duldung oder Nichtduldung, bis endlich durch die „Revolution“ 1689 und die Thronbesteigung WILHELMs von Oranien Duldung und Gewissensfreiheit gesichert wurde.

Je weniger bleibende Frucht die Westminsterversammlung für England selbst brachte, desto beträchtlicher waren ihre Wirkungen auf Schottland. Die Generalversammlung nahm nicht nur die von jener verfasste Gottesdienstordnung (Directory for the public Worship of God) und das Westminsterbekenntniss, jedoch mit einem die Autonomie der Kirche betreffenden Vorbehalt, nebst beiden Katechismen, — sondern auch die presbyterianische Kirchenordnung an (7 Febr. 1645), so dass nach Bekenntniss und Lehre, Gottesdienst, und Verfassung die „zweite Reformation“ der schottischen Kirche gerade durch die Erzeugnisse der West-

<sup>1)</sup> NEAL. IV. 262. 277 ff. 325 ff. 358 ff. 398 ff.

minstersynode geregelt wurde, wie denn diese Kirchenbücher noch heut zu Tage gelten. Somit fielen die Früchte der Arbeiten dieser Synode ausschliesslich der schottischen Kirche in den Schooss, sie brachten ihr die schliessliche Fassung und Bereinigung ihrer Grundgesetze und Normen (the Westminster Standards). Die „Form des presbyterianischen Kirchenregiments“<sup>1)</sup>, hat auf Grund der beiden Disciplinbücher von 1561 und 1581, die 1638 durch die Synode zu Glasgow wieder anerkannt wurden, die ganze presbyterianische Verfassung prinzipiell und systematisch, mit steter Begründung aller Punkte aus der Schrift, entwickelt. Bemerkenswerth ist aus der unmittelbar folgenden Zeit, dass dieselben Covenanters, welche auf die Autonomie der Kirche und besonders der Generalsynoden so beharrlich drangen und so eifersüchtig über jeder Verletzung derselben wachten, keine Republikaner, sondern durch und durch monarchisch waren, indem sie den Grundsatz befolgten „fürchte Gott und ehre den König“. Sie rissen unmittelbar nach der Nachricht von KARL's I Enthauptung KARL II. zum König aus, luden ihn zu sich ein und er residierte eine Zeit lang im Holyroodpalast zu Edinburg. Unterdessen schaffte (9<sup>ten</sup> März 1649) das schottische Parlament das Patronatsrecht ab, und die Generalsynode gab im Juli darauf die positive Ergänzung in dem Directory for the Election of Ministers, wornach nicht die Gemeinde, sondern die Kirk-session den Pfarrer wählt, die Gemeinde jedoch das Recht hat, ihre Zustimmung zu geben oder zu verweigern; im letzteren Fall prüft und entscheidet das Presbyterium d. h. die Bezirkssynode.

CROMWELL kam von Irland aus herüber und gewann nach dem zweiten entscheidenden Sieg (bei Worcester, 3. Sept. 1651), der den jungen König zur Flucht bewog, über das Land, das er später (1654) dem englischen Staat einverleibte, so wie über die presbyterianische Nationalkirche, eine vollständige Gewalt. Weil er neben dem Staatsregiment keine unabhängige Macht zu dulden gesonnen war, unterdrückte er die Generalsynode: er liess sie nämlich im Juli 1653 durch eine Abtheilung Militär sprengen, und gestattete von da an keine allgemeine Vertretung der Kirche mehr. Im übrigen handelte er, auch den schottischen Presbyterianern gegenüber, nach den Grundsätzen der Toleranz, welche

<sup>1)</sup> Bei NEAL und SACK, s. oben S. 186 Anm.

die Partei der Independenten aufgestellt hatte, als sie noch um ihre Existenz kämpfen musste, und im Besitz der Macht auch nicht verleugnet hat. Er hielt aber darauf, dass auch die presbyterianische Kirche den Independenten und anderen Sektionen Duldung widerfahren liess, wozu sie sonst nicht so geneigt war. Eingriffe in den Gottesdienst und die schottische Kirchenordnung erlaubte er sich nicht. Die Presbyterien übten kirchliche Aufsicht und Zucht über Gemeinden und Geistliche ungehindert, nur ließ der Protector den kirchlichen „Höfen“ nie den Beistand der bürgerlichen Gewalt zur Verschärfung kirchlicher Censuren. Alle untergeordneten Organe der Kirche standen in anerkannter und gesegneter Wirksamkeit, wie denn selbst anglikanische Zeugen (z. B. Bischof BURNET) das kirchliche Leben Schottlands in diesem Zeitraum als ein reges und frisches mit Anerkennung schildern. Indessen führte das Parteiwesen und die innere Zerrissenheit der Kirche vielfache Lockerung der Disciplin und andere Schäden mit sich <sup>1)</sup>.

Von der Thronbesteigung KARL'S II. an änderte es sich so sehr, dass die presbyterianische Kirche 28 Jahre lang fast ununterbrochen verfolgt wurde. KARL II. handelte in kirchlicher Beziehung nach denselben Grundsätzen in Schottland wie in England, er arbeitete auf Vernichtung des presbyterianischen Kirchenregiments hin, um die der unbeschränkten Alleinherrschaft günstigere Episcopalverfassung an dessen Stelle zu setzen. Allein der Erfolg war ein verschiedener. In England, wo bis zum Jahr 1642 die bischöfliche Verfassung geherrscht hatte, war es ein leichtes dieselbe zu restauriren und zur alleinherrschenden zu erheben; in Schottland hatte seit 1560 die Presbyterialordnung bestanden, und war durch viele Angriffe dagegen nur eine kurze Zeitlang erschüttert worden; nun hielt es schwer die vollkommen organisierte Presbyterialordnung umzustürzen. Indessen wurde eine Reihe Massregeln ergriffen, um dieses Ziel zu erreichen. Der königliche Bevollmächtigte MAITLAND wusste es einzuleiten, dass das schottische Parlament alle den Presbyterianismus bestätigenden Verordnungen (seit 1633) aufhob und das Patronat wiederher-

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. 344 ff. RUDLOFF, *schott. Ref. gesch.* II. 152 ff. ders. *die Westminstersynode*, bei NIEDNER. XX. 290 ff. SACK. a. a. O. I. 111 ff. bes. aber KÜSTLIN. 208 ff.

stellte. Sodann wurden einige Häupter der Covenanters weggeräumt, worunter der Marquis von ARGYLE, der am 27. Mai 1661 enthauptet wurde, und Pfarrer GUTHRIE. Nun wurde einfach durch eine königliche Proklamation das Regiment der Bischöfe wiederhergestellt und Presbyterien und Synoden auf so lange verboten, bis die Bischöfe sie wiederherstellen würden. Das Parlament schrieb Abschwörung von League und Covenant vor, wie in England, und der Geheimerath verfügte, dass alle Pfarrer, welche nicht vor dem ersten Nov. 1662 ihre neue Einsetzung durch die Bischöfe würden eingeleitet haben, des Dienstes entlassen werden sollten. Auf dieses hin verliessen 400 Geistliche ihre Stellen, und von diesem Tag an erneuerte sich der Widerstand der Presbyterianer: alles strömte zu den von den alten Pfarrern geleiteten Conventikeln in Haus und Feld. Da ergingen harte Strafgesetze und thätliche Massregeln wider „Separation und Unbotmässigkeit“. Erzbischof LEIGHTON, persönlich wohlwollend, suchte zwar zu vermitteln und den Presbyterianismus mit der bischöflichen Verfassung zu verschmelzen, so dass die Bischöfe den beständigen Vorsitz in den Presbyterien haben sollten; allein eine Conferenz hierüber mit presbyterianischen Geistlichen schlug durch deren Beharrlichkeit durchaus fehl. In England hatten die Presbyterianer unter KARL II. etwas presbyteriales auf die bestehende episcopale Ordnung zu impfen vergeblich gestrebt, hier in Schottland war das Bestreben, der bestehenden presbyterianischen Ordnung das episcopale Element einzuimpfen ebenso fruchtlos: dort hatten die Bischöfe widerstanden, die im Besitz der Macht waren; hier die Presbyterianer, die abgesetzt und verfolgt wurden. Inzwischen wurden die Versammlungen auf freiem Feld immer häufiger und öfters mit bewaffneter Hand besucht: man suchte die Theilnehmer daran durch „Bannbriefe“ heim, und vertrieb dadurch Hunderte von Haus und Hof (1675); man quartierte 10,000 Hochländer in den widerspenstigen Grafschaften ein, damit auch Schottland seine Dragonaden habe. Man konnte aber dadurch nur die Erbitterung steigern und zu Aufständen stacheln, ja die schroffsten Covenanter, nach RICHARD CAMERON genannt, schritten 1680 dazu, den König für abgesetzt zu erklären, weil er seinen Eid gebrochen. Nun wurden erst alle Strafgesetze auf's schärfste vollzogen, es kam 1685 f. die „Mordzeit“ (Killing time), so genannt, weil Officiere

und Soldaten über alle verdächtig Betroffenen Kriegsgericht halten durften und das Leben schutzlos der soldatischen Willkür preiss gegeben war<sup>1)</sup>). Trotz alle dem war der Presbyterianismus nicht auszurotten; nie mehr, als in diesen Jahrzehnten der Verfolgung unter der Restauration, bewährte sich das *Sinnbild der schottischen Kirche*, der brennende Dornbusch, mit der biblischen Umschrift:

*Nec tamen consumebatur.*

Als JACOB II., der als Vicekönig von Schottland die grausamsten Verfolgungen, besonders durch CLAVERHOUSE, hatte ergehen lassen, im Juli 1687 alle Strafgesetze wider die Presbyterianer zurücknahm und ihnen Freiheit gab, in Häusern, Kapellen oder neu zu erbauenden Kirchen, „Gott nach ihrer Weise zu dienen“ (wobei übrigens die presbyterianische Kirche immerhin noch zur Sekte herabgedrückt, wenn auch geduldet war) so verwarfen die Cameronianer diese Duldung (Indulgence), die nur der Uebergang zum Papismus sei; desshalb wurde einer ihrer Geistlichen JAMES RENWICK 1688 ergriffen und hingerichtet, das letzte Opfer für die Covenanter Grundsätze. Die Mehrheit der Presbyterianer aber ergriff mit Freuden die Gelegenheit, wieder öffentlichen Gottesdienst halten zu dürfen; Gemeindegliedern und Pfarrer kamen aus der Haft los, kehrten in ihre lang gemiedene Heimath zurück und gingen mit frischem Muth an den Wiederaufbau der presbyterianischen Kirche mittels Wiederherstellung ihrer Verwaltungsform und Zucht, auf Grund ihrer unvergänglichen Grundsätze. Mehrere der abgesetzten oder verbannten Pfarrer, welche nach Holland geflüchtet waren, kehrten jetzt zurück, um unter ihren Landsleuten ihre Amtspflichten wieder zu erfüllen. So sing die presbyterianische Kirche an

<sup>1)</sup> Man hat die Zahl der vom 27. Mai 1661 bis zum 17. Febr. 1688 hingerichteten, verbannten und eingekerkerten Presbyterianer auf 18000 berechnet. MACAULAY sagt von dieser Leidenszeit: „gehetzt gleich wilden Thieren, gefoltert bis ihre Beine breit geschlagen waren, zu Hunderten eingekerkert, dutzendweise gehängt, bald dem Muthwillen englischer Soldaten ausgesetzt, bald der Gnade von Räuberbanden aus den Hochländern überlassen, nahmen sie doch eine so drohende Haltung an, dass der kühnste und mächtigste Unterdrücker nicht umhin konnte sich vor ihrem Verzweiflungsmuthe zu fürchten. *History etc.* S. 145.

„den Staub abzuschütteln und ihr schönes Gewand anzulegen.“ Und bald, mit der Landung des Prinzen WILHELM VON ORANIEN, nahmen die Verfolgungen, zugleich mit dem aufgedrungenen bischöflichen Kirchenregiment, ein Ende <sup>1</sup>).

<sup>1</sup>) HETHERINGTON. 370 ff. MACAULAY, *History*. II. 159 ff. RUDLOFF. II. 215 ff. SACK. I. 123 ff.

## DRITTES CAPITEL.

**Die presbyteriale Kirche Schottlands und die Presbyterianer Englands, Irlands und Nordamerika's, vom Ende des XVII. bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts.**

---

WILHELM III, durch seinen Kaplan, den patriotisch gesinnten schottischen Presbyterianer, WILL. CARSTAIRS, über die Bedürfnisse Schottland's genau unterrichtet, berief die schottischen Stände; und als diese die Abschaffung des Prälatenthums forderten, und das Parlament im J. 1690 die presbyteriale Kirchenverfassung für die allein gesetzlich bestehende erklärte, so rätselte er am 7<sup>ten</sup> Junius das Westminster Glaubensbekenntniss und das presbyterianische Kirchenregiment<sup>1)</sup> , nach Masgabe der Parlamentsacte von 1592; zugleich wurden alle abgesetzten presbyterianischen Pfarrer wieder eingesetzt; endlich ward (19. Juli) das Patronat, gegen pekuniäre Entschädigung der Berechtigten, abgeschafft. So war die presbyteriale Kirche als die gesetzlich und verfassungsmässig berechtigte Landeskirche wieder aufgerichtet, und trat mit ihren

<sup>1)</sup> In der Parlamentsacte, welche vom König bestätigt wurde, ist die presbyteriale Verfassung bezeichnet als: «the government of Christ's Church, within this nation agreeable to the Word of God, and most conducive to the advancement of true piety and godliness, and the establishing of peace and tranquillity within this realm.» HETHERINGTON. 552.

Organen wieder in volle Wirksamkeit. Am 16. Oct. 1690 kam das erstemal wieder seit 37 Jahren, eine Generalversammlung zusammen; von den 400 im J. 1669 abgesetzten Geistlichen erlebten 60 diesen Tag. Die Versammlung that ihr Möglichstes zu gegenseitiger Versöhnung der seit einiger Zeit sich gegenüberstehenden kirchlichen Parteien; doch gelang es nicht, die Cameronianer wieder für die Kirche zu gewinnen; sie tadelten das stillschweigende Uebergehen des Covenant. An diesem hielten sie selbst als kirchliche Gemeinschaft fest, indem sie von der Landeskirche getrennt blieben und sich das „reformirte Presbyterium“ (the Reformed Presbytery) nannten. Eine Differenz zwischen dem König und der Kirche von Schottland bestand nur noch eine Zeit lang in Betreff der Rechte und Stellung bischöflich gesinnter Geistlicher innerhalb der presbyterianen Kirche; die Differenz wurde übrigens 1694 durch Nachgiebigkeit des Königs gelöst. Unter Königin ANNA (1702—1714) kam die *Union* Schottlands mit England zu Stande (1707), wobei indessen durch eine besondere „Sicherheitsacte“ die beständige Aufrechterhaltung des presbyterianen Kirchenregiments in Schottland gewährleistet wurde. Zugleich wurde dem britischen Parlament jede gesetzgeberische Vollmacht in schottischen Kirchenangelegenheiten abgesprochen. Dessenungeachtet erlaubte sich aber das Parlament schon 1712 einen Eingriff in die Rechte Schottlands, indem es eine Bill über Herstellung des Patronats annahm, also das Recht der Kirk-session, der Gemeinde bei Pfarrwahlen den Vorschlag zu machen, aufhob. Zwar beauftragte sofort die Generalversammlung ihre Commission, eine Beschwerde bei der Regierung zu erheben, und bis 1784 wurde dieser Auftrag Jahr für Jahr erneuert, aber zu entschiedeneren Schritten kam es nicht, denn der Zeugengeist war der Kirche abhanden gekommen. Dagegen kam eine Gesinnung und Partei auf, der man später den Namen der gemässigten (*Moderate*) gab: eine die Grundlehren des Evangeliums abschwächende Denkart verband sich mit mässigen Ansprüchen auf Freiheit und Rechte der Kirche, und mit Geschmeidigkeit gegen den Staat. Verkennung und Verletzung der altpresbyterianen Kirchenordnung führten auch mehrere Separationen („*Secessions*“ heissen sie in Schottland) herbei. Die erste Secession ereignete sich im J. 1733, indem EBENEZER ERSKINE gegen mehrere Missbräuche und Verletzungen der presbyterianischen

Grundsätze sich offen aussprach, was ihm erst von der Provinzialsynode, sodann, auf Appellation, von der Generalversammlung Censuren und wegen seines Protestes hiegegen Suspension zuzog. Er erklärte desshalb nebst drei andern Geistlichen, seine „Secession von der herrschenden Partei in der Kirche,” und errichtete ein „verbündetes Presbyterium,” welches der Grundstock der Seceders wurde. Nachdem es so weit gekommen war, suchte die Generalversammlung sie durch Einräumungen wieder zu gewinnen, was indessen erfolglos war, weshalb die ausgetretenen Geistlichen 1739 förmlich abgesetzt und somit die Spaltung befestigt wurde. Eine zweite Secession erfolgte 1760 f. aus Veranlassung des Patronates. GEORGE GILLESPIE bildete an der Spitze einiger Geistlichen und Gemeindeglieder, zur Abhülfe gegen das Patronat ein Presbytery of Relief (die Relief-Seceders oder Reliefers). Um diese Zeit übte der bekannte Geschichtschreiber, WILLIAM ROBERTSON, in den Generalversammlungen, derer Moderator eröfters war, und in der schottischen Kirche überhaupt, einen solchen Einfluss aus, dass man diesen Zeitraum (1752–1780) als „die Verwaltung des Dr. ROBERTSON“ bezeichnet. Er war das Haupt der Moderaten, wirkte für Aufrechthaltung des Patronates, hielt mit Energie auf feste Ordnung und drang auf unbedingte Unterwerfung der untergeordneten kirchlichen Gerichtshöfe unter die höheren und höchsten, wobei er aber nicht mehr von dem biblischen und rein religiösen Begriff der Kirche CHRISTI, sondern von dem modernen Begriff der Kirche als einer blosen Gesellschaft ausging und von ihrer wesentlichen Gleichartigkeit mit anderen menschlichen Vereinen die Notwendigkeit strenger Handhabung der Gesetze, ohne Rücksicht auf die Gewissen der Einzelnen, ableitete. „Entweder gehorcht, oder tretet aus“, war sein Wort an dissentirende Mitglieder der Presbyterien. Die Presbyterialverfassung war in diesem Zeitraum in anerkannter gesetzlicher Wirksamkeit, wobei nur einzelne Missbräuche statt fanden; allein der *Geist* fehlte, der lebendige, eifrige, reine, fromme Geist der alten Presbyterianer. Dagegen füllten sich die Kapellen der Seceders: im J. 1773 zählte man 190 Kapellen der Seceders, besonders in Fabrikgegenden, weil die Geistlichen der Seceders sich der geistlich Verwahrlosten am emsigsten annahmen. Erst gegen das Ende des Jahrhunderts wurde von England aus hauptsächlich der lebendige Glaube und evangelisches Leben wieder

angefacht, und der altpresbyterianische Geist wieder erweckt <sup>2)</sup>).

Auch in *England* hatte der Sturz der Stuarts und die Thronbesteigung WILHELM's III, oder die in der englischen Geschichte so genannte „Revolution“, die Wirkung, dass an die Stelle grausamer Verfolgung der Dissenters oder der Protestant Non-conformist's, wie man die von der Staatskirche abweichenden Parteien seit KARL II nannte, Duldung und Gewissensfreiheit Staatsgrundsatz und unverbrüchliches öffentliches Recht wurde. Der Supremeid wurde verändert, und die Toleranzakte gab den Dissenters nicht allein ihre bürgerlichen Rechte zurück, indem sie dieselben den Mitgliedern der bischöflichen Staatskirche vor dem Gesetz gleichstellte, sondern gestattete ihnen auch, unter den Bedingungen, dass sie den Pfarrzehnten entrichten und sich nicht bei geschlossenen Thüren versammeln, völlige religiöse Autonomie innerhalb ihres Kreises. Bei der Unterschrift der 39 Artikel wurden ihnen Art. 20 und 34—36 erlassen, die von der Autorität der bischöflichen Kirche und dergl. handeln. So war denn mit andern Dissenters auch den Presbyterianern Freiheit gegeben, ihre Gemeinschaft nach ihren eigenthümlichen Grundsätzen selbstständig zu ordnen und in voller Sicherheit zu regieren. Allein von einem Einfluss auf die Staatskirche und auf Umbildung ihrer Verfassung im presbyterianischen Geist war keine Rede mehr, dazu fehlte es den Presbyterianern Englands an Muth, Glauben, sittlicher Kraft und socialer Bedeutung. Indessen ereignete sich auch innerhalb ihres Gemeinschaftslebens ein stäiger Rückschritt, so dass die Presbyterianer als religiöse Partei beinahe völlig untergingen. Denn erstens in der Lehre und dem Bekenntniss wurde seit dem Anfang des XVIII. Jahrhunderts die Mehrzahl ihrer Gemeinden antitrinitarisch oder socinianisch, wogegen die orthodoxen sich an die schottische Kirche anschlossen; und im Hinsicht der Verfassung gingen sie grösstentheils zu den Independenten über, die ein kräftigeres inneres Leben hatten und seit der Restauration die bedeutendere Partei wurden. Damit hängt zusammen, dass ihre Synoden im vorigen Jahrhundert fast ganz ausser Uebung kamen<sup>1)</sup>). Diese Thatsache, dass das presbyterianische Prinzip gerade

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. 536 ff. SACK. I. 158. KÖSTLIN. S. 307 ff.

<sup>2)</sup> OTTO v. GERLACH, *die anglikanische Kirche im J. 1842.* S. 26 ff. UHDEN, *die Zustände der anglik. Kirche. 1843.* S. 191 f. WIGGERS, *kirchliche Statistik.* II. 323.

zur Zeit voller Religionsfreiheit und Duldung, wie es sich wieder ungehindert von aussen entfalten und wirken konnte, immer mehr an Boden verlor, ist der einleuchtende Thatbeweis, wie wenig Wurzel die presbyterianen Grundsätze in der englischen Nation geschlagen hatten.

Festeren Grund fassten die presbyterianen Grundsätze in den protestantischen Landstrichen von *Irland*, was sich zum Theil daraus erklärt, dass die kirchliche Einrichtung derselben weit mehr aus Schottland als aus England stammte, wiewohl die Hauptmasse der ersten protestantischen Ansiedler aus England gekommen war. Im J. 1607 liess sich nämlich eine Anzahl Bürger von London im Norden von Irland (Provinz Ulster) nieder; sie bauten die Stadt Londonderry, und erwarben durch Kauf einen grossen Theil der umliegenden Landschaft, worauf sie eine beträchtliche Zahl Pflanzer hinübersandten. Als sie aber auch Geistliche für diese Colonien suchten, so fanden sie unter der staatskirchlichen Geistlichkeit, die sich bei ihren Pfründen in England wohl befand, keine Liebhaber zur Auswanderung; dagegen zeigten sich schottische Presbyterianer und englische Puritaner dazu geneigt. Aus Schottland kamen, der Nachbarschaft wegen, in diese nördlichen Striche Irlands ebenfalls Züge von Auswanderern, die zugleich Prediger mitbrachten und sich in Gemeinden auf presbyterianem Fuss einrichteten. Und da die Puritaner in England der Verfolgung ausgesetzt waren, so zogen sie gern anderswohin im Reich, wo sie Gewissensfreiheit zu erwarten hatten. Der erste presbyterianische Geistliche aus Schottland, der sich in Irland ansiedelte, war **EDWARD BRYCE** (1611 in der nordöstlichsten Grafschaft Antrim), ihm folgte **ROBERT CUNNINGHAM**, und siedelte sich in der südlicheren Grafschaft Down an, ebenso einige andere Geistliche aus Schottland, z. B. der eifrige Presbyterianer **ROBERT BLAIR**. Um diese Zeit kamen auch einige englische Puritaner, drei Geistliche aus der Schule des früher erwähnten „Vaters der Puritaner“ **CARTWRIGHT**. Jene Schotten bekamen Pfründen, blieben aber dessehnengeachtet Presbyterianer und hielten in Antrim ihre monatlichen Vereine. Der alte Bischof **KNOX**, und später Erzbischof **USHER** von Armagh, begünstigte sie mit edler Weitherzigkeit. So wurden die protestantischen Gemeinden in Irland auf presbyterianer Grundlage gebaut, wiewohl auch dort die bischöfliche Kirche Staatskirche war.

Die schottischen Presbyterianer gereichten dem Lande zum Segen. Bei der protestantischen Colonisation im Anfang des 17. Jahrhunderts war es zunächst nur auf Wiederbevölkerung der Landschaft abgesehen gewesen, und da waren in der That heillose Leute dahin ausgewandert, die zum Theil geächtet ihre Heimath meiden mussten. Natürlich nahm Unglaube, Gottlosigkeit und tiefe Verworfenheit unter Menschen überhand, welche durch nichts in Schranken gehalten wurden. Nun war es eine gnädige Fügung Gottes, dass Männer wie BLAIR, BRICE, RIDGE, HAMILTON, CUNNINGHAM und LIVINGSTON dahin kamen. Diese Männer brachten einen lauteren und heiligen Eifer mit, und arbeiteten unermüdet daran, das Volk zu unterrichten und den Gewissen das Evangelium einzupflanzen. Ihre Arbeit war nicht vergeblich. Eine merkwürdige Besserung trat in dem Character und den Sitten der Gemeinden ein. Die Ruchlosen wurden zum Schweigen gebracht und die Unsittlichen auf den rechten Weg zurückgeführt, während Gegner des Evangeliums warme Freunde desselben wurden. Die Evangelisirung der Eingeborenen aber machte wegen ihrer Bigotterie und um des Racenhasses willen keine Fortschritte<sup>1)</sup>.

Diese protestantischen und meist presbyterianischen Niederlassungen wurden durch den papistischen Aufstand und das Blutbad in Irland am 23. Oct. 1641 und den folgenden Tagen fast ganz vertilgt. Als sich die Häuslein der Protestantten wieder sammeln konnten, fehlte es ihnen an Geistlichen, denn auf die Gebildeten war es zuerst los gegangen. Da schickte die schottische Generalversammlung aus Mitgefühl mit dem Nothstand der presbyterianischen Kirche den verlassenen Gemeinden im Jahr 1642 ff. Geistliche hinüber, so dass zum zweiten Mal Schottland die Mutter der irischen presbyterianischen Kirchen wurde; und von da an dauerte eine warme gegenseitige Anhänglichkeit, lebhafter Verkehr und Theilnahme zwischen den Presbyterianern von Schottland und Irland ununterbrochen fort<sup>2)</sup>.

Nach der Restauration wurde die irische Uniformitätsacte wieder in Kraft gesetzt, wornach in Irland nur bischöfliche Ordination und anglikanische Liturgie gelten sollten, und 59 presbyterianischen

<sup>1)</sup> NEAL, *Hist. of the Puritans.* II. 104 ff. EDGAR, *Irland's Vergangenheit und Gegenwart*, in MARRIOTT, *der wahre Protestant.* I. 362 ff.

<sup>2)</sup> HETHERINGTON. 334.

sche Geistliche wurden ihrer Pfründen entsetzt. In Folge der Revolution und der Thronsbesteigung König WILHELM'S III. fassten die Presbyterianer Irland's neue Hoffnung; sie gaben unter anderem eine Petition ein, worin sie anseinandersetzten, dass der Norden Irland's ganz von Schotten bevölkert, wenigstens presbyterianisch gesinnt sei, dass die presbyterianischen Geistlichen auch alle Seelsorge in diesen Gegenden haben und das Interesse seiner Majestät befördern, daher sie darauf antrugen, dass das bischöfliche Kirchenregiment in den nördlichen Grafschaften abgeschafft werden möchte. Allein auch jetzt wurde das bischöfliche Regiment aufrecht erhalten. Dennoch erfolgten verstärkte Einwanderungen aus Schottland. Mit grosser Beharrlichkeit arbeiteten diese irischen Presbyterianer zu verschiedenen Zeiten, aber stets mit gleich wenig Erfolg, auf Widerrufung von Kirchengerissen, unter denen sie vorzüglich leiden mussten, ja selbst auf positive Erhebung ihrer Kirchengemeinschaft hin; brachte doch im Jahr 1731, nach der Thronsbesteigung GEORG'S II. eine Deputation von Geistlichen und vielen Aeltesten aus dem Norden das Gesuch nach Dublin, dass ihre Kirche gesetzlich anerkannt und mit der bischöflichen Kirche auf gleichen Fuss gestellt werden möchte. Auch dieses Gesuch fiel aber, nachdem es einige Jahre vertagt worden ward, im irischen Parlamente durch<sup>1)</sup>.

Wie nach Irland, so verbreitete sich im XVII. Jahrhundert der Presbyterianismus auch nach den englischen Colonien in *Nord-America*. Vo den Verfolgungen unter JACOB I und KARL I flohen schon seit 1620 einzelne nonconformistische Geistliche, theils über Holland theils direct, nach America. Indessen gehörte, im Anfang wenigstens, die überwiegende Zahl dieser Auswanderer zu den Independenten oder Congregationalisten, welche namentlich in den sechs nordöstlichen Staaten, die man unter dem Namen „Neu-England“ begreift, sich niederliessen; daher war in den englischen Colonien Nordamerica's ursprünglich die congregationalistische Kirchenordnung die ausschliessliche; es wurden

<sup>1)</sup> RICH. MANT, *History of the Church of Ireland*. I. 2. ed. 1841. S. 365 ff. 603. 620 ff. II. 1840. p. 4 ff. 521 ff.; der Verf., anglikanischer Bischof von Down und Connor in Irland, ist übrigens so sehr für seine Kirche eingenommen, dass er keinen unparteiischen Geschichtsschreiber der irischen Presbyterianer abgibt.

zwar auch „Elders“ in den dortigen Gemeinden gewählt, aber die reine Aeltestenordnung war durch das eigenthümlich eongregationalistische Prinzip zurückgedrängt. Im Jahr 1642 erging von London aus eine briefliche Einladung an die Kirchen der Colonien, die Westminsterversammlung durch Abgeordnete zu beschicken; allein man leistete keine Folge, weil man voraussah, dass das Beschicken der Synode eine Unterwerfung unter alle Beschlüsse der Versammlung in sich schliessen würde, und die Americaner, als ächte Independenten, ihre kirchliche Unabhängigkeit bewahren wollten <sup>1)</sup>.

Erst gegen das Ende des 17. Jahrhunderts wanderten auch eigentliche Presbyterianer nach den americanischen Colonien aus, aber auch da noch in geringerer Zahl; desshalb mussten sie sich in der neuen Heimath noch unter anderen Kirchengemeinschaften ansiedeln, und gelangten vorderhand noch zu keiner presbyterianischen Gemeindebildung. Die schauerliche „Mordzeit“ unter KARL II von 1685 an trieb namentlich viele Schotten in die neue Welt. Im J. 1685 schiffte sich GEORGE SCOT von Pitlochie mit 300 Genossen ein, richtete aber zuvor noch eine Aufforderung an seine Landsleute, eine Zuflucht in America zu suchen. Besonders Ost-New-Jersey wurde jetzt das Asyl der schottischen Presbyterianer, welche in solcher Anzahl dahin strömten, dass sie dem aufblühenden Staat einen Charakter verliehen, welchen andenthalb Jahrhunderte nicht haben verwischen können <sup>2)</sup>. Von der Thronbesteigung WILHELM'S VON ORANIEN an wanderten auch aus England zahlreiche Presbyterianer aus.

Die erste presbyterianische *Gemeinde* aber, welche bestimmt nachweisbar ist, wurde in Philadelphia constituiert, kurz vor dem Anfang des 18. Jahrhunderts; fast gleichzeitig bildeten sich am östlichen Gestade der Chesapeakebucht 4—5 weitere Gemeinden. Als „Vater des Presbyterianismus in America“ gilt FRANZ MC. KEMMIE vorzüglich desshalb, weil er mit noch 6 anderen Geistlichen (4 aus Irland, 2 aus Schottland) im Jahr 1704 oder 1705 in Philadelphia das erste *Presbyterium* (Klasse) bildete. Im Sept. 1706 richtete dieses Presbyterium ein Schreiben an das

<sup>1)</sup> GEORGE BANCROFT, *Gesch. der Ver. Staaten von Nord-America*, deutsch von KRETZSCHMAR. I. 1845. S. 358 f.

<sup>2)</sup> BANCROFT a. a. O. II. 355 ff.

Presbytery zu Dublin, worin eine Art Statistik der sich bildenden presbyterianen Kirche Nordamerica's niedergelegt ist: „in Virginia eine kleine Gemeinde, in Maryland vier, in den Iersey's zwei, nebst einigen Plätzen in New-York“. Sobald diese Gemeinden sich eine presbyteriale Organisation gegeben hatten, nahm ihre Zahl rasch zu; sie knüpfsten mit der Synode zu Glasgow, dem Presbyterium in Dublin und einigen der bischöflichen Kirche abgeneigten Männern in England Verbindungen an. Nachdem das Presbyterium in Philadelphia durch neue Einwanderungen aus Schottland und Irland sich verstärkt hatte, beschloss man auf einer Versammlung im Sept. 1716, sich nunmehr in 4 Versammlungen oder Presbyterien zu theilen (Presbyterium Philadelphia, Newcastle, Snowhill und Longisland), welche zusammen jetzt die „*Synode von Philadelphia*“ bildeten. Diese trat im Jahr 1717 erstmals zusammen; im J. 1721 wurde die Erklärung, übrigens nicht ohne Protest, auf der Synode angenommen, dass die Presbyterianer in America ihre Verfassung einrichten „gemäss der Uebung der bestreformirten Kirchen, *so weit die Natur und Constitution dieses Landes es zulässt.*“ Dieser Zusatz bezieht sich vermutlich auf das innige Verhältniss, in welchem die americanischen Presbyterianer mit den Congregationalisten standen. Es waren nämlich in der presbyterianischen Kirche Nordamerica's von Anfang an zwei verschiedene Elemente: sie bestand theils aus reinen Presbyterianern, theils aus Congregationalisten; jene vorzugsweise schottischer, diese englischer Herkunft; eine mittlere Stellung nahmen die irischen Presbyterianer ein, indem sie mit dem Congregationalismus der englischen Puritaner leichter verschmolzen, als die Schotten mit ihrem schärferen, rein presbyterianen Gepräge, und ihrer Begeisterung für presbyterianische Kirchenordnung und Lehre. Wie wenig die ächt presbyterianen Principien anfangs durchgedrungen waren, ist aus der Thatsache ersichtlich, dass die erste presbyterianische Gemeinde America's, die in Philadelphia, 64 Jahre lang unter einem Presbyterium gestanden ist, ehe sie Kirchenälteste (ruling elders) wählte. Allein, während im Anfang der englisch puritanische Einfluss in dieser Mischung überwog, geschah es durch den in die *congregationalistischen* Kirchen von Neu-England gehenden Zug englischer Einwanderung, während die Schotten alle der presbyterianischen Kirche sich anschlossen, dass das schottische Element

die Uebermacht erlangte. Besonders von 1724 an drangen schottische Geistliche auf reine und vollständige Durchführung der schottischen Kirchenordnung in America; im J. 1741 entstand hiedurch eine Spaltung und im J. 1745 die Bildung einer abgesonderten Synode New-York. Indessen vereinigten sich 15 Jahre später, im J. 1758, die beiden Synoden zu einer *unirten Synode New-York und Philadelphia* in der Art, dass sie das Westminster-Bekenntniss und die beiden Katechismen der Westminstersynode als auf Gottes Wort gegründet annahmen, auch bei deren Plan des Gottesdienstes und Kirchenregiments blieben. Die vereinigte Synode New-York und Philadelphia bestand bis 1788, wo sie sich in 48 Synoden theilte, um sodann 1789 erstmals als General-Assembly zusammenzutreten. Im letzteren Jahr zählte man 188 presbyterianische Prediger, aber nicht weniger als 419 Gemeinden<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> DAN. RUPP, *He pasa Ecclesia. An original History of the rel. denominations at present existing in the United States.* Philad. 1844, namentlich die Arbeiten von JOHN KREBS in New-York und JOEL PARKER in Philadelphia. p. 575 ff. 603 ff.



## VIERTES CAPITEL.

**Feststellung der niederländischen Kirchenverfassung, oder die  
Dortrechter Synode, mit dem was ihr voranging und nach-  
folgte, in kirchenrechtlicher Hinsicht.**

In der Verfassungsgeschichte der reformirten Kirche Niederlands bildet die bekannte Synode von *Dordrecht* einen höchst bedeutenden Knotenpunkt. Die vorangehenden Verhandlungen, die Beschlüsse selbst und deren Folgen ziehen unsere Aufmerksamkeit auf sich.

Wir haben im II. Buch geschen, wie eine doppelte Hauptrichtung von der Reformation an in den Niederlanden sich geltend gemacht hat: eine zwinglische und eine calvinische. Beide traten im 16. Jahrhundert am sichtbarsten auf dem Boden der Kirchenverfassung auseinander, aber eine Lehrdifferenz war stets mit im Spiel. Nun trat im Anfang des 17. Jahrhundert die Differenz in der Lehre entschieden in den Vordergrund, während die kirchenrechtliche Differenz doch auch mitwirkte; und jener Umstand verschärfte den Gegensatz und führte desto tiefer gehende Wirkungen herbei. Der Gang der Dinge war in der Hauptsache folgender.

Im Jahr 1602 wurde JACOB ARMINIUS von Oudewater, ein geborner Holländer, damals Prediger in Amsterdam, zum Nachfolger des berühmten FRANÇOIS DU JON (JUNIUS) an der Universität zu Leyden ernannt. Zwischen ihm und seinem Collegen,

FRANZ GOMARUS, einem Wallonen aus Brügge in Flandern <sup>1)</sup> , traten Meinungsverschiedenheiten hervor, die sich besonders in Disputationen über die Gnadenwahl offenbarten. ARMINIUS war zwinglisch, GOMARUS calvinisch gesinnt; der Unterschied des Standpunkts offenbarte sich immer klarer und schärfer; nicht nur die Lehre von der Gnadenwahl, sondern auch die von der Genugthuung CHRISTI und von dem Heil überhaupt wurde in den Streit hineingezogen. Die calvinisch gesinnten Geistlichen schaarten sich alle um GOMARUS und bald war die ganze niederländische Kirche in den Kampf mit hineingezogen. Von Bedeutung war aber der Umstand, dass mit dem Lehrgegensatz der kirchenrechtliche Gegensatz verzweigt war, denn der Streit über Vollmacht und Recht der Obrigkeit in Kirchensachen war ebenso heftig als der über die Kirchenlehre. GOMARUS und die übrige calvinistische Partei forderten Autonomie der Kirche , d. h. dass kirchliche Dinge nur von kirchlichen Behörden (Consistorien und Synoden) behandelt und entschieden werden sollten, ohne dass die Obrigkeit in die Sache darein zu reden habe. ARMINIUS dagegen und die zwinglisch Gesinnten erkannten der Obrigkeit das Recht zu, nach Massgabe von Gottes Wort das Kirchenregiment zu führen, und behaupteten, durch das Dringen auf Unabhängigkeit der geistlichen Gewalt werde inmitten der reformirten Kirche ein neues Papstthum auf den Thron gesetzt. Durch diese kirchenrechtliche Seite, die der Gegensatz an sich hatte, griff er auch in das rein politische Gebiet ein, und daher kam es, dass die zwei kirchlichen Parteien mit zwei politischen Parteien beinahe zusammenfielen. Die Häupter der municipalen Oligarchie, die Staatsmänner in den Provinzial- und Generalstaaten an deren Spitze der *Advocat JOHAN VON OLDENBARNEVELDT* zu nennen ist, hielten es in der Regel mit den Arminianern , während die Demokraten und mit denselben die der Oligarchie abholden Stathalter , die Prinzen MORITZ VON ORANIEN und WILHELM LUDWIG VON NASSAU, die Calvinisten begünstigten. Man nannte daher die Arminianer auch : *Staatsgesinden* , im Gegensatz gegen die *Prinsgesinden*; auch hiessen jene wohl die *politischen Geusen*, diese die *genfischen Geusen*. So verschmolz der kirchliche Streit

<sup>1)</sup> Auf die hier wieder hervortretende landsmannschaftliche oder nationale Differenz haben YPEIJ en DERMOUT, *Geschiedenis* etc. II. 165 aufmerksam gemacht.

mit dem politischen Parteiwesen, — eine üble Vorbedeutung für die Arminianer <sup>1</sup>).

Dem Grundsatz gemäss, dass kirchliche Dinge von kirchlichen Behörden entschieden werden müssten, trugen die Gomaristen auf Berufung einer Nationalsynode zu Schlichtung des Streites an. Competenzstreitigkeiten in religiösen Dingen zwischen bürgerlichen und kirchlichen Behörden ereigneten sich nicht selten; in einem Falle der Art machte die Klasse von *Alkmaar* die Autonomie der Kirche in Sachen kirchlichen Censur und dgl., den Provinzialstaaten von Holland gegenüber, mit Kraft geltend <sup>2</sup>). Auf der andern Seite traten Männer von Geist und Einfluss, wie der Prediger im Haag, **JOH. UITENBOGAART**, und **HUGO DE GROOT (GROTIUS)** für das Recht der Obrigkeit, in Kirchensachen positiv mitzuwirken, mit Wort und Schrift nachdrücklich auf. Bei einer in der Sitzung der Provinzialstaaten von Holland veranstalteten Conferenz zwischen **ARMINIUS** und **GOMARUS** nebst je vier Gesinnungsgenossen derselben, (im Aug. 1609) wendete sich **UITENBOGAART** an die Stände mit den Worten: „*Gott kann den Wirren abhelfen, er ist der Arzt der heilen kann; aber er wirkt durch Werkzeuge oder Amtleute, die über sein Volk gesetzt sind; das seid Ihr, als rechtmässige Aufseher seiner Kirche*“ <sup>3</sup>). Hierauf tadelt er die Stände, dass sie bisher nur äusserlich für die protestantische Religion gesorgt haben, anstatt sich gründlichere und selbständige religiöse Erkenntniss zu erwerben, um vorkommenden Falls mitstimmen und urtheilen zu können, so wie bei Abfassung von Kirchenordnungen und im Kirchenregiment einzugreifen. Da aber diess nicht geschieht, so behaupten desshalb Etliche, dass es auch nicht geschehen dürfe und solle. Andererseits, fährt er fort, haben wir Kirchendiener darin gefehlt, dass wir die Meinung begünstigt haben, es sei der Obrigkeit Beruf nicht, sich von Amts wegen der kirchlichen Angelegenheiten anzunehmen, als gingen diese

<sup>1</sup>) **BRANDT**, *Historie der Ref.* II. **YPEIJ** en **DERMOUT** a. a. O. II. 163 ff. 188 ff. **ROYAARDS**, *Nedendaagsch Kerkregt.* I. 215. **LEO**, *niederländische Geschichten.* II. 254.

<sup>2</sup>) **BRANDT** a. a. O. II. 90 ff.

<sup>3</sup>) **BRANDT** II. 96 ff. besonders 101 f.: *Die Amptluiden sijn uw Edele Mogent-heden, van Godt gestelt als onder hem de hoogste opsienders over de saeken sijner kerken.*

blos die Kirchenmänner an. Daraus entsteht, unseres Erachtens, nothwendig eine vollständige Gleichstellung zweier Obrigkeiten, einer über den Staat, der andern über die Kirche, welche viele Wirren im Gemeinwesen erzeugt und nicht geduldet werden darf.— Diese Denkungsart entwickelte UITENBOGAART vollständiger im Zusammenhang in seinem 1610 erschienen *Traktaat van het ambt eener hooge christelijke overheid in kerkelijke zaken*. Dieser Anschauung stimmten jedoch nicht einmal alle bürgerlichen Behörden und Körperschaften bei. Die Provinzialstaaten von Holland huldigten dieser Ansicht; aber in der Municipalbehörde der Hauptstadt Amsterdam hatte die entgegengesetzte calvinistische Ueberzeugung die Mehrheit für sich. Weil aber den Provinzialstaaten viel daran lag die bedeutendste Stadt auf ihrer Seite zu haben, so schickten sie 1616 eine Deputation an den Magistrat von Amsterdam. Im Namen der Deputation hielt der beredte Raths-pensionär von Rotterdam HUGO DE GROOT einen ebenso kräftigen als lehrreichen Vortrag. Er bestritt darin unter anderem die Ansicht, dass eine Synode schlechterdings nothwendig sei; denn die hohe Obrigkeit habe von Gott vollkommene Auctorität und Vollmacht empfangen, alles dasjenige zu befehlen und zu vollziehen, was Gott in seinem Wort geboten hat; und zwar habe die Obrigkeit nicht nöthig, zu diesem Behuf die Auctorität erst von der Kirche zu entlehnern; im Gegentheil sei der Staat verpflichtet, seine Auctorität nicht blos *ohne*, sondern sogar *gegen* den Willen aller *Kirchendiener* zu gebrauchen <sup>1)</sup>.

Die Rede verhulte ohne Erfolg. In dem 'gleichen Jahr 1616 geschah, was man lange befürchtet hatte: eine Spaltung trat ein, zunächst in Rotterdam: Die Calvinisten („Contraremonstranten“) trennten sich von den Arminianern (Remonstranten), und hielten ihren Gottesdienst ausserhalb der öffentlichen Kirchen. Als diese Separation weiter um sich griff (zu Amsterdam, im Haag u. s. w.): so wurde eine Entscheidung noch dringender. Die Frage war bald nur noch: „Provinzialsynoden oder Generalsynode?“ Die Mehrheit der Provincialstaaten von Holland war, nach dem Vorgang von GROTIUS, consequent für Provinzialsynoden in erster Linie. Die

<sup>1)</sup> BRANDT a. a. O. II. 345 ff. hat die Rede von GROTIUS auf 39 Seiten vollständig mitgedehlt. Sie steht auch lateinisch, als *Oratio in Senatu Amstelod. 9. Cal. Maji 1616 habita*, in der Sammlung der theolog. Werke von GROTIUS. III. 177.

Generalstaaten entschieden jedoch für eine Generalsynode. Nun wurden auf Provinzialsynoden Aelteste und Geistliche zu Abgeordneten gewählt, und die Generalstaaten luden alle reformirten Kirchen des Auslandes zu Besichtigung der Synode ein. So wurde die Synode zu *Dordrecht*, wie sie die erste (und letzte) wahre Nationalsynode der niederländischen Kirche gewesen ist, gewissermassen eine allgemeine reformirte Synode. Jede Provinzialsynode wählte 6 Abgeordnete, zur Hälfte Geistliche, ebenso die wallonischen Kirchen; im Namen der Generalstaaten wohnten 48 Mitglieder derselben als Commissäre bei <sup>1)</sup>. Es ist bekannt, wie die Remonstranten von der Synode verhört und verurtheilt worden sind, und wie in Folge der Synode *GROTIUS* eingekerkert, die arminianischen Prediger abgesetzt und verbannt, und *OLDENBARNEVELDT* (Mai 1619) enthauptet wurde, weil er die Kirche sehr betrübt habe durch die Behauptung, dass es jeder Provinz zustehe, über Kirchensachen zu verfügen <sup>2)</sup>. Er wurde ein Märtyrer der Provinzialvorrechte, sein Blut sollte für die kirchliche Centralisation als Kitt dienen. In wie weit diess gelang, werden wir sogleich sehen.

Nach dem Abschied der ausländischen Gäste hielt die Synode noch 27 Sitzungen in Sachen der niederländischen reformirten Kirche (Postacta oder Nahandelingen). Diese Beschlüsse betrafen hauptsächlich die Verpflichtung auf das Bekenntniss. Die *Kirchenverfassung* wurde in zwei Tagen (13. und 14<sup>ten</sup> Mai 1619, 155<sup>te</sup> f. Sitzung) abgemacht: man legte die Kirchenordnung der Haager Synode 1586 zu Grunde, deren 86 Canones in einer Sitzung rasch durchgegangen und im Wesentlichen bestätigt wurden. Allein die Generalstaaten, die man um Genehmigung dieser Kirchenordnung ainging, willfährten nicht. Nur in den Provinzen Utrecht und Geldern wurde sie, unter gewissen Modificationen, angenommen. So waren die Beschlüsse dieser Generalsynode über Kirchenverfassung fast ganz ohne Kraft und Wirkung. Eine allgemeine, einheitliche Kirchenordnung für das ganze Land, mit Centralisation in Generalsynoden, kam gar nicht zu Stande. Die

<sup>1)</sup> YPEIJ en DERMOUT a. a. O. II. 210 ff. GRAF hat in den *Beiträgen zur Kenntniss der Gesch. der Synode von Dordrecht*, 1825 aus den Berichten der Basler Abgeordneten Interessantes mitgetheilt.

<sup>2)</sup> YPEIJ en DERMOUT a. a. O. II. 220 ff. 231 ff. VAN KAMPEN, *niederl. Gesch.* II. 35 ff.

Dordrechter Synode war, wie gesagt, die letzte eigentliche Nationalsynode; es gab von da an nur Provinzialsynoden. Jede Provinz erliess ihre Kirchenordnung nach Belieben; es gab von 1619—1795 im Grunde 7 kirchliche Republiken in den Niederlanden mit grösserem oder geringerem Einfluss des Staats; und das einzige organische Band zwischen denselben war die gegenseitige Beschickung der Provinzialsynoden durch Deputirte <sup>1)</sup>. Denn die Synodalverfassung herrschte, Seeland ausgenommen, in allen Provinzen, auch die Presbyterialverfassung in allen, mit Ausnahme einiger Gemeinden, welche nur Diaconen, aber keine Aelteste hatten. Die Aeltesten führten, von der Gemeinde gewählt, ihr Amt meist zwei Jahre lang. Der Kirchenrath der Einzelgemeinde (Kerkeraad) sollte wöchentlich einmal zusammentreten, wozu der Ortsmagistrat ein Mitglied abzuordnen pflegte. Die Klassenversammlung bestand aus dem Prediger und einem Aeltesten von jeder Gemeinde; sie wählte für die jährliche Provinzialsynode, die aber nicht ohne Bewilligung der Provinzialstaaten gehalten werden durfte, und welcher in der Regel 2 Commissäre derselben beiwohnten, je 2 Prediger aber nur *einen* Aeltesten, die jährliche Visitation jeder Gemeinde durch 2—3 von der Klasse damit beauftragte Prediger war eine Abweichung von der sonstigen reformirten Sitte und eine Annäherung an das lutherische Superintendentenamt. Zur Vollziehung gefasster Beschlüsse und Besorgung laufender Geschäfte ernannte die Provinzialsynode, gewisse „Deputirte“ mit beschränkter Vollmacht.

Merkwürdig ist, das auch die *lutherischen* Gemeinden in den Niederlanden vermöge einer 1596 entworfenen, 1614. 1637. 1681 revidirten und bestätigten Kirchenordnung ebenfalls Aelteste (Gedeputeerde Voorstanders oder Ouderlingen) und Diaconen aufstellten, die samt dem Pfarrer das Consistorium ausmachten, Kirchenzucht übten und die Gemeinde leiteten; wie sie denn auch Klassenversammlungen hielten <sup>2)</sup>.

Eine neue Spaltung drohte die niederländische Kirche zu zerreißen, als um die Mitte des 17. Jahrhundert zwischen dem dordrechtisch gesinnten Gisbert Voet und dem cartesianisch

<sup>1)</sup> ROYAARDS a. a. O. I. 53. 57 ff. 216. YPEIJ en DERMOUT II. 235 ff.

<sup>2)</sup> ROYAARDS a. a. O. I. 80 ff. BENTHEM, *holländischer Kirchen- und Schulenstaat*. 1698. II. 464 ff. I. 500 ff.

gebildeten biblischen Theologen JOHANN COCK (COCCEJUS) zu *Franeker* der alte Gegensatz in neuer Form wiederauflebte. Kirchenräthe und Synoden nahmen sich des Streites an, doch wurde Vermittlung und Beilegung derselben bezweckt. Die Differenz aber war, weil der ursprüngliche Gegensatz zwischen zwinglischer und calvinischer Denkweise zu Grunde lag, von nachhaltiger Kraft, und trat beinahe ein Jahrhundert später so frisch wieder hervor, dass grössere Stadtgemeinden übereinkamen, für jede Partei eine verhältnissmässige Zahl von Predigern zu berufen; es gab aber nicht nur Prediger von beiden Richtungen, sondern auch voetianische und coccejanische *Aelteste* und Diaconen, Beamte und Gewerbsleute. Die Voetianer galten für die ernstesten und gottesfürchtigsten, die Coccejaner für die gelehrtesten, gebildetsten und gewandtesten. Iene neigten sich zugleich auf die Seite der Kirchlichen Autonomie, diese auf die Seite der Staatspartei <sup>1)</sup>). In mehreren kirchlichen Streitigkeiten machte aber der Staat durch seine verschiedenen Organe sein Recht geltend, Entscheidung zu geben und zu bestätigen oder umzustossen was der Kirchenrath, die Klasse oder eine Synode beschlossen hatte, Bettage auszuschreiben und für die kirchliche Ruhe zu sorgen <sup>2)</sup>).

<sup>1)</sup> YPEIJ en DERMOUT. II. 447 ff. 511 ff. III. 279 ff. ROYAARDS. I. 216.

<sup>2)</sup> ROYAARDS. I. 218 f. YPEIJ en DERMOUT II. 512. 572. III. 161. 257 ff. 512 ff. 527 ff.

## FUNFTES CAPITEL.

**Die Presbyterialverfassung in Deutschland während des  
XVII. und XVIII. Jahrhunderts.**

---

Die Reformirten in den Rheinlanden begründeten, nachdem sie früher der niederländischen Landeskirche einverleibt gewesen waren und ihren Mittelpunkt im Ausland gehabt hatten, nach einer zu *Düren* am 17. Aug. 1610 gehaltenen Vorberathung, auf der ersten *Generalsynode* zu *Duisburg* vom 7—10<sup>ten</sup> Sept. 1610 eine selbständige umfassende Verbindung unter sich. Prediger und Aelteste aus den drei Fürstenthümern Jülich, Cleve und Berg, so wie aus mehreren benachbarten Herrschaften fassten, unter Theilnahme des ABR. SCULTETUS, Hofpredigers des Churfürsten von der Pfalz, Beschlüsse über die gesamte presbyteriale Ordnung und Gliederung dieser Landschaften, mit Presbyterien Klassen, Provinzial- und Generalsynoden. Auf der zweiten Generalsynode 1611 wurden die Reformirten der Grafschaft Mark in die Verbindung aufgenommen und Beschlüsse über Fortbildung der Verfassung gefasst. Von da an wurden die Generalsynoden öfters durch die Drangsale der Zeit vor und unter dem 30jährigen Krieg verhindert, von 1638 an aber wieder regelmässig gehalten, und zwar meist in *Duisburg*, was für die Gesamtheit der vertretenen Gemeinden am bequemsten gelegen war. Hier hatte die Generalsynode die besondere Bedeutung, Gemeinden, welche unter

verschiedenen Landesherren innerhalb des deutschen Reichs, und auch unter confessionell verschiedenen Regierungen standen, dennoch in steter Verbindung und kirchlich organisirter Einheit unter einander zu erhalten. Statt der früher zur Grundlage dienenden Artikel der Synode von Emden und anderer, wurden nun die Schlüsse der Generalsynode von 1610 allgemeine Norm<sup>1)</sup>.

Seit 1609 führten evangelische Fürsten, JOHANN SIGISMUND VON BRANDENBURG, und WOLFGANG WILHELM, Pfalzgraf von Neuburg, die Regierung über die Jülich-Cleveschen Länder; sie übernahmen durch Reversalien die Pflicht, die bisherige Autonomie der Kirche zu erhalten, drückten also den bisher thatsächlich bestehenden Verhältnissen den Stempel rechtlich sanctionirter Ordnungen auf. Nach der Rückkehr des Churfürsten von Pfalz-Neuburg zur katholischen Kirche 1614 wurden die inneren Verhältnisse der reformirten Kirche durch einen Revers anerkannt; der Landesherr erließ polizeiliche Verordnungen, aber rein kirchliche Anordnungen ergingen nur von den Synoden. Um die einzelnen Provinzen zu unterscheiden, wurde im Herzogthum Jülich die bisherige Klassicalverbindung weiter entwickelt, und nach Vereinigung der Gemeinden im Bergischen und Cleve'schen mit denen in Jülich selbst zur Jülicher Provinzialsynode (1611), sämtliche Kirchen in drei Klassen abgetheilt. Auch in Zeiten des Kriegs und der Verfolgung wurden Provinzialsynoden und Klassenversammlungen zwar meist im Geheimen, auf abgelegenen Höfen und auf Rittersitzen, aber ununterbrochen gehalten; und fast immer konnte bezeugt werden, das es mit der Predigt, Spendung der h. Sacramente, Katechisiren, Kirchendisciplin, Armenpflege, Krankenbesuchen und Schulen „noch ziemlich wohl ist gehalten worden“<sup>2)</sup>. Die ihrer Diener beraubten Gemeinden wurden von den Synoden durch Zuweisung an benachbarte Gemeinden oder durch Reiseprediger versorgt; und oft wurden *anstatt* der fehlenden Prediger, Aelteste zur Synode abgesandt. Im Herzogthum Berg wurden, nachdem seit 1609 viele bisher „geheime Gemeinden“ öffentlichen Gottesdienst angefangen hatten, durch Beschluss der Generalsynode vier Klassen (Elberfeld, Solingen, Düsseldorf, Mühlheim)

<sup>1)</sup> Wir folgen hier wieder der bewährten Auctorität JACOBSON's, *Gesch. der Quellen des Kirchenrechts* u. s. w. S. 139 ff.

<sup>2)</sup> JACOBSON. 155.

eingerichtet, und Inspectoren für diese Klassen eingesetzt; auch fingen die Consistorien jetzt an regelmässig ihre Sitzungen zu halten. Unter mannigfaltigen und langwierigen Bedrückungen, wodurch die Reformirten bis 1672 von 48 Kirchen 17 verloren, blieb die Presbyterialverfassung doch unverkürzt und die Verbindung mit der Generalsynode im Gang; die bergische Provinzialsynode selbst trat jährlich mehrmals, später aber nur einmal des Jahrs zusammen. Das Herzogthum *Cleve* war schon 1609 dem Brandenburgischen Fürstenhause zugefallen, weshalb die Reformirten daselbst vor ihren Glaubensgenossen in Jülich und Berg einen wesentlichen Vorzug hatten: schnell traten die bisher geheimen Kirchen hervor und combinierte Gemeinden wurden selbständig. Schon am 5<sup>ten</sup> Oct. 1610 wurde, dem von der Generalsynode (Sept. 1610) gegebenen Anstoss zufolge, die erste Cleve'sche Provinzialsynode gehalten und sämtliche Gemeinden in drei Klassen (Cleve, Wesel, Duisburg) getheilt, Inspectoren für die Klassen gewählt. Der „allgemeine Convent“ sämtlicher Gemeinden der drei Klassen, den man anfangs *neben* der Provinzialsynode noch für zweckmässig gehalten hatte, hörte als entbehrlich bald wieder auf. Die Klassengesamtkirchen, welche früher nur an wenigen auserlesenen Orten gehalten worden waren, wechselten später fast in sämtlichen Gemeinden. Die Provinzialsynode führte 1623 Visitationen durch die Inspectoren der Klassen ein. In der Grafschaft *Mark* gediehen die Reformirten unter brandenburgischem Schutze an vielen Orten zu ordentlichen Kirchengemeinden, so dass auf der zweiten Generalsynode Prediger und Aelteste aus Gemeinden der Grafschaft erschienen, worauf dann auch Provinzialsynoden und Convente der Klassen (1. Hamm, 2. Unna-Camen, 3. Ruhr, 4. Süderland) gehalten wurden. Uebrigens fand die Generalsynode noch 1641 nöthig, die Brüder in der Grafschaft *Mark* daran zu mahnen, dass sie ihre Consistorien und Klassen regelmässig einrichten und halten sollten. Durch die Religionsvergleiche von 1666 und 1672 zwischen Pfalz-Neuburg und Brandenburg wurde unter anderem festgesetzt, dass die Evangelischen bei ihren Kirchenordnungen, Statuten, Disciplin, „bei den *ordentlichen Conventen* der bisher gewöhnlichen *General-Provinzial-Synodal-Classical-Presbyterian-* und Consistorial-Versammlungen“ (welche sie in den unirten Herzogthümern und Grafschaften ungehindert, ausser denselben aber nur mit Vorwissen und Verwilligung des

Landesfürsten besuchen mögen) und derselben Schlüssen und anderen ihren Gebräuchen gehandhabt werden.“<sup>1)</sup>).

Nach dieser Zeit (1672) wurden die Generalsynoden in der Regel alle drei Jahre, meist in Duisburg, gehalten, und die Reformirten blieben, wiewohl unter verschiedenen Regierungen (Pfalz-Neuburg katholisch, Brandenburg evangelisch), doch in synodaler Gemeinschaft unter einander. Die Grundlagen der Kirchenverfassung blieben unverändert: die Auctorität der Generalsynode als höchster kirchlicher Behörde war anerkannt, und da neben der Kirchenordnung die Schlüsse der General- und Provinzialsynoden Normen des kirchlichen Handelns wurden, so wurde das Bedürfniss von Zusammenstellungen wichtiger Synodalenscheidungen zuerst durch NUCELLA (excerpirte und systematisirte die Synodalschlüsse von 1589—1689, *Centuria I.*), und nach ihm durch Andere befriedigt. Diese „Centurien“ erhielten nach und nach kirchengesetzliche Kraft. Unter dem Pfalzgrafen KARL THEODOR (1742—1799) hatten die Evangelischen in Jülich-Berg über Beschränkung der Kirchlichen Disciplin und Nichtanerkennung der Kirchenordnung öfters zu klagen, so wohlwollend persönlich der Fürst war. Die Generalsynode wurde, bis zur französischen Occupation (1794), regelmässig gehalten und bewahrte die oft gefährdete Einheit. Auch wurde bis zu jenem Zeitpunkt die reformirte Kirchenordnung stets befolgt, vollständig in Cleve-Mark, beschränkt in Jülich-Berg, wo die Pfälzische Regierung in Fällen der Censur die Anerkennung fortwährend verweigerte. Die katholische Regierung griff positiv ein, wo es nur möglich war, und suchte die Gerechtsame der Synoden zu beschränken. In Cleve-Mark entwickelten sich die kirchlichen Verhältnisse auf friedlichem Wege; das Landeshoheitsrecht kirchlicher Aufsicht blieb in voller Uebung, zugleich aber wirkten die brandenburgischen Regenten, als Mitglieder der evangelischen Kirche, auch positiv ein. Besonders hat der grosse Kurfürst FRIEDRICH WILHELM Abänderungen der früher rein presbyterianen Kirchenverfassung herbeizuführen gewusst, indem er, als die Synode um Bestätigung der Kirchenordnung von 1654 bat, sie (1662) „durchsehen, examiniren und nach Gelegenheit ändern“ liess. Indessen ist eben in dieser Kirchenordnung das eigentliche Kirchenregiment den Presbyterien,

<sup>1)</sup> JACOBSON 175 f.

Klassen, Synoden zuerkannt und von denselben auch unabhängig vom Staat ausgeübt worden, insbesondere im Punkt der Kirchenzucht. Als im J. 1713 eine reformirte Inspections-Presbyterial-Klassical- und Schulordnung für das ganze Königreich Preussen erlassen wurde, nahm man ausdrücklich Cleve, Mark und Ravensberg aus, „als bei deren bisherigen Verfassungen es nach wie vor verbleibet.“ Die den Gottesdienst und die Lehre berührende staatliche Gesetzgebung war bald blosse Anerkennung der Synodalentscheidungen oder der bestehenden Kirchenordnungen, bald Ausführung von Anträgen der Synoden, bald Erneuerung schon früher anerkannter Grundsätze. Erst seit der Mitte des XVIII. Jahrhunderts ging der preussische Staat über das Aufsichts- und Schutzrecht hinaus und schmälerte die Selbständigkeit der Kirche, jedoch in Cleve, Mark, vermöge der fest stehenden Presbyterialverfassung, nicht so stark als anderswo; ja im Fall des Dissen-  
ses vom Staat wurden den Synoden billige Wünsche meist gewährt.

Wir gehen auf die Verhältnisse der einzelnen Provinzen ein. Im Herzogthum *Jülich* wurden, so weit nicht Kriegsunruhen daran hinderten, nicht nur die Provinzialsynoden regelmässig gehalten, sondern auch die Verbindung mit den holländischen Synoden und gegenseitige Beschickung noch bis in das XVIII. Jahrhundert hinein gepflogen. Die synodale Gliederung blieb auch das XVIII. Jahrhundert hindurch im Ganzen unverkürzt, und als 1775 die Provinzialsynode beschloss, *nur* je im dritten Jahr sich vollständig zu versammeln, so forderte die Generalsynode, dass die Synode Jülich ein solches Fundamentalgesetz kirchlicher Disciplin (jährliche Versammlung) einhalte, was auch von 1780 an wieder geschah. Im Herzogthum *Berg* mussten infolge des Religionsvergleichs 1672 die bisherigen vier Klassen auf drei zurückgeführt werden. Indessen nahmen sich die Klassenversammlungen und Provinzialsynoden bedrängter Gemeinden nach Kräften an. Zugleich kamen einzelne presbyteriale Institute theilweise erst jetzt zu vollständiger Ausführung. In Langenberg hatte bis 1683 das Consistorium nur aus Kirchenmeister und Provisoren bestanden, und erst jetzt wurden fünf Aelteste dazugenommen. In Büderich wurde 1635 der alte Gebrauch sechsjähriger Amtsführung der Aeltesten abgeschafft. Die Provinzialsynode wurde durch Prediger und Aelteste *aller* Gemeinden besucht, und der

im J. 1685 zum Zweck der Ersparniss gemachte Vorschlag, aus jeder Klasse neben sämtlichen Predigern nur drei Aelteste abzutunnen, fand keinen Beifall. Oefters hatte die Synode mit schwärmerischen Erscheinungen und Parteien zu thun, die sie mit weiser Mässigung zu behandeln und von Separation zurückzuhalten suchte. Aber vor und nach der Mitte des XVIII Jahrhunderts führte das unsittliche Sektenwesen **ELIAS ELLER**'s in der (1741) neugegründeten reformirten Gemeinde Ronsdorf langwierige Zerwürfnisse herbei, in denen nicht nur die preussische Regierung, sondern am Ende die Gemeinde selbst der Synode Recht gab. Die Provinzialsynode, die bis zum französischen Krieg (1794) jährlich gehalten wurde, blieb nebst den übrigen Organen der Presbyterialverfassung bis gegen das Ende des XVIII Jahrhunderts in voller Wirksamkeit.

Im Herzogthum *Cleve* waren die Reformirten so glücklich, nicht nur die nach und nach verlorenen Kirchen wieder zu erhalten, sondern auch neue Gemeinden nach Bedürfniss bilden zu können, so dass die drei Klassen der Provinz sich theilweise bedeutend erweiterten. Die Presbyterialverfassung blieb auch hier in voller Kraft: die Provinzialsynoden wurden im XVII und XVIII Jahrhundert, bis zum Einfall der Franzosen, regelmässig gehalten, und zwar abwechselnd in den vier Hauptorten: Wesel, Rees, Emmerich und Cleve. Ein neues Organ war das, zuerst 1723 von der cleveschen Klasse errichtete, 1735 auch aus der Provinzialsynode entsprechend gebildete *Collegium qualificatum*, d. h. eine aus den neuen und den abgetretenen Moderatoren bestehende Behörde, welche von einer Klassenversammlung zu andern das Laufende zu erledigen hatte; zu dem aus der Provinzialsynode selbst gebildeten Collegium wurden in wichtigen Dingen auch zwei Aeltesten beigezogen. Auch in der Grafschaft *Mark* erhielt sich die Presbyterial- und Synodalordnung unverkümmert bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts. Man zog die bisher von der Synode unabhängigen Hausprediger in den Synodalverband herein, so dass sie unter Klassen und Synoden stehen und der Censur unterworfen sein sollten. Zu der Provinzialsynode, welche meist regelmässig alljährlich gehalten wurde, schickte jede Klasse vier Prediger und zwei Aelteste, die Süderländer Klasse wegen beschränkteren Umfangs nur drei Prediger nebst den Aeltesten. In der Grafschaft *Ravensberg* war ansangs des

XVII Jahrhunderts nur zu Essen eine förmliche reformirte Gemeinde, welche sich bald der Cleve'schen Provinzialsynode (Klasse Duisburg) bald der Märkischen anschloss.

Ausser den Herzogthümern Cleve, Jülich, Berg, die jetzt zu der preussischen Provinz Rheinland gehören, und der Grafschaft Mark, welche zu der Provinz Westphalen geschlagen ist, befanden sich in den Landen, die jetzt zu obigen Provinzen vereinigt sind, eine Anzahl theils geistlicher theils weltlicher Patrimonialherrschaften, in denen reformirte Gemeinden mit Presbyterialverfassung sich gebildet hatten. So in den Reichsstädten und *Cöln*; in letzterer Stadt konnten die Reformirten nur unter grosser Gefahr heimlich ihre Gottesdienste halten, und ebenso übten ihre Aeltesten, Gemeinsvorsteher „Consistorialen“ genannt, das Amt unter steter Gefahr, ihre Prediger hielten aber zu der Jülichschen Synode. Gleicherweise standen die Reformirten in *Aachen* mit der Jülichschen Synode im Verkehr, sie führten 1623 eine Kirchenordnung ein, wornach die Stadt zum Behuf der Sittenaufsicht und Kirchenzucht in vier Quartiere eingetheilt und jedes zweien Aeltesten und Diaconen zugewiesen wurde; jährlich wurde die Hälfte der Aeltesten neu gewählt; „die presbyterialen beicomsten — liess es in der Kirchenordnung — sollen alle Wochen einmal gehalten werden, und sollen Prediger, Eltesten und Diaconi sich dabei finden lassen, die das corpus consistoriale ausmachen“<sup>1)</sup>. Einzelne Gemeinden im Cölnischen, in der Herrschaft Mylendonk-Hörstgen, namentlich Hörstgen selbst waren presbyterial verfasst, die Gemeinden im Fürstenthum *Mörs*, wo die reformirte Confession herrschend war, ebenfalls; hier übten die Presbyterien strenge Censur und die Gemeinden bildeten eine selbständige Klasse, die sich 1610 mit der Generalsynode der Jülich Cleveschen Länder verband. In den Gräflich *Wittgenstein*'schen Landen hatte Graf *LUDWIG* an die Stelle der sächsischen Reformation 1574 das reformirte Bekenntniss eingeführt, *OLEVIAN* berufen und die Kurpfälzische Kirchenordnung angenommen; die oberste Cognition nicht nur in Ehesachen, sondern auch in der Disciplin stand dem landesherrlichen Consistorium zu, dagegen hatte jede Gemeinde ein Presbyterium aus Prediger und Aeltesten zusammengesetzt, in welchem zu Handhabung der Kirchenzucht besondere Rüger

<sup>1)</sup> JACOBSON, *Urkundensammlung*. 389 ff.

aufgestellt wurden. Die kirchliche Verwaltung war, unter Aufsicht der höheren Behörde, in jeder Gemeinde selbständig <sup>1)</sup>). In der Grafschaft *Teklenburg* <sup>2)</sup> war im XVI Jahrhundert die presbyteriale Gemeindeordnung einheimisch geworden; zur Synodalordnung wurde dieselbe unter dem seit 1606 regierenden Grafen *ADOLPH* weiter entwickelt; im J. 1609 wurde eine Generalsynode gehalten, und regelmässige Versammlung der Klassenconvente verordnet. Unter Graf *MORITZ* (1623—74) kamen sowohl Synoden als Klassenconvente und Sitzungen der Presbyterien nach und nach ab, hingegen der Graf *JOHANN ADOLPH* (1674—1704) stellte sie wieder her; am 29. Mai 1689 wurde die erste Synode zu *Teklenburg* wieder gehalten, und von da an fanden bis 1709 die Synoden regelmässig alle Jahre statt. Als 1706 die Grafschaft an Preussen fiel, wurde die bisherige kirchliche Verfassung nicht allein in ihrem Bestand erhalten, sondern auch die erschlaffte Synode zu grösserer Regsamkeit gereizt; hingegen im J. 1746 nahm die Synodalverfassung mit der 45<sup>ten</sup> Synode faktisch ein Ende; sie hatte, seitdem 1713 die Landeskirche von *Teklenburg* unter das neu errichtete preussische Kirchendirectorium gestellt worden war, ihren selbständigen Charakter fast durchaus verloren, und es war das Consistorialregiment herrschend geworden. Seit 1769 wurde das Aufhören der Synodalverfassung auch förmlich anerkannt, zwei Inspectoren wurden über die reformirten Geistlichen gesetzt und die Regierung zu *Lingen* functionirte zugleich als Consistorium <sup>3)</sup>). Die reformirte Gemeinde in *Steinfurt* richtete 1616 ein Presbyterium ein nach dem Muster der *Teklenburgischen* Kirchenordnung, und schloss sich 1680 an die Klasse *Bentheim* an. Die reformirten Gemeinden in der Grafschaft *Hohen Limburg*, welche eine Zeit lang eine selbständige Klasse gebildet hatten, beschickten seit 1687 die märkischen Synoden, seit 1689 auch die in *Teklenburg*, während sie jährliche Klassenconvente zur Verwaltung und Disciplin, je mit einem Aeltesten neben dem Prediger, unter sich hielten <sup>4)</sup>).

Nachdem die Grafschaft *Lingen* 1648 zu den Niederlanden

<sup>1)</sup> *JACOBSON*, *Gesch. der Quellen*. 572 ff. bes. 578.

<sup>2)</sup> S. II. c. 6.

<sup>3)</sup> *JACOBSON*. 406 ff.

<sup>4)</sup> *JACOBSON*. 426 ff.

geschlagen worden war, wurde das reformirte Bekenntniss darin eingeführt, während bis dahin die katholische Kirche ausschliesslich geherrscht hatte; im J. 1678 wurde auch die Kirchenverfassung auf niederländischem Fuss eingerichtet: jede Gemeinde erhielt einen *Vorstand* aus dem Prediger, Aeltesten, Diaconen, Provisoren und Kirchenvögten bestehend; mehrere Gemeinden zusammen bildeten ein *Consistorium*, deren drei (Lingen, Lengerich, Ibbenbüren) in der Grafschaft errichtet wurden; alle zusammen machten die *Klasse* aus. Im J. 1702 trat Preussen in den Besitz der Grafschaft, wobei die Kirchenordnung von 1678 bestätigt wurde. Allein 1713 wurde auch diese Landschaft unter das Kirchendirectorium gestellt, und 1723 erhielt die Grafschaft eine Regierung, die zugleich Consistorialbehörde wurde <sup>1)</sup>.

In den *Nassauischen Landen* blieb der presbyterianische Organismus <sup>2)</sup> unverändert: die Presbyterien hielten an den monatlichen Bettagen Sitzung, um die Kirchenzucht zu handhaben, auch Synoden wurden regelmässig gehalten; jedoch wurde in Nassau-Beilstein-Dillenburg, weil seit 1680 die Klassenconvente wegen abnehmenden Eifers für das Presbyterialwesen in Abgang gekommen waren, regelmässiges Halten derselben 1735 angeordnet. In Oranien-Nassau wurde 1742 ein Oberconsistorium errichtet, unter dem jedoch die presbyterianische Gemeindeordnung mit „Sendschöffen“ (Aeltesten) und die jährlichen Generalconvente der Geistlichkeit fortdauerten <sup>3)</sup>. Schweren Bedrängnissen war in der ersten Hälfte des XVII Jahrhunderts die reformirte Kirche der *Kurpfalz* ausgesetzt; nachdem aber in Folge des westphälischen Friedens die reformirte Kirche (neben der lutherischen) in der Pfalz wiederhergestellt worden war, nahm man auch auf die Presbyterialordnung wieder Bedacht, und im J. 1681 wurde dieselbe aufs neue eingeschärft. Dagegen wurden die Bestimmungen des westphälischen Friedens unter den katholischen Regenten aus dem Hause Pfalz-Neuburg vielfach und systematisch verletzt, bis endlich durch König FRIEDRICH'S I. Repressalien dem Kurfürsten JOHANN WILHELM die Religions-Declaration (1705) abgedrungen wurde. Unter KARL THEODOR wurden, um nicht Beschwerden über Ver-

<sup>1)</sup> JACOBSON. 433 ff.

<sup>2)</sup> S. II. c. b. Ende.

<sup>3)</sup> JACOBSON. 663 ff.

letzungen laut werden zu lassen, 1754 die *Klassenconvente* besiegelt, aber eine *Generalsynode*, nachdem der Antrag darauf 1776 und 1782 abgewiesen worden war, endlich 1787 bewilligt und am 26. Aug. 1789, ohne den katholischen Commissarius (dessen Beisein einbedungen war) vom Kirchenrath gehalten. Weitere Verhandlungen zwischen Kirchenrath und Regierung wurden durch den Ausbruch der französischen Revolution unterbrochen<sup>1)</sup>.

Im Lauf des XVII und XVIII Jahrhunderts ist demnach bei den Reformirten in Deutschland die Presbyterial- und Synodalordnung im Ganzen in Bestand und Uebung geblieben. Sie wurde zwar in manchen Landschaften durch katholische Umtriebe verdrängt, aber meist nur mit der evangelischen Kirche zugleich; in anderen Gebieten war sie durch die Uebergriffe des Staats ausser Wirksamkeit gesetzt worden, indem die Synoden dem landesherrlichen Consistorialregiment Platz machen mussten; zum Theil ist aber auch das presbyteriale Leben selbst innerlich erschlaft und erlahmt, was der traurigste von allen diesen Fällen ist. Andererseits ist anzuerkennen, dass gerade die Synodalverfassung mit der presbyterialen Gemeindeordnung zur Stärkung, Belebung und Erhaltung evangelischen Glaubens und Lebens auch in Deutschland, besonders in Zeiten des Drucks und der Drangsale wesentlich beigetragen hat, und, in den Rheinlanden hauptsächlich, mit aller Treue und Eifer gepflegt und aufrecht erhalten worden ist bis an die Schwelle des XIX Jahrhunderts.

Nun haben wir noch einen Blick auf die evangelisch-lutherische Kirche in Deutschland zu werfen. Die Geschichte zeigt nämlich, dass besonders im XVII, aber auch noch im XVIII Jahrhundert die lutherische Kirche in Deutschland für die presbyterialen Grundsätze und Verfassungsformen vielfache Empfänglichkeit an den Tag gelegt hat, namentlich in Betreff der Gemeindeordnung, weniger in Hinsicht des presbyterianen Synodalregiments, das freilich mit der lutherischen Consistorialverfassung weniger vereinbar schien. Wir haben bereits erwähnt, dass JOHANN VALENTIN ANDREAE einen unauslöschenlichen Eindruck von den Vorzügen der Genfer presbyterianen Einrichtungen mitgenommen hat. Dieser geistvolle und treffliche Mann wirkte später in bedeutenden Ämtern

<sup>1)</sup> JACOBSON. 687 ff.

nicht nur durch die Schrift, sondern auch mit der That für jene Grundsätze und Einrichtungen. In einem schon 1622 (11 Jahre nach seinem Besuch in Genf), verfassten, wiewohl erst, 1649 herausgegebenen Gespräch, seinem *THEOPHILUS*, handelte er von der Kirchenzucht und trug auf ein Sittengericht an, das in jeder Gemeinde errichtet werden sollte, und das er ganz nach Genfischem Muster beschreibt <sup>1)</sup>). Indessen begnügte er sich nicht mit einem blos schriftstellerischen Zeugniss und frommen Wunsch, sondern arbeitete, seitdem er (1639) Hofprediger und Consistorialrath in Stuttgart geworden war, auf Einrichtung einer geordneteren Kirchenzucht hin; nicht ganz ohne Erfolg, denn ihm hatte Württemberg die am 29. Juli 1642 angeordnete Einrichtung der *Kirchenconvente* zu verdanken, die als Aufsichtsbehörde über Sittlichkeit, Gottesdienstordnung, Armen- und Schulsachen, hauptsächlich aber zur Uebung des Sittengerichts, in jeder Gemeinde aus dem Pfarrer und bürgerlichen Ortsvorsteher, mit Zuziehung von 2—3 unbescholtenen Gerichts- und Rathspersonen gebildet wurden <sup>2)</sup>). Zuvor war nämlich die von Herzog *CHRISTOPH* gestiftete Kirchencensur, da ihre Uebung zunächst lediglich dem Geistlichen überlassen war, ausser Uebung gekommen; statt derselben aber war die Vollziehung der Verordnungen über Sittenpolizei auf die weltlichen Beamten übergangen. Nun wurde eine gemischte Behörde zu Uebung der Kirchenzucht gebildet, die zwar nicht ganz der Genfer Einrichtung, noch weniger der reinen presbyterianischen Gemeindeordnung entspricht, aber sich derselben doch nähert; wie denn auch die in dem Synodalschluss von 1644 gebrauchten Namen: *Presbyterium*, *Censores* und dgl. Zeugniss geben, welches Vorbild man dabei vor Augen gehabt hat.

Eine noch bedeutendere Thatsache ist die, dass im XVII Jahrhundert ganze Reihen von lutherischen Gemeinden im Rheinland die vollständige presbyteriale Gemeindeordnung von ihren reformirten Brüdern und Nachbarn angenommen haben, während sie häufig zwar auch Synoden hatten, aber blos Geistlichkeitssynoden,

<sup>1)</sup> Vergl. HOSSBACH, *Val. Andreae und sein Zeitalter*. S. 224 ff. Der Titel ist: *Theophilus, sive de christiana religione sanctius colenda, vita temperantius instituenda, Consilium*. Stuttg. 1649.

<sup>2)</sup> REYSCHER, *Sammlung der württembergischen Gesetze*. IX. Bd. *Einleitung in die prot. Kirchengesetze*. S. 154 ff. VIII. 316 ff.

wie sie auch sonst wohl in lutherischen Kirchen stand fanden. In der Grafschaft *Mark* hielten die Lutheraner unter dem Vorsitz des fürstlichen Commissarius, Hofpredigers **HEILBRUNNER**, 1612 eine Generalsynode. Die kirchliche Verfassung war eine mit lutherischen Elementen verwebte presbyteriale, denn an der Spitze stand ein von sämtlichen Geistlichen gewählter Inspector oder Generaldirector; dieser berief die Generalsynode, auf welcher Deputirte der Klassen erschienen; an der Spitze der Klasse stand ein Subdelegat, der die Klassenconvente zu halten hatte. Nun fanden sich zwar auch Laien (Kirchenräthe, Kirchenmeister, Consistorialen) auf den Conventen ein, aber so, dass ihre Namen nicht aufgezählt, noch die Acten von ihnen, wie von den geistlichen Abgeordneten, unterzeichnet wurden; sie sind also im Grunde nur als Gäste der Synode, ohne Stimmrecht, betrachtet worden. In jeder Gemeinde sollte übrigens, besonders zur Uebung der kirchlichen Disciplin, ein *Presbyterium* (Kirchenrath, Consistorium) aus Pfarrer und *Aeltesten* errichtet werden. Letztere Ordnung wurde jedoch längere Zeit nicht überall vollzogen: weshalb der Convent zu Hagen 1683 verfügte, dass, wo solches noch nicht geschehen sei, Kirchenräthe bestellt werden sollten. Die im J. 1682 entworfene, 1687 revidirte und auch vom Haus Brandenburg bestätigte Kirchenordnung anerkennt die Synoden, Klassen und Presbyterien; letztere sind, wo sie noch fehlen, unverzüglich einzurichten, und versammeln sich monatlich, die Klassen ein- oder zwei-mal des Jahrs, die Provinzialsynode einmal. Aber noch im J. 1743 musste die Synode rügen, dass in Hagen kein Presbyterium sei. Zum Presbyterium gehörte, ausser dem Pfarrer, der Kirchmeister (Rendant), die Provisoren (Armenvorsteher) und die Aeltesten (Gemeindevorsteher). Jährlich ging die Hälfte der Consistorialen ab, worauf dem Herkommen nach der Patron oder die abgehenden Glieder einen Vorschlag machten; es war ihnen Censur über Prediger und Zuhörer übertragen<sup>1)</sup>.

In den Herzogthümern *Jülich* und *Berg* hielten die Lutheraner seit dem Anfang des XVII. Jahrhunderts ihre eigenen Synoden unter dem Vorsitz lebenslänglicher Inspectoren, aber nur Geistliche erschienen als Abgeordnete; und die Klasse Jülich hielt, unter Leitung des dem Senior zur Seite stehenden Assessors,

<sup>1)</sup> JACOBSON, *Gesch. der Quellen u. s. w.* S. 120 ff. 207 ff. 285 ff.

vor jeder Synode ihren Convent. Im Bergischen wurde regelmässig einmal des Jahrs eine Synode gehalten; dabei erschienen seit 1691 neben den abgeordneten Geistlichen („Assessoren“) auch *Mitassessoren*, theils nobiles theils literati; man wählte nämlich drei, die man beauftragte, so oft es nöthig wäre, der Versammlung beizuwohnen; eine sonstige Theilnahme von Laien an den Synoden findet sich nicht. Aber die Gemeinden hatten ihre Presbyterien, aus Geistlichen und Kirchenvorstehern gebildet; letztere wechselten in der Regel jährlich zur Hälfte, dagegen gab es auch hie und da perpetuirliche Aelteste. Sie vollzogen gemeinsam die Hausbesuche, übten die Kirchendisciplin, berieten gemeinsam die Angelegenheiten der Gemeinde, und im Fall der Vacatur vertraten sie die Gemeinde allein. Im J. 1675 musste aber die Synode ausdrücklich bestimmen: „die Kirchendisciplin soll aufrrecht erhalten werden, und das *Kirchgericht*, wo es noch nicht ist, aufgerichtet werden.“ Um die Mitte des XVIII Jahrhunderts war Lebenslänglichkeit der Aeltesten herkömmlich geworden, im J. 1754 wurde aber den Gemeinden auch der Wechsel frei gegeben<sup>1)</sup>.

So sehr die herrschende lutherische Theologie des 17. Jahrhunderts das Recht der Gemeinde verkannte, so fehlte es doch auch nicht an einzelnen Annäherungen zum Presbyterialsystem. Was die Gemeinden betrifft, so wurde auch von orthodoxen Luthe ranern ein Recht derselben in Betreff der Predigerwahl anerkannt; und in der Frage über das Kirchenregiment waren einzelne, z. B. HOLLAZ, für Synoden, auf denen nicht bloss Theologen, sondern auch schriftkundige Laien, als Abgeordnete der Gemeinden, Sitz und Stimme hätten<sup>2)</sup>. Aber erst PHILIPP JACOB SPENER hat den Sinn für das Gemeindeleben und für presbyteriale Gemeindeordnung gründlich und nachhaltig geöffnet, und zwar vom Standpunkt der urchristlichen und altreformatorischen Idee des Priesterthums aller Gläubigen aus. Praktisch-christliche Erneuerung der Kirche war ihm Mittel und Zweck, und verglichen mit dem

<sup>1)</sup> JACOBSON a. a. O. 114 f. 190 ff. 201. Anm. 56. S. 280 f.

<sup>2)</sup> HOLLAZ, *de ecclesia repreasentativa, quaest. 45* „Assessores et judices competentes praeter Praesidem sunt non tantum Episcopi, sed quivis fideles, literarum sacrarum periti, tam Laici quam Clerici ab Ecclesiis missi; bei NIPPE, Presbyterialverfassung 1847. S. 195.

Ideal christlichen Lebens und christlicher Kirche, das ihm vorschwebte, erschien ihm sowohl das ausschliessliche Clericalregiment als die kirchliche Allgewalt des weltlichen Arms als Verkehrtheit. Er konnte eine rechte Verfassung der Kirche nur da anerkennen, wo in den kirchlichen Dingen alle drei Stände der Christenheit, die Obrigkeit, der Lehrstand und der Hausstand zusammenwirken, und namentlich der bisher zurückgesetzte dritte Stand, der Hausstand, zu seinem Recht komme. Die Vorzüge einer freien, lebendigen Gemeindeordnung, selbst bei äusserem Druck, wie diess bei den reformirten Kirchen Frankreichs sich fand, machten einen starken Eindruck auf SPENER<sup>1)</sup>). Daher wünschte er, nach dem Muster der französisch reformirten Kirche, eine Gemeindeordnung, in welcher, unter der Leitung des geistlichen Amtes, gewählte Aelteste bei der Predigerwahl und der Kirchenzucht mitwirken, die Gemeinde in allgemeinen Angelegenheiten vertreten, und mit den Geistlichen ermahnen, strafen, trösten und Aufsicht führen würden. Bei Errichtung von Presbyterien lag ihm viel an Vermehrung seelsorgerlicher Kräfte zur Einwirkung auf die Einzelnen in der Gemeinde, damit keine Seele übrig sei, für welche nicht Einer oder Mehrere Fürsorge tragen würden. Während SPENER sich mit Organisation der Gemeinde angelegentlich beschäftigte, lag ihm die Gestaltung der Kirchenregiments auf den höheren Stufen weiter ab, doch neigte er sich auch zu einer Synodalverfassung, in welcher die drei Stände vertreten wären<sup>2)</sup>). Diese presbyteriale Richtung theilte sich der SPENER'schen Schule mit. So hat z. B. der edle JOHANN FRANZ BUDDEUS mit besonderer Liebe die Kirchenordnung der böhmischen Brüder ins Auge gefasst, von der er die Ueberzeugung gewann, dass sie mit ihren Aeltesten als Sittenrichtern, so wie mit Diaconen, neben den

<sup>1)</sup> *Theologische Bedenken*, Bd. III. S. 411: »Dass ich öfters einige Kirchen, welche unter anderer Religion herrschaft sind, und was das eusserliche anlangt, etwa ziemlich hart tractiret worden, viel glücklicher gepriesen, als diejenige welche die obrigkeit von ihrer Seiten gehabt. Indem jene Gemeinden, da die Bestellung ihres Predig-ampts, disciplin und Kirchenverfassung, bloss bey ihnen stehet, und mit feiner bescheidenheit und eifer durch die prediger eltisten und der gemeinde verordnung geübt wird, wie es die erbauung mit sich bringet, ohne eintrag der obrigkeit, vieles weiter bringen, als diese, die ohne die obrigkeit nichts thun dürfen, und doch oft solche obrigkeit haben, welche dem guten entgegen ist.

<sup>2)</sup> Vergl. RICHTER, *Gesch. der ev. Kirchenverfassung in Deutschland*, S. 201 ff.

Pastoren, der apostolischen Kirchenverfassung näher komme als die lutherischen Kirchen <sup>1)</sup>). Auch in dem *Collegialsystem*, wie es wenigstens von seinem Begründer, dem Tübinger Kanzler JOH. MATTHÄUS PFAFF, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts aufgestellt wurde, ist die Nachwirkung der SPENER'schen Ansichten und Bestrebungen nicht zu erkennen, einmal insofern, als ihm das allgemeine Priesterthum und die Wiederherstellung einer wahren Kirche der Gläubigen vorschwebt; sodann auch insofern, als Anklänge aus der reformirten Kirchenverfassung darin liegen <sup>2)</sup>).

<sup>1)</sup> Vergl. dessen Vorrede *de instauranda disciplina ecclesiastica*, welche den von ihm 1702 herausgegebenen Schriften von COMENIUS voransteht.

<sup>2)</sup> RICHTER, *Gesch. der ev. Kirchenverf.* S. 208 ff.



## SECHSTES CAPITEL.

**Die Synodalverfassung in Polen und bei den Waldensern.**

---

Im Anfang des 17. Jahrhunderts erhielt sich in *Polen* die nach den dortigen Verhältnissen, mit besonderen Vorrechten des Adels moderirte Synodalverfassung nur unter schweren Kämpfen und beständigem Verlust an Terrain gegen die römische Kirche, deren Vorkämpfer der Jesuitenorden war. Das Evangelium war, seinem Wesen zuwider, ein aristocratisches Vorrecht geworden, die leib-eigene Bauerschaft war verwahrlost wie in katholischer Zeit, und als durch den Unterricht und die Ränke der Jesuiten ein Mitglied des Adels um das andere, besonders der Nachwuchs des Adels, zum Rückschritt in die katholische Kirche bewogen wurde, so hörten die reformirten Kirchen da und dort auf. Zudem schwächten sich die von aussen bedrängten Protestanten auch noch durch inneren Zwiespalt. Die erste Generation der für evangelische Wahrheit begeisterten Männer vom Adel und gelehrten Stand starb im Anfang des 17. Jahrhunderts nach und nach aus und hinterliess keine gleich eifrige Nachfolger. Selten fand sich ein Bekenntnissmuth wie der des **JAN SZWIEJKOWSKI**, der im J. 1611 dem König **SIGMUND III.** eine Klage vortrug über empörende Gewaltthätigkeiten, welche der Gemeinde Wilna durch Jesuitenschüler widerfahren waren; derselbe bekannte sich hiebei freimüthig als „Senior der Wilnaer Kirche von Seiten des Ritterstandes.“ Als ihm nach der Audienz ein Verwandter Vorwürfe machte wegen dieser Offenheit, die ihm für immer den Weg zu höheren Würden versperren werde, so erwiederte er: „Dieses

*kirchliche Amt bringt mir keine Schande*, auch achte ich die Ehren dieser Welt nicht so hoch, dass ich um derselben willen die Sache meines Gottes verlassen sollte" <sup>1)</sup>). Aus diesem Beispiel erhellt zugleich das Fortbestehen des adeligen Seniorats, das freilich mehr einem Patronat als einem calvinischen Aeltestenamt glich. *Synoden* wurden übrigens in dieser ungünstigen Zeit nach wie vor gehalten, ja die Bedrängniss von aussen musste das Synodalinstitut nur desto wichtiger machen. In Lithauen beschloss man 1618, dass statt zweier Vorsitzenden (vom geistlichen und weltlichen Stand), künftig nur einer von weltlichem Stand zur Leitung der Verhandlungen gewählt werden solle; und, während früher alle Synoden in Wilna gehalten wurden, vereinigte man sich 1692 dahin, dass sie künftig von Jahr zu Jahr abwechselnd in den verschiedenen Districten des Grossfürstenthums statt finden sollten. Im Sept. 1634 traten die Reformirten von Lithauen und Kleinpolen mit den böhmischen Brüdern von Grosspolen auf einer Generalsynode zu Włodawa zusammen, indem nicht nur die geistlichen Senioren und Conseniores der Bezirke, sondern auch mehrere Herren von Adel zu dem Zweck abgeordnet waren, eine Einheit in der Liturgie zu erzielen, um den katholischen Vorwurf zu widerlegen, dass jede Gemeinde eine andere Kirchen-ceremonie und jeder Prediger einen anderen Glauben habe. Die Zusammenkunft war eine wahrhaft brüderliche und führte zu einmütigen Beschlüssen, denen, wie es scheint, nur die praktische Vollziehung fehlte; denn in Lithauen wenigstens beschäftigte man sich noch 1643 und 1654 mit derselben Angelegenheit und schikte desshalb 1655 einen Abgeordneten an die Kleinpolnische Synode zu Chmielniki. Während der Kriege von 1655 an, als die Schweden ganz Polen besetzten, konnten gar keine Synoden gehalten werden. Später, in der zweiten Hälfte des 17<sup>ten</sup> und im 18. Jahrhundert hatten die Synoden meist nur noch die Bedeutung, Verabredungen für den Reichstag oder für diplomatische Schritte zu treffen, welche zu Gunsten der Erhaltung des Protestantismus bei auswärtigen Mächten gethan wurden. Nur eine in Kiejdany gehaltene Synode ist darum besonders zu erwähnen, weil in derselben auf Grund des Consensus von Sandomir (1570) Lutheraner und Calvinisten von Lithauen sich auf's neue vereinigten. Als

<sup>1)</sup> LUKASZEWICZ, *Gesch. der ref. Kirchen in Lithauen*. I. 99. Anm.

Präsident der Synode, welche von vielen Geistlichen und Adeligen besucht war, fungirte der lutherische Generalmajor von NETTELHORST, als Notar der Synode war Pastor GEORG SARTORIUS zu Birze für deren Zwecke vor Anderen thätig. Aber je mehr die politische, rechtliche und materielle Existenz der Protestantenten beeinträchtigt wurde, je tiefer die Zahl protestantischer Gemeinden herabsank, desto weniger konnten etwaige Synoden noch Bedeutung haben<sup>1)</sup>.

Die böhmischen Brüder in Gross-Polen hielten an ihrer alten Kirchenordnung nicht nur fest, sondern fassten sie jetzt erst systematisch zusammen in einer officiellen Gemeindeschrift, welche 1609 entworfen, 1616 auf einer Synode zu Zerawicz in Mähren durchgesehen, ergänzt und von den Bischöfen und Aeltesten der Brüderunität genehmigt wurde. Aus der böhmischen Sprache in's Latein übersetzt, wurde diese Urkunde zuerst 1630 in Lissa gedruckt als: *Ratio disciplinae ordinisque ecclesiastici in Unitate Fratrum bohemorum*. Die Veranlassung zur Abfassung dieser Kirchenordnung war zunächst wohl der von König RUDOLPH im J. 1609 ausgestellte Majestätsbrief über Religionsfreiheit aller Evangelischen. Die Brüder wurden damals unter ein allen Evangelischen gemeinsames Consistorium gestellt, in welchem neben 3 Calixtinern, 3 andern Evangelischen und 3 Professoren der Universität, auch 3 Mitglieder der Unität Sitz und Stimme hatten; damals wurde ihnen auch dieselbe Kirche in Prag (die Bethlehemskirche) wieder eingeräumt, in welcher Huss sein Reformationswerk begonnen hatte. Weil aber die Brüder ihre eigenthümliche Zucht- und Kirchenordnung beizubehalten gedachten, so wurde dieselbe jetzt in einer Schrift zusammengestellt. Allein unmittelbar auf diese Ruhezeit folgten die furchterlichsten Stürme. Die Wegnahme evangelischer Kirchen in Böhmen veranlasste eine Empörung, die 1618 den dreissigjährigen Krieg herbeiführte; und nun wurden in einer vierzigjährigen Verfolgung sämtliche Gemeinden der böhmischen Brüder in Böhmen und Mähren vertilgt, die Geistlichen theils getötet theils vertrieben, weshalb viele Tausende auswanderten und sich als zersprengte Ueberreste je in ihrer neuen

<sup>1)</sup> LUKASZEWICZ a. a. O. I. 220 ff. 259. Anm. II. 3 f. 161 ff. Die reformirte Kirche zählte in Lithauen 1650 noch 93 Gemeinden, 1704 nur 48, 1755 nur noch 28 Kirchen; und in Kleinpolen waren 1718 nur 8 reformirte Gemeinden übrig. KRASINSKI II. 298.

Heimath an andere evangelische Kirchengemeinschaften anschlossen. Nur in Gross-Polen, dem jetzigen Grossherzogthum Posen, hielt sich die böhmische Brüderkirche noch <sup>1)</sup>). Hier war der fromme und hochbegabte, auch als genialer Pädagog unvergessliche JAN COMENSKI (JOH. AMOS COMENIUS) Bischof der Brüder, nachdem er 1632 auf einer Synode gewählt war. Später fand er in den Niederlanden eine Zuflucht, wo er 1671 starb. Er wollte das Gute und Ehrwürdige der Unitätsverfassung nicht untergehen lassen und suchte dasselbe der englischen Kirche zu „vermachen,” als dieselbe auf der Westminsterversammlung so eifrig über Prinzipien des Kirchenregiments berieh <sup>2)</sup>). Höchst lehrreich sind seine Gedanken über die Kirchenverfassungsformen. Er geht davon aus, dass das bürgerliche Gemeinwesen mit Recht hier ein monarchisches, dort ein aristokratisches, anderswo ein demokratisches Regiment habe; und fragt sodann, ob nicht dasselbe auch in der religiösen Gesellschaft statt finden dürfte, d. h. ob nicht das bischöfliche Kirchenregiment, wo es einmal Geltung erlangt hat, ebensogut geduldet werden könnte, als das consistoriale oder das presbyteriale und klassicale, wo es herkömmlicher Weise besteh. Denn jede Verfassung, fährt er fort, hat etwas Gutes, das zum gemeinen Besten dient, wenn nur dem Missbrauch vorgebeugt wird. Das Gute der Monarchie ist die Einigungskraft (Centralisation), der Aristokratie die Kraft der Ausbreitung, der Demokratie die der Sammlung; nur dass die Monarchie leicht in Despotismus, die Aristokratie in Oligarchie und die Demokratie in eine Anarchie ausartet, welche schlimmer ist als jeder Despotismus. Nun aber wirft COMENIUS erst noch die Frage auf, ob nicht eine Verschmelzung jener drey Regierungsformen möglich wäre; diese Frage bejaht er; man könnte aus den verschiedenen Verfassungsformen das vorzüglich Gute beibehalten, so dass aus dreifachem Gutem *ein* Bestes werden könnte: aus der monarchischen oder bischöflichen Verfassung die Kraft der Einheit, aus der aristocratischen und Consistorialverfassung die Kraft der Sammlung und aus der demokratischen oder presbyterianischen die Kraft der Ausbreitung. In der apostolischen Kirche

<sup>1)</sup> KÖPPEN, *Kirchenordnung und Disciplin*, Vorwort: S. XXXIII f.

<sup>2)</sup> Vergl. die, seiner *Historia fratrum böh.* ed. BUDDEUS vorangeschickte, Dedication an die anglikanische Kirche.

findet er eine solche Verschmelzung, sofern 1. Apostel, 2. Aelteste, 3. Gemeinde<sup>1)</sup> die Geschäfte behandelten und die Streitigkeit schlichteten. In der Gegenwart sei diese Verschmelzung der Verfassungsformen nirgends augenscheinlicher vorhanden als in den Gemeinden der böhmischen Brüderunität, welche unter Bischöfen, Consistorien und Synoden stehen. Die Kirchen mögen darüber urtheilen!<sup>2)</sup>

Gewiss verdient diese Vergleichung und Erwägung, wenn wir die Zeit in Betracht ziehen, wo sie angestellt worden ist, des treffenden Urtheils und des hohen Standpunktes wegen, wodurch sie sich auszeichnet, alle Achtung und Bewunderung!

Ein Graf RAPHAEL VON LESZNO, welcher sich ebenfalls den böhmischen Brüdern angeschlossen hatte, erlaubte schlesischen Lutheranern, welche durch den dreissigjährigen Krieg aus ihrer Heimath vertrieben waren, zu Neu-Leszno (in der jetzigen Provinz Posen), wo bisher nur eine Gemeinde böhmischer Brüder bestanden hatte, eine eigene Gemeinde mit einer Kirche und selbständigen Religionsübung zu gründen. Beide Gemeinden, die von der böhmischen und augsburgischen Confession, behielten ihre eigenthümliche Lehre und Gottesdienstordnung, jede erhielt zur Förderung der Gottseligkeit und Kirchenzucht ihr eigenes Presbyterium; beide Presbyterien traten aber vierteljährlich für gemeinsame Angelegenheiten zu einer vereinigten Sitzung zusammen. Interessant ist die, wahrscheinlich von COMENIUS entworfene Kirchenordnung vom 4. Nov. 1633, über welche auf Ansuchen des Grafen die theologische Fakultät zu Wittenberg ein billigenes Gutachten abgab, sofern bei gewährter Freiheit der reinen Lehre und Sacramentsverwaltung gewisse Adiaphora Niemand stören dürfen<sup>3)</sup>.

Auch die theils in Polen theils in Siebenbürgen zu einer kirchlichen Organisation und öffentlichen Existenz gelangten *Socinianer* erklärten sich für Presbyterien und Synoden, wiewohl ihr Kirchenregiment praktisch keine feste Gestalt gewann<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Ap. Gesch. XV: 22.

<sup>2)</sup> *Paracensis ad Ecclesias, nominatim Anglicanam etc. Hist. fr. boh. ed. BUDDEUS.* p. 117 ff.

<sup>3)</sup> JABLONSKI, *Hist. Consensus Sendom.* p. 252 ff.

<sup>4)</sup> FOCK, *der Socinianismus.* II. S. 696 ff.

In *Ungarn* blieb der alte Stand des Kirchenregiments: Geistlichkeitssynoden, bei sonst vorherrschendem Amt der Superintendenten; dass es zu einer Presbyterialverfassung nicht kam, bezeugt die schon im vorigen Buch mitgetheilte merkwürdige Erklärung der Synode zu Szatmar-Nemet 1646.

Gegen das Ende des 17. Jahrhunderts (1689) haben die *Waldenser* in den piemontesischen Thälern eine presbyteriale und synodale Verfassung unter sich eingeführt, jedoch mit mehreren Eigenthümlichkeiten. Das aus Pfarrer und Aeltesten bestehende Consistorium z. B. ist nicht blos Kirchen- und Schulvorstand, sondern zugleich bürgerliche Verwaltungsbehörde der Gemeinde. Zur Wahl der Aeltesten versammelt sich jedes Quartier der Gemeinde einzeln, und macht einen Dreievorschlag, woraus sodann das Consistorium den Quartierältesten erwählt; dieser überwacht die Sitten und besorgt die Armen. Die Consistorien stehen unter der *Tafel* (Kirchenrath), diese besteht aus drei Geistlichen, dem Moderator, Vicemoderator und Actuar, und zwei weltlichen Mitgliedern; wird von der Synode gewählt und vertritt dieselbe in der Zwischenzeit, visitirt Kirchen und Schulen, prüft und ordinirt die Candidaten und sorgt für den Gottesdienst in den Gemeinden. Je seltener die Synode sich versammelt, desto mehr Gewalt ist der Tafel eingeräumt, jedoch nicht ohne eine grosse Verantwortlichkeit.

Die *Synode* wird vom Moderator berufen, aber erst nach eingeholter Zustimmung der Gemeinden, welche die nicht unbeträchtlichen Kosten davon zu tragen haben; sodann muss spezielle Erlaubniss des Königs nachgesucht werden, welcher den Intendanten von Pinerolo als Commissär abordnet. Der Ort der Versammlung wechselt in den drei Thälern. Die Synode ist oberste kirchliche, aber nicht *rein* kirchliche Behörde; alle angestellten Geistlichen und zwei Laienabgeordnete jeder Gemeinde, indess nur mit *einer* Stimme, sind Mitglieder. Zuerst wird zur Wahl der „*Tafel*“ geschritten, und der neugewählte Moderator leitet sofort die Verhandlungen; die Beschlüsse erhalten erst auf der nächstfolgenden Synode Gesetzeskraft. Früher kam die Synode alle drei Jahre, neuerdings kommt sie nur alle fünf Jahre zusammen. Dass je zwei Gemeinde-abgeordnete erscheinen, also, *gegen* die Regel der Zusammensetzung aller Synoden, die Zahl der Nichtgeistlichen namhaft überwiegt, hat seinen Grund namentlich in *dem* Umstand,

dass die Synode keine rein kirchliche Behörde, sondern im Grunde zugleich ein bürgerlicher Landesrath ist <sup>1)</sup>).

Am Ende des 17. und im Anfang des 18. Jahrhunderts wanderten viele Waldenser in die Schweiz und nach Deutschland aus; eine Anzahl Gemeinden liess sich in *Württemberg* nieder, wo ihnen der Concessionsbrief vom Sept. 1699 namentlich gestattete, Kirchencollegien aus Pfarrern, Aeltesten und Diaconen zu haben, um gute Ordnung in den Gemeinden zu handhaben; auch Colloquien oder Kirchenversammlungen der Pfarrer und Gemeindeabgeordneten waren genehmigt <sup>2)</sup>), die letzteren kamen indessen bald in Abgang. Diese Collegialrechte waren von den Waldensern als Bedingung ihrer Ansiedlung ausbedungen worden. Auch der in der Grafschaft Isenburg-Büdingen (jetzt Kurhessisch) gegründeten Colonie *Waldensberg* wurde ein Presbyterium für Kirchenzucht und Besuch von Colloques oder Synoden bewilligt. <sup>3)</sup>).

In dem langen Zeitraum des 17. und 18. Jahrhunderts hat die Presbyterial- und Synodalverfassung höchst wechselnde Schicksale gehabt. Stetige Rückschritte machte dieselbe in den Provinzen von *Polen*, aber nur mit der evangelischen Kirche zugleich. In *Frankreich* und *Grossbrittanien* wechselte es zwischen Fortschritt und Rückschritt. In *Grossbritannien* nämlich machten während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die presbyterianischen Grundsätze, welche in Schottland ihre Burg hatten, Eroberungen, vermöge welcher um die Zeit der Westminstersynode die englische Nation nahe daran war presbyterianische Verfassung einzuführen. Aber *CROMWELL* gebot Stillstand; und nach der Restauration wurde nicht nur in England alles presbyteriale Wesen möglichst ausgemärtzt, sondern auch in Schottland der Presbyterianismus so bedroht, dass er eine Zeitlang zur Sektenexistenz zurückgedrängt war. Erst die Revolution und die Thronbesteigung *WILHELM'S VON ORANIEN* verhalf der Presbyterialverfassung wieder zu gesetzlichem Bestand. In *Frankreich* bekämpfte die katholische Monarchie im Lauf des 17. Jahrhunderts die reformirte Kirche bis zu völli-

<sup>1)</sup> WEISS, *die Kirchenverfassung der piemont. Waldensergemeinden*. Zürich 1844, S. 4 ff.

<sup>2)</sup> F. C. v. MOSER, *aktenmässige Geschichte der Waldenser — in Württemberg*. Zürich 1798. S. 290 f. 487.

<sup>3)</sup> HAHN, *Geschichte der Ketzer im Mittelalter*. II. 238 ff.

ger Auflösung und Vernichtung aller presbyterianischen und synodalen Organisation; desto merkwürdiger war die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts vor sich gehende Wiederherstellung der reformirten Kirche, Hand in Hand mit ihren ursprünglichen presbyterianischen und synodalen Organen, so dass die Presbyterialverfassung ihr verlorenes Terrain bis auf einen gewissen Punkt wiedereroberte. In den *Niederlanden* nahm das Prinzip presbyterianisch-synodaler Autonomie im Anfang des 17. Jahrhunderts einen raschen Aufschwung, sank aber nach einem erreichten Höhepunkt wieder so weit zurück, dass wenigstens die Unabhängigkeit der organisirten Kirchen vom Staat, und die Einheit der Verfassung abhanden kam, während die presbyterianischen, klassicalen und synodalen Organe innerhalb der einzelnen Provinzen in Wirksamkeit blieben.

Bedeutende Eroberungen hat das Presbyterialprinzip in Irland und Nordamerica gemacht; kleinere, aber nicht minder bemerkenswerthe, auf dem Gebiet der lutherischen Kirche, theils sofern einzelne Gemeinden und Landschaften sich die presbyterianischen und synodalen Einrichtungen aneigneten, theils sofern das Prinzip selbst in der Theorie und in den Grundsätzen bedeutender Männer lutherischen Bekenntnisses Eingang und Anerkennung fand.



## VIERTES BUCH.

DIE PRESBYTERIAL- UND SYNODALVERFASSUNG INNERHALB DER  
PROTESTANTISCHEN KIRCHE UEBERHAUPT, VOM ENDE DES  
XVIII. JAHRHUNDERTS AN.

### ERSTES CAPITEL.

#### Frankreich.

---

Auf das Edict LOUIS XVI., das 1787 die bürgerlichen Rechte der Protestanten sicherte, folgte rasch die Revolution, und schon am 23. Aug. 1789 wurde Gewissensfreiheit ausgesprochen, und in der Constitution von 1791 allgemeine Freiheit des Gottesdienstes verheissen. Darauf aber kam gar schnell die Schreckenszeit, in welcher alle Kirchen geschlossen wurden und im Namen der Vernunft und Tugend eine Religionsverfolgung begann, in der man den Geistlichen das öffentliche Geständniss zumuthete, bisher das Volk betrogen zu haben (in Strassburg z. B. am 21. Nov. 1793). Sechzehn Monate lang blieben die Kirchen geschlossen, und erst nach ROBESPIERRE's Sturz wurde der Gottesdienst wiederhergestellt (in Strassburg am Osterfest 1795). Am 21. Febr. war ein Gesetz über freie Ausübung des Gottesdienstes bekannt gemacht worden, und am 30. Mai wurde die Benützung der Kirchen ihren ehmaligen

Besitzern unter gewissen Bedingungen gestattet; auch die *Constituante* bestätigte am 5. Fructidor III. die Religionsfreiheit.

Aber erst im J. 1802 erhielt die evangelische Kirche ihre *neue Organisation* durch das organische *Gesetz* vom 18. Germinal X (8. April 1802), nachdem einen Monat zuvor Einreichung des Glaubensbekenntnisses und Erklärung über Kirchenverfassung gefordert worden war. Da dieses Gesetz seither das Grundgesetz der protestantischen Kirche in Frankreich geblieben ist, so erfordert es genauere Erwägung.

Das Gesetz unterscheidet die reformirte und die lutherische Kirche, schickt aber allgemeine Bestimmungen voraus, die beide zugleich betreffen. Unter den letzteren (Titre I) sind vorzüglich Art. 5. und 6 bemerkenswerth, welche besagen, dass ohne Genehmigung der Regierung keine Verfassungsänderung statt finden dürfe, und dass, wenn Uneinigkeit zwischen Geistlichen eintreten sollte, der Staatsrath darüber erkennen werde. Dazu kommt, dass nur französische Staatsbürger Pfarrer werden können, und Geistliche mit keiner auswärtigen Macht oder Behörde in Verkehr treten dürfen (Art. 1. 2.). Titel II beschäftigt sich mit den *reformirten* Gemeinden und setzt fest, dass sie Pfarrer, Localconsistorien und Synoden haben werden, so dass je 6000 Seelen dieses Bekenntnisses eine Consistorialkirche, und je 5 Consistorialkirchen einen Synodalbezirk bilden (Art. 15—17.). Die speziellen Artikel verordnen, dass das *Consistorium*, das den Beruf hat, über Handhabung der Disciplin und Verwaltung des Kirchen- und Armenguts der Gemeinde zu wachen (Art. 20), ausser dem Pfarrer oder den Pfarrern der Gemeinde, aus 6—12 Aeltesten oder Notabeln, welche unter den höchstbesteuerten Bürgern zu wählen sind, besteht (Art. 18)<sup>1</sup>). Alle zwei Jahre wechseln die Aeltesten des Consistoriums zur Hälfte, und zwar werden sie gewählt durch die im Amt bleibenden Aeltesten in Verbindung mit einer gleichen Anzahl protestantischer Familienväter, welche aus den höchstbesteuerten Bürgern der Gemeinde gewählt sind (23). In denje-

<sup>1</sup>) Das Gesetz ist vollständig abgedruckt bei SOULIER, *Statistique des égl. ref. de France*. p. 183 ff. und in [DE FELICE], *Die prot. Kirchen Frankreichs von 1787 bis 1846*. Herausg. v. GIESELER. 1848. I. Beilagen. S. 334—342. Art. 18: *Le consistoire — sera composé du pasteur — et d'anciens ou notables laïques, choisis parmi les citoyens les plus imposés au rôle des contributions directes.*

nigen Gemeinden, wo derzeit kein Consistorium vorhanden ist, soll eines gebildet werden durch Wahl von Seiten der 25 höchstbesteuerten Familienväter, welche jedoch ohne Bewilligung und Beisein des Präfecten oder Unterpräfecten nicht zusammentreten dürfen (Art. 24). Die ordentlichen Sitzungen des Consistoriums finden an festgesetzten Tagen statt, ausserordentliche sind aber ohne Erlaubniss des Unterpräfecten oder Maire nicht gestattet; den Vorsitz in der Sitzung führt der Pfarrer, unter mehreren der älteste (Art. 21. 22). — Die *Synoden* (Section III) haben alles, was sich auf Lehre, Gottesdienst und kirchliche Verwaltung bezieht, zu überwachen (30); jede besteht aus den Geistlichen und einem Aeltesten aus jeder Gemeinde (29); sie dürfen sich ohne Bewilligung der Regierung nicht versammeln, zuvor sind aber dem Staatsrath die Gegenstände zu bezeichnen, welche verhandelt werden sollen; überdiess wohnt den Sitzungen, welche nicht über 6 Tage dauern dürfen, der Präfect oder Unterpräfect bei. Alle Entscheidungen der Synode müssen der Regierung zur Bestätigung vorgelegt werden, desshalb ist dem Staatsrath für Kirchensachen ein Protokollauszug zu übermachen (Art. 30—32).

Dieses Gesetz gab den evangelischen Kirchen wieder einen gesetzlichen Boden, einen kräftigen Schutz des Staats und eine geordnete Organisation. Auch entspricht die Bewilligung von Consistorien und Synoden im Allgemeinen der früheren französischen Kirchenverfassung. Sobald man aber auf die einzelnen Bestimmungen näher eingeht, so erheben sich gewichtige Bedenken. Eine nicht blos die altfranzösische Kirchenordnung, sondern das Wesen des Presbyterialsystems selbst gründlich verletzende Neuerung ist der Punkt, dass die Aeltesten, anstatt aus den sittlich würdigsten und gottesfürchtigsten, vielmehr aus den höchstbesteuerten Gemeindegliedern gewählt werden müssen. Dazu kommt, dass auch das active Wahlrecht vom Steuerfuss abhängig gemacht ist, wodurch das höchst ungeeignete Prinzip der Geldaristokratie in die Kirche eingeführt wird. Ferner, durch die Ziffer von 6000 Seelen (art. 16.) ist die Zahl der Gemeinden, die ein Consistorium haben dürfen, namhaft beschränkt; oder vielmehr, das Consistorium hört auf Gemeindebehörde zu sein, und wird zur Kirchenbehörde eines Districts von 6000 Seelen. Man suchte sich nachher durch Errichtung sogenannter „Sectionseconsistorien“ zu helfen, indem man einer Gemeinde von 3000 Seelen ein klei-

neres Consistorium gab, und grössere Gemeinden nach Kirchspielen in Sectionen theilte, deren Consistorien zusammen ein „General-consistorium“ bildeten, während das Gesetz ausschliesslich nur einfache Consistorien setzt und von diesen beiden neuen Begriffen nichts weiss. Sodann ist der durch das Gesetz *einem* (dem ältesten) unter mehreren Pfarrern zuerkannte stetige Vorsitz, unvereinbar mit dem gerade in Frankreich stets eifersüchtig festgehaltenen Grundsatz der Gleichheit aller Geistlichen, aus welchem die Regel des Wechsels im Vorsitz floss. Gehen wir weiter, so sind den Consistorien Befugnisse von so unbeschränkter Weite zugetheilt, dass ihr Rechtskreis gegen den der *Synoden* nicht abgegrenzt ist. In der That sind, statt Einzelgemeinden, welche einen Synodalverband mit einander bilden, nur Bezirksgemeinden gesetzt, welche von einander unabhängig und isolirt sind, d. h. es ist im Grunde der Congregationalismus eingeführt. Von den verscheidenen Stufen des Synodalwesens (Colloque, Provinzialsynode, Nationalsynode) hat das Gesetz dem Buchstaben nach zwar das Colloque übrig gelassen, sofern 5 Consistorialkirchen (zusammen 30,000) einen Synodalbezirk bilden sollen; allein seit das Gesetz besteht, ist keine Synode gehalten worden, bis zum Ende des Jahrs 1850, wo eine solche im Département la Drôme zusammentrat; diese Synoden sind also blos auf dem Papier gestanden. Ueberdiess würden die verschiedenen Bezirkssynoden unverbunden und gegenseitig unabhängig neben einander stehen, ohne einen Mittelpunkt, ein Centralorgan in einer Nationalsynode zu finden, welche ganz mit Stillschweigen übergangen ist. Somit fehlt der Organisation die Einheit; die mechanisch gemachten Consistorialgemeinden stehen völlig isolirt, ohne Verbindung, neben einander; die einzige Centralbehörde und höhere Auctorität über den Consistorien ist eigentlich die Regierung, d. h. der, meist katholische, Kultusminister. Diess führt auf das im Gesetz gegebene Verhältniss der *Kirche* zum *Staat*. Während die altfranzösische Kirche in Consistorien und Synoden ihre Selbstverwaltung völlig unabhängig geübt hat, machen die organischen Artikel die Kirche auf allen Stufen schlechthin abhängig vom Staat. Der erste Consul, dem alle und jede relative Autonomie irgend eines Gliedes im Gemeinwesen so verhasst war wie förmliche Anarchie, und der so wenig als LOUIS XIV ein störendes Element in der Staatsmaschine dulden wollte, unterwarf jeden Beschluss eines Con-

sistoriums oder einer Synode, selbst in Sachen der Lehre, dem Staat, gestattete dem Consistorium keine ausserordentliche Sitzung, keine Versammlung zur Ergänzungswahl ohne Bewilligung des Unterpräfeten; die Synode ist vor bei und nach ihrem Zusammentreten auf jedem Schritt und Tritt von der Staatsgewalt überwacht und beengt; überdiess bestimmt das Gesetz nicht einmal, *was* eigentlich der Präfect (der in neun Fällen unter zehn Katholik sein wird) bei der Synode zu thun hat. Natürlich konnte, ehe diese Frage auf beruhigende Weise beantwortet war, auf eine Synode nicht eingegangen werden. Somit war eine Haupt-eigenschaft der Presbyterialverfassung, alle Autonomie, durch dieses Gesetz schlechthin aufgehoben <sup>1)</sup>).

Dessen ungeachtet sah und fühlte man anfangs weit mehr die nun gesicherten Rechte einer von aussen unverkümmerten Existenz, als die mit dem Gesetz verbundenen Gefahren für die Freiheit der Kirche; so weit hatten es die Verfolgungen gebracht, welche zwei Jahrhunderte lang durch die Jesuiten und die intolerante Regierung gegen die Hugenotten, nach der Revolution aber durch die Schreckensmänner gegen alles Christenthum und jede Kirche gerichtet worden waren; hiezu wirkten aber auch die begangenen Fehler und hierarchischen Ueberhebungen mancher reformirten Kirchenmänner mit <sup>2)</sup>). Daher wurde dem ersten

<sup>1)</sup> Mit Recht schrieb HENRI LUTTEROTH, *Lettre d'un laïque* 1840: das Gesetz vom 18. Germinal X hat durch seltsame Bedingungen und Beschränkungen die in unserer Disciplin so wichtigen *Aeltesten*, nicht dem Namen, aber *der Sache nach abgeschafft*. — Und VINCENT, *Vues sur le Protestantisme en France*, sagt: "La part que le gouvernement c'est faite dans la loi de germinal, est assurément la plus grande que jamais gouvernement se soit attribué dans l'administration d'une religion quelconque. Il desseend dans les moindres détails, il veut que rien ne se passe, que rien ne se traite, sans sa permission expresse. Il règle d'avance toutes les formes, et quand elles sont réglées, il se réserve encore le droit d'adopter ou de rejeter à son gré, tout ce qui pourra résulter de leur jeu naturel et légal;" bei CUNITZ, *Considérations hist. sur le développement du droit ecclés. prot. en France*. p. 131, eine Schrift, welche S. 125 ff. eine genaue und treffende Kritik des Gesetzes enthält.

<sup>2)</sup> Selbst der über den Bemühungen für Wiederherstellung der Presbyterialordnung ergraute, ehrwürdige PAUL RABAUT hatte schon 1768 geschrieben: Je ne vous cacherai point, que *notre gouvernement presbytérien me déplait fort*. Le plus petit ancien se croit un homme d'importance, et le moindre pasteur se targue comme le plus distingué. C'est une anarchie qui a souvent de funestes suites. COQUEREL, *Hist. des Églises du désert*. II. 497 f.

Consul von allen Seiten lcbhafter Dank gezollt, und während der ganzen napoleonischen Zeit erging keine einzige Verwahrung gegen die organischen Artikel an die Regierung, wenigstens begehrten einzelne schwache Stimmen, welche wie Einsprachen lauteten, nur Vervollständigung, nicht aber wesentliche Abänderung des Gesetzes<sup>1)</sup>.

Bemerkenswerth ist übrigens, dass das Gesetz vom 18 Germinal der *lutherischen Confession* neben Inspectoren und Generalconsistorien, als acht lutherischen Instituten, ebenfalls Localconsistorien gab, d. h. die reformirte Gemeindeorganisation (unter den oben erwähnten Modificationen und Entstellungen) auch auf die Lutheraner übertrug; zugleich wurde dem Inspector eine Art Bezirkssynode zur Seite gestellt (tit. III).

Das Gesetz wurde promulgirt, und die protestantische Kirche erhielt, mit Ausnahme der Synoden, auf welche übrigens nie mit Ernst gedrungen worden ist, in der That alles, was sie nach demselben fordern konnte. Es wurde aber auch unabänderlich darauf gehalten, dass alle Entscheidungen in inneren Kirchenangelegenheiten der Regierungsgenehmigung bedürfen. Im J. 1807 zählte das französische Kaiserreich 127 reformirte Consistorialkirchen mit 651 Pfarrern, wovon übrigens nur 78 Consistorialkirchen mit 222 Pfarrern dem eigentlichen Frankreich angehörten.

Nach der *Restauration* benützten die Bourbonen die Religion als Mittel zum Zweck, wie *BONAPARTE* auch gethan hatte, nur mit dem Unterschied, dass jene einseitig den Katholizismus begünstigten und die Protestanten in den Schooss der „alleinseligmachenden“ Kirche herüber zu locken suchten. Dessen ungeachtet ist die Restauration den Protestanten von grossem Nutzen gewesen. *LUDWIG XVIII* widerstand allen Zumuthungen, welche dahin gingen, die Religionsfreiheit aufzuheben oder auch nur zu beschränken, schützte die Protestanten im Genuss ihrer bürgerlichen Rechte, besoldete die evangelischen Geistlichen und legte sogar (was der Kaiser nie gethan hat) die Verwaltung ihrer Angelegenheiten in protestantische Hände: der berühmte Naturforscher *CUVIER* war 1815—1832 Director der akatholischen Kulte. Allein von Organisation der Kirche, Presbyterialverfassung, Synoden u. dgl. wurde

<sup>1)</sup> *DE FÉLICE*. a. a. O. I. 91 ff.

unter der Restauration kaum im Vorbeigehen gesprochen. Dagegen bahnte sich in den zahlreich entstehenden Vereinen für christliche Zwecke ein freies und ungebundenes Zusammenwirken von Gemeindegliedern mit Geistlichen auf religiösem Gebiete an, das einer geordneten Form, einer *kirchlichen* Organisation entgegen reiste. Und je mehr das erwachende religiöse Leben sich Bahn zu brechen suchte, desto fühlbarer wurden mit jedem Jahr die Mängel des napoleonischen Kirchengesetzes.

Um so grössere Erwartungen erregte 1830 die Julirevolution. Eine aufgeregte Partei hoffte sogar rasche Aufhebung aller hemmenden Gesetze und reine Wiederherstellung der altreformirten Autonomie. Indessen arbeitete man zuerst nur für eine *Reform* der organischen Artikel von 1802. Man hatte dieselben zwar so gut als noch gar nicht durch die Erfahrung erprobt, denn sie waren von den meisten Consistorien theilweise oder ganz unbedacht gelassen worden; aber schon diese Thatsache ihrer langen Nichtberücksichtigung, die doch auch ihren Grund haben musste, rechtfertigte ein Bedenken gegen das Gesetz. Aber von wem sollte die Revision ausgehen? Von dem Staat? Und war nicht eben die Octroyirung durch den Staat ein Stein des Anstosses an dem bisherigen Gesetz? — Oder von der Kirche? Aber, falls sie auch *einmütig* einen Verbesserungsentwurf vorzulegen im Stande war, wie konnte sie hoffen, ihn durch die Kammern zu bringen? Oder sollte Kirche und Staat zusammenwirken? Allein wie waren beide auf gesetzlichem Wege zusammenzubringen? — Dennoch stellte das Consistorium von *Rochelle* am 25. Mai 1831 an die Regierung das Gesuch, die Revision der „organischen Artikel“ in die Hand zu nehmen. Einstweilen beschäftigte man sich mit Privatentwürfen einer Kirchenverfassung; namentlich brachte die Zeitschrift von *VINCENT*: *Religion et christianisme*, einen auf die altfranzösische Kirchenordnung gegründeten, höchst beachtenswerthen Entwurf einer ächt presbyterianischen Organisation für die reformirte Kirche Frankreichs <sup>1)</sup>; diesem war der von einer Pfarrconferenz im Département *Ardèche* ausgearbeitete ähnlich, wogegen der Plan der Pariser Pastoralconferenz vermöge seiner Halbheit höchst unbefriedigend erschien. Die Regierung glaubte indessen etwas thun zu müssen, um den Protestanten ihren guten

<sup>1)</sup> Diese Arbeit wurde dem Präsidenten des reformirten Consistoriums in Strassburg, *MÄDER*, zugeschrieben. Vgl. (DE FÉLICE) a. a. O. II. 8 ff.

Willen zu zeigen; sie hatte aber nicht eine gründliche Reform, sondern nur eine derartige Revision der Kirchenverfassung im Sinne, wobei unter dem Schein, das Fehlende zu ergänzen, den Protestantten die Zügel noch kürzer gehalten werden sollten. Der Minister TESTE legte seinen Entwurf einer protestantischen Commission vor, der erste Entwurf wurde aber von dem Gesetzgebungsausschuss des Staatsraths nur noch verschärft und verschlimmert; kein Wunder dass derselbe, als er sämtlichen Consistorien zur Aeusserung vorgelegt wurde (1840), so lauten Widerspruch und so heftige Proteste hervorrief, dass die Regierung das ganze Vorhaben wieder fallen liess <sup>1)</sup>.

Die Februarrevolution 1848 gab Veranlassung, das Bedürfniss einer Neugestaltung kräftiger auszusprechen. Nachdem der Gedanke zuerst in religiösen Blättern und Pastoral-conferenzen angeregt worden war, fand im Mai eine zahlreiche Zusammenkunft von 108 Abgeordneten der meisten Consistorien in Paris statt, eine durchaus freie Versammlung ohne allen officiellen Character. Sie beschloss, eine allgemeine Synode der französischen Kirche auf den 9<sup>ten</sup> September zu berufen, welche endgültig über Reorganisation der reformirten Kirche beschliessen sollte; ein Ausschluss arbeitete ein Wahlgesetz für Ernennung der Synodalabgeordneten aus, welches auf der breitesten demokratischen Grundlage ruhte. MÄDER in Strassburg erhob seine Stimme warnend und sich verwahrend; die Versammlung vom 9. Sept. werde lediglich eine Privatversammlung sein und keinerlei Auctorität besitzen; und da der Zeitpunkt für eine constituirende Synode so gar nicht geeignet sei, so werde das Ergebniss der Versammlung nicht Organisation sondern Desorganisation der Kirche und Entzündung der Zweitacht sein <sup>2)</sup>. Der Warnung ungeachtet, trat die *Synode* am 11. Sept. 1848 zusammen, das erste Mal wieder, nach einem Zwischenraum von 85 Jahren (1763 war die letzte französische Synode gehalten worden); 52 Geistliche und 38 Laien sassen in derselben unter dem Präsidium von BUISSON, Pfarrer in Lyon. Man setzte über

<sup>1)</sup> DE FELICE a. a. O. II. 14 ff.

<sup>2)</sup> Son résultat probable — sera moins l'organisation que la désorganisation de l'Église; — — elle est illégale et propre tout au plus à alimenter le feu de la discorde qui dévore l'Église. — Jamais moment ne fut plus mal choisi que le moment actuel pour un synode constituant; bei DE FELICE. II. 407.

die *Verfassung* der Kirche folgendes fest. Jede Gemeinde bekommt ihren eigenen Kirchenrath (*consistoire*), aus dem Pfarrer und einer bestimmten Anzahl von Aeltesten bestehend; die letzteren werden von allen in der Gemeinde ansässigen Männern gewählt, welche das 25<sup>te</sup> Jahr zurückgelegt haben, confirmirt sind, und erklären, dass sie die Bibel für Gottes Wort halten. Abgeordnete einer grösseren Anzahl von Ortskirchenraethen bilden den obern Kirchenrath (*consistoire général*), der sich alle drei Monate versammelt, die Ortskirchenräthe überwacht und ein Mittelglied zwischen den Gemeinden und der Regierung bildet. Abgeordnete der Generalconsistorien bilden die *Provinzialsynode* (synode particulier), welche sich wenigstens alle Jahre einmal versammelt; alle drei Jahre tritt, durch Abgeordnete der Provinzialsynoden gebildet, die *Generalsynode* zusammen, der es zukommt, allgemeine Verordnungen über Gottesdienst, Kirchenzucht und Verfassung zu erlassen<sup>1)</sup>. Man hat also die alte Presbyterial- und Synodalverfassung, mit welcher die reformirte Kirche Frankreichs unter Druck und Verfolgung zwei Jahrhunderte hindurch sich behauptet hat, in ihrer Grundform wieder aufgenommen, und die Mängel der „organischen Artikel“ verbessert. Nur Schade, dass es beim blossen Entwurf geblieben ist, denn die Gemeinden, denen der Kultminister den Plan vorlegte, konnten sich, so einmuthig sie gründliche Modification des Gesetzes vom 18 Germinal X forderten, über einen positiven Organisationsplan nicht einigen.

Die Synode hatte leider die Folge, welche MÄDER vorhergesagt hatte: eine Spaltung, und die Bildung einer neuen Kirche. Der Grund hievon lag aber nicht in Fragen der Verfassung oder des Verhältnisses zum Staat (wie bei der „Disruption“ in Schottland 1843 oder bei Entstehung der freien Kirche im Waadtland 1845), sondern in der Lehre und dem Bekenntniss. Die Bekenntnissfrage war nämlich die erste gewesen, mit welcher die Synode sich beschäftigt hatte; man kam, im Gefühl der Unmöglichkeit die verschiedenen Denkweisen innerhalb der Versammlung zu vereinigen, nach fünfjährigen Verhandlungen, zu dem Beschluss, kein gemeinschaftliches Glaubensbekenntniss aufzustellen, sondern es bei dem Status quo in Beziehung auf die Lehre, d. h. bei der Lehrfreiheit

<sup>1)</sup> DE FÉLICE, *Histoire des Protestants de France*, 2 ed. Paris 1851. S. 835 ff.  
Vergl. *Kirchenblatt für die ref. Schweiz*, von HAGENBACH. 1849. Nr. 2 f.

zu belassen. Doch vereinigten sich beide Parteien, eine Ansprache an die Gemeinden zu erlassen, worin eine Art Bekenntniss enthalten war. Nun traten Graf AGENOR VON GASPARIN und Pastor Fr. MONOD in Paris aus der Synode aus und erliessen am 20 Oct. 1848 eine Erklärung an die reformirten Gemeinden des Landes, worin sie auch ihren Austritt aus der staatlich anerkannten reformirten Kirche melden: während sie sich auf den Boden der alten reformirten Gemeinden zurückbegeben und eine Kirche des Bekenntnisses d. h. eine Kirche anstreben, welche eine bestimmte Lehre und ein bestimmtes Bekenntniss habe. Sie bildeten einen Ausschuss in Paris, welcher auf Mai 1849 eine Versammlung der nach diesem Grundsatz constituirten Gemeinden ausschrieb. Zugleich wurde ein Glaubensbekenntniss vorgelegt, mit dem Vorschlag, dass diejenigen, welche dasselbe annehmen, zu einer Gemeinde zusammentreten, ihr *Presbyterium* (Pfarrer und Aelteste) nebst Diaconen wählen sollen u. s. w. Mehrere schon seit 1830 und den folgenden Jahren unabhängig von der Staatskirche constituirte Gemeinden schlossen sich an, andere bildeten sich erst jetzt. Die auf den Mai ausgeschriebene Versammlung fand, der Cholera wegen, erst im Aug. 1849 statt und war durch mehr als vierzig Abgeordnete von dreissig Gemeinden beschickt. Diese beschlossen, unter dem Namen: *Union des églises évangéliques de France* eine Vereinigung zu bilden, bestehend aus Gemeinden, die auf das Glaubensbekenntniss gegründet seien, und, ohne vom Staat irgend eine Unterstützung anzunehmen, durch freiwillige Gaben für ihre Bedürfnisse sorgen. Hiemit war Trennung der Kirche vom Staat als Grundsatz ausgesprochen, im übrigen wurde jeder Gemeinde vollständig frei gelassen, ihre Verfassung und Verwaltung nach Belieben zu ordnen. Eine Synode, bestehend aus Abgeordneten der Gemeinden, welche nicht alle Geistliche sein dürfen, versammelt sich regelmässig alle zwei Jahre, übt Zucht über die Gemeinden, lässt dieselben visitiren, und wählt eine Synodalcommission von fünf Mitgliedern, zur Ausführung ihrer Beschlüsse und zur Verbindung der Gemeinden in der Zwischenzeit. Während Kirchenzucht und Ueberwachung des sittlichen Lebens und der Glaubenstreue ihrer Mitglieder von den Gemeinden als Grundbedingung gefordert wird, ist ihnen freigestellt ihre Angelegenheiten in die Hände eines Presbyteriums zu legen, Aelteste und Diaconen einzusetzen, oder der

ganzem Gemeindeversammlung alles zu überlassen, ohne solche Gemeindeorgane zu wählen. So folgt z. B. eine Gemeinde zu Paris dem presbyterianen Typus, indem sie fünf Aelteste (worunter zwei Geistliche) und drei Diaconen aufgestellt hat, so jedoch, dass als letzte Instanz die Gemeindeversammlung über dem Presbyterium steht; andere Gemeinden der „Union“ haben keine Aeltesten. Das synodale Prinzip ist also beibehalten, jedoch mit Modification durch das Bestehen der Synodalecommission; das presbyterianische Prinzip aber ist, durch Freigeben der Gemeindeordnung, im Grunde fallen gelassen<sup>1</sup>).

So hat diese „Union“ das presbyterianische Prinzip in seiner Strenge aufgegeben. Die reformirte Landeskirche aber ist noch im alten Stand, und das wiedererstandene Kaiserreich scheint nicht darnach angethan, den Protestantten die lang vermisste presbyterianische und synodale Autonomie zu gewähren.

<sup>1</sup>) HELLMAR, *Entstehung und Wesen der neuen evangelisch-reformirten Unionskirche in Frankreich*, in NIEDNER's *Zeitschrift für hist. Theol.* 1851. S. 398 ff. bes. 421 ff. 441 ff. Vergl. GELZER, *prot. Monatsblätter*. 1853. Aug. S. 129 ff. bes. 139 ff.



## ZWEITES CAPITEL.

### **Grossbrittanien und Irland.**

---

---

In *Schottland* war während des 18. Jahrhunderts der Moderatismus mit seiner Abschwächung, sowohl des positiven lebendigen Glaubens, als des Eifers für ächte und reine presbyterianische Kirchenordnung, für Gemeinderechte und Autonomie der Kirche, herrschend geworden; aber herrschende Missbräuche, insbesondere die Art der Handhabung des Patronatrechtes, trieben auch viele treue Presbyterianer zur Separation, so dass 1782 nicht weniger als 200 Gemeinden mit 100,000 Seelen den Seceders angehörten<sup>1)</sup>). Vom letzten Jahrzehent an aber nahm eine rückgängige Bewegung überhand. Auch in Schottland, wie in England, erwachte am Ende des 18. Jahrhunderts das christliche Leben und das lebendige Christenthum wieder und ergoss sich zunächst in mannigfaltige Vereine, für Verbreitung des Evangeliums u. dgl. Allein in den officiellen Organen der presbyterianischen Staatskirche war noch ein solcher Geist herrschend, dass der Antrag auf geordnete Beteiligung der Kirche an der Mission (1796) und der auf Gründung von Aushülfskapellen in volkreichen Kirchspielen (chapels of ease 1797) verworfen wurde, und dass die Thätigkeit englischer Reiseprediger, wie des gesegneten **ROWLAND HILL** und **CHARLES SIMEON'S** (1799), mit grosser Ungnade aufgenommen wurde.

<sup>1)</sup> HETHERINGTON, *Hist. of the Church of Scotland.* S. 688.

Auch nahm die Generalversammlung (1800) in ihrer Mehrheit die gleichzeitige Verwaltung mehrerer unverträglicher Aemter z. B. einer Lehrstelle an der Universität und des Pfarramts bei einer ziemlich entfernten Gemeinde, in Schutz, ungeachtet der Widerspruch zwischen solchen Missbräuchen und der Kirchenverfassung klar in's Licht gestellt worden war. Erst im J. 1814 ging in der Assembly der Beschluss durch, welcher es für ungesetzlich und Kirchenrechtlich ungültig erklärte, dass ein Geistlicher neben dem Pfarramt noch ein anderes Amt bekleide, das seine Abwesenheit von der Parochie erfordere und ihn einer Behörde unterwerfe, welche von dem Presbyterium, unter dem er steht, nicht kontrollirt werden könne; und im Jahr 1817 kam sodann ein förmliches Kirchengesetz in diesem Sinne zu Stand <sup>1)</sup>). Unterdessen hatte nämlich ein anderer Geist nach und nach Boden gewonnen, der positiv evangelische Geist, welcher in Männern lebendig war wie ANDREAS THOMSON (1810 Pfarrer in Edinburg, †. 1831) und THOMAS CHALMERS (geb. 1780, seit 1814 von anerkanntem Einfluss, †. 1847), und auch bei Mitgliedern der „moderirten“ Partei immer mehr Eingang fand. Schriftstellerisch wirkte in „evangelischem“ Sinn vorzüglich auch der Seceder THOMAS McCRIE durch seine 1814 erschienene, nachher öfters aufgelegte, Lebensbeschreibung des JOHN KNOX, indem er nicht allein geschichtlich den schottischen Reformator den Zeitgenossen im rechten Licht vor Augen stellte, sondern auch Kenntniss und Liebe zu den reformatorischen Grundsätzen des vaterländischen Presbyterianismus in weiten Kreisen verbreitete; in dem gleichen Geiste wirkte seit 1819 seine *Biographie* ANDREAS MELVILLE'S.

Einen Beitrag zur richtigen Erkenntniss der schottischen Presbyterialgrundsätze liefert die seit 1831 sich entspinnende Controverse über das kirchliche Freiwilligkeitssystem (Voluntary Principle), welche die öffentliche Meinung in Schottland wie in England weit und breit beschäftigte. Für den Grundsatz der Freiwilligkeit traten die Seceders auf (in England die Dissenters, hauptsächlich die Independenten); gegen denselben die Presbyterianer der Landeskirche. Die Frage war: ist es Pflicht des Staates, das Christenthum zu unterstützen durch Gründung und Ausstattung einer Nationalkirche, zu dem Zweck, der ganzen Volksgemeinde zur Erkenntniss und Uebung

<sup>1)</sup> HETHERINGTON a. a. O. S. 688. 706. 710 f.

des Evangeliums zu verhelfen? Die Vertreter der Freiwilligkeit verneinten die Frage von dem Gesichtspunkt aus, der Staat sei lediglich weltlicher Natur und habe blos mit den zeitlichen Belangen der Gesellschaft zu thun; mische er sich dennoch in Sachen der Religion, so könne er diese nur entweder verfolgen oder innerlich verderben. Schon die blosse Verbindung mit dem Staat bringe eine Landeskirche in solche Abhängigkeit von demselben, dass sie nothwendig um die Freiheit ihres Kirchenregiments und um die Reinheit der Zucht komme, was doch schlechthin wesentliche Merkmale einer wahren Kirche CHRISTI seien. Auf der andern Seite sei es Pflicht aller Gläubigen, das Christenthum freiwillig zu unterstützen, folglich sei kein anderer Weg zur Beförderung des Christenthums sittlich erlaubt; und dieser Weg sei auch für die religiösen Bedürfnisse einer Nation völlig zureichend. Hiemit waren mehrere Saiten angeschlagen, welche in einem ächt presbyterianischen Herzen vollen Anklang finden mussten. Dennoch traten die eifrigsten Presbyterianer, sowohl der Staatskirche als der alten Secederpartei, dagegen auf; sie erklärten im Einklang mit den Reformatoren, namentlich auch mit CALVIN, den Staat und die bürgerliche Obrigkeit für eine Ordnung Gottes, welche über *beide* Tafeln des Gesetzes zu wachen und von Amts wegen die reine Verehrung Dessen, von dem alle Macht komme und dem sie einst Rechenschaft schuldig sei, zu befördern habe. Die Obrigkeit müsste, wenn sie auch blos das zeitliche Wohl des Gemeinwesens im Auge habe, schon darum für christliche Unterweisung des ganzen Volkes sorgen, weil der Wohlstand einer Nation durch Sittlichkeit, und diese durch Gottesfurcht bedingt sei. Man forderte also Verbindung des Staats mit der Kirche, aber ohne gegenseitige Vermischung und Uebergriffe. So tief ist die Idee einer Staatskirche im schottischen Presbyterianismus gewurzelt. Die begeistertsten Wortführer des letzteren waren auch die tapfersten Kämpfer gegen das „Voluntary Principle“, z. B. Dr. M'CRIE und CHALMERS; der letztere wurde im J. 1838 veranlasst, auch in London Vorträge über diesen Gegenstand zu halten<sup>1)</sup>.

Aber merkwürdige Verwicklung, dass gerade dieser Streit am Ende zu einer massenhaften Trennung eifriger Presbyterianer von dem Staat und der Staatskirche führen musste, und dass gerade

<sup>1)</sup> HETHERINGTON a. a. O. S. 721 ff. KöSTLIN, *die schott. Kirche*, S. 346 ff.

der beredte Verfechter des Staatskirchensystems, Dr. CHALMERS, der „Vater der freien Kirche“ werden musste! Diess hing so zusammen: Die gepflogenen Erörterungen hatten auf beiden Seiten, bei den Vertheidigern und Gegnern der reinen Freiwilligkeit, den Blick geschärft für die Blößen der Kirche; bei jenen, sofern sie Beweise suchten für das unausweislich Verderbliche der Verbindung mit dem Staat; bei diesen, sofern sie durch praktische Bekämpfung und wirkliche Entfernung von Uebelständen den Thatbeweis liefern wollten, dass diese mit der Verbindung zwischen Kirche und Staat durchaus nicht nothwendig gegeben seien. In dieser Hinsicht war das *Patronatswesen* ein Stein des Anstosses, und ein gewaltiger Kampf richtete sich gegen dieses Institut, das schon im 18. Jahrhundert viele gute Presbyterianer zu Seceders gemacht hatte<sup>1)</sup>). Schon im J. 1782 zeigte der treffliche THOMAS HARDY in einer Schrift, dass ein unbeschränktes Patronatsrecht mit dem Geiste des Presbyterianismus sich nicht vertrage. Im J. 1822 bildete sich auf Betreiben des oben genannten ANDR. THOMSON eine Gesellschaft zur Verbesserung des Patronatswesens, aus welcher indessen bald eine reine Antipatronatsgesellschaft wurde. Nun aber wurde die Sache erst energisch angefasst. Seit 1832 arbeitete die Generalversammlung auf Wiederherstellung des Rechts der Gemeinden hin, bei Anstellung ihrer Pfarrer mitzuwirken. Seit Jahrzehnten war nämlich die Ausstellung der Berufungs-Urkunde (Call) von Seiten der Gemeinde als blosse Formalität behandelt worden. Jetzt nahm man darauf Bedacht, diesem Act seine verfassungsmässige Bedeutung in der Weise wiederzuschaussen, das ein vom Patron ernannter Geistlicher einer Gemeinde nicht aufgedrungen werden dürfe, falls die Mehrheit der berechtigten Familienväter Einsprache erhebe (Non-intrusion). Dieser Antrag erhielt im J. 1834 die Mehrheit in der Generalsynode, die Vetoacte ging durch; die Partei der „Evangelical“ hatte über die der „Moderate“ gesiegt. Nun schritt die Synode weiter vor, die Patrone aber gaben nicht nach; in Processen, die desshalb anhängig wurden, traten die Gerichtshöfe den Entscheidungen

<sup>1)</sup> Mit Recht hat MERLE D'AUBIGNÉ in seiner Schrift: *Trois siècles de luttes en Écosse* 1850, die schottische Kirchengeschichte seit der Reformation als eine Kampfesgeschichte in 3 Perioden dargestellt: 1. Antipapismus im 16. 2. Antiprälatismus im 17. 3. Antipatronat im 18. Jahrhundert.

der Synodalbehörden entgegen; die brittische Regierung und das Parlament verweigerten die Genehmigung der von den Generalsynoden gefassten Beschlüsse. So erfolgte denn, weil die Presbyterianer an ihren Grundsätzen festhielten, im Jahr 1843 die grosse Spaltung („Disruption“) und die Bildung der freien Kirche<sup>1</sup>). Die Gründe dazu lagen in beidem zugleich: in der angestrebten Autonomie der Kirche, d. h. des synodalen Kirchenregiments, dem Staat gegenüber, nach oben; und in dem Gemeinderecht nach unten. Denn das Recht der Gemeinde war bei den Kirchenrechtlichen Bestrebungen der „evangelischen“ Partei von Anfang an ein höchst bedeutendes Element. Wir erinnern daran, dass die Grundsätze und Leistungen des Dr. CHALMERS auf dem Felde des Armenwesens wesentlich presbyterianer Natur sind, sofern die Armenpflege im Anschluss an die presbyterianische Organisation der Gemeinde und ihrer Quartiere eine wesentlich kirchliche wurde. Noch bedeutender aber war die Wiederbelebung des *Aeltesteninstituts*, als Gemeindesache. Dieses Institut war nach und nach ziemlich gesunken. Es war dahin gekommen, dass bei einem Wechsel im Ortskirchenrath an vielen Orten der Pfarrer allein die Aeltesten ernannte, statt dass dieses vorschriftsmässig von der Kirk-session selbst durch Cooptation hätte geschehen sollen; in manchen Gemeinden war das Institut ganz und gar eingegangen; andere Gemeinden hatten schon lange keine tüchtige, ihres Geistlichen Amtes sich bewusste Aelteste mehr gehabt, und an anderen Orten war man nur darauf bedacht, Aelteste zu bekommen, welche durch Beredsamkeit und Rechtskenntniss sich in der Assembly hervorthun konnten. Jetzt sollte die Kirchenzucht und zur Handhabung derselben das Aeltesteninstitut neu belebt werden, und zwar durch lebendige Theilnahme der Gemeinden. Die Sache wurde im J. 1834 erstmals besprochen, im J. 1841 kam ein derartiger Antrag vor die Generalversammlung, und im J. 1842 erhielt derselbe Gesetzeskraft: die Aeltesten sollten künftig durch die männlichen Communikanten in der Gemeinde gewählt werden<sup>2</sup>). Die Aeltestenwahl sollte also durch die *Gemeinde* geschehen,

<sup>1)</sup> Das Nähere über den Patronatsstreit und die Entstehung der Disruption, s. bei KÖSTLIN a. a. O. 353 ff, der diese Ereignisse besonders lehrreich und pragmatisch behandelt hat. Vergl. auch SACK, *Kirche von Schottland*. I. 198 ff. 209—219.

<sup>2)</sup> KÖSTLIN a. a. O. S. 359 f.

dadurch sollte die Gemeinde in's Interesse gezogen und das Aeltestenamt selbst wieder gehoben werden. Das war ein bedeutender Schritt über die kirchenverfassungsmässige Cooptation, d. h. über das kirchlich-aristokratische Prinzip hinaus nach der Seite kirchlicher Demokratie.

Die freie Kirche, welcher vorzugsweise die mittleren und unteren Stände beitraten, und an welche sich im Juni 1852 die Mehrheit der United original Seceders anschloss, entwickelte ein bewundernswürdiges Maass von verleugnungsvoller, opferfreudiger Energie und Liebesthätigkeit für Errichtung von neuen Kirchen (deren man bereits 800 zählt), Volksschulen und höheren Unterrichtsanstalten, so wie für Gründung von Kirchenfonds. Im J. 1844 belief sich die Summe der freien Beiträge für diese Kirche auf ein halbe Million Pfund Sterling, und ein grosser Theil dieser Summe besteht aus einzelnen Schillingen und Pennies der Armen<sup>1)</sup>. Die „freie Kirche“ ist ganz bei dem Westminsterbekenntniss geblieben. Sie hat sich zwar, um das ursprüngliche schottische Presbyterialprinzip: Unabhängigkeit des geistlichen Regiments von Allem ausser Christo, dem einigen Haupt, — zu retten, vom Staat losgesagt und faktisch auf das Freiwilligkeitsprinzip gestellt. Aber sie ist darum nicht in das Lager der Freiwilligkeitsmänner übergegangen, so dass sie die Verbindung einer Landeskirche mit dem Staat grundsätzlich verwürfe; sie hat selbst die vom Verhältniss zur Obrigkeit handelnden Sätze des Westminsterbekenntnisses beibehalten, und nur in die Verpflichtungsformel für Pfarrer und Aelteste eine ausdrückliche Erklärung gegen Eingriffe des Staats eingerückt. Die *Gemeindeordnung* betreffend, so theilt sie 1. alle Gemeinden in Quartiere, die je einem Aeltesten zugewiesen werden; 2. lässt sie Prediger und Aelteste durch sämtliche männliche Communikanten wählen; 3. hat sie das schon längst (wohl schon seit der Zeit der STUARTS) eingegangene Diaconenamt wiederhergestellt. Bei aller Erhebung der Gemeinde-rechte wird indessen festgehalten, dass die Aeltesten, obgleich vom Volk gewählt, nicht Vertreter des Volks, sondern Beamte der Gemeinde und Gesamtkirche seien, und es wird auf Unterordnung der Gemeinde unter Presbyterium, Synode und Assembly mit Entschiedenheit gedrungen. Auch ist man in allen schotti-

<sup>1)</sup> KÖSTLIN a. a. O. S. 385. PARET, im *Neuen Repertorium* 1845. I. S. 382.

schen Kirchengemeinschaften bis jetzt bei der Lebenslänglichkeit des Aeltestenamts geblieben. Im *Synodalwesen* blieb die „freie Kirche“ wesentlich bei der alten Ordnung; nur ist in ihrer Assembly die Zahl der Aeltesten verhältnissmässig stärker als bei der Staatskirche; für ihre Presbyterien und Synoden hat sie die alte Eintheilung der Bezirke möglichst beibehalten.

In der *Staatskirche* (Kirk) wurden, nach dem Austritt der evangelischen Partei, die von derselben durchgesetzten Beschlüsse und Kirchengesetze sofort wieder umgestossen, z. B. die Vetoacte und die Bestimmung über die Wahl der Aeltesten durch die Gemeinde, wogegen die Cooptation wieder hergestellt wurde. In dieser Kirche ist die Verbindung mit dem Staat eine Schranke gegen Willkür der Gemeinden, dagegen fassen Viele in ihr die Kirche zu sehr als Staatsanstalt, zu wenig in ihrem geistlichen Character auf<sup>1)</sup>.

Auch in *England* ist die Wiedererweckung evangelischen Glaubens und Lebens nicht ohne nachhaltigen Einfluss auf die Presbyterianer geblieben. Diese waren seit Anfang des 18. Jahrhunderts in der Lehre grossentheils zu den Unitariern, in der Verfassung zu den Congregationalisten übergegangen. Nun kehrte im Glauben und in der Lehre eine Anzahl von Geistlichen und Gemeinden derselben zu dem Bekenntniss der Väter zurück; und im gleichen Verhältniss eigneten sie sich die Verfassungsgrundsätze und Einrichtungen besserer Zeiten wieder an, und bildeten ihre Kirchenverfassung neu nach dem Muster der schottischen, anfangs sogar in organischer Verbindung mit der schottischen Kirche selbst. Neuerdings aber haben sie eine selbständige Synode gegründet, „die Synode der presbyterianischen Kirche von England“ (Mai 1836), und an diese schlossen sich sofort alle Gemeinden und Presbyterien der Denomination an. Sie zählt nun 7 Presbyterien mit 80 Gemeinden, steht unabhängig von der schottischen Kirche da, unterhält aber freundschaftliche Verbindung mit derselben und beschickt häufig deren Generalsynoden. So hat die presbyterianische Partei in England, welche von der Restau-

<sup>1)</sup> Während die ganze Bevölkerung Schottlands auf 2,600.000 — 3 Millionen angeschlagen wird, zählt die freie Kirche 700.000 Seelen; Presbyterien hatte sie im J. 1848, 81, während die Staatskirche 83, die unirte presbyterianische 28, die Cameronianer 6 hatten; die Staatskirche hatte 16 Synoden, die freie 17. KöSTLIN. a. a. O. S. 398. 431.

ration (1660) an in allmählichem Sinken begriffen gewesen war, das in ihr zur Herrschaft gekommene congregationalistische Prinzip wieder überwunden und sich auf ächt presbyterialem Fuss reorganisirt<sup>1)</sup>.

In die *bischöfliche* Kirche ist seit 20 Jahren durch den *Puseyismus* eine Bewegung gekommen, welche in vielfacher Beziehung merkwürdig ist, namentlich aber auch ihre kirchenrechtliche Seite hat und in die Verfassungsfrage eingreift. Als im J. 1832 f. die Whigregierung sich zu den Dissenters zu neigen schien, in der Verfassung der Staatskirche einige untergeordnete Dinge änderte, und zugleich von Aenderungen in der Liturgie wenigstens gesprochen wurde: da hielten es PUSEY, NEWMAN und Andere für nothwendig, die Zeitgenossen auf einige vergessene Grundsätze der anglikanischen Kirche wieder aufmerksam zu machen. Diess thaten sie in den *Tracts for the times*. Von der Reformation an hat die anglikanische Kirche ein doppeltes Element in sich vereinigt, ein Katholisches (in der Liturgie und in ihrer Hierarchie), und ein reformirtes (in der Lehre der 39 Artikel). Nun betonten die Puseyiten das katholische Element in der Art, dass man ihr System kurzweg als anglokatholisch bezeichnen kann. Sie gehen davon aus: es gibt kein Heil, ausser in derjenigen Kirche, deren Geistlichkeit, mittels ununterbrochener Succession bischöflicher Handauslegung, ihre Weihe auf die Apostel zurückführen kann, denn das Sacrament des h. Abendmahls, das vom Erlöser eingesetzte Mittel der Theilnahme an seinem Leib und Blut, ist in seiner richtigen Anwendung und Wirksamkeit bedingt durch die bischöfliche Handauslegung und Geistesmittheilung an den ausspendenden Priester. In dieser Grundanschauung liegt bereits, dass der Puseyismus in der Verfassungsfrage insofern katholisirt, als er einen geistlichen *Stand* im strengen Sinn, nicht blos ein geistliches Amt setzt, und alle Wirksamkeit, selbst Wirklichkeit geistlicher Kräfte auf die Weihe durch Bischöfe gründet, welche wieder von der apostolischen Succession abhängt. Dieses hierarchische romanisirende System bildet den geraden Gegensatz gegen das presbyteriale Princip, welchem die wesentliche Gleichheit

<sup>1)</sup> O. v. GERLACH, *über den rel. Zustand der anglik. Kirche im J. 1842.* S. 28 f. 56 f. UHDEN, *Zustände der anglik. Kirche*, S. 191. SACK, *die Kirche von Schottland.* I. 262 f. WIGGERS, *kirchl. Statistik.* II. 323.

aller Gläubigen und das Recht der *Gemeinde* zu Grunde liegt. Der Zug geht, wie auch die zahlreichen Uebertritte bewiesen haben, auf Rom und das Papstthum hin, statt auf Genf und das Presbyterialsystem <sup>1)</sup>.

Inzwischen sind eben aus der Mitte der hochkirchlichen Partei, von welcher die puseyitische eine extreme Abzweigung ist, neuerdings Stimmen erschollen, welche auf Emancipation der bischöflichen Kirche von dem in letzter Beziehung unbeschränkten Staatsregiment dringen, und zum Behuf der Autonomie der Kirche Synoden fordern. Hiezu gab der *Gorhamstreit* Anlass, welcher von einer Lehrdifferenz in Betreff der h. Taufe (baptismal regeneration) ausgehend, sich vermöge der Entscheidung des Gerichts gegen den Bischof *PHILPOTS* von Exeter, auf das kirchenrechtliche Gebiet hinübergezogen hat. Man fordert Wiederbelebung der *Convocation*. Diese ist über ein Jahrhundert lang in Wahrheit nie mehr gehalten worden, übrigens nie gesetzlich aufgehoben. Sie bestand aus 2 Häusern, dem Oberhaus (der Bischöfe) und dem Unterhaus (der übrigen Geistlichkeit in ihren Abgeordneten), und war somit eine reine Geistlichkeitssynode, wie sie dem anglikanischen System entspricht. Wenn also derzeit eine Partei der bischöflichen Kirche Wiederherstellung der Convocation fordert, so hat hiemit zwar das *Synodalprinzip*, nicht aber das Presbyterialsystem etwas an Boden gewonnen <sup>2)</sup>.

In *Irland* führte die seit mehreren Jahrzehnten eingetretene Erneuerung evangelischen und schriftmässigen Glaubens das erfreuliche Ergebniss herbei, dass im J. 1840 die ursprüngliche „*Synode von Ulster*“ und die im vorigen Jahrhundert von derselben abgezweigte *Secedersynode*, „*die presbyterianische Synode von Irland*“, sich wieder vereinigten und zur „*Generalversammlung der presbyterianischen Kirche von Irland*“ zusammengethatten. Sie zählen 34 Presbyterien mit 472 Gemeinden von 650,000 Seelen im Ganzen, bei 456 Geistlichen. Ihre Synoden treten regelmässig in

<sup>1)</sup> Vergl. *NEWMAN*, *Lectures on the prophetical office of the church*, 2. ed. 1838. S. 50 ff. 243 ff. *BIBER*, *Standard of Catholicity*. 1840. S. 202 ff. 225 ff. 249 ff. 350 ff. *ARMAND DE MESTRAL*, *L'école théol. d'Oxford*. 1843. S. 21 ff. 27 ff. 87. ff. *UHDEN* a. a. O. S. 80 ff.

<sup>2)</sup> Vergl. *SCHÖLL*, *die Convocation der englischen Kirche*, in *NIEDNER's Zeitschrift für hist. Theol.* 1853, S. 85 ff.

Belfast zusammen, wo sie auch eine wissenschaftliche Bildungsanstalt haben. Die irische Synode und presbyterianische Kirche ist selbständige, pflegt aber, wie auch die englischen Presbyterianer, brüderlichen Verkehr mit der schottischen Kirche. Als der Confliet der letzteren mit dem Staat über das Patronatsrecht immer ernster wurde, so erschienen im J. 1841 Abgeordnete der irischen presbyterianischen Kirche in der Generalversammlung, um die Schotten ihrer Theilnahme zu versichern und ihnen für den Fall der Noth Hülfe zuzusagen. Die Bildung der „freien Kirche“ begrüssten sie mit um so lebhafterer Freude, je länger die irische Presbyterianerkirche sich schon in dem von den Schotten erst angestrebten Verhältniss befand, nämlich: Verbindung mit dem Staat und Unterstützung durch denselben, ohne Patronat und ohne Abhängigkeit vom Staat.

So steht in der Gegenwart in Schottland eine presbyterian und synodal verfasste Staatskirche neben einer ebenso, doch mit überwiegendem Gemeindeelement und in der Trennung vom Staat organisierten „freien Kirche,“ nebst mehreren ebenfalls presbyterianischen Secedergemeinschaften, in England die presbyterianer Synode, in Irland die presbyterianische Generalversammlung; die zwei letzteren Organismen mit der „freien Kirche“ Schottlands innig verbunden. Im Ganzen ist deutlich, dass das Presbyterialsystem im britischen Reiche während dieses Jahrhunderts einen neuen Aufschwung genommen hat<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> HETHERINGTON. a. a. O. S. 770. SACK. a. a. O. I. 261 f. WIGGERS. a. a. O. II. 371.



## DRITTES CAPITEL.

### **Nord-America.**

---

Im Jahr 1783 wurde der Friede geschlossen, durch welchen die Unabhängigkeit der vereinigten Staaten Nord-America's von England anerkannt wurde. Die errungene Unabhängigkeit des Landes scheint den Presbyterianern einen Aufschwung gegeben zu haben, denn einige Jahre darauf (1788) gaben sie sich, nach dem Muster der schottischen Kirche, eine neue Organisation zum Behuf engerer Vereinigung aller Gemeinden. Im J. 1789 trat die aus Pfarrern und Aeltesten gebildete Generalsynode erstmals zusammen; unter ihr, der die oberste Leitung zukommt, sind 20 Synoden, 104 Presbyterien, gegen 3000 Gemeinden vereinigt. Die Presbyterianer traten aber auch mit den Congregationalisten von Neu-England (den 6 nordöstlichen Staaten) in brüderlichen Verkehr. Von 1766 an standen sie in einem Vertrag mit ihnen, im J. 1801 aber schlossen sie eine förmliche organische Verbindung mit denselben: *Plan of Union* between Presbyterians and Congregationalists in the New Settlements. Die Hauptbestimmungen sind folgende: eine congregationalistische Gemeinde darf einen presbyterianischen Prediger berufen und umgekehrt; eine presbyterianische und eine congregationalistische Gemeinde an *einem* und demselben Ort können sich zu *einer* Gemeinde vereinigen, *einen* Geistlichen anstellen und sich durch einen gemeinschaftlichen Ausschuss regieren, während im übrigen jede Denomination ihr eigenthümliches Kirchenregiment behalten darf. Diese Vereinigung wirkte wohlthätig, mit Hülfe derselben wurden im

Lauf der Jahre 1801—1837 in den Staaten New-York und Ohio Hunderte von Gemeinden constituirt. In Folge dieses organischen Verbandes haben die Presbyterianer meistens die strengere Art, wie die eigentliche Gemeinde gebildet wird, von den Congregationalisten angenommen. Es werden nämlich nur solche Personen in die Kirchengemeinschaft aufgenommen, von denen man überzeugt ist, dass sie wahrhaft wiedergeboren sind; daher ist der erste Punkt der Prüfung vor dem Aeltestenrath (Church-session): ob der sich Meldende ein Kind Gottes sei. Diese Prüfung findet oft im Beisein der Gemeinde statt, wobei jedem Mitglied Fragen erlaubt sind, und dem Vernehmen nach sollen gerade Laien in der Regel die strengsten sein. Zum h. Abendmahl werden auch diejenigen, welche förmliche Gemeindeglieder sind, erst nach Vornahme einer weiteren Prüfung vor dem Kirchenrath zugelassen. Dadurch zerfällt die Gemeinde in eine weitere (congregation) und engere (church in full communion), eine Scheidung, die durch strenge Kirchenzucht aufrecht erhalten wird. Aber im Ganzen haben, vermöge des Unionsverbandes, die Congregationalisten mehr von den Presbyterianern angenommen als umgekehrt, denn sie haben sich die ganze presbyterianale Gemeindeorganisation und das synodale Kirchenregiment angeeignet. Die Geistlichen neigten sich in der Regel zu der presbyterianischen Kirchenform, und nicht lange nach Abschliessung der „Union“ führten die Gemeinden meist eine vollkommen presbyterianale Verfassung bei sich ein; der reine Congregationalismus nahm in dem ganzen Landgebiet, wo der „Unionsplan“ galt, rasch ab, und die ursprünglich gemischte Masse von theils presbyterianischen, theils congregationalistischen Gemeinden verwandelte sich in eine ziemlich homogene presbyterianische Kirchengemeinschaft. Ihre Geistlichen stehen unter scharfer Aufsicht der Aeltesten, von denen sie häufig und streng ermahnt werden, was ohne Zweifel dazu beigetragen hat, dass gerade die presbyterianische Geistlichkeit sich grössttentheils durch Frömmigkeit und sorgfältige Bildung auszeichnet.

Im Jahr 1838 spalteten sich die Presbyterianer in zwei Gemeinschaften gleichen Namens (Presbyterian Church). Die Differenz, welche Anlass dazu gab, bezog sich auf einen Punkt der Lehre und auf ein kirchenrechtliches Verhältniss. Das letztere ist höchst complicirt, doch lässt sich in der Kürze sagen, dass die Abweichung auf die nationale Verschiedenheit zwischen der englisch-

puritanischen und der schottischen Eigenthümlichkeit zurückkommt. Beide Parteien organisierten sich und nannten sich „Generalversammlung der presbyterianischen Kirche der vereinigten Staaten von Nord-America.“ Nur hält die Assembly der schottischen Partei ihre Sitzungen jährlich, die der puritanischen nur alle drei Jahre. Numerisch kommen sich beide Gemeinschaften ziemlich gleich, sie verfolgen ihren Lauf thatkräftig; und nachdem die anfänglich vorhandene Spannung zwischen ihnen sich gemildert hat, so hat man in America das Worts JACOB's I. Mos. XXXII: 10 auf sie angewendet und gesagt: die Presbyterianer sind zuerst nur „mit einem Stab,“ als Pilger, gekommen, jetzt sind sie „zwei Heere geworden.“

Ausser diesen zwei ganz parallelen Kirchengemeinschaften von Presbyterianern bestehen in den vereinigten Staaten noch drei presbyterianische Körperschaften, welche Abzweigungen schottischer Seceder sind, nämlich die „reformirte presbyterianische Kirche“ (Cameronianer oder Covenanter), die „associrte Kirche“ und die „associrte reformirte Kirche,“ während die seit 1810 abgesonderten „Cumberland-presbyterianer“ in Kentucky und Tennessee sich dadurch unterscheiden, dass sie gelehrte Bildung bei Geistlichen nicht für erforderlich halten. Diese von Grossbrittanien abstammende Kirchengemeinschaften nehmen insgesamt die Westminsterschriften als Norm der Lehre und Kirchenordnung an, und sind, obwohl in verschiedene Körperschaften getrennt, doch als *eine* grosse presbyterianische Familie zu betrachten, welche zusammen genommen gegen 6000 Gemeinden, mit mehr als 4000 Geistlichen und einer Seelenzahl von 3—4 Millionen, bilden <sup>1)</sup>.

Ausserdem sind in Nord-America noch zwei grössere auf presbyterian-synodalem Fuss organisierte Kirchengemeinschaften von deutscher und von niederländischer Abstammung. Die *holländisch-reformirte Kirche* hat 292 Kirchen mit ungefähr 33,500 Mitgliedern. Die *deutsche reformirte*, über ganz Pennsilvanien und Ohio, so wie über Theile von New-York, Virginien, Michigan und anderen Staaten verbreitet, theilt sich in zwei Körperschaften, die von einander unabhängig, jede unter ihrer eigenen Synode, aber in freundlichem Verkehr mit einander stehen. Der *östliche Theil*

<sup>1)</sup> DAN. RUFF, *History of the rel. denominations etc.* S. 1 ff. 21 ff. 589 ff. 615 ff. 626.

ist die ursprüngliche Körperschaft und begreift Theile von Pennsilvanien und New-York, südlich Maryland, Virginien und Karolina in sich. Die Synode heisst „*Synode der deutsch-reformirten Kirche in den Vereinigten Staaten*. Im J. 1842 standen unter ihr 10 Klassen mit 466 Gemeinden, aber nur 141 Predigern und Candidaten. Der *westliche* Theil erstreckt sich über Ohio, Pennsilvanien und die Staaten des Mississippithales. Vor 1810 war in jener Gegend nur ein einziger deutsch reformirter Geistlicher, der ganz isolirt stand. In diesem Jahr sendete die obige Synode den JACOB WILHELM DECHAUT, dem bald Andere folgten, als Missionar in den Ohiostaat. Im J. 1819 wurde die Klasse Ohio gebildet, deren Mehrheit sich 1823 oder 1824 von der Muttersynode trennte und sich als unabhängige „*Synode von Ohio*“ constituirte. Im J. 1836 erhielt die Klasse von Westpennsilvanien Erlaubniss, sich an die Synode des Westens anzuschliessen, welche nun den Titel annahm: „*Synode von Ohio und den angrenzenden Staaten*“. Die Zahl der Gemeinden wird auf 200—250 angegeben, die der Geistlichen aber nur auf 51. Das Kirchenregiment ist presbyterian. Jede Gemeinde hat ihr Consistorium oder *Vestry*, gewöhnlich aus Aeltesten und Diaconen bestehend; dass aber der Pfarrer Mitglied dieses Ortskirchenraths sein kann *oder nicht*, scheint eine Verirrung amerikanischer Demokratie in der Kirche zu sein. Die Klasse tritt jährlich zusammen, bestehend aus den Geistlichen und *einem* Aeltesten jeder Pfarrgemeinde; dieselbe wählt die Abgeordneten zu der Synode, welche jährlich sich versammelt<sup>1</sup>).

<sup>1</sup>) DAN. RUPP. a. a. O. S. 347 ff.



## VIERTES CAPITEL.

### Die Niederlande.

---

Die Kirchenverfassung, wie sie nach den Beschlüssen der Nationalsynode von Dordrecht (1619), jedoch unter wesentlichen Abweichungen von diesen, sich gebildet hatte, provinziell verschiedenen und ohne centrale Einheit, nahm mit der Republik der vereinigten Niederlande ein Ende. Durch die Staatsumwälzung von 1795 und die Gründung der „batavischen Republik“ wurde die Kirche vom Staat geschieden, und die Kirche hatte genug zu thun, um zu halten, was sie hatte; doch erhielt sich, unter den verschiedenen, sich rasch ablösenden, Entwürfen für die Staatsverfassung, die Form des Kirchenwesens im Allgemeinen, wie sie vordem gewesen war. Nach Errichtung des Königreichs Holland unter Louis BONAPARTE wurde eine neue Organisation für die reformirte Kirche entworfen, mit einer Nationalsynode nebst anderen kirchlichen Collegien. Der Plan musste indess bei der Einverleibung des Landes in das französische Kaiserreich (1810) zerrinnen; nun wurde an Einführung der „organischen Artikel“ von 1802 gedacht, aber ebenso erfolglos. Nach Wiederherstellung des niederländischen Staates (1814) war eine neue Verfassung für die Kirche nicht mehr zu umgehen, denn die frühere war, mit Ausnahme der Klassen, in Trümmer gegangen und entkräftet worden. Vorläufig nahm der Staat das Kirchenregiment in die

Hand, war aber auf Einführung einer neuen geregelten Organisation bedacht <sup>1)</sup>).

Der von einer berathenden Commission ausgearbeitete Entwurf erhielt am 6. Jan. 1816 die königliche Bestätigung und wurde im Juli darauf von einer allgemeinen Synode angenommen als „Allgemeine Ordnung des Kirchenregiments der reformirten Kirche.“ Es ist darin eine Reihe von Kirchenbehörden für die Gemeinde, die Klasse, die Provinz und die Landeskirche aufgestellt, die stufenweise aus einander hervorgehen und in der allgemeinen Synode gipfeln. In letzterer hat die Landeskirche die Einheit gefunden, welche ihr früher fast immer fehlte, wie denn auch in allen Provinzen gleichmässige Einrichtungen getroffen wurden. Diese Einrichtungen sind wesentlich presbyterian und synodal, sofern Ortskirchenräthe mit Aeltesten und Diaconen, ferner Klasse, Klassikalbehörde, Provinzialbehörde, und Synode geordnet sind. Nur ist zu bemerken, dass auf den drei Stufen des Synodalwesens den Predigern ein unverhältnissmässiges Uebergewicht über die Aeltesten zugetheilt worden ist, und dass dem Staat ein höchst bedeutender Einfluss auf Ernennung der Mitglieder der drei höheren Stufen eingeräumt war <sup>2)</sup>).

Diese durch den Einfluss des Staats ziemlich temperirte Kirchenverfassung ging von da an ihren Gang geregelt fort, und die allgemeine Synode gab seither verschiedene Kirchengesetze. So entwarf z. B. gleich die constituirende Synode 1816 ein „Reglement für kirchliche Aufsicht und Zucht“, das nach erhaltener königlicher Sanction eingeführt wurde. Sodann ist auch ein neues Organ gegründet worden: die allgemeine Synodalecommission. In den Jahren 1821 und 1824 waren Synodalecommissionen für spezielle Zwecke niedergesetzt und später wieder aufgelöst worden; nun wurde im J. 1827 eine „allgemeine Synodalecommission,“ als *bleibender* Ausschuss der allgemeinen Synode, zur Besorgung des Laufenden und als stetige Vertretung der reformirten Kirche niedergesetzt, aus sieben Mitgliedern bestehend, die der König

<sup>1)</sup> YPEY en DERMOUT, *Geschiedenis* etc. IV. 138 ff. 289 ff. 356 ff. 396 ff. 479 ff. 650 ff. ROYAARDS, *hedendaagsch Kerkregt.* I. 59 f.

<sup>2)</sup> „Algemeen Reglement voor het Bestuur der Hervormde Kerk in het Koninkrijk der Nederlanden.“ Diese Verfassung liegt dem System des „heutigen Kirchenrechts“ zu Grunde, das ROYAARDS in dem angeführten Werk entwickelt hat. Vergl. WIGGERS, *kirchl. Statistik.* II. 260 ff.

nach einem doppelt so starken Vorschlag der Synode erwählte. Die Commission tritt zweimal des Jahrs zusammen. Durch das Bestehen derselben wird übrigens das Wesen der Kirchenverfassung nicht verändert, denn sie ist kein kirchenregimentliches Collegium <sup>1)</sup>).

Da aber das Grundgesetz von 1816 selbst einer durchgreifenden Revision bedurfte, so nahm die allgemeine Synode im J. 1847 eine solche vor, und entwarf 1848 ein ganz neues Reglement, das jedoch im J. 1849 die Stimmenmehrheit nicht erhielt; endlich kam in der Synode von 1850 und 1851 ein allgemeines Reglement zu Stande (am 9. Sept. 1851 von der Synode angenommen), das am 23. März 1852 die königliche Sanction erhielt und jetzt Gesetzeskraft hat, so dass hiemit das kirchliche Grundgesetz von 1816 aufgehoben ist <sup>2)</sup>).

In dem neuen Kirchenverfassungsgesetz ist wesentlich die Grundform beibehalten, wie sie seit 1816 feststand, doch sind mehrere nicht unbedeutende Veränderungen darin angebracht. In jeder Gemeinde, wo es nicht an Personen dazu fehlt, soll ein *Kirchenrath* bestehen; der allgemeine Kirchenrath, wie er in allen Gemeinden aufzustellen ist, besteht aus Prediger, Aeltesten und Diaconen; in grösseren Gemeinden aber, wo drei oder mehr Prediger angestellt sind, findet ein „besonderer“ Kirchenrath statt, zu welchem ausser den Predigern nur die Aeltesten gehören, während die Diaconen alsdann ein eigenes Collegium bilden. Das Recht, Prediger, Aelteste und Diaconen zu wählen, beruhet, wie es bereits ist ausgesprochen, bei der Gemeinde: die Ausübung aber dieses Rechtes erwartet bis jetzt spezielle Reglementen. Die Landeskirche ist nun in 43 Klassen, unter 10 Provinzialkreisen, eingetheilt; sie zählte 1850 4,273 Gemeinden mit 1508 Predigern und 4,661,661 Seelen. Die Klassenversammlung „Klassikale vergadering“ <sup>3)</sup>), welche jährlich Ende Juni zusammentritt, besteht jetzt aus einer grösseren Anzahl Aeltesten, neben den Predigern, als nach dem Gesetz von 1816 der Fall war;

<sup>1)</sup> ROYAARDS. a. a. O. I, 96 ff. 99 ff.

<sup>2)</sup> *Allgemeine Kirchenzeitung*. 1851 Nr. 81. 1852. Nr. 103 f.

<sup>3)</sup> Die Uebersetzung des Terminus: *klassikaal Bestuur*, *Prov. Kerkbestuur*, als „Synode“ bringt in den Text des Kirchengesetzes der *Allg. K. Zeitung*. 1851. Nr. 81 einige Verwirrung; wir übersetzen *Bestuur*: Behörde, und *Vergadering*: Synode, wodurch die Sache deutlicher werden wird.

jetzt ist nur noch bestimmt, dass die Zahl der Aeltesten die der Prediger nicht übertreffen darf. Während diese Versammlung bisher im Grund ein blosses Wahlcollegium war, d. h. *Vorschläge* zu machen hatte für die Ernennung von Mitgliedern der Klassikalbehörde, ernennt sie jetzt die Mitglieder der *Provinzial- und Klassikalbehörde* (*Provinciaal Kerkbestuur klassikaal en Bestuur*) direct. Immerhin hat dieser stehende Ausschuss der Klasse mehr zu bedeuten als die „klassikale vergadering“ selbst, aus der er hervorgeht: er führt kirchliche Aufsicht, hält Kirchenvisitationen und übt in Sachen kirchlicher Disciplin und in Streitigkeiten richterliche Funktionen, wie er denn Prediger und Candidaten, Aelteste und Diaconen suspendiren kann. Dieses Collegium, in welchem die Zahl der Aeltesten jetzt ebenfalls vermehrt ist (so dass auf je zwei Prediger ein Aeltester kommen soll) tritt sechsmal des Jahrs zusammen. Die eigentliche Provinzialsynode, welche von 1619—1795 eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist im neuen Kirchengesetz, wie in dem von 1816, völlig abhanden gekommen. Dagegen besteht in jeder Provinz eine *Provinzialbehörde* (*Provinciaal-Kerkbestuur*) von so vielen Predigern, als die Kirchenprovinz Klassen zählt, wo zu noch *ein* Prediger kommt als Schriftführer, überdiess aus einem Aeltesten auf zwei. Den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und den Schriftführer wählt jetzt das Collegium selbst, während bisher der König den Vorsitzenden ernannte. Die Provinzialbehörde tritt dreimal des Jahrs zusammen, führt Aufsicht über Klassen und deren Behörden, erlässt provinziale Verordnungen in Kirchensachen, erkennt über Absetzung von Predigern, Aeltesten u. s. w. und prüft die Candidaten, was bis zu dem Jahre 1816 eine Funktion der Klasse gewesen war. Die höchste gesetzgebende, richterliche und verwaltende Behörde ist die *allgemeine Synode*. Sie versammelt sich einmal jährlich im *Haag*, am ersten Mittwoch des Juli, und es sitzen in ihr zehn je von einer Provinzialbehörde erwählte Prediger, während die Commission für die wallonischen Kirchen, die Commission für die ost- und westlindischen Kirchen, und die Kirchenbehörde in Limburg je einen Prediger abordnet; dazu kommen drei Aelteste (statt von 1816 an nur einer), welche von den Provinzialbehörden nach einer Reihenfolge abwechselnd gewählt werden, und je ein Abgeordneter der drei theologischen Fakultäten von *Leyden*, *Utrecht* und *Groningen*. Mit Vollziehung der Beschlüsse und Besorgung der laufenden Geschäfte wird die

*allgemeine Synodalcommission* beauftragt, bestehend, ausser dem Präsidenten, Vicepräsidenten und Schriftführer der Synode selbst, aus drei Predigern und drei Aeltesten, die von der Synode auf drei Jahre gewählt werden, und einem Professor der Theologie.

Es ist anzuerkennen, dass die neue revidirte Verfassung einen Fortschritt auf der Bahn presbyterialer und synodaler Entwicklung darstellt, hauptsächlich in zwei Punkten, erstlich sofern das Aeltestenelement zu stärkerer Vertretung auf den Stufen des Synodalwesens gelangt ist, als diess nach dem Reglement von 1816 der Fall war; zweitens, sofern die Kirche an Autonomie gegenüber dem Staat gewonnen hat.



## FUNFTES CAPITEL.

### **Deutschland.**

---

Zuerst ziehen die altpresbyterianen Landeskirchen unsere Aufmerksamkeit an, und zwar, wie billig, voran *Rheinland* und *Westphalen*. Durch die Kriegszeiten im letzten Jahrzehent des XVIII. Jahrhunderts war das Kirchenwesen im Rheinland in grossen Verfall gerathen; Presbyterien, Klassen und Synoden hatten ihrer Pflicht nicht mehr nachkommen können. Da nun der Niederrhein zuerst von den Franzosen besetzt (1794), sodann durch Verträge an Frankreich abgetreten worden war, dem er bis zu Napoleon's Sturz (1814) einverleibt blieb, so wurden die „organischen Artikel“ vom 18. Germinal X. (1802) auch hier Kirchengesetz, und zwar verdankte man ihnen, wiewohl die neue Organisation in den deutschen Ländern am Rhein während der Fremdherrschaft nicht völlig zur Vollziehung kam, doch einige Herstellung der zerfallenen und zerrütteten kirchlichen Ordnung.

Den Artikeln gemäss wurden auch bei den Reformirten am linken Rheinufer *Localconsistorien* errichtet durch die Wahl von je zwölf Notabeln als weltlichen Mitgliedern, doch fehlte es an mannigfachen Mängeln und Gebrechen nicht. Sehen wir auf das rechte Ufer des Niederrheins, so blieb hier der bisherige presbyterian-synodale Organismus im Ganzen unverändert. Im Bergischen wurden die Synoden ungehindert fort gehalten, namentlich fanden die Klassenversammlungen fleissig Statt. Auch im Märkischen behauptete man sich möglichst in der alten Verfassung, hielt die Synoden von 1808—1813 jährlich: übrigens

musste man den Verfall der Kirchenzucht schmerzlich beklagen, und die Synoden empfahlen ernstlich, durch Lehre und Ermahnung für die Sittlichkeit zu wirken. Im J. 1811 wurde das zweihundertjährige Gedächtnissfest des Bestandes der Synoden mit wehmüthigen Gefühlen gefeiert <sup>1)</sup>.

Nach der Befreiung von der französischen Herrschaft standen die eroberten Länder 1813—1816 unter Generalgouverneuren. Ein Consistorium für das „Grossherzogthum Berg“ wurde in Düsseldorf errichtet, und demselben Entwerfung einer neuen Kirchenordnung aufgetragen. Als aber viele evangelische Gemeinden sich für Aufrechthaltung der hergebrachten Synodal- und Presbyterialverfassung verwendeten, so erklärte der Gouverneur, russische Etatsrath GRUNER (1. Juli 1814), dass dazu kein Bedürfniss vorhanden sei; und weder Klassen noch Synoden durften sich ferner versammeln. Im Gouvernement Mittelrhein und Niederrhein, und im westphälischen Gouvernement zwischen Weser und Rhein wurden vorderhand die Einrichtungen der organischen Artikel unverändert beibehalten. Nur in Cleve und Mark, wo sich bis dahin die Synodal- und Presbyterialverfassung im Ganzen behauptet hatte, blieben selbst unter dieser provisorischen Verwaltung die kirchlichen Organen in üblicher Weise in Thätigkeit; lutherische Synoden wurden in Hagen gehalten, 1814 ff. reformirte Synoden 1814—16 zu Camen, Hagen, Iserlohn <sup>2)</sup>.

Als der Wiener Congress (1815) der Krone Preussen die Territorien zutheilte, welche von da an die Provinzen Rheinland und Westphalen bildeten, bestanden in der evangelischen Kirche der *Rheinlande* dreierlei kirchliche Verfassungen in Kraft: 1. die französischen Localconsistorien, nach den organischen Artikeln, 2. die Presbyterien und Synoden nach den alten Kirchenordnungen; 3. die deutschen Consistorien, nach den in einzelnen Bezirken geltenden Statuten. Nun war die Aufgabe, diese Verfassungen im Wege besonnener Entwicklung so zu vereinigen, dass das vorhandene Gute in denselben mit einander verschmolzen wurde. Im französischen Organismus war das presbyteriale Element über die Gebühr hintangesetzt, und in der Praxis stand vielfacher Willkür Thüre und Thor offen. Die Presbyterial- und Synodal-

<sup>1)</sup> JACOBSON, *Gesch. der Quellen* etc. S. 765 ff. 786 ff. 815. 821 f.

<sup>2)</sup> JACOBSON. a. a. O. S. 845. 853.

verfassung entsprach mehrfach dem Bedürfnisse der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr; überdiess machte der Staat, dessen Oberhaupt selbst dem evangelischen Bekenntniss angehörte, Anspruch auf Mitwirkung in Kirchensachen durch das Element landesherrlicher Consistorien, während früher, der katholischen Regierung gegenüber, die vollständige Autonomie der Kirche in Isolirung vom Staat am Platz gewesen war.

Am 22<sup>ten</sup> und 23<sup>ten</sup> April 1816 traten nun die Consistorien zu Köln und Coblenz in's Leben, jenes mit 135 reformirten und 78 lutherischen Gemeinden unter sich. Kreissynoden wurden aufrecht erhalten und zugleich, durch Anreguug zur *Union* der Reformirten und Lutheraner, die Vereinigung der bisher getrennten beiderseitigen Diöcesen bewirkt. Am 10 Mai 1817 veranlasste das Ministerium die Berufung der Kreissynoden zur Berathung über einen neuen Synodalordnungs-entwurf; und am 20 Aug. wurden dieselben vom Consistorium ausgeschrieben, aber so, dass nur Pfarrer zusammentreten sollten, weshalb die in Crefeld versammelten Prediger erklärten: weil keine Aeltesten gegenwärtig seien, so seien sie in keiner rechtmässigen Synode versammelt, wollten deshalb blos berathen, nicht beschliessen. Uebrigens missbilligten fast alle diese Kreissynoden den vorgelegten Entwurf, und forderten, dass man im wesentlichen die uralte bestehende Verfassung zu Grunde lege. Nun wurde im Nov. 1818 zu Duisburg eine Provinzialsynode mit Zuziehung von Aeltesten gehalten, deren Gutachten über den Synodalentwurf aber gleichfalls dahin ging, dass derselbe durch Unterwerfung der Kirche unter den Staat dem Recht der Kirche überhaupt, insbesondere aber dem bestehenden Kirchenrecht dieser Provinz zuwiderlaufe, und dass das letztere, mit Presbyterial- und Synodalverfassung, im Namen der Kirche als ein Recht und eine Wohlthat reclamirt werden müsse. Eine zweite Provinzialsynode zu Elberfeld im Apr. 1820 handelte im gleichen Sinn. So wurde denn vorderhand der provisorische Zustand der Kirchenverfassung beibehalten, aber durch die neuen Verwaltungsgrundsätze in der Weise modifizirt, dass die Localconsistorien in blosse Presbyterien umgestaltet und theils (ad interna) den Inspectoren, Kreissynoden, dem Consistorium, theils (ad externa) der Regierung untergeordnet wurden. Uebrigens behielt sowohl der Staat als die Kirche die endliche Feststellung einer Kirchenverfassung als Ziel im Auge.

Im J. 1823 erneuerten die Kreissynoden im Wesentlichen die früheren Anträge, und 1824 gaben Deputirte des Elberfelder Sprengels bestimmtere Anträge beim Ministerium ein, das sich günstig äusserte. Im Sommer 1827 berieth das geistliche Ministerium zu Berlin mit dem dorthin berufenen Präses der Provinzialsynode Cleve-Berg, Pfarrer Ross, den Entwurf der Kirchenverfassung, und dieser wurde im Jan. 1829 von den Kreissynoden im Ganzen gebilligt. Im J. 1830 nahm die Provinzialsynode zu Köln die Agende einhellig an und bat um baldige Erfüllung der königlichen Verheissung vom 2 Febr. des J., dass die alte Kirchenverfassung mit zeitgemässen Verbesserungen werde bestätigt werden. Ebenso sprach sich die Coblenzer Provinzialsynode im Juni 1830 aus<sup>1</sup>).

In *Westphalen*, wo bisher theils die reine Consistorialverfassung, theils die Presbyterial- und Synodalverfassung bestanden hatte, wurde der märkische Organismus auf die ganze Provinz ausgedehnt. Das Consistorium zu Münster veranlasste Berathung des Entwurfs einer Synodalordnung theils durch die Kreissynoden, theils durch freie Versammlungen. Im Sept. 1819 gab die Provinzialsynode zu Lippstadt ihr Gutachten sehr entschieden im Sinne presbyterialer Autonomie und mit ausdrücklicher Berufung auf die Weseler Beschlüsse von 1568; sie verwarf zugleich das episcopale und consistoriale Element schlechthin. Weil aber die Regierung in diesem Stücke nicht nachgeben wollte, so musste der Zwischenzustand fortdauern, in welchem übrigens die Kirche durch die fortdauernd gehaltenen Kreissynoden festere Haltung gewann. Indessen fingen die Synoden von 1832—34 an auf Wiederherstellung der alten Verfassung, so wie sie gewesen war, zu verzichten und suchten nur noch möglichst viel davon zu retten. Die rechte Empfänglichkeit für die Erneurung der kirchlichen Zustände war allseitig nicht nur bewahrt, sondern auch neu belebt worden; das freie körperschaftliche Bewusstsein war in der Bildung mannigfacher religiöser und kirchlicher Vereine gepflegt worden, und die Union der Reformirten und Lutheraner, hier mit Bewahrung des Bekenntnisses und Charakters beider Kirchen vollzogen, hatte besonders seit dem Jubelfest des Augsburgischen Bekenntnisses bedeutende Fortschritte gemacht. Im J. 1835 nahm der bisherige vorläufige Zustand ein Ende: der König bestätigte am

<sup>1</sup>) JACOBSON, a. a. O. 861 ff. 882 ff.

5 März die neue Kirchenordnung für beide Confessionen in Rheinland und Westphalen, während zugleich Agende und Gesangbuch eingeführt wurden, also für Gottesdienst und Verfassung zumal neue Ordnungen erschienen.

Die *neue Kirchenordnung* beruht auf den in beiden Provinzen bisher geltenden Kirchenordnungen und den eingeholten Gutachten und Anträgen der Synoden. Indessen ist die eigentliche Grundlage der Entwurf der Synodalordnung und die Anleitung zur Kirchenordnung von 1817. Diese beiden Entwürfe hatten in der Hauptsache die Consistorialverfassung, jedoch beschränkt durch die Synodal- und zum Theil durch die Presbyterialverfassung, aufgestellt, wornach übrigens die Aeltesten zu Synoden nicht zugezogen werden sollten. Dieser Grundgedanke wurde, in Folge der aus beiden Provinzen ergangenen Gutachten und Anträge, schon in einem Entwurf von 1827 verlassen, so dass jetzt das neue Gesetz (1835) umgekehrt die Presbyterial- und Synodalverfassung enthielt, nur beschränkt durch die Consistorialverfassung, andererseits aber auch erweitert dadurch, dass neben dem Presbyterium eine erweiterte Vertretung der Ortsgemeinde in der „grösseren Gemeinderepräsentation“ eingeführt wurde, eine Art Mittelglied zwischen der Gemeinde und ihrem Presbyterium. Die Gesamtheit der Gemeinden eines Bezirks bildet die Kreisgemeinde mit der *Kreissynode* (früher „Klasse“) und deren Directorium (Moderatoren), namentlich einem durch die Kreissynode auf sechs Jahre gewählten Superintendenten. Aus den Kreisgemeinden bildet sich die Provinzialgemeinde mit der *Provinzialsynode* und dem vom König ernannten Generalsuperintendenten<sup>1)</sup>.

Nach Bekanntmachung der Kirchenordnung wurde alsbald die Wahl der Presbyterien und der grösseren Repräsentation veranlasst und bestimmt, dass die Kreissynoden berufen und die dazu abzuordnenden Aeltesten gewählt werden sollen. Nach statt gefundenen Berathungen der Kreissynoden traten die ersten Provinzialsynoden zusammen (für Rheinland in Neuwied Aug. 1835, für Westphalen in Soest, Oct. d. J.), worauf je nach drei Jahren dieselben sich wiederholten. Die erste rheinische Provinzialsynode vereinigte sich über mehrere Anträge auf Fortbildung der neuen Kirchenordnung im Sinne der Autonomie der Kirche, auf welche aber ein ablehnender Bescheid

<sup>1)</sup> JACOBSON, a. a. O. 892 ff. 906 ff.

erfolgte<sup>1)</sup>). Dennoch wurde dieses Ziel fest im Auge gehalten und später weiter verfolgt. Das Kultusministerium des Herrn von ALTENSTEIN hemmte das Wirken dieser Kirchenordnung vielfach durch territorialistische Massregeln. Hingegen unter dem Ministerium EICHHORN wurde der Provinzialsynode freimüthige Prüfung der Kirchenordnung von 1835 anheimgegeben, die denn auch darauf einging, und Reinigung derselben von Bestimmungen, welche die Kirche von Staatsbehörden allzusehr abhängig machen, dagegen vollere Durchführung des presbyterianen Prinzips forderte. Die ausserordentlichen Provinzialsynoden beider Provinzen im Frühjahr 1849 haben nun, nachdem die Kreissynoden vorgearbeitet hatten, in dieser Richtung Beschlüsse gefasst, und vereinigte Commissionen beider Provinzialsynoden (13. März 1850 zu Duisburg zusammengetreten) haben sodann nach Massgabe dieser prinzipiellen Beschlüsse eine vollständige Revision der Kirchenordnung ausgearbeitet, welche hierauf in den ordentlichen Provinzialsynoden 1850 berathen und durch einen Ausschuss (Jan. 1851) schliesslich festgestellt wurde. Dieser Entwurf erkennt zwar das Hoheitsrecht des Staates zur Oberaufsicht in Kirchensachen und die Rechte des evangelischen Königs an, behält auch das Consistorium mit gebührender Selbständigkeit bei, geht aber hauptsächlich darauf aus, das presbyterianale Prinzip vollständiger und reiner durchzuführen, weshalb gefordert ist, dass künftig sämtliche Kirchenältesten, nicht blos wie seit 1835 die *älteren* unter denselben, Mitglieder der Synoden werden können. Zugleich ist darauf gedrungen, dass die Kirche in ihren Organen ihre Angelegenheiten, ohne positives Eingreifen der Staatsbehörden, selbständig zu ordnen und zu verwalten habe. Dieser Entwurf hat neuerdings die königliche Sanction erhalten.

Die presbyterian und synodal verfasste rheinisch-westphälische Kirche, in der sich unter wechselnden Schicksalen diese Kirchenverfassung als ein meist treu bewahrtes und mit Liebe gepflegtes, theures Erbgut der Väter erhalten hat, steht für die evangelischen Länder Deutschlands als ein lebendiges Zeugniß gesegneter Wirkungen der Presbyterialverfassung da und hat besonders das Bemerkenswerthe, dass auch zahlreiche lutherische Gemeinden in jenen Provinzen, wie früher die Aeltestenordnung auf der Stufe

<sup>1)</sup> JACOBSON, s. 913 ff.

der Ortsgemeinden, so seit 1835 auch die Synodalverfassung sich mit Liebe angeeignet haben und, ohne ihr Sonderbekenntniss daran zu geben, mit Treue festhalten. Hiezu hat, wie wir gesehen, die Union zwischen Reformirten und Lutheranern, welche in den genannten Provinzen in den Jahren der Gedächtnissfeier der Reformation (1817. 1830) befördert wurde, wesentlich beigetragen.

Diese Bemerkungen führen uns auf die Bedeutung und den Einfluss, welchen das Presbyterialsystem im übrigen Deutschland und in der protestantischen Kirche überhaupt in neuerer Zeit gewonnen hat. Wir glauben hiebei *drei Epochen* unterscheiden zu müssen, welche je durch eigenthümliche Charakterzüge sich gegen einander abscheiden, während sie in der Annäherung zum Presbyterialsystem einander gleich kommen. Die erste Epoche nennen wir die der *Befreiungskriege* und der *Union*; sie erstreckt sich von 1813—1821. Nach einem ruhigeren Verlauf in den Jahren 1821—1830 trat 2. die Epoche des politischen *Constitutionalismus* und des kirchlichen *Repräsentativsystems* ein, 1830 und in den nächsten Jahren. Wieder folgte eine gewisse Pause, dann brach 3. die Epoche des Jahrs 1848 an, welche wir als die der *Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat* charakterisiren dürfen.

Die erste Epoche, die der *Freiheitskriege* und der *Union*, war eine Zeit, wo das christliche Leben und kirchlicher Sinn wieder erwachte, daher auch das Bedürfniss einer Neubildung des kirchlichen Organismus sich fühlbar machte. Solchen Regungen entgegenkommend berief die *preussische* Regierung im J. 1814 eine Commission von Geistlichen zur Berathung über Reform der Kirchenverfassung auch für die östlichen Provinzen der Monarchie. Diese beantragte vorerst Wiederherstellung der, durch Verordnung vom J. 1808 aufgelösten, Consistorien, und Errichtung eines Oberconsistoriums, fasste aber auch Wiederbelebung des synodalen Elements der Kirchenverfassung, auf der Grundlage von Presbyterien, in's Auge. In Folge dessen wurden 1815 die Consistorien wiederhergestellt und somit ein Act zurückgenommen, der die Kirche völlig zu einem Zweig der Staatsverwaltung herabgesetzt und den letzten Rest ihrer Autonomie getilgt hatte; doch geschah diess nur in unvollkommener Weise. Ferner wurden durch eine Verordnung vom 2. Jan. 1817. Presbyterien und Synoden verheissen, auch eine Generalsynode in Aussicht gestellt. In den

nächsten 2 Jahren befassten sich Kreis- und Provinzialsynoden der Geistlichen mit Verfassungsplänen, aber man kam über das Planemachen nicht hinaus, denn man hatte vorderhand mit Union und Agende vollauf zu thun. Um diese Zeit stellte in *Württemberg* die Synode d. h. die Generalsuperintendenten in Verbindung mit dem Consistorium, dem Kultministerium das Bedürfniss einer besseren Einrichtung der Kirchenconvente<sup>1)</sup> vor; darauf wurde 1817 von Seiten der Regierung Prüfung der bestehenden Kirchenconventsordnung und Vorlegung eines Entwurfs für Verbesserung und Belebung des Instituts gefordert, und nun trug 1821 die Synode darauf an, dass künftig nur noch die Hälfte der Mitglieder des Kirchenconvents durch Cooptation aus der Mitte des bürgerlichen Gemeinderaths, die andere Hälfte aber aus und von sämtlichen Gemeindegliedern gewählt werden sollte; ferner dass der Kirchenconvent innerhalb seines Berufskreises Recht und Pflicht erhalten solle, im Namen der Kirchengemeinde zu handeln, auch Bitte, Vorstellung und Beschwerde bei den höheren Behörden anzubringen. Beide Vorschläge waren, wie man sieht, auf wirkliche Fortbildung, auf conservative Reform des Bestehenden, auf Anbahnung einer presbyterianischen Verfassung der Gemeinde gerichtet. Im gleichen Jahre richtete übrigens die Synode auch den Antrag auf eine Generalsynode an das königliche Ministerium; der letztere Antrag hatte gar keinen Erfolg, und die ersten wurden durch eine „Amtsvorschrift“ für die Kirchenconvente in der Hauptsache beseitigt.

In einigen deutschen Gebieten führte übrigens das Unionswerk dieser Epoche eine Umbildung der Kirchenverfassung im Sinn des Presbyterial- und Synodalsystems herbei. In *Rheinbayern* schon im J. 1818. Die Protestanten lutherischen und reformirten Bekenntnisses im damaligen „Rheinkreis“ sprachen nämlich mit grosser Mehrheit gegen König MAX JOSEPH von BAYERN den Wunsch aus, sich zu einer evangelisch-christlichen Kirche zu vereinigen. Der König nahm diesen Wunsch gnädig auf und bewilligte zu diesem Zweck eine „Generalsynode“ des Kreises, mit der Weisung, in gemeinschaftlichen Beschlüssen, welche sich auf Lehre, Gottesdienst, Schule und Kirchenverfassung zu erstrecken hätten, die Art der Vereinigung, unter gegenseitiger Uebereinkunft, genau festzusetzen. Die

<sup>1)</sup> S. oben 8. 224.

demgemäß von der Synode beschlossene „Vereinigungsurkunde“ erhielt, mit einigen vom protestantischen Oberconsistorium zu München beantragten Abänderungen, am 10. Oct. 1818 die landesherrliche Genehmigung, und die Vereinigung beider Confessionen wurde so fort auf dieser Grundlage vollzogen. Die neue Kirchenverfassung war ein integrierender Theil der „Vereinigungsurkunde,“ und die praktische Einführung derselben war nur ein Theil des Unionsactes selbst. Die rheinbayerische unirte Kirchenverfassung behält, nach lutherischem Herkommen, das vom Landesherrn besetzte Provinzialeconsistorium, mit dem vorgesetzten Oberconsistorium zu München bei, ordnet aber, nach reformirtem Vorgang, Presbyterien, Diöcesansynoden und allgemeine Synoden an. In jeder Pfarrgemeinde steht ein sich selbst ergänzendes *Presbyterium*, das aber nur collegialisch wirkt, während dessen *einzelnen* Mitgliedern kein Wirkungskreis angewiesen ist<sup>1)</sup>). In jeder Inspection wird eine *Diöcesansynode* gehalten, wozu sämtliche Bezirksgeistliche und halb so viele weltliche Mitglieder (die aber nicht Mitglieder von Presbyterien sein müssen) gehören. Endlich tritt alle vier Jahre die *allgemeine Synode* zusammen; die Räthe des Consistoriums sind Mitglieder derselben, die Leitung steht einem Mitglied des Oberconsistoriums zu. So hat die Union zu einem gegenseitigen Austausch und zu Verschmelzung von Verfassungsformen geführt, und diese combinirte Kirchenverfassung war selbst ein Organ und Mittel zur Verwirklichung der Union zwischen Lutheranern und Reformirten: übrigens weicht dieselbe von der ächten Presbyterialverfassung in wesentlichen Punkten ab. In *Bayern* diesseits des Rheins wurden *Synoden*, mit Gemeindegliedern als Abgeordneten, jedoch keine Presbyterien eingeführt; man beabsichtigte zwar auch diese einzuführen, die Sache scheiterte aber (1820) an dem Widerspruch, der sich gerade aus der Mitte der Gemeinden leidenschaftlich erhob, indem man hierarchischen Glaubenszwang befürchtete.

Auch im Grossherzogthum *Baden* hing die Einführung der Presbyterial- und Synodalverfassung mit der Union zwischen Lutheranern und Reformirten zusammen. Der obere Landestheil, die

<sup>1)</sup> Der altkirchliche Name: *Aciteste* kommt in der ganzen Urkunde gar nie vor. S. *Urkunde der Vereinigung u. s. w.*, in: *Gutachten deutscher Fakultäten u. s. w.* SPEIER 1851, S. 5. 17 ff.

Markgrafschaft Baden, war nämlich, mit Ausnahme von sieben Gemeinden, lutherisch und stand bisher unter einem landesherrlichen Kirchenrath, dem die Superintendenten, Pfarrer und Gemeinden untergeben waren. Es fanden dabei Synoden der Geistlichen statt, und in den Gemeinden bestand eine Kirchencensur, aus dem Ortsvorstand, Almosenpfleger und einigen anderen (nicht von der Gemeinde gewählten) Mitgliedern gebildet, die auf Geld-, Freiheits- und Leibesstrafen erkennen konnte. In dem unteren, pfälzischen Anteil dagegen herrschte der reformirte Typus vor, mit Presbyterien, Klassenconventen, Provinzial- und allgemeinen Synoden, die sich aus besseren Zeiten der Rheinpfalz her erhalten hatten, jetzt aber ohne Kraft und Leben waren. Sobald diese beiden Landestheile unter *einem* Fürsten, KARL FRIEDRICH, vereinigt waren, so ging sein Bestreben auf Ausgleichung des Gegensatzes in der Kirchenverfassung, daher 1807 der pfälzische Kirchenrath mit dem badischen Consistorium verschmolzen wurde. Das Werk der Union zwischen beiden Confessionen kam endlich 1821 durch die Generalsynode zu Stand und die Kirchenverfassung der unirten badischen Landeskirche wurde nun so geordnet, dass der Oberkirchenrath die landesherrliche Kirchengewalt handhabt, während jede Pfarrgemeinde einen „Kirchengemeinderath“ bekommt, Specialsynoden gehalten werden, und das Recht der Aufsicht und Theilnahme an der Gesetzgebung der Generalsynode zugetheilt ist.<sup>1)</sup>.

Die *Specialsynoden*, welche alle drei Jahre unter dem Vorsitz des Decans und in Anwesenheit eines landesherrlichen Commisärs statt finden, bestehen aus sämtlichen Pfarrern und einer auf die Hälfte der geistlichen Mitglieder sich belaufenden Zahl von Deputirten der Kirchenvorstände. Zu der *Generalsynode* wählen je zwei Diözesen einen geistlichen Abgeordneten, und Wahlmänner aus den Kirchengemeinderäthen von je vier Diözesen einen Abgeordneten, welcher Mitglied eines Kirchengemeinderathes sein muss; dazu kommt ein vom Grossherzog ernanntes Mitglied der theologischen Fakultät zu Heidelberg, zwei geistliche und zwei weltliche Mitglieder der evangelischen Kirchenministerialbehörde,

<sup>1)</sup> HÜFFEL, *über das Wesen und den Beruf des ev. christl. Geistlichen.* II. 237. RICHTER, *Gesch. der ev. K.verf.* S. 249 f. HUNDESHAGEN, *die Bekenntnissgrundlage der vereinigten ev. Kirche im Gr. Herz. Baden.* 1851. S. 62 ff. 120 ff. 135 ff.

unter dem Vorsitz des landesherrlichen Commissärs. Die Generalsynode trat 1823 erstmals zusammen. — Auch im Herzogthum *Nassau* (1818) und im Grossherzogthum *Sachsen-Weimar* (1821) wurden in der ersten Epoche Kirchenvorstände errichtet, aber ohne dass die richtigen presbyterianischen Grundsätze dabei als Richtschnur dienten.

Während der nun stiller sich verlaufenden Periode von 1821—1830 erhob SCHLEIERMACHER seine gewichtige Stimme für eine durch Synoden und Presbyterien gehandhabte Autonomie der Kirche, gegenüber dem landesfürstlichen Kirchenregiment <sup>1)</sup>), und sein Votum ist von grossem Einfluss gewesen und geblieben. Bald aber trat der Zeitpunkt ein, welchen wir als *Epoche* des politischen *Constitutionalismus* und der kirchlichen *Repräsentativverfassung* bezeichnen können. Einestheils verbreiteten sich in Deutschland, geweckt durch die französische Juli-revolution 1830, politische Bewegungen im Geiste freisinnigen Verfassungslebens im Staat, worauf entsprechende Schwingungen auch auf dem kirchlichen Gebiete sich fortsetzten; anderntheils brachte das Jubelfest der Augsburgischen Confession in die kirchlichen Kreise ein regeres, frischeres Leben. Beides zusammen führte dazu, den Gedanken einer *Kirchenrepräsentation* geltend zu machen, was theils durch Schriften, theils durch das mündliche Wort in Ständekammern geschah. Sowohl Theologen als Juristen <sup>2)</sup>), vertraten die Sache der „Kirchenvertretung“ eifrig, und auf mehreren deutschen Landtagen wurden Anträge in dieser Richtung von Seiten politisch liberaler Abgeordneten eingebracht. Man ging dabei entweder vom politischen Standpunkt, oder wenigstens von dem naturrechtlichen Begriff der Gesellschaft und der Collegialrechte aus, und behauptete, der evangelischen Kirche gebühre das unveräußerliche Recht jeder Gesellschaft, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten. Ueberhaupt hatte man überwiegend nur Rechte, Befugnisse der Kirche und ihrer Vertreter vor Augen, weniger dagegen die Pflichten der Gemeinde und ihrer Amtsträger gegen den Herrn der Kirche.

<sup>1)</sup> Ueber das liturgische Recht evangelischer Landesfürsten, unter dem Namen *PACIFICUS SINCERUS*, 1824 herausgegeben.

<sup>2)</sup> z. B. BICKELL, Prof. der Rechte zu Marburg, Ueber die Reform der prot. Kirchenverfassung, in bes. Beziehung auf Kurhessen. 1831.

Daher strebte man auch vorzugsweise nach Beschränkung des landesherrlichen Kirchenregiments, der Consistorialgewalt, weniger nach Erbauung und innerer Förderung der Kirche CHRISTI. Der Blick war mehr nach oben, nach der Spitze des Kirchenregiments gerichtet, mit Sehnsucht nach Landessynoden, als nach unten, nach der Basis, den Gemeinden und der Gemeindeordnung. Und während zur Zeit der Gründung des Presbyterialwesens die Kirchenzucht der treibende Grundgedanke gewesen ist, und das Aeltesteninstitut allermeist als Organ derselben gewünscht und eingeführt wurde; war jetzt die öffentliche Meinung von nichts weiter entfernt als von der Idee einer kirchlichen Zucht. Jene Bestrebungen blieben übrigens meist ohne Frucht, wenigstens führten sie zu keiner wirklichen Umgestaltung der kirchenrechtlichen Thatsachen und Verhältnisse. Nicht blos die Regierungen sträubten sich, besorgt geworden durch die politischen Bewegungen; auch im Volk stemmte sich der Sache vielfach ein tiefes Misstrauen entgegen, indem man einen Kirchenstaat und hierarchische Gelüste im Hintergrunde der Kirchenrepräsentation witterte. Diese Fruchtlosigkeit der gemachten Anstrengungen ist jedoch nicht zu beklagen. Denn es war ernstlich zu besorgen, dass auf dem damals beliebten Wege die kirchliche Verfassung an der Hand abstracter Theorie, mit Hülfe voreiliger Begeisterung, auf ungeschichtlichem Wege und ohne Rücksicht auf die wahren praktischen Bedürfnisse, wäre umgebildet worden, oder dass die Kirche in die politische Zeitströmung wäre hineingerissen und unter bedenkliche Einflüsse gestellt worden. Die rheinisch-westphälische Kirchenordnung, welche allerdings in dieser Zeit (1835) vollends zu stande gekommen ist, kann, nach dem oben Bemerkten, nicht in gleiche Reihe mit den erwähnten Bestrebungen gesetzt werden.

In den vierziger Jahren wurde die Sache in *Preussen* auf besonnene Weise weiter verfolgt. Nicht aus Theorien, sondern aus praktischem Bedürfniss entsprang die Berufung der *Kreissynoden* 1843. Diese (Aug. 1843) und die *Provinzialsynoden* (Nov. und Dec. 1844) erkannten organische Fortbildung der evangelischen Kirchenverfassung, Herstellung der Consistorien in ihrer ursprünglichen Bedeutung, Einrichtung regelmässiger Synoden und Heranziehung von Organen aus der Gemeinde zu den verschiedenen Stufen der Verwaltung — als Bedürfniss. Die *Generalsynode* von

1846 bearbeitete einen Verfassungsentwurf nach dem Vorbild der rheinisch-westphälischen Kirchenordnung, mit Verschmelzung der Consistorial- und Presbyterialverfassung; sie sprach einstimmig den Wunsch aus, dass eine neue kirchliche Gemeindeverfassung möglichst bald eingeführt werden möge. Die neueren Ereignisse haben jenes Bedürfniss noch von anderen Seiten her nahe gelegt.

Mit dem Jahr 1848 begann eine neue Epoche für das Presbyterialwesen; wir bezeichnen dieselbe als die der *Auseinandersetzung* zwischen *Kirche und Staat*. Fast überall in Deutschland riefen, in Folge der französischen Februarrevolution, die Märztagen stürmisches Verlangen unter anderem nach Reorganisation der Kirchenverfassung hervor. Das Parlament in Frankfurt schrieb das kirchliche Losungswort: „*Trennung* zwischen Kirche und Staat“ auf seine Fahne, nicht ohne die Hintergedanken mancher Feinde des Christenthums, die Kirche aus dem Gebiete des öffentlichen Rechts und des Nationallebens in den Winkel der Sektenexistenz zurückzudrängen. Aus der politischen Tageslösung: „*Volkssouveränität*“ erwuchs positiv der an sich nicht neue, sondern schon von den Franzosen MORELLI, RAMUS und Anderen befürwortete Plan einer „demokratischen Kirchenrepublik.“ Dennoch hat auch diese so drohende Zeit, unter der gnädigen Führung des Herrn, Gutes gewirkt, zu richtigerer Erkenntniss dessen was Noth thut und zu klarerer Auseinandersetzung der Kirche und des Staats, zu Reformen im Sinne der presbyterianen Selbständigkeit der Kirche heilsame Anregungen gegeben. Anfangs drohte die Sache namentlich in *Preussen* eine gefährliche Wendung zu nehmen; das Märzministerium SCHWERIN veröffentlichte einen Entwurf zur Wahl einer Landessynode, auf Grund allgemeinen Wahlrechts, ohne kirchliche Qualification; derselbe musste aber vor dem einmütigen Protest aller Organe zurückweichen. Durch den Gegensatz wurde klar, welches der rechte Weg sei: Aufbau der Kirchenverfassung von unten auf, Organisation der Gemeinde durch Presbyterien. Die Freunde der Union, seit 1818 zu förmlichen Vereinen organisirt, erklärten sich für sofortige Berufung constituirender Synoden durch das Kirchenregiment, das nur interimistisch fortzuvorwalten habe. Inzwischen wurden da und dort Commissionen niedergesetzt und Entwürfe für Reform der Kirchenverfassung ausgearbeitet, in Hannover, Mecklenburg, Thüringen, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Baden,

Württemberg. Aber zu Landessynoden kam es nirgends, ausser in *Oldenburg*, wo auf radikalem Fuss eine völlig neue Kirchenverfassung, mit einem durch die Synode zu wählenden Oberkirchenrath, den 45. Aug. 1849 in Wirksamkeit trat, die aber um ihrer Verkehrheit willen schon am 11. April 1853 wesentlich revidirt werden musste. Ebenso abschreckend wirkte der pfälzische Verfassungsentwurf von 1849. Um so erfreulicher war es, auch in dieser Zeit des Sturms und Drangs eine solche Besonnenheit und so ächt evangelische Gesinnungen und Verhandlungen zu sehen, wie sie die bayerische Generalsynode Jan. u. Febr. 1849, freilich kein Kind des Tages, geoffenbart hat. Die Kirchenregimenter warteten zu, gewannen Zeit, und unterdessen fand ein Umschwung in der öffentlichen Meinung statt. Die Gemüther waren abgekühlt, der Blick war klarer geworden, man überzeugte sich, dass der Bau nicht von oben, sondern von unten beginnen müsse, nicht mit der Generalsynode sondern mit der Gemeinde und ihrer Organisation. Es ist derselbe Weg, den vor drei Jahrhunderten die Kirche unter der Führung ihres Herrn und Hauptes gemacht hat.

In *Preussen* wurden 29. Juni 1850 „Grundzüge einer kirchlichen Gemeindeordnung“ publicirt, innerhalb deren die Verfassung der einzelnen Gemeinden unter ihrer Mitwirkung aufgerichtet werden sollte: eine Massregel, welche zwar viel angefochten wurde von der rechten und von der linken, aber auch beifällige Aufnahme gefunden und erfreuliche Früchte angesetzt hat<sup>1)</sup>.

*Bayern* folgte und führte den 7. Oct. 1850 diesseits des Rheins Ortskirchenräthe ein, ebenso *Württemberg* (25. Jan. 1851), *Braunschweig* (30. Nov. 1851), *Sachsen Weimar* (1. Dec. 1851). Und nun hat *Bayern* auch einen Schritt weiter gethan und (Aug. 1851) Diözesansynoden eingeführt.

So klein noch diese Anfänge sind, so sind sie doch in diesen „geringen Tagen“ nicht zu verachten. So viele Umstände der Gegenwart, die in manchen Landschaften steigende Armennoth, die sittlichen Nothstände grosser Massen, das Verhältniss zwischen Kirche und Staat, die Spannung zwischen der evangelischen Kirche und Rom — und viele andere Verhältnisse, machen nicht

<sup>1)</sup> S. WEISS, *Mittheilungen u. s. w. Deutsche Zeitschrift.* 1853. Nr. 28 ff. bes. S. 224 ff.

nur die angespannteste Arbeit der Geistlichen, sondern auch die Herbeiziehung von Kräften in und aus der Gemeinde für innere Mission, Seelsorge und Zucht zu einem dringenden Bedürfniss. Die Kirche muss in ganz anderem Sinne wieder Volkssache werden, als sie es bisher gewesen ist, wenn sie nicht durch den nächsten besten Sturm, der im Politischen ausbricht, weggeweht werden soll. Und alles das treibt und weist mit Nachdruck auf eine ächt presbyteriale Verfassung hin.

Um indessen den Einfluss, welchen derzeit das Presbyterialsystem in der protestantischen Kirche überhaupt übt, noch vollständiger zu übersehen, müssen wir unsere Blicke auch noch nach einer anderen Seite hin wenden. Es ist eine überaus merkwürdige Erscheinung, welche der neuesten Zeit eigenthümlich ist, dass, wie in der deutschen lutherischen Kirche, so auch in solchen Kreisen der reformirten Kirche, wo von der Reformation an bis heute ein ganz entgegengesetztes System kirchlicher Ordnung und Verfassung geherrscht hat, das Presbyterialsystem nicht blos aus theoretischer Neigung Beifall findet, sondern unter der Gewalt der Verhältnisse als nothwendige Auskunft ergriffen und geltend gemacht wird.

Diess ist vorzugsweise in dem bedeutenden Kanton *Bern* der Fall. Derselbe hat den zwinglischen Typus der Kirchenordnung sich frühe angeeignet und mit grosser Kraft und Zähigkeit fortwährend festgehalten. Nun aber haben wir in unseren Tagen die merkwürdige und geschichtlich bedeutende Erscheinung gesehen, dass die Bernische Landeskirche die auf calvinischen Grund erwachsene presbyteriale und synodale Kirchenverfassung ergriffen hat, und zwar, so viel bis jetzt der Erfolg gezeigt hat, mit günstigen Hoffnungen auf gesunde Frucht. Die Verhältnisse, welche hiezu geführt haben, waren, wenn wir die schweizerischen Kirchzustände überhaupt in's Auge fassen, hauptsächlich die folgenden. In den grösseren und kleineren Kantonalrepubliken der Schweiz hat, nicht minder als in den monarchischen Staaten von Deutschland, das staatspolizeiliche und burokratische Wesen mit der Zeit das lebendige kirchliche Element verschlungen, anstatt es zu beschützen und zu pflegen. Die Kirchenräthe (den lutherischen Landesconsistorien entsprechend) sind theils vom Staat aufgehoben worden, oder wo diess nicht der Fall war, zu schlechthin

abhängigen Unterbehörden der Regierungen herabgesunken. *Synoden*, als Vertreter der Kirche, sind theils nie in's Leben gerufen theils wieder unterdrückt worden, und wo sie bestanden, waren sie blos Geistlichkeitssynoden, welche überdiess meist nur die Bedeutung von geistlichen Expertenversammlungen gewannen. Die nach zwinglischen Grundsätzen in den Gemeinden eingerichteten „*Stillstände*“ oder „*Chorgerichte*,“ dieses bürgerlich-kirchliche Gemeindeinstitut zu Handhabung einer sittlichen Censur, waren in manchen Kantonen, z. B. in Graubünden, gar nie eingeführt worden, in anderen waren sie entweder wieder eingegangen oder (wie 1831 in Bern, als „*Sittengericht*“) unter solchen Bestimmungen und Beschränkungen reorganisirt worden, dass sie vollends alle Bedeutung verloren und der Spott des Volkes wurden. Zudem war die Uebermacht der Regierungen in diesen kantonalen Staatskirchen um so viel bedenklicher als in monarchischen Ländern, je häufiger bei dieser Staatsform Schwankungen des politischen Prinzips eintreten, von denen sodann das Schifflein der Kirche widerstandslos hin und her gestossen wird. Namentlich hat sich der Radikalismus der republikanischen Demokraten für das Recht und die Freiheit der Kirche meist gefährlicher erwiesen, als das aristokratische Prinzip. Daher ist das Bedürfniss einer gesicherteren Stellung und unabhängigeren Verfassung der Kirche in den evangelischen und gemischten Kantonen in neuerer Zeit sehr dringend geworden.

Als die politische Verfassung der Kantons *Bern* im J. 1830 im Sinn des Liberalismus umgestaltet wurde, so bewarben sich aus ähnlichen Gründen die Geistlichen um Einführung einer auf presbyterianen Grundsätzen beruhenden Kirchenverfassung, und in der That versprach dann die Staatsverfassung von 1831 freiere Stellung der Landeskirche und Vertretung derselben in einer Synode. Allein statt einer gemischten, eigentlichen Kirchensynode wurde nur eine Geistlichkeitssynode gewährt, mit dem, oft nur illusorischen, Recht, Anträge zu stellen und Gesetzesentwürfe vorzubereiten, nicht aber die Kirche zu leiten, während zugleich der Kirchenrath und Kirchenconvent aufgehoben, und statt dieser Collegien ein „*Erziehungsdepartement*,“ mit einer evangelischen Kirchencommission zur Seite, errichtet worden war. In der radikalen Verfassung von 1846 fiel alles das vollends hinweg; es

wurde zwar § 80 ausgesprochen, dass die Anordnung der inneren Kirchenangelegenheiten einer Kirchensynode, unter Vorbehalt der Genehmigung des Staats, übertragen, und derselben in äusseren Angelegenheiten der Kirche das Antrags- und Vorberathungsrecht zuerkannt werde. Allein vor der Hand wurde alle Auctorität in Kirchensachen ausschliesslich eine Staatsbehörde, dem Director der Justiz und Polizei, welchem nicht einer einzige kirchliche Behörde zur Seite gestellt war, in die Hände gelegt; und dieser provisorische Zustand, mit schrankenloser Willkür in der Kirchenleitung ausgebeutet, drohte Auflockerung aller kirchlichen Ordnung. Auf Grund des § 80 der Verfassung schritt indess die Geistlichkeitssynode zur Bearbeitung eines, auf presbyterianen Grundsätzen ruhenden, vollständigen Entwurfs für ein Synodalgesetz, den sie der Regierung überreichte. Allein von 1846—1850 geschah von der Regierung gar nichts, als dass sie eine Commission niedersetzte, welche die Verwirklichung des § 80 vorbereiten sollte. Als 1850 die Staatsbehörden verfassungsmässig neu gewählt wurden, empfahl die Synode der neuen Regierung die kirchlichen Angelegenheiten mit der Bitte um Ausführung des versprochenen Synodalinstituts. Die neue conservative und gegen die Kirche wohlwollende Regierung berief die bisherige Synode ausserordentlicher weise auf 15. Oct. 1850 zu Revision des Synodalgesetzentwurfs. Derselbe wurde sorgfältig durchberathen und am Ende, ungeachtet wohl auch ernste Bedenken dagegen laut wurden, vertrauensvoll angenommen. Der grosse Rath nahm das Synodalgesetz auf Probe an, dasselbe wurde 19. Jan. 1852 vorläufig auf zwei Jahre promulgirt, und trat am 1. März 1852 in Kraft. Die Kirchengemeindeversammlungen wählten sofort *Kirchenvorstände* (4—12 Aelteste); das Ergebniss der Wahl war im Allgemeinen erfreulich, und die Aeltesten übernahmen ihre Obliegenheiten mit einem Gutes verheissenden Ernst. Für die sieben Klassenbezirke der reformirten Landeskirche traten an die Stelle der bisherigen Predigerkapitel *Bezirkssynoden* mit Gemeindeabgeordneten, die der Kirchenvorstand wählt, aber frei aus der ganzen Gemeinde. Diese Wahlen führten einen tüchtigen Kern ernster, kirchlich gesinnter Männer aus Stadt und Land in die Mitte der Geistlichen, die seit der Reformation nur unter sich, besonders zu gegenseitiger Censur, zusammengekommen waren.

Am 29. Juni 1852 trat die erste, von den Bezirkssynoden gewählte, gemischte *Synode* in Bern zusammen; acht und vierzig Gemeinde-abgeordnete, acht und dreisig Prediger und ein Abgeordneter der theologischen Fakultät; die Wahlen waren durchweg in kirchlichem Sinn ausgefallen. So wurde das albernische System des zwinglischen Typus verlassen und das Presbyterialsystem eingeführt, ohne dass man dem andern Extrem, völliger Trennung der Kirche vom Staat und unbeschränkt demokratischer Wahl zu einer Volkssynode, anheimfiel. Zu bemerken ist noch, dass die Synode zur Vollziehung der Beschlüsse und Besorgung des laufenden, nach dem Gesetz einen *ständigen Ausschuss* aus fünf geistlichen und fünf weltlichen Mitgliedern nebst ihrem Präsidenten gewählt hat.<sup>1)</sup>.

In den Kantonen *Thurgau* und *Schaffhausen* waren die entsprechenden Bemühungen, so sehr sie auch im letzteren Kanton eine Zeit lang Erfolg versprachen, zuletzt doch ohne Frucht. Der Plan war dem liberalen Grossen Rath nicht radikal genug und wurde völlig zurückgelegt, weil man befürchtete, durch Organisation der Gemeinden und durch eine gemischte Synode den Geistlichen eine allzu grosse Macht in die Hände zu spielen.<sup>2)</sup>. *Zürich*, der Mutterort der zwinglischen Reformation, hält mit äusserster Zähigkeit an dem staatskirchlichen Verhältniss fest. Weder die Regierung noch die Radikalen wollen von einer Synode mit Gemeindeabgeordneten und von Presbyterien etwas hören. Viele möchten die Verbindung zwischen Kirche und Staat eher noch enger schliessen und die Kirche im Staat aufgehen lassen, wozu selbst die spekulative Philosophie Gründe leihen muss.

Nicht weniger merkwürdig als die Berner Ereignisse sind einige Vorgänge in der *französischen Schweiz*.

In *Genf* selbst, der eigentlichen Heimath der Presbyterialverfassung, war nach und nach alle Auctorität in Kirchensachen auf die Geistlichkeit (*Vénérable Compagnie*) und die Regierung

<sup>1)</sup> Das *Kirchenblatt* für die *ref. Schweiz* von HAGENBACH gibt über schweizerische Kirchengeschichte der neuesten Zeit Aufschluss. Vergl. z. B. Bern betreffend Jahrg. 1848, Nr. 13. 16. 1849. Nr. 23; 1850. Nr. 13. 15. 23; 1851. Nr. 15; 1852, Nr. 13. 16.

<sup>2)</sup> *Kirchenblatt* für die *ref. Schweiz* 1848. Nr. 26; 1849, 8. 14; 1852, Nr. 12.

übergegangen, das Aeltesteninstitut war abhanden gekommen. Neuestens ist man hier auf das Presbyterialsystem zurückgekommen: im J. 1850 wurde verordnet, dass den Geistlichen Diaconen und Ephoren (Aelteste) beigegeben werden sollen, jene zur Unterstützung in der Armenpflege, diese hauptsächlich zur Aufsicht über die Jugend. Man hoffte durch dieses Zusammenwirken von Gemeindegliedern mit der Geistlichkeit das gelockerte Band zwischen Pfarrer und Gemeinde wieder fester anzuziehen. Im J. 1851 wurden die Wahlen der Aeltesten und Diaconen vorgenommen, und fielen günstig aus.

Im Kanton *Neufchatel*, dessen Reformation von Anfang an ein Werk der Gemeinden, nicht der Regierung gewesen ist, bestand vom 16. Jahrhundert an bis auf unsere Tage eine eigenthümliche Kirchenverfassung, welche die möglichst grösste Freiheit innerhalb des Staats mit einer nationalen und staatlich anerkannten Stellung vereinigt hat. Die Gemeinden hatten ihre Consistorien um Aufsicht über die Gemeindegliedern zu führen. Aber das Kirchenregiment lag vollständig und ungetheilt in den Händen der Geistlichkeit; denn die Klasse, die *Compagnie des Pasteurs*, eine sich selbst ergänzende Körperschaft, besetzte, unter Einspracherecht der Gemeinden, die Pfarrstellen, verwaltete verschiedene Kirchenfonds, leitete und überwachte das ganze kirchliche Leben, ihr allein waren die Geistlichen verantwortlich. Hier ging die Kirchenreform vom Staat aus: im J. 1848 entwarf der Kultusdirector ein Reformgesetz in demokratischem Geist, bei welchem völlige Knechtung der Kirche durch den Staat drohte; der Grosse Rath nahm den Entwurf an, wornach sowohl die Consistorien als die Klasse aufhören sollten. Die Klasse legte in ihrer letzten Versammlung (Dec. 1848, da am Neujahr 1849 das neue Gesetz in Kraft trat) mit einer ergreifenden Ansprache an die Gemeinden ihr bisheriges Recht in die Hände der Kirche nieder. Nun wurde in jeder Gemeinde ein Aeltestenrath gewählt, ohne dass das Wahlrecht durch religiöse Eigenschaften bedingt war; die Pfarrer mussten sich sämtlich einer Neuwahl unterwerfen; für die Districte wurden Colloquien errichtet, und diese wählten zwölf Geistliche und achtzehn Laien in die Synode. Diese selbst bildete eine Probe des Ganzen und fiel so gut aus, dass der letzte Decan der Klasse, du PASQUIER zum Präsidenten, und

ein eisriger Pfarrer, HENRION, zum Schriftführer gewählt wurde. die Synode (Jan. 1850) griff ihr Werk muthig an und stellte zur Geschäftsleitung in der Zwischenzeit ihr Bureau als stehenden Ausschus auf, so dass die Unabhängigkeit der Kirche, nur in anderer Form als früher, wieder hergestellt wurde <sup>1)</sup>).

<sup>1)</sup> *Kirchenblatt* für die *ref. Schweiz*, 1848. Nr. 11. 20. 26. 1849. Nr. 1. 3. 9. 23 f. 1850. Nr. 3.



## S C H L U S S.

---

Es ist ohne Zweifel eine geschichtliche Erscheinung von bedeutender Tragweite, dass die Presbyterial- und Synodal-verfassung in diesem Jahrhundert unter sehr verschiedenen Verhältnissen stete Fortschritte gemacht hat. Die Wissenschaft hat sich durch anerkannte und einflussreiche Sprecher, wie SCHLEIERMACHER und NEANDER unter den Theologen, für die Presbyterialverfassung entschieden; und die überwiegende Mehrheit derjenigen Theologen der Gegenwart, welche sich mit praktischen Fragen der Kirche und ihrer Ordnung befassen, neigt sich auf diese Seite. Fassen wir aber die Kirche selbst, ihr Leben und ihre wirklichen Verhältnisse in das Auge, so stellt sich als Gesamtthatsache heraus, dass die Presbyterial- und Synodal-verfassung weit und breit Boden gewonnen hat. War dieselbe irgendwo von jeher einheitlich gewesen und geblieben, z. B. in *Schottland*, so ist sie während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts kräftiger wiederbelebt und im Sinne kirchlicher Autonomie und des Gemeinde-rechts fortgebildet worden; wo sie längst bestanden hatte, aber durch politische Stürme an der Schwelle des Jahrhunderts in Trümmer gegangen war, wie in den preussischen Provinzen *Rheinland* und *Westphalen*, und in den *Niederlanden*, da ist sie neu hergestellt, einheitlicher durchgeführt, auf weitere Bezirke ausgedehnt und innerlich fortentwickelt worden. *Genf*, das durch CALVIN zum festen Sitz der Presbyterialordnung umgewandelt

worden war, hat dieses ihm selbst abhanden gekommene Institut in den letzten Jahren wieder eingeführt; und wenn in *Frankreich* die ächte Presbyterialverfassung immer noch vermisst wird, so liegt die Schuld wohl nicht an den Protestantenten, welche es an Bemühungen dafür nicht haben fehlen lassen. In *Nord-America* hat sich beim Eintritt des 19. Jahrhunderts eine grosse Körperschaft von presbyterianischen Gemeinden in eine Union mit Congregationalisten eingelassen und jene Gemeinden haben in der That einige Eigenthümlichkeiten dieser Kirchengemeinschaft angenommen. Indessen hat der Anschluss die Folge gehabt, dass in der Hauptsache vielmehr die presbyterialen Grundsätze und Einrichtungen auf die Congregationalisten übergegangen sind. Die letztere Thatsache steht übrigens so wenig vereinzelt da, dass wir beim Ueberblick über eine Anzahl von Ereignissen aussprechen können: die Presbyterial- und Synodal-verfassung habe im Laufe unseres Jahrhunderts in mehr als *einem* kirchlichen Gebiete Eingang gefunden, wo sie bis dahin noch ganz fremd und durch die Herrschaft entgegengesetzter Prinzipien sogar positiv ausgeschlossen gewesen war. Wir haben bei dieser Behauptung, ausser den amerikanischen Congregationalisten, hauptsächlich mehrere lutherische Landeskirchen in *Deutschland*, und die reformierte *Schweiz*, namentlich Bern, im Auge. In früheren Jahrhunderten fand in lutherischen Gemeinden oder Landeskirchen die Presbyterialverfassung in der Regel keine Stätte. Nicht sowohl das Glaubensbekenntniss, als vielmehr die Consistorialverfassung und was daran hängt, stand da im Wege; denn ausnahmsweise haben wir schon während des 17. Jahrhunderts einzelne lutherische Gemeinden und Gemeindecomplexe presbyterial verfasst, mitunter auch zu Synoden organisiert gefunden, z. B. in Rheinland und Westphalen, in den Niederlanden, in Polen; und es verlautet nicht, dass das lutherische Bekenntniss darunter gelitten hätte. Im Gegentheil hatten in einzelnen Fällen anerkannt orthodoxe Theologen nichts dagegen einzuwenden (wir erinnern beispielsweise an das Gutachten der theologischen Fakultät zu Wittenberg über die Gemeindeverfassung zu Neu-Lehszno), und erst unserer Zeit war es vorbehalten, dass von einzelnen die Entdeckung gemacht wurde: das lutherische Bekenntniss schliesse grundsätzlich die Presbyterialverfassung aus. Diese Behauptung wird indessen thatsächlich widerlegt durch die Erscheinung, dass mehrere und bedeutende vorherrschend

oder ganz lutherische Landeskirchen in Deutschland, die Presbyterialordnung, entweder allein oder zugleich mit der Synodalordnung, sich angeeignet haben, ohne dass die Eigenthümlichkeit der Lutheraner in Hinsicht der Lehre und des Bekenntnisses oder des Gottesdienstes beeinträchtigt worden wäre. Nur hat die althergebrachte reine Consistorialform mit landesherrlichem Episcopat, einer (nach der frühreifen Ahnung des COMENIUS) durch Presbyterien und Synoden temperirten Consistorialverfassung Platz gemacht. Somit hat die Presbyterialverfassung bedeutende Eroberungen auf lutherischem Gebiet aufzuweisen; aber ebenso auch in reformirten Ländern, wo ihr der traditionelle zwinglische Typus des Staatskirchlichen Regiments bisher im Wege gestanden war. Es sind uralte Schranken gefallen, welche der Presbyterialverfassung eine Grenze zu ziehen pflegten, und unsere Zeit hat das Merkwürdige, dass nunmehr weder der lutherisch-consistoriale noch der zwinglisch staatskirchliche Typus der Aneignung presbyterialer und synodaler Kirchenordnung als unüberwindliche Hindernisse im Wege stehen.

Eine andere Bemerkung drängt sich uns auf, wenn wir die *Umstände* berücksichtigen, unter denen die Presbyterialverfassung sich auf neuen Gebieten ausgebreitet hat. Dieselbe hat sich nämlich unter den allerverschiedensten politischen und socialen Verhältnissen empfohlen und geltend gemacht. Bald diente sie zur Verwirklichung einer Union zwischen Lutheranern und Reformirten als Mittel und Stütze, indem sich die Reformirten das Consistorialregiment der Lutheraner gefallen liessen, die Lutheraner dagegen die Presbyterial-verfassung der Reformirten annahmen; bald schien sie dem liberalen Constitutionalismus als homogene Form des religiösen Gesamtlebens, als „Kirchenvertretung“ einzuleuchten; bald sollte sie in Form einer „demokratischen Kirchenrepublik“ den politisch democratichen Gelüsten und Wühkreien dienstbar werden. Auf der anderen Seite ist neuestens gerade im Gegensatz gegen eine radikale Richtung im Kirchlichen, welche eine constituirende Landessynode als ersten und nothwendigsten Schritt kirchlicher Reform fordert, der umgekehrte Weg einer in erster Linie presbyterianen Organisation der Gemeinde, von den Kirchenregimenten eingeschlagen und von allen conservativen Kirchenfreunden gutgeheissen worden. Und in der Schweiz ist es eine im Politischen und Kirchlichen con-

servative Regierung gewesen, welche die Presbyterial- und Synodalverfassung in *Bern* eingeführt hat, nachdem radikale Regierungen das bezügliche Versprechen des Grundgesetzes ruhig auf dem Papier hatten stehen lassen, indem sie es vorzogen, inzwischen das Kirchenregiment auf willkürliche Weise selbst zu verwalten.

Eine Verfassung muss doch ganz besonders im Zug der Zeit liegen und innere Vorzüge besitzen, wenn sie unter so verschiedenen Verhältnissen sich zu empfehlen und geltend zu machen im Stande ist. Einmal ist es das *Gemeinde-element*, welches dem edürfniss der gegenwärtigen Zeit entspricht, und besonders bei den sittlichen Nothständen im Volk, Recht und Pflicht hat zur Hülfe und Mitwirkung mit dem geistlichen Amt, auf Wegen der inneren Mission und religiöser und kirchlicher Thätigkeit; und insofern empfiehlt sich die Presbyterialordnung. Auf der andern Seite mahnen die häufigen Schwankungen des staatlichen Lebens und die oft hoch gehenden Wogen des Völkermeeres, der Kirche CHRISTI ihr freies eigenes Lebensgebiet anzuweisen und ihr, in weise bestimmter *Unabhängigkeit* vom Regiment der bürgerlichen Dinge, das Recht der Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung, — durch Synoden — zu gewähren, damit sie unter allerlei Wechseln der Zeit dem Charakter jenes „unbeweglichen Reiches“ sich möglichst nähern möge, das ihr Urbild und dereinstiges Ende ist.



## REGISTER.

### A.

Aachen. 220.  
Aelteste. 10 f. 17 f. 20. 26. 29.  
33 ff. 40. 43 ff. 53. 55. 57.  
59 ff. 62. 66. 70 f. 73. 76 f.  
90 ff. 98. 103 ff. 107. 111 ff.  
116 f. 119 f. 125 f. 130 f. 134.  
144 f. 151 f. 158 f. 164 ff. 177.  
179. 185 f. 204 f. 212. 215. 218.  
220. 222. 225 f. 234. 238 f.  
241. A. 1. 246 f. 252 f. 259. 261.  
263 f. 269. 283. 285.

Andreae, Jac. 126 f.

— Joh. Val. 153 f. 223 f.

Anglikanische Kirche. 103. 174 ff.  
190 f. 255 ff.

Apostolische Kirchenordnung. 10 f.

Arminius. 137. 206 f. 209.

Arminianer. 210 f.

Aymon. 76 Anm. 158 ff. Anm.

### B.

Baden, Grossherzogthum. 275 f.

Badius. 123.  
Bancroft. 204 Anm.  
Bann, siehe Kirchenzucht.  
Basel. 24 ff.  
BASNAGE. 165.  
Baum. 14 Anm. 19. 55 Anm.  
Bayern. 275. 280.  
Berg, Herzogthum. 123. 214 ff. 225.  
268.  
Bern. 24. 40 f. 54 f. 281 ff.  
Berthelier. 50.  
Beza, Theod. 55. 65 Anm. 78 Anm.  
85.  
Bickell. 277 Anm.  
Bischof. 11. 15 f. 29. 33 f. 37. 147.  
Bischöfliche Kirchenverfassung.  
175. 183. 190. 194. 255.  
Blair, Rob. 201 f.  
Bluntschli. 22 Anm.  
Böhmen. 144 ff.  
Böhmisches Brüder. 139 ff. 144 ff.  
231 ff.  
Bradschaw. 176.  
Brandt, Gerh. 129 ff. Anm. 209 ff.  
Anm.  
Brenz, Joh. 9 ff. 30. 48. 126 ff.

Briçonnet. 64.  
Brossier. 68.  
Brown, Rob. Brownisten. 105.  
Bryce. 201 f.  
Buddeus. 227 f.  
Bucer. 14. 28. 41. 102.  
Burk. 145 Anm.

**C.**

Calvin. 31. 32 ff. 50 ff. 64. 67 f. 70. 74. 79. 85 f. 95 f. 100 f. 107. 112. 126 f. 152 f. 250. 287.  
Cameron, Cameronianer. 194 f. 198. 260.  
Capito. 29 f. 48.  
Cappelle. 79.  
Cartwright. 104 ff. 201.  
Chalmers. 249 ff.  
Chandieu. 69 f. 79.  
Christoph, Herz. v. Württemberg. 127 f. 224.  
Chorgericht. 24. 54. 282.  
Cleve, Herzogthum. 120. 122. 214 ff.  
Cock, (Coccejus). 212 f.  
Cöln. 220.  
Collegialsystem. 228.  
Colloque. 72. 83 f. 159. 173.  
Comenius. 142 Anm. 145 Anm. 232 f. 289.  
Congregationalisten, siehe Independenten.  
Consistoire, in Genf und sonst in der ref. Kirche 42. 44. 67. 71 f. 76. 285.  
Consistorialverfassung. 8. 14. 114. 273.  
Convocation. 1. 256.  
Convocatz. 29.

Cornely. 135.  
Covenant. 105. 179 f. 182 f.  
Court, Ant. 164. 169. 173.  
Cranmer. 102.  
Cromwell, Ol. 187 ff. 192 f. 235.  
Cunitz. 29 Anm. 83 Anm. 241 A. 1.  
Cunningham. 201 f.

**D.**

Datheen, Pet. 111. 116. 121. 135.  
Dechaut. 261.  
Deutschland. 1 f. 110 ff. 267 ff. 273 ff. 288.  
Diaconen. 6. 15. 34. 44. 53. 55. 59. 61 f. 67. 70 f. 73. 77. 91. 95. 98. 103. 107. 113. 117. 130. 169. 173. 179. 212. 246. 253. 261. 263 ff. 285.  
Dieckhoff. 4 Anm.  
Dordrecht, Gen. Synode. 175. 207. 211 f.  
Drélincourt. 154.  
Duijhuis. 136 f.

**E.**

Ebrard, Vorr. VII. 67 Anm.  
Edward VI. von England. 58. 61. 102.  
Elisabeth, Königin. 103. 175. 177.  
Emden. 56 f. 118 ff.  
Engelhardt. 7 Anm. 126 Anm.  
England. 1. 102 ff. 174 ff. 181 ff. 200 f. 235. 254 ff.  
Erastus (Erastianer). 114. 184 ff.  
Erskine. 198 f.

## F.

Faber, Stapulensis. 64.  
 Farel. 3. 39 f. 53 f.  
 Félice. de 238 Anm. 242 ff. Anm.  
 Field. 103.  
 Fock. 233 Anm.  
 Frankfurt a M. 29. 62 f. 93. 95.  
 105.  
 Frankreich, ref. Kirche. 64 ff.  
 150 f. 156 ff. 235 f. 237 ff. 288.  
 Freiwilligkeitssystem. 249 f. 253.  
 Friedrich III von der Pfalz. 111.

## G.

Gasparin. 246.  
 Geistliches Amt. 6. 33. 70. 90 f.  
 Gemeinde, Recht derselben, 6.  
 22. 25. 35. 37 f. 45. 52. 61.  
 68. 74. 78 ff. 105 f. 125 f. 143.  
 181. 251 ff. 259. 290.  
 Genf. 39 ff. 50 ff. 65 ff. 74. 79.  
 96. 150 f. 155 f. 284. 287.  
 Gerlach, Otto v. 106 Anm. 200  
 Anm. 255 Anm.  
 Gillespie. 199.  
 Göbel, Max. 3 Anm. 58. 60 Anm.  
 115 Anm.  
 Gomarus. 208 f.  
 Gorham-Streit. 1. 256.  
 Graf, K. H. 64 Anm.  
 Graf. 211. Anm.  
 Grotius, Hugo. 209 ff.  
 Guerike. 5 Anm.  
 Guernsey. 104. 177.  
 Guido de Bres. 130.

## H.

Hagenbach. 284 Anm.  
 Hahn. 235 Anm. 3.  
 Hall in Schwaben. 9. 13 f.  
 Hamburg. 177.  
 Hamptoncourt. 174.  
 Hartmann, u. Jäger. 13 Anm.  
 Heidanus. 118. 131. 134 A. 1.  
 Heinrich IV. v. Frankreich. 86.  
 154.  
 Hellmar. 247 Anm.  
 Henderson, Alex. 181 f. 184.  
 Henry. 37. 39. 79 Anm. 86.  
 Herborn, Synode. 125 f.  
 Herzog, J. J. 4 f. Anm. 24 f. Anm.  
 27 f. Anm.  
 Hessen, Landgrafschaft. 14. 110.  
 Hetherington. 179 Anm. 181. 183 f.  
 Anm. 248, ff. Anm.  
 Hohenlimburg. 221.  
 Hollaz. 226.  
 Homberger Synoden. 14. 20.  
 Hossbach. 224 Anm.  
 Hüffel. 276 Anm.  
 Hundeshagen, 54 f. Anm. 276  
 Anm.  
 Hussiten. 139. 144.

## I.

Jablonski. 140 ff. 233 Anm.  
 Jacob I. v. England. 174 f. 177 f.  
 Jacob II. 191. 195.  
 Jacobson. 5 f. Anm. 115 ff. Anm.  
 122 Anm. 215 Anm. 268 ff Anm.  
 ersey. 104. 177.  
 Independenten (Congregationalis-

ten). 18. 105 f. 175 f. 184 ff.  
187. 200. 203 ff. 249. 254.  
258 f. 288.

Irland. 201 ff. 256. f.  
Israel, Georg. 146 f.  
Jülich, Herzogthum. 120. 123 f.  
214 ff. 225 f.

## K.

Karl I. v. England. 176. 197.  
Karl II. 190. 192 f.  
Karoli, Peter. 149.  
Keim. 28 Anm.  
Kirche, Begriff. 6. 32 f. 70. 90.  
277.  
Kirche und Staat. 10. 21 ff. 27 f.  
34 f. 38. 40. 44 f. 50 f. 75.  
84 f. 90. 97 ff. 160 f. 208 ff.  
240 f. 246. 249 ff. 253. 272.  
277 ff. 281 ff. 290.

Kirchenconvent. 28 f. 224. 274.  
Kirchenzucht. 7. 10 ff. 15. 20.  
24 ff. 34 ff. 43 ff. 46 f. 50 f.  
53 ff. 57. 59 ff. 94 f. 117. 126 ff.  
134. 144. 151. 166. 186. 178.

Kirchen der Wüste. 167.  
Kirchhofer. 41. 54 f. Anm.  
Kirk-session. 93. 99.  
Kist. 116 Anm. 130 Anm.  
Klasse. 53. 117 ff. 124. 131. 186 f.  
214. 261. 264 f. 285.  
Knox. 52. 87 ff. 95 f. 100. 249.  
Köstlin, Jul. 8 Anm. 95 179. 181.  
183. 193. 250. 252 ff. (in den  
Anmerkungen.)  
Krasinski. 140 Anm. 143 f. 231  
Anm.

## L

Lambert. Franz, 3 f. 14. 18 f. 30.  
Lampe. 147 ff. Anm.  
Lasky. 56 ff. 73. 102. 118. 140 f.  
151 f.  
Laud, Erzb. 175 ff. 179.  
Lausanne. 54.  
Leger. 5 Anm.  
Leo. H. 209 Anm.  
Leszno. 233. 288.  
Leyden. 137 f. 207.  
Lingen, Grafschaft. 221 f.  
Lithauen. 140 ff. 230.  
London, Fremdengemeinde. 58 ff.  
102. 104.

Louis XIV. 162.  
Lukaszewicz. 230 f. Anm.  
Luther. 6 ff. 19. 37. 64. 70. 85 f.  
Lutherische Gemeinde, presby-  
trial und synodal verfasst. 212.  
225 f. 233. 242. 272 f. 288.  
Lutteroth. 241 Anm.  
Lyser, Casp. 38. 426 f.

## M.

Macaulay. 88. 176 Anm. 180. 195  
Anm.  
Mac Crie. 88. 249 f. Anm.  
Mac Kemmie. 204.  
Magyaren. 148.  
Mäder. 243 ff.  
Mähren. 144. 146.  
Mailath. 148 Anm.  
Mant. 203 Anm.  
Marburg. 16 f.  
Maria, Kön. v. England. 102. 115.

Mark, Grafschaft. s. 214 ff. 225.

Mazarin. 157. 188.

Meaux. 64. 80.

Melanchthon. 8 f. 49. 115.

Melville, Andr. 98. 100. 178.

Merle d'Aubigné. 251 Anm.

Mestral. 256 Anm.

Moderate in Schottland. 198 f. 248 f. 251.

Moll. 3 Anm.

Monod. 246.

Morel, Georg. 4.

— Franz. 72.

Morelli. 78 ff. 279.

Mörs, Fürstenthum 220

Moser 235 Anm. 2.

## N.

Nantes, Edict v. 154. 163.

Napoleon I. 238. 241 f.

Nassau. 125. 222. 277. 279.

Neal. 102. 177. 182 ff. 186 f. 190 ff. 202 (Anmerkungen).

Neander. 287.

Neuenburg (Neufchatel) 53 f. 285 f.

Neu-England. 203 f.

Newman. 255. 256 Anm.

Niederlande. 105. 115. 120 f. 129 ff. 150 ff. 175. 177. 207. ff. 236. 262 ff. 287.

Nippe. 226 Anm. 2.

Nord-America. 203 ff. 258 ff. 288.

Noviomagus. 125.

Nucella. 217.

Nyellius. 122.

## O.

Obrigkeit. 8. 10 ff. 21. 26 f. 34 f.

38. 209 f. 250.

Oecolampadius, Joh. 4. 9. 24 ff. 30. 47 f.

Oldenbarneveldt. 136. 208. 211.

Oldenburg. 280.

Olevian, Casp. 43 Anm. 111 f. 114. 126. 220.

Ostfriesland. 56 f.

## P.

Paret. 253 Anm.

Paris. 66 f. 69.

Patronatsrecht. 98. 192 f. 197 ff. 248. 251 f.

Pfaff, Joh. Matth. 228.

Pfalz, rheinische 110. ff. 222 f. 276.

— bayerische. 274 f.

Philadelphia. 204 f.

Philipp der Grossmüthige. 14. 19 f.

Polen. 56. 139 ff. 146. 229. 235.

Preussen. 268 ff. 273. 278 ff.

Presbyterium, siehe Aelteste.

Presbyterianer in England. 103 ff. 174 ff. 188 ff. 200 f. 254.

Presbytery, schottisch. 94. 97. 99.

Priesterthum allgemeines. 6. 48. 226 ff.

Provincial-synode. 72. 82. 92 f. 97 f. 119.

Puritaner. 103 ff. 174 f. 184 ff.

Pusey, Puseyismus. 255 f.

## R.

Rabaut, Paul. 170. 172. 244 Anm. 2.  
 Ramus. 79 f. 279.  
 Ranke. 41 Anm. 47 Anm.  
 Ravensberg. 219 f.  
 Reformirte Presbyterianer. 198.  
 260.  
 Rheinbayern. 274 f.  
 Rheinland. 115 ff. 120. 123 f. 214 ff.  
 225 f. 267 ff. 287.  
 Richelieu, Card. 157.  
 Richter. 4. 7. 9. 18. 42 ff. 227 f.  
 276 (meist in Anmerk.)  
 Robertson. 199.  
 Röhrich. 29 Anm.  
 Royaards. 130. 133. 135. 209 ff.  
 263 (Anmerkungen).  
 Rudloff. 95. 179. 181. 183. 188.  
 193 (Anmerk.)  
 Rupp, Dan. 206. 260 Anm.

## S.

Sachsen. 8.  
 Sachsen-Weimar. 277. 280.  
 Sack. 95. 179. 181. 186. 188. 192.  
 252. 255. 257. (in den Anmer-  
 kungen).  
 Sarcerius. 126.  
 Schaffhausen. 284.  
 Schenkel. 61 Anm.  
 Schleiermacher. 277. 287.  
 Schlüsselgewalt. 6.  
 Schöll. 256 Anm.  
 Schottland. 4. 87 ff. 150 ff. 177 ff.  
 191 ff. 197 ff. 235. 248 ff. 287.  
 Schweiz. 4. 21. 281 ff.

## Scultetus. 214.

Seceders in Schottland. 198 f. 248 f.  
 253. 260.  
 Siebenbürgen. 147 ff.  
 Sittenpolizei. 12 f. 22 ff. 224. 282.  
 Socinianer. 233.  
 Soulier. 238 Anm.  
 Spener. 226 f.  
 Staat, siehe Obrigkeit oder: Kirche  
 und Staat.  
 „Stillstand.“ 23. 282.  
 Strassburg. 21. 28 f. 41. 237.  
 Superintendenten. 19. 84. 94.  
 Synoden. 11. 16 f. 23. 39. 49. 54 f.  
 69 f. 72. 74. 81. 97 ff. 102. 107.  
 116. 118 ff. 123. 125 f. 130. 135 f.  
 140 ff. 144. 147 ff. 150. 152.  
 157. 159. 165. 177 ff. 186. 192.  
 198. 205 f. 210 f. 214. 230. 239 f.  
 244 ff. 254. 256 f. 263. 265 f.  
 269. 275 ff. 283 ff. 290.  
 — Geistlichkeits Synoden. 23.  
 39. 57. 74. 114. 147. 224 f. 276.  
 282.  
 Synodalausschuss. 16 f. 219. 246.  
 263. 266. 284. 286.

## T.

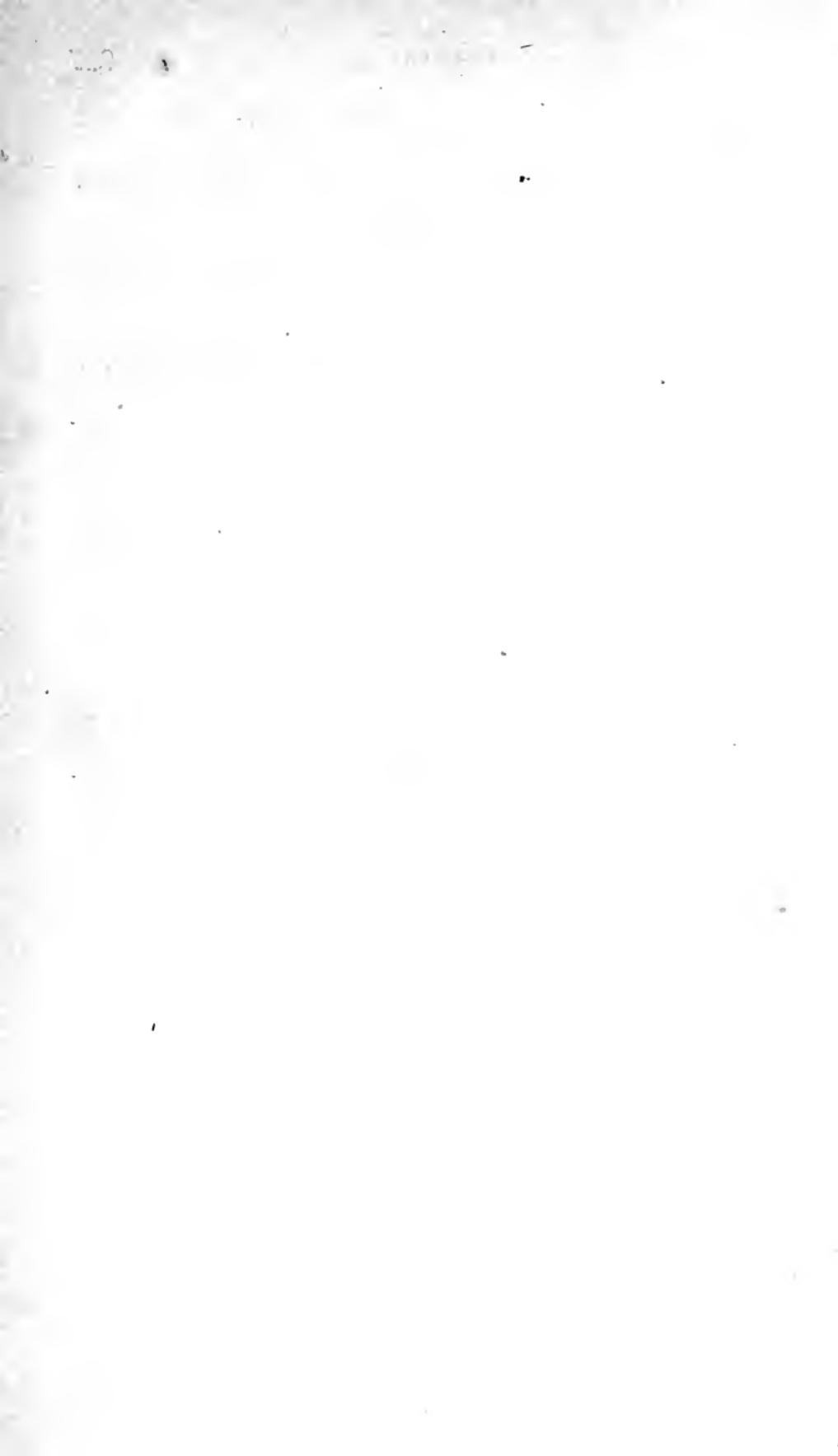
Taffinus. 121.  
 Teklenburg, Grafschaft. 125. 221.  
 Thomson. 249. 251.  
 Thurgau. 284.  
 Travers, Walter. 105 f.

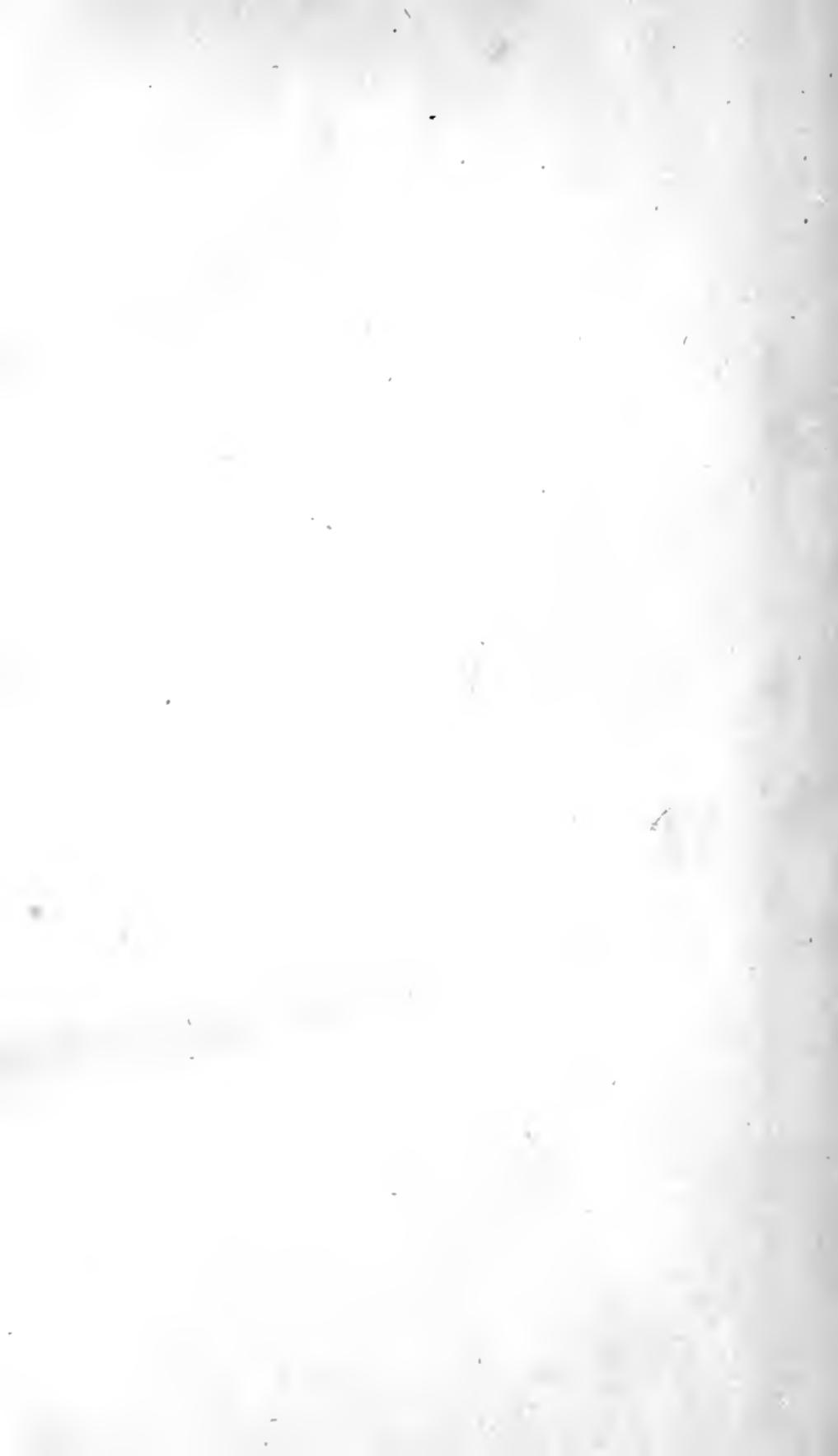
## U.

Uhlen. 200. 255 Anm.  
 Uitenbogaart. 209 f.

Ulm. 28.	Westminsterschriften. 197. 253. 260.	
Ungarn. 147 ff. 234.	Westphalen. 125. 219 f. 225. 270.	
Union zwischen Lutheranern und Reformirten. 269 f. 273 ff.	Wiclis. 102.	
Ursinus. 111.	Wiggers. 255 257. 263 (Anm.)	
Usher, Erzb. 184. 190. 204.	Wilhelm von Oranien. 191. 196 f. 203.	
Utrecht. 136 f.	Wittgensteinische Lande 220.	
<b>V.</b>		
Vierordt. 111. 114 f. Anm.	Würtemberg. 9. 14. 126 ff. 224. 235. 274. 280.	
Vincent. 244. Anm. 1. 243.	<b>Y.</b>	
Viret. 40. 42. 79 f. 127.	Ypey und Dermout. 208 ff. 263 Anm.	
Voet, Gisb. 212 f.	<b>Z.</b>	
<b>W.</b>		
Waldenser. 3 ff. 145. 188. 234 f.	Zeller. 22 Anm.	
Wandsworth, Ordnungen von. 104.	Ziegenhain. 20.	
Weber, G. 67. 95 f. 156 f. 161 ff. (Anmerk.)	Zürich. 22 f. 284.	
Weiss. 235 Anm. 4. 280 Anm.	Zwingli. 5. 9. 21. 30. 281.	
Wesel. 145 f. 122.		
Westminsterversammlung. 183 ff. 194 f. 204. 206. 232. 235.		











BX  
8931  
L4

**THE LIBRARY  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA  
Santa Barbara**

---

**THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE  
STAMPED BELOW.**

---

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY



A 001 029 853 7

